

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t N r . 3

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Frei-
tag, dem 25. Juni 1993, um 14.30 Uhr im Rathaus, Paracel-
sussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Nachwahl in den Stadtsenat
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 4.) Rechnungsabschluß der Hoheitsverwaltung 1992
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 5.) Bericht des Kontrollausschusses zum Rechnungsabschluß
der Hoheitsverwaltung 1992
Berichterstatter: Gemeinderat Harald Sobe
- 6.) Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes
Berichterstatter: Gemeinderat Dr. Josef Löberbauer
- 7.) Geschäftsverteilung - Änderung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 8.) Kaufmännischer Gesangsverein Villach - Verleihung des
Villacher Stadtwappens
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 9.) Selbständiger Antrag der Gemeinderatsfraktion Villacher
Grüne - Zweckwidmung Parkgebühren und Strafgelder
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher

- 10.) Wasserverband Ossiacher See (WVO) - Verlängerung der anteiligen Haftungsübernahme eines Kontokorrentkredites der Sparkasse Feldkirchen
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 11.) Kulturpreisverleihung 1993 an Michael Martin Kofler
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 12.) Überplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 13.) Außerplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 14.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Sicherheitsüberprüfung des gesamten Magistratsbereiches
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 15.) Wohnhaus Dr. Karl-Renner-Straße 2, VE 129 - Sanierung
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 16.) Abänderung der Abfuhrgebühr für die Absetzcontainerabfuhr ab 1.5.1993
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 17.) Umstellung auf Erdgas - Erdgasliefervertrag mit der Kelag *verkränkt!*
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 18.) Grundstückszusammenlegung für den Bereich "Rathaus-zubau"
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 19.) Grunderwerb für die Errichtung des Drauradweges R 1 im Abschnitt KW-Villach bis zum Lutschibach
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 20.) Draupromenade - Dr. Kurt Weinstich - Grunderwerb aus dem öffentlichen Gut sowie dem Liegenschaftsbesitz der Stadt
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 21.) Vassacher Weg Gst. 575/3, KG Villach - Dipl.-Ing. Dr. Meinhard Putz und Ing. Richard Putz - Grunderwerb aus dem öffentlichen Gut der Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 22.) Tiroler Straße - ARAL Austria GesmbH - Grunderwerb aus dem öffentlichen Gut der Stadt Villach
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter

- 23.) Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Unternehmungen 1992
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 24.) Bericht des Kontrollausschusses zur Jahresrechnung der Unternehmungen 1992
Berichterstatter: Gemeinderat Harald Sobe
- 25.) Wasserverbrauch Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Heimat", Objekt Muldensiedlung
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 26.) Zusatzvereinbarung Gaswerk - Kelag *vertraulich!*
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 27.) Gaswerk - Strategiekonzept 1993 - 1997 *vertraulich!*
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 28.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Einrichtung eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes
Berichterstatter: Stadtrat Richard Pfeiler
- 29.) Marktordnung der Stadt Villach - Regelung des Fahrzeugverkehrs auf Märkten - Änderung
Berichterstatter: Stadtrat Richard Pfeiler
- 30.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Durchführung einer Verwaltungsanalyse
Berichterstatter: Stadtrat Dieter Haslinger
- 31.) Ergänzungszulagenverordnung
Berichterstatter: Stadtrat Dieter Haslinger
- 32.) Selbständiger Antrag der Gemeinderatsfraktion Villacher Grüne - Naherholungsgebiet Gailspitz, Prossowitscher Au und Gailfluß vom Gailspitz bis Müllnern
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Gerd Klamt
- 33.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Einrichtung einer Linienbusverbindung in den Stadtteil Schütt während der Schulferien
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 34.) Selbständiger Antrag der Gemeinderatsfraktion Villacher Grüne - Radweg Zwischenbergen
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 35.) Zeitlich unbeschränkte straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gemäß § 94 der StVO 1960
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

- 36.) Verkehrskonzept St. Martin - Untere Fellach
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 37.) Großsattel Landesstraße L 58 - Errichtung eines Gehsteiges von km 3,096 bis km 3,500
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 38.) Abänderung des Flächenwidmungsplanes - Gst.Nr. 1077/5, KG Gratschach (Villacher Ruderverein)
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 39.) Abänderung des Bebauungsplanes im Bereich Bahnhofstraße 1, bezogen auf die Bfl. .326, KG Villach (Bank Austria)
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 40.) Abänderung des Bebauungsplanes im Bereich der Parzelle 1667/1 und 1699, KG St. Martin
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 41.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Nachtrags-Tagesordnung

- 3a) Entsendung in verschiedene Verbände und Körperschaften
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 28.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Einrichtung eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes
wird zurückgestellt.

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

Gemeinderat Harald Sobe

für Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Richard Pfeiler

Stadtrat Dieter Haslinger

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup bis 17.30 und ab 20.30 Uhr

GR Wolfgang Bertel von 17.30 bis 20.30 Uhr

GR Christian Luser bis 20.30 Uhr

GR Wolfgang Bertel ab 20.30 Uhr

GR Kurt Pinteritsch

GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Kurt Schneider

für GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Gerhard Kofler

für GR Erika Lassnig

GR Ing. Karl Woschitz

GR Direktor Helmut Raup

GR Helmut Treiber bis 18.45 Uhr für GR Mag. Dr. Koschitz

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz ab 18.45 Uhr

GR Günther Stastny

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais

GR Ludwig Oitzinger

GR Monika Obergantschnig

GR Rudolf Unterköfler

GR Eleonore Schmölner
für GR Johann Ebner

GR Waltraud Rettl

GR Dr. Kurt Assmann

GR Sigrid Steinkellner

GR Ing. Siegfried Andronik

GR Roland Zellot

GR Otto Skedl

GR Herwig Zussner

GR Dr. Josef Löberbauer

GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl

GR Friederike Lausegger

GR Johann Kreschischnig

GR Heimo Schlosser

GR Helmut Hinterleitner

GR Mag. Herwig Burian

GR Mag. Hans Haider

GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig

Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pühringer

Finanzdirektor Manfred Stampfer

Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Für Vizebürgermeister Hans Peter Binter (krank) ist sein Vertreter Gemeinderat Harald Sobe, für Gemeinderat Mag. Werner Raup (Maturafeier ab 17.30 bis 20.30 Uhr) ist Gemeinderat Wolfgang Bertel ab 17.30 Uhr bis 20.30 Uhr, für Gemeinderat Christian Luser (Besprechung Volkshaus Völkendorf) ist ab 20.30 Uhr Gemeinderat Wolfgang Bertel, für Gemeinderat Harald Sobe ist Gemeinderat Kurt Schneider, für Frau Gemeinderätin Erika Lassnig (Kur) ist Gemeinderat Gerhard Kofler, für Gemeinderat Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz (Maturavorsitzführung bis 18.45 Uhr) ist Gemeinderat Helmut Treiber bis 18.45 Uhr und für Gemeinderat Johann Ebner (Urlaub) ist Frau Gemeinderätin Eleonore Schmoliner anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung werden keine Enwendungen erhoben; es gilt somit als genehmigt.

Die Tagesordnungspunkte 17.) und 26.) sind vertraulich. Es wird der Antrag gestellt, sie an den Schluß der Tagesordnung zu setzen.

Frau Gemeinderätin Steinkellner führt aus, daß der Tagesordnungspunkt 28.) FPÖ-Antrag auf Einrichtung eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes heute nur deshalb abgesetzt werden soll, weil der Amtsvortrag falsch erstellt wurde. Die FPÖ-Fraktion ist gegen eine Absetzung. Es wäre Zeit genug gewesen, im Amtsvortrag das Wort "Bund" durch "Land" zu ersetzen. Es wurde von ihr immer wieder

vorgebracht, daß die Zuständigkeit für den Ärztebereitschaftsdienst ständig zwischen Bund, Land und Gemeinden hin- und hergeschoben wird. Es zeigt sich nun, wie Recht sie damit hatte. Bei diesem FPÖ-Antrag handelt es sich nicht um die Zuständigkeit, sondern einzig und alleine darum, daß die Stadt Villach die Kosten für den Bereitschaftsdienst bis zu einer Regelung übernehmen soll. Villachs SPÖ-Fraktion soll sich nun nicht hinter einem ihrer Meinung nach bewußt falsch erstellten Amtsvortrag verstecken. Der Bereitschaftsdienst würde der Stadt im Jahr ca. S 600.000,-- kosten. Wer hindert die Stadt daran, für ihre alten und kranken Bürger diesen Betrag auszugeben? Das ist niemand anderer, als Villachs Sozialisten selbst. Wenn aus dem Kunstbudget S 1 Mio. für Reliefs am Friedhof ausgeschüttet werden, so ist es einfach unverständlich, daß man nicht S 600.000,-- für eine dringend notwendige ärztliche Versorgung unserer Mitmenschen übrig hat. Die freiheitliche Partei hat bei ihrem Bezirksparteitag am 5. Juni dieses Jahres an das Land eine Resolution verabschiedet, in welcher der Ärztebereitschaftsdienst gefordert wird, da andernfalls auch das neue Pflegegesetz in Frage gestellt ist. Sie hat bereits in der Gemeinderatssitzung am 24. März den Referenten Dr. Clar ersucht, Frau Landesrätin Achatz aufzufordern, in dieser Sache endlich aktiv zu werden. Heute fordert sie den neukommenden Sozialreferenten Pfeiler auf, umgehend bei der zuständigen SPÖ-Sozialreferentin im Kärntner Landtag Druck zu machen, damit diesem sozialen Rückschritt endlich ein Ende bereitet wird. Abschließend wird nochmals ersucht, den Tagesordnungspunkt nicht abzusetzen, sondern die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß Frau Gemeinderätin Steinkellner behauptet hat, daß der Amtsvortrag bewußt falsch erstellt wurde. Wenn Stadtrat

Dr. Clar sich das nicht bieten läßt, wird Frau Gemeinderätin Steinkellner demnächst vielleicht auch im Mitteilungsblatt der Stadt Villach ein bezahltes Inserat zur Entschuldigung aufgeben müssen. Zur Aufklärung ist folgendes zu sagen: Dieser Tagesordnungspunkt konnte deshalb nicht auf die Gemeinderatstagesordnung kommen, weil er im Stadtsenat nicht vorberaten wurde. Im Stadtsenat wurde er nicht vorberaten, da die ÖVP-Fraktion den Antrag gestellt hat, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen, um weitere Gespräche mit dem Sozialreferenten führen zu können.

Stadtrat Pacher meldet sich zur Geschäftsordnung. Da von Bürgermeister Manzenreiter eingefügt wurde, daß der Antrag auf Absetzung durch die ÖVP-Fraktion gestellt wurde, möchte er natürlich den wahren Grund für diesen Antrag nicht verschweigen. Der Amtsvortrag wurde von Stadtrat Dr. Clar erstellt. Es ist ein Recht des Stadtsenates und auch des Gemeinderates, daß derjenige, der diesen Amtsvortrag verantwortlich erstellt, dazu auch befragt werden kann. Dies ist nicht möglich gewesen. Stadtrat Dr. Clar war bei der letzten Stadtsenatssitzung nicht anwesend. Aus diesem Grund wurde dieser Antrag eingebracht.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß der befugte Vertreter anwesend war. Der Tagesordnungspunkt mußte abgesetzt werden, da er im Stadtsenat nicht vorberaten werden konnte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

die Tagesordnung anzunehmen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß als Protokollprüfer Gemeinderat Harald Sobe (SPÖ) und Frau Gemeinderätin Waltraud Rettl (FPÖ) bestellt werden.

Zum Tagesordnungspunkt 2.) Nachwahl in den Stadtsenat wird um 15.45 Uhr ein Vertreter des Landes erwartet. Er schlägt vor, mit der Fragestunde und den Mitteilungen des Bürgermeisters zu beginnen und anschließend die Sitzung zu unterbrechen, bis der Vertreter des Landes eingetroffen ist.

~~Öffentlichen~~ Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß auf Grund der Erkrankung von Vizebürgermeister Binter die Anfragen von Gemeinderat Mag. Burian betreffend Schlägerungen von vier Bäumen auf stadteigenem Grundstück und flächendeckende Sammlung von Biomüll nicht aufgerufen werden können.

Beginn der Fragestunde: 14.40 Uhr

F r a g e s t u n d e

1.) Anfrage von Gemeinderat Josef Spitzer
bezüglich lebensgefährliche Kunst

Gemeinderat Spitzer stellt folgende Anfrage:

"Bereits seit Jahren befinden sich in dem kleinen Park vor dem Kulturamt bzw. Fremdenverkehrsamt einige Steine mit herausragenden Metallstäben. Diese sind eine Gefahr für Leib und Leben der dort spielenden Kinder. Ich frage Sie daher, was Sie gegen diese Gefahrenquelle unternehmen werden."

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Als Ergebnis des Krastaler Symposions im Jahre 1989 in Villach wurden zwei Kunstwerke seitens der Stadt angekauft; eine Skulptur mit dem Titel "Wal" von Miriam Erbacher wurde im Europapark zur Aufstellung gebracht. Für mich persönlich bedeutet die Präsentation von Kunstwerken im öffentlichen Raum eine wichtige Konfrontation von Künstlern und Betrachtern, die eher zufällig vorbeikommen. Es muß davon ausgegangen werden, daß auch Kunstobjekte im

öffentlichen Raum jenen Kriterien unterliegen, denen alle freistehenden Gegenstände zugeordnet werden. Demnach kann nicht alles gegen alles versichert werden. Es muß dabei neben dem Sicherheitsbedürfnis die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers vorausgesetzt werden können.

Sofort nach Bekanntwerden dieses Problemes durch Ihr Zeitungsinterview am 13. April dieses Jahres wurde vom Sachverständigen der Stadt nachstehend angeführtes Gutachten eingeholt, es lautet:

"Zum Ersuchen wird nach örtlicher Besichtigung folgendes berichtet: Wie schon aus dem Pressefoto ersichtlich, steht das Steinmonument mitten auf einer Rasenfläche. Nach Rücksprache mit dem Stadtgartenamt ist der Europapark zwischen dem Kongreßhaus und der "Grubissich-Villa" zwar eine öffentliche Anlage, jedoch eine Parkanlage mit Rasenflächen, Sitzgruppen und Fußwegen aber kein Kinderspielplatz. Das Betreten der Rasenflächen und Spielen der Kinder auf den errichteten Anlagen (siehe Pressefoto) ist demnach nicht gestattet. Unter diesem Aspekt kann eine allgemeine Gefährdung für spielende Kinder auch nicht abgeleitet werden.

Für "freies Spielen" von Kleinkindern auf nicht hierfür bestimmten Flächen sind Eltern im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht selbst zuständig. Das Aufstellen von Hinweistafeln, wie etwa "Betreten der Rasenfläche verboten" sollte ins Auge gefaßt werden. Wenn die Rasenflächen und die dort aufgestellten Skulpturen jedoch frei zugänglich sind, auch von Kindern als Spielplatz benützt werden können, stellen die Stahlstifte über den Steinoberflächen sicherlich eine akute Gefahrenquelle dar."

Nach Einholen dieses Gutachtens wurde von mir bereits veranlaßt, daß die Spitzen der Eisenstäbe abgerundet wurden, Tafeln mit unten angeführten Text aufgestellt werden:

1. WAL Miriam Erbacher 1989

2. Es wird gebeten, diesen Rasen nicht zu betreten; Eltern haften für ihre Kinder.

Ich möchte nochmals den Appell an die Eigenverantwortung jedes einzelnen gegenüber Gefahrenquellen im öffentlichen Raum erneuern. Eine andere Frage ist freilich, ob nicht durch Aufstellung von Kinderspielgeräten das Problem am effizientesten gelöst wäre."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Spitzer nimmt die Aussage zur Kenntnis, stellt jedoch fest, daß allgemein bekannt ist, wie unberechenbar Kinder sind. Eineinhalb Meter neben der Straße befindet sich die Gefahrenquelle. Jeder, der kleine Kinder hat, weiß ganz genau, was passieren kann. Er hat diese Anfrage gestellt, da er beobachtet hat, wie ein Skateboard-Fahrer, ein Kind, dort gestürzt ist und eine Handbreite vor diesen Stahlstäben zum Liegen gekommen ist. Nicht auszudenken, wenn dieses Kind mit dem Körper auf den Stahlstäben gelandet wäre. Dann gäbe es vermutlich ein neues Kunstwerk in Villach - ein zappelndes Kind. Diese Skulptur ist und bleibt eine Gefahrenquelle. Er bittet Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher etwas zu unternehmen, damit nichts passiert. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, Leid zu verhindern, und nicht, Leid zu mildern. Was wird Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher unter-

nehmen? Wird die Skulptur so bleiben, wie sie jetzt ist, oder werden die Stäbe abgesägt oder ähnliches? Das Aufstellen einer Tafel hilft hier nicht.

Pkt. 1.1) Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher

kann die Zusatzfrage nicht heraushören, ist aber gerne bereit, noch einmal zu wiederholen. Sie hat selbst kleine Kinder und ist der Meinung, daß Kinder schon früh lernen müssen, mit Gefahren umzugehen. Eine stehende Skulptur ist ein gutes Beispiel dafür, wie Kinder lernen können, auch mit eckigen Dingen oder Gefahren umzugehen, ein viel besseres Beispiel, als beispielsweise der Autoverkehr, bei dem sie der Meinung ist, daß man alles unternehmen sollte, um Kinder davor zu schützen. Jedes Kind, das gelernt hat, sich frei zu bewegen, wird einigermaßen mit solchen Dingen umgehen können. Die Stadt Villach kann nicht für alle und für jeden Gegenstand, und das gilt auch für Kunst, die Verantwortung für den Privatbereich übernehmen.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Spitzer fragt, wer in einem Schadensfall zur Verantwortung gezogen wird - die Stadt als Grundeigentümer oder der Künstler?

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher

hat die zweite Zusatzfrage bereits in der ersten Beantwortung insofern besprochen, als vom Gutachter eindeutig festgestellt wird, daß in dem Fall nicht die Stadt Villach verantwortlich ist, sondern jeder einzelne die Verantwortung trägt und damit auch der Stadt keine Haftung zugesprochen werden kann.

Ende der Fragestunde: 14.50 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Termine

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß
die nächsten Gemeinderatssitzungen am 4.8.1993 um 17.00
Uhr, am 20.10.1993 um 17.00 Uhr und am 26. und 27.11.1993
um 9.00 Uhr (Budgetsitzung) stattfinden.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
b) Änderung des Villacher Stadtrechtes

folg. 1

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß mit Landesgesetzblatt Nr. 47/1993, herausgegeben am 21. Mai 1993, das Villacher Stadtrecht in wesentlichen Punkten einer Novellierung unterzogen wurde. Es darf vorausgeschickt werden, daß den Fraktionen über diese Änderung schon einige Informationen in schriftlicher Form zugegangen sind bzw. allen Mitgliedern des Gemeinderates ein Brief zugehen wird, in dem insbesondere die Frage der neu geregelten Vertretungsmöglichkeit ausführlich behandelt wird.

In kurzen Worten ist folgendes festzuhalten: Das Stadtrecht sieht im § 24 Abs. 1 a nunmehr vor, daß das Recht der Gemeinderatsmitglieder auf Akteneinsicht auch das Recht vorsieht, sich Akten oder Aktenteile, soweit keine gesetzlichen Bestimmungen dagegenstehen, kopieren zu lassen. Wesentlich dabei ist, daß diese Kopien nur auf Kosten des jeweiligen Gemeinderatsmitgliedes angefertigt werden dürfen. Zu beachten ist auch das Recht auf Datenschutz und der Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen Dritter.

Eine weitere wesentliche Änderung für die Mitglieder des Gemeinderates ist die im § 63 Abs. 2 a geregelte Vertretungsmöglichkeit. Danach ist die Wahl von ständigen Ersatzmitgliedern in den einzelnen Ausschüssen nicht mehr vorgesehen. Es ist vielmehr so, daß die Mitglieder des Gemeinderates persönlich einen Vertreter in die jeweilige Ausschußsitzung zu entsenden haben, wenn sie selbst verhindert sind. Es kann dies jedes Mitglied einer Fraktion oder ein bereits angelobtes Ersatzmitglied sein, wobei jedoch die Anzahl der in Betracht kommenden Ersatzmitglieder

von der Größe der jeweiligen Fraktion abhängt. Wenn eine Fraktion beispielsweise zehn Mitglieder umfaßt, so können auch die ersten zehn Ersatzmitglieder, die auf der Liste der Gemeinderatsmitglieder stehen, als Ersatzmitglieder in den Ausschüssen tätig werden.

Soweit die für die praktische Gemeindearbeit wichtigen Neuerungen der Novelle zum Stadtrecht.

Gemeinderat Dr. Ertl hat bei der letzten Ausschußssitzung des Bauausschusses zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Baudirektor sich in dem Sinne auf die Novellierung der Stadtverfassung bezogen hat, daß der Gemeinderat für die Amtsvorträge, die ihm für die Arbeit zur Verfügung gestellt werden, die Kosten für die Kopien zu tragen hat, und daß es daher nicht mehr möglich sein wird, daß im Vergabe- und im Bauausschuß Amtsvorträge kopiert zur Verfügung gestellt werden können. Das ist eine vollkommen falsche Auslegung dieser Beschlußfassung des Landtages. Bürgermeister Manzenreiter hat selbst von Akteneinsicht gesprochen. Es besteht ein Unterschied zwischen der Akteneinsicht und dem Anfertigen von Kopien für eigene Erhebungen im Zuge dieser Einsicht und dem Ergebnis einer Bearbeitung eines Problems, das Ausfluß findet im Amtsvortrag, der dann im Ausschuß beraten wird. Es ist selbstverständlich, daß das Ergebnis der amtsinternen Erhebungen Einfluß findet im Amtsvortrag und dieser Amtsvortrag weiterhin dem Ausschußmitglied kostenlos zur Verfügung gestellt werden muß. Denn diese Novellierung ist auch in der Allgemeinen Gemeindeordnung gefaßt worden. In einer kleinen Landgemeinde, in der ein Gemeinderat nicht, wie in Villach, eine pauschalierte Aufwandsentschädigung erhält, sondern ein Sitzungsgeld von zwischen S 200,-- und S 400,--, würde man die Arbeit dieser Gemeinderäte enorm erschweren, wenn diese die Kopien von Amtsvorträgen

auch noch selbst zahlen müßten. Damit leistet man der Demokratie keinen guten Dienst. Er appelliert daher an den Bürgermeister, diese Gesetzesnovellierung so anzuwenden, wie es seiner Meinung nach nur richtig sein kann. Es mag sein, daß es der Gemeinderat selbst zu zahlen hat, wenn er im Zuge einer Akteneinsicht eine Kopie von einem Plan oder einer Skizze anfertigt. Man liegt jedoch sicher falsch, wenn man die Arbeit der Gemeinderäte in der Weise behindert, daß sie keine Kopie der Amtsvorträge mehr bekommen. Er ersucht Bürgermeister Manzenreiter, diese Angelegenheit so zu regeln, daß die Arbeit der Gemeinderäte weiterhin zum Wohle der Villacher Bevölkerung geleistet werden kann.

Frau Gemeinderätin Rettl führt aus, daß auch ihr im Unternehmensausschuß mitgeteilt wurde, daß nun die Kopien zu bezahlen seien. Das ist, mit Ausnahme dessen, was Gemeinderat Dr. Ertl bereits angeführt hat, angesichts der großen Papierflut gar nicht so schlecht. Die wichtigsten Unterlagen müssen gratis zur Verfügung gestellt werden. Nun jedoch zu einem Ereignis, das man unter das Motto "selten so gelacht" stellen könnte. Sie war eines der ersten Opfer dieser neuen Verordnung. Vorgestern hat sie sich in der Wirtschaftsverwaltung drei Kopien machen lassen. Gestern hat sie mittels Boten, ein Beamter hat sie im Geschäft besucht, folgendes bekommen: ein Briefkuvert mit ihrer Anschrift, mit der Maschine geschrieben, eine Rechnung mit einer Zahl, einer Vorschlagsstelle usw.. Darauf wurden drei Kopien zum Preis von à S 1,--, das ergibt S 3,--, keine Arbeitsleistung, Rechnungsbetrag S 3,--, keine Mehrwertsteuer, verrechnet. Die vorgeschriebenen Kosten sind innerhalb von acht Tagen ohne jeden Abzug mit beiliegendem Erlagschein einzuzahlen. Zahlbar und klagbar in Villach. Ein händisch ausgefüllter Erlasschein über S 3,-- war beigelegt. Wie sie sich ausge-

rechnet hat, betragen die Kosten für dieses Schreiben und für die Zustellung mindestens S 50,--. Wenn es so weitergeht, schreit alles in ihr nach einer Verwaltungsanalyse.

Reinigung, man könnte sich als Gemeinderat auf eine Sitzung vorbereiten.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß für die Wirtschaftsverwaltung nicht Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher, sondern in diesem Bereich Stadtrat Pacher zuständig ist. Der Vorwurf richtet sich an die falsche Stelle. Auch er empfindet diesen Vorgang als faschingsreif, denn es entspricht sicherlich nicht den Gepflogenheiten und schon gar nicht den Anweisungen, die hier gegeben worden sind. Makaber daran ist, daß dieses Schreiben ausgerechnet aus der Wirtschaftsverwaltung kommt. Mit ihm wurden in den letzten Tagen zwei Dinge besprochen. Das erste ist, daß die Gemeinderatsfraktionen die Kosten für das Anfertigen von Photokopien von Akten und Aktenteilen übernehmen müssen. Die Intention des Gesetzgebers war es, Kosten zu sparen, da in letzter Zeit viel zu viel kopiert worden ist. Die notwendigen oder unnotwendigen Kopien sind in ihrer Zahl in dieser Gemeinderatsperiode eklatant angestiegen. Er ist gerne bereit, durch die Magistratsdirektion und das Rechtsamts klären zu lassen, was man unter Akten und Aktenteilen versteht. Die zweite Überlegung war, daß die Rechnungen gesammelt und am Jahresende den Fraktionen zugestellt werden sollten. So war es mit ihm besprochen. Es hat sich hierbei hoffentlich um einen Einzelirrläufer gehandelt.

Gemeinderat Dr. Löberbauer informiert, daß es kein Einzelirrläufer war, auch wenn er nicht mit einer Rechnung über einen Betrag von S 3,-- dienen kann. Er möchte einen vernünftigen Lösungsvorschlag bringen. Dabei soll nicht von juristischen Gesichtspunkten ausgegangen werden, sondern man muß sich dieses Problem in der Praxis ansehen. Er hat beispielsweise eine Einladung zu einer

Kontrollausschußsitzung erhalten, auf deren Tagesordnung wichtige Themen standen, wobei die Amtsvorträge nicht die dünnsten waren. Der Gesetzgeber ist anscheinend der Meinung, man könnte sich als Gemeinderat auf eine Sitzung vorbereiten, indem man die Amtsvorträge durcharbeitet und sich die wichtigsten Punkte notiert. Das ist jedoch nicht möglich. Bei den Kontrollamtsberichten, wie beispielsweise beim Tätigkeitsbericht, ist jedes Wort wichtig. Man müßte in der Praxis Wort für Wort abschreiben. Es ist nicht zumutbar, 74 Seiten handschriftlich abzuschreiben. Das ist eine unnötige Erschwerung der Arbeit. Er hat ebenfalls ein Schreiben bekommen, allerdings nicht von der Wirtschaftsverwaltung, sondern vom Hauptbüro. Es soll nun kein Zuständigkeitsstreit entstehen. Es ist im Prinzip auch nicht wichtig, wer zuständig ist. Ein Lösungsvorschlag wäre, daß man den Fraktionen ein Exemplar pro Fraktion für die Arbeit zur Verfügung stellt. Ist darüberhinaus ein Gemeinderat der Meinung, daß er sich zusätzlich Kopien anfertigen muß, so soll er dafür zahlen. Wenn man ein Schreiben mit Bemerkungen, wie "keine Mehrwertsteuer, da Hoheitsverwaltung" und "Die vorgeschriebenen Kosten sind innerhalb von acht Tagen ohne jeden Abzug mittels beiliegendem Erlagschein einzuzahlen, zahlbar und klagbar in Villach" bekommt, so ist das eine Stilfrage. Er wird sich, sollte es so weit kommen, klagen lassen. Das alles würde jedoch nicht geschehen, wenn man den von ihm gebrachten Vorschlag annehmen und ein Exemplar pro Fraktion zur Verfügung stellen würde.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte, da die Rednerliste länger wird, zu diesem Punkt bemerken, daß es zwar unwirtschaftlich sein mag, wenn die Wirtschaftsverwaltung eine Rechnung mit S 3,-- durch Boten übermitteln läßt, daß es jedoch ebenso unwirtschaftlich ist, wenn der Gemeinderat der Stadt Villach als politi-

sches Gremium eine Stunde lang über die Frage der Kopien diskutiert. Es handelt sich hierbei um eine Frage der Verwaltung. Bürgermeister Manzenreiter hat bereits angekündigt, daß er die Angelegenheit überprüfen lassen wird. Wie die Bestimmung auszulegen ist und wie es in Zukunft gehandhabt wird, wurde durch eine Dienstanweisung an alle Dienststellen bereits schriftlich hinausgegeben.

Gemeinderat Dr. Assmann meldet sich zur Geschäftsordnung. Gemeinderat Dr. Löberbauer hat vorhin einen praktikablen Vorschlag gebracht. Er stellt nun den Antrag auf Schluß der Debatte.

Stadtrat Ladstätter meldet sich zur Geschäftsordnung und erklärt, daß der Vorgang, wie er sich jetzt wieder abspielt, der Beweis dafür ist, daß man, wenn es eng wird, gerne bereit ist, einem Antrag der FPÖ-Fraktion nachzukommen. Er möchte jedoch noch etwas klarstellen, das nicht offen im Raum stehenbleiben sollte. Die Rechnung über S 3,--, die diese Diskussion ausgelöst hat, wurde nicht von der Wirtschaftsverwaltung ausgesandt, sondern vom Hauptbüro. Das muß deshalb dezidiert festgehalten werden, da das Hauptbüro nach der Geschäftsverteilung des Magistrates Villach dem Bürgermeister und der Magistratsdirektion unterstellt ist. Folglich wollte man wieder einmal den Oppositionsparteien die Arbeit in dieser Stadt erschweren. Im vorausgaloppierenden Gehorsam kommt eine Rechnung an das Tageslicht, in der S 3,-- für drei Kopien, eine Kopie mit S 1,--, in Rechnung gestellt werden. Frau Gemeinderätin Rettl hat das schon sehr gut gebracht. Da gibt es ein Kuvert, es ist ein Beamter zu ihr ins Geschäft gekommen, es ist eine Rechnung gestellt worden, in der man aufgefordert wird, innerhalb von acht Tagen zu zahlen. Das hätte mit etwas gutem Willen bereits von allem Anfang an vom Bürgermeister dieser Stadt geklärt

werden können und es hätte diese Diskussion und diese Rechnungslegung überhaupt nicht stattfinden müssen. Er ist als Fraktionsobmann über diese Diskussion gar nicht unglücklich, da man daran sieht, wie den kleineren Parteien in dieser Stadt von der sozialistischen Partei die Arbeit erschwert wird.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher informiert, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte von Gemeinderat Dr. Assmann vorliegt. Es ist laut Geschäftsordnung über diesen Antrag sofort und ohne Wechselrede abzustimmen, auch ohne Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Es darf nur mehr der Berichterstatter, das ist in dem Fall der Bürgermeister, noch das Wort ergreifen.

Bürgermeister Manzenreiter fordert die Mitglieder des Gemeinderates auf, an dieser Debatte und an der Panne Vergnügen zu haben. Er hat vor einigen Tagen eine Dienstanweisung unterzeichnet, wonach vierteljährlich abzurechnen ist. Alles andere ist vorher und von der Verwaltung selbst geschehen. Weiters ist festzustellen, daß der Landesgesetzgeber mit den Stimmen aller Parteien das Villacher Stadtrecht geändert hat. Gemeinderat Dr. Ertl hat einen konstruktiven Vorschlag eingebracht, der noch zu prüfen ist. Es wird auch der Vorschlag von Gemeinderat Dr. Löberbauer einer Prüfung unterzogen. Es ist jedoch eine Logik, die er nicht nachvollziehen kann, wenn nun wieder aus einer von allen drei Parteien im Landtag beschlossenen Novelle zum Villacher Stadtrecht etwas interpretiert wird, wonach die SPÖ-Fraktion in Villach den kleinen Parteien wieder etwas am Zeug flicken will. Die Vorschläge von Gemeinderat Dr. Ertl und Gemeinderat Dr. Löberbauer werden rechtlich und in Parteiengesprächen zu prüfen sein, denn es soll die Arbeit nicht behindert werden. Er hält es jedoch für sinnvoll, daß der Landesgesetzgeber sich

dazu entschlossen hat, die bisherige Flut an Photokopien abzustellen. Er wird in der nächsten Gemeinderatssitzung eine nähere Information darüber bringen, was sich auf dem Bereich des Aufwandes für Photokopien in den vergangenen Jahren geändert hat.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag auf Schluß der Debatte zuzustimmen.

Stadtrat Pacher meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet Bürgermeister Manzenreiter, da dieser heute bereits mit flinker Zunge eine andere Gemeinderätin dazu aufgefordert hat, etwas zurückzunehmen, da sie das andernfalls im Mitteilungsblatt tun müßte, ebenfalls zurückzunehmen, daß er als politischer Referent für diese Schreiben verantwortlich war. Das ist eine Unwahrheit.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ist der Meinung, daß eine Antragstellung indirekter Form vorliegt. Sie bittet, die Wortmeldungen zur Geschäftsordnung immer als Antragstellung zu formulieren.

Bürgermeister Manzenreiter hat sich auf einen Zwischenruf von Gemeinderat Dr. Assmann bezogen. Es hat sich vermutlich um einen Amtsvortrag für die Arbeit von Gemeinderat Dr. Assmann für einen Ausschuß gehandelt, in dem dieser Vorsitzender und Stadtrat Pacher

der Referent ist. Auf diese Wortmeldung bezogen hat er erklärt, daß in diesem Fall nicht Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher, wie Gemeinderat Dr. Assmann aufgefordert hat, sondern der zuständige Referent rücktrittsreif ist. Er hat Stadtrat Pacher nicht zum Rücktritt aufgefordert, sondern nur erklärt, daß dieser als Referent für den Ausschuß von Frau Gemeinderätin Rettl zuständig ist. Es war damit die Zuständigkeit für die Wirtschaftsverwaltung und nicht für die Rechnung gemeint. Es wurde kein Vorwurf gemacht, sondern lediglich versucht, etwas von der Geschäftsordnung her klarzustellen. Die Rücktrittsaufforderung ist von Gemeinderat Dr. Assmann gekommen. Dieser könnte sie zurücknehmen, er jedoch nicht.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher führt aus, daß man bei der Jahresrechnung noch einmal auf die Relationen zurückkommen wird. Es besteht ein Überschuß von S 105 Mio. Wegen einer Kopienrechnung über S 3,-- wurde eine Rücktrittsaufforderung ausgesprochen. Das spricht für sich.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
c) Neugewählter Klubobmann der SPÖ-
Fraktion

folg. 2

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß mit Schreiben vom 14. Juni 1993 die Fraktion der sozialdemokratischen Partei Österreichs mitgeteilt hat, daß gemäß § 24a Abs. 2 des Villacher Stadtrechtes eine Neuwahl des Klubobmannes vorgenommen wurde. Mit Wirkung der Mitteilung vom 14. Juni 1993 ist nunmehr Herr Gemeinderat Richard Pfeiler Klubobmann der Fraktion der sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Frau Gemeinderätin Steinkellner ist der Meinung, daß die Ideenlosigkeit des Bürgermeisters grenzenlos ist. Sie findet in der Neubesetzung des Gesundheits- und Sozialreferenten ihre Fortsetzung zur anderen Besetzung. Den Arzt und damit prädestinierten Gesundheitsreferenten Dr. Clar hat die SPÖ-Fraktion zuerst aus dem Krankenhaus herausgelockt und nun wird er aus dem Stadtsenat hinauskomplimentiert.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß diese Wortmeldung nach ihrem Dafürhalten den Tagesordnungspunkt 2.) betrifft.

Frau Gemeinderätin Steinkellner ist der Meinung, daß es auch zum Vorschlag der SPÖ-Fraktion paßt. Sie wiederholt: Den Arzt und damit prädestinierten Gesundheitsreferenten Dr. Clar hat die SPÖ-Fraktion zuerst aus dem Krankenhaus herausgelockt und nun wird er aus dem Stadtsenat hinauskomplimentiert. Wobei das Wort hinauskomplimentiert noch sehr schmeichelhaft ist, denn Stadtrat Dr. Clar ist ihres Wissens nicht freiwillig gegangen. Ein sichtbares Zeichen ist es auch, daß er heute nicht mehr

auf der Regierungsbank sitzt. Mit Stadtrat Dr. Clar saß überdies ein besonnener und sachlicher Mann mit Niveau auf der Regierungsbank und nun kommt ausgerechnet Gemeinderat Pfeiler, der SPÖ-Mann für das Grobe, in den Stadtse-nat. Plötzlich reicht ein Eisenbahner als Gesundheits- und Sozialreferent. Die SPÖ-Fraktion hätte doch andere Perso-nen für dieses Amt in ihren Reihen. Sie könnte beispiels-weise eine Frau oder einen langjährigen, im Sozialausschuß tätigen Mann zum Nachfolger von Stadtrat Dr. Clar nominie-ren. Auch hier ist das Unbehagen innerhalb der SPÖ-Frakti-on enorm. Auf ihre Frage, warum kein anderer zum Gesund-heitsreferenten nominiert wurde, bekam sie zur Antwort, daß es entsetzlich sei, man aber nichts tun könne. Den Namen dieser Person wird sie natürlich nicht nennen, damit diese keine Schwierigkeiten bekommt. Gemeinderat Pfeiler hat in der Zeitung angekündigt, daß er um Schonfrist er-sucht. Eine Schonfrist für Stadtrat Pfeiler, der bei jeder Gelegenheit der FPÖ-Fraktion von Anfang an nur Prügel geworfen hat, wird er von dieser sicher nicht erhalten. Sie fordert den designierten Stadtrat Pfeiler als Mitglied des Sozialausschusses auf, umgehend den dringend erforder-lichen Gesundheitssprengel für Villach zu installieren und sich dafür einzusetzen, daß der Ausbau von Kindergärten und Integrationsgruppen für behinderte Kinder, sowie der Ausbau von Hortplätzen vorangetrieben wird. Sie ist der Meinung, daß ein Teil der dafür notwendigen Mittel durch Kürzungen von Investitionen im Kunst- und Kulturbereich hereingebracht werden könnte.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß jede Fraktion versuchen sollte, die Angelegenheiten in ihrem Bereich zu regeln. So gesehen sind in sehr vielen Bereichen die Argumente von Frau Gemeinderätin Steinkell-ner nicht richtig. Man hat heute schon erlebt, daß es schwere Vorwürfe an Stadtrat Dr. Clar gegeben hat, sogar

eine bewußte Falscherstellung eines Amtsvortrages wurde ihm vorgeworfen. Wenn seine Erinnerung richtig ist, dann ist Stadtrat Dr. Clar in den zweieinhalb Jahren, in denen er Stadtrat war, mehrmals von der FPÖ-Fraktion zum Rücktritt aufgefordert worden. Es sind ihm laufend Vorwürfe gemacht worden. Der vorige Bürgermeister hat immer, wenn jemand zurückgetreten ist, den Spruch gebraucht: "Ein toter Indianer - ein guter Indianer". So gesehen ist das Stimmungsbild, das sich heute hier dartut, schon ein sehr interessantes. Natürlich gibt es auch Diskussionen darüber, wieviel Zeitaufwand, und das wird man heute auch noch erleben, ein Stadtrat für seine Funktion aufwenden kann. Diese Diskussion wurde von allen Parteien geführt, daher hat diese Frage sicherlich auch eine Rolle gespielt. Darüber gibt es keinerlei Unklarheiten.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

d) Berufung von Ersatzmitgliedern zu
ordentlichen Mitgliedern des Villacher Gemeinderates

folg. 3/4

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß die Gemeindewahlbehörde der Stadt Villach in ihrer Sitzung vom 30.3.1993 in Entsprechung des § 76 Abs. 5 der Gemeindewahlordnung 1972,

Herrn

Ludwig Oitzinger

geb. 1922, Pensionist,

whft. 9500 Villach,

Tafernerstraße 23

zum ordentlichen Mitglied des Villacher Gemeinderates berufen hat. Die Berufung war infolge der Mandatsrücklegung durch Gemeinderat Theodor Maier erforderlich geworden.

Weiters hat die Gemeindewahlbehörde der Stadt Villach in ihrer Sitzung vom 22.6.1993 in Entsprechung des § 76 Abs. 5 der Gemeindewahlordnung 1972, in der derzeit geltenden Fassung,

Frau

Monika Obergantschnig,

1959, Kindergärtnerin,

9500 Villach, Münzweg 42,

und

Pkt. 1.) Herrn Rüdiger des Bürgermeisters
a) Rudolf Unterköfler, 30. Jänner 1939, Versicherungsangestellter,
9500 Villach, Pogöriacher
Straße 23 b

zum ordentlichen Mitglied des Villacher Gemeinderates
berufen. Die Berufung war infolge der Mandatsrücklegung
durch Stadtrat Matthias Smoliner und Stadtrat Dr. Hans-
Jörg Clar mit Wirksamkeit vom 25. Juni 1993 erforderlich
geworden.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

Mit diesem anreicht ne) Zellstoff Villach - Regreßverzicht
Kärnten hat sich der von des Landes Kärnten

Blz. 5

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß mit Schreiben vom 24.6.1993 das Sekretariat des Landeshauptmannes von Kärnten mitgeteilt hat, daß nunmehr der Landeshauptmann von Kärnten den von der Stadt Villach im Jahre 1990 geforderten Regreßverzicht des Landes Kärnten im Zusammenhang mit allfälligen Forderungen aus der Causa Zellstoff Villach unterschrieben hat. Die Kärntner Landesregierung hat bekanntlich in ihrer Sitzung vom 17.11.1992 den Beschluß gefaßt, den von der Stadt Villach hinterlegten Haftungsanteil in Höhe von S 12.999.315,-- zuzüglich der bisher im Zuge der Hinterlegung angelaufenen Zinsen seitens des Landes anzunehmen. Gleichzeitig damit wurde der von der Stadt Villach verlangte umfangreiche Regreßverzicht bezüglich aller weitergehenden Forderungen gegen die Stadt bzw. den Reinhaltverband vom Land Kärnten uneingeschränkt akzeptiert.

Damit ist die Forderung der Stadt Villach, die in der Sitzung des Stadtsenates vom 7.11.1990 zum Beschluß erhoben wurde, nämlich daß das Land Kärnten auf alle Rückgriffs- und Schadenersatzansprüche, welcher Art auch immer in dieser Angelegenheit verzichtet, erfüllt worden. Der seinerzeit hinterlegte Betrag in Höhe von S 12.999.315,-- ist somit für das Land Kärnten fällig.

Es kann damit abschließend festgestellt werden, daß die Stadt Villach nunmehr aus der "Causa Magdalen" keine weiteren wie immer gearteten finanziellen und sonstigen Forderungen, welcher Art auch immer, zu erwarten haben wird bzw. diesbezüglich keine wie immer gearteten Rechte mehr bestehen.

Zurückwerke oder stumpfe Rechnungen. Der Gemeinderat hat in Mit diesem nunmehr eingelangten Regreßverzicht des Landes Kärnten hat sich der von der Stadt Villach immer eingenommene Rechtsstandpunkt letztendlich als richtig erwiesen und durchgesetzt.

Er stellt fest, daß mehrmals von verschiedenen Parteien und verschiedenen Mandataren behauptet worden ist, daß sich die Stadt Villach mit mehreren hundert Millionen Schilling an der Schadenstilgung des Zellstoffwerkes Magdalen beteiligen wird müssen. Diese Causa hat nunmehr einen Abschluß gefunden.

Gemeinderat Samnitz ist froh über diese Mitteilung und ist der Ansicht, daß jetzt auch für den ÖVP-Clubobmann im Land Kärnten kein Grund mehr besteht, den Verkauf der Freizeitanlagen in St. Magdalen an die Stadt Villach zu blockieren. Er möchte von dieser Stelle aus im Namen des Komitees von St. Magdalen den Gemeindemandataren, die die Veranstaltung anläßlich des Besuches des Ausschusses unterstützt haben, recht herzlich danken. Es waren zwar nicht alle Fraktionen vertreten, von der FPÖ-Fraktion hat er jedoch etwas versteckt Stadtrat Ing. Klamt gesehen. Die Bevölkerung hatte eher die Meinung, daß er hinter dem Baum und dann hinter dem Landtagsabgeordneten Dr. Strutz steht, als hinter der Bevölkerung. Trotzdem bedankt er sich herzlich bei Stadtrat Ing. Klamt dafür, daß er an dieser Veranstaltung teilgenommen hat. Nun sollte gemeinsam versucht werden, diese Anlagen für die Stadt Villach zu erwerben und der Bevölkerung wieder zur Verfügung zu stellen.

Gemeinderat Mag. Burian möchte eine Frage an Bürgermeister Manzenreiter richten, die ihm am Herzen liegt und die vielleicht wichtiger ist als spitze

Kunstwerke oder stumpfe Rechnungen. Der Gemeinderat hat im Februar dieses Jahres einen einstimmigen Beschluß gefaßt, wonach das Fernheizwerk Villach mit Biomasse betrieben werden soll. Bürgermeister Manzenreiter wurden beauftragt, Verhandlungen zu führen. Könnte dieser kurz über die Verhandlungen berichten?

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß dies eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung war. Es ist die Diskussion zum Tagesordnungspunkt Mitteilungen noch nicht abgeschlossen.

Stadtrat Ing. Klamt möchte zunächst feststellen, daß er bei der Veranstaltung nicht anwesend war. Es erscheint nun ein Bild, als wäre mit den S 13 Mio. wirklich alles abgeschlossen. Von der finanziellen Seite aus gesehen ist das richtig, da man auf die Ansprüche verzichtet hat. Es hat jedoch verschiedene Rechtsmeinungen gegeben. Wenn beispielsweise zwei Ehegatten miteinander streiten, kann der Mann seiner Frau eine Ohrfeige geben. Die Frau hat sicher das Recht, den Mann einzuklagen. Wenn die beiden ihre Ehe jedoch aufrechterhalten wollen und sie haben einen guten Freund, dann wird der ihnen raten, jetzt keinen Rechtsstreit vom Zaum zu brechen, da die Kosten der Anwälte ihr gemeinsames Budget belasten würden. So muß man das auch in diesem Fall sehen. Zwischen der Stadt Villach und dem Land Kärnten könnte man wahrscheinlich jahrelang Prozesse führen. Der Rechnungshof war der Ansicht, daß es nicht gut ist, wenn die Stadt Villach mit dem Land Prozeß führt, weil das alles der Steuerzahler zahlen muß. Man kann froh sein, daß die Angelegenheit mit den S 13 Mio. bereinigt ist. Man kann davon jedoch nicht ableiten, daß in Magdalen nichts passiert ist und daß die SPÖ-Fraktion eine weiße Weste hat.

Derzeit 80 % 18 Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte vom Vorsitz her feststellen, daß sie es schade findet, daß die Gattin von Stadtrat Ing. Klamt heute nicht anwesend ist. Diese Äußerung wäre für sie vielleicht ganz interessant gewesen. Weiters möchte sie klar feststellen, daß es zumindest eine Fraktion gegeben hat, nämlich die FPÖ-Fraktion, die gegen den Antrag gestimmt hat, dem Land die Regelung mit den S 12,9 Mio. anzubieten. Wenn es nach der FPÖ-Fraktion gegangen wäre, dann wäre diese Regelung nie und nimmer zustandegekommen und das Kapitel hätte finanziell und auch sonst keinen Abschluß gefunden.

Stadtrat Pacher führt aus, daß Stadtrat Ing. Klamt es oft versteht, etwas kompliziert auszudrücken, was an und für sich sehr einfach ist. Er hat aber trotz seiner komplizierten Ausdrucksweise verstanden, was dieser eigentlich gemeint hat. Er stimmt ihm in dieser Frage vollkommen zu. Er nimmt an, daß die Stadt Villach auch in Zukunft gemeinsam mit dem Land Dinge verwirklichen will, die für die Villacher Bürger, die letztendendes auch Kärntner Bürger sind, von Bedeutung sind. Was sich in St. Magdalen abgespielt hat, war eine Schande für die Stadt Villach. Wenn man miteinander Dinge erreichen will, dann sollte man versuchen, aufeinander zuzugehen. Er war in St. Magdalen nicht persönlich anwesend, hat sich aber aus vertraulicher Quelle darüber informiert, was sich dort abgespielt hat. Wenn ein verantwortlicher Vertreter des Landes kommt, um sich an Ort und Stelle darüber zu informieren, um welche Übergabesteile es sich hier handelt, dann sollte man diese Gelegenheit nutzen, in einem gemeinsamen Gespräch für die Stadt möglichst viel zu erreichen. Es wird immer davon gesprochen, wie wichtig das Gebäude und der Badeplatz ist. Aus seiner Sicht ist das entscheidendste bei dieser Diskussion jedoch die Wassernutzung auf diesen Grundstücken. Die Stadt Villach bezieht

derzeit 80 % ihres Trinkwassers aus einer einzigen Quelle. Diese Quelle schüttet in Spitzenzeiten 360 bis 380 Sekundenliter. Auf diesen hier zur Verhandlung stehenden Grundstücken befinden sich Tiefbrunnen, die bis zu 510 Sekundenliter Schöpfmenge aufbringen könnten. Es ist zwar nur Nutzwasser, aber auch Nutzwasser wird immer mehr an Bedeutung gewinnen, da der größte Teil des Wassers, das derzeit verbraucht wird, nicht für Trinkwasser, sondern für Nutzwasser ausgegeben wird. Es ist allgemein bekannt, daß es bereits Konzepte gibt. Die ÖVP-Fraktion hat im Gemeinderatswahlkampf bereits vorgeschlagen, auch daran zu denken, Nutzwasserleitungen in Villach zu bauen. Die SPÖ-Fraktion ist damals vehement dagegen aufgetreten. Er hat Visionen, die die Bedeutung dieser Quellen weit über das Wort Nutzwasser hinaus bringen. Er denkt beispielsweise an den Silbersee, einen Badesee, der im Sommer dringendst einer zusätzlichen Einspeisung von Frischwasser bedürfen würde. Wenn man die Nähe zu diesem Nutzwasservorkommen beachtet, so ist das durchaus wichtig. Es ist weitaus wichtiger, als der Badeplatz, der hier ständig in Diskussion ist, weitaus wichtiger, als die Veranstaltungsräume, die hier zur Diskussion stehen, und weitaus wichtiger, als der Sportplatz, der der Stadt ohnehin bis zum Jahr 2024 oder 2025 vertraglich zusteht. Es wird viel Wind um nichts gemacht und das Wichtigste wird vergessen. Man sollte daher nicht solche Demonstrationen veranstalten, sondern man sollte vernünftig mit dem Land reden. Das Land hat auch eine Aufgabe zu erfüllen, und zwar die, darauf zu achten, daß das, was ihm gehört, entsprechend bewertet wird. Man muß zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. Der Streit, der sich hier entwickelt, nützt weder der Stadt Villach, noch ihren Bürgern. Aus diesem Grund ersucht er, mit diesen nutzlosen Windgeräuschen aufzuhören und zu ernsthaften Verhandlungen zu kommen. Als Verantwortlicher für das Wasser ist er der Meinung, daß diese Diskussionen ernsthafter geführt werden

sollten. Für ihn ist das der wichtigste Teil dieser Diskussion und nicht jene Dinge, die hier ständig in den Raum gestellt werden. SPÖ-Fraktion hat viele Stunden im Gemeinderat damit verbracht, die unglückseligen Angriffe der anderen Fraktion. Gemeinderat Pfeiler stellt fest, daß die Mitglieder des Gemeinderates schon öfter die Erfahrung machen konnten, daß Stadtrat Ing. Klamt schnell aus der Fassung zu bringen ist. Es ist interessant zu bemerken, daß man nun auch einen tiefen Einblick in dessen Psyche bekommen hat. Es ist nicht das erste Mal, daß Stadtrat Ing. Klamt in diesem Gemeinderat mit verbalen Ohrfeigen argumentiert hat. Es ist kaum ein Jahr her, da hat er auch ihm verbal eine Ohrfeige angeboten. Stadtrat Pacher hat im eleganten Slalomkurs eigentlich vernebelt, worum es bei Magdalen wirklich geht. Die Stadt Villach hat über ein Schätzgutachten des Landes ein Kaufangebot an das Land gerichtet, die Freizeiteinrichtungen für die Magdalener Bevölkerung durch die Stadt abzukaufen. Nach einem einstimmigen Beschluß in der Landesregierung hat sich der ÖVP-Abgeordnete Wurmitzer, der in Villach eine bekannte Größe ist und der eigentlich für Villach nichts übrig hat - er wurde schon einmal verurteilt, weil er das Villacher Wasser als gesundheitsgefährdend bezeichnet hat - wieder einmal bemüht gefühlt, der Villacher Bevölkerung Schaden zuzufügen. Dagegen muß man sich wehren. Die SPÖ-Fraktion erwartet keine salbungsvollen Reden, sondern sie erwartet, daß die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion in Villach für die Villacher Bevölkerung und nicht als Befehls- und Strategieempfänger für ihre Landesparteien agieren. Die SPÖ-Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß nun schwarz auf weiß zu lesen ist, unterschrieben vom Landeshauptmann von Kärnten, Dr. Zernatto, daß das Magdalen-Debakel kein Debakel der Stadt Villach und kein Debakel der sozialdemokratischen Partei dieser Stadt war, sondern daß dieses Magdalen-Debakel allein ein Verschulden des Landes

war. Die Stadt Villach zahlt jetzt ihre damals vereinbarte Haftung zurück und damit ist für Villach die Causa Magdalen beendet. Die SPÖ-Fraktion hat viele Stunden im Gemeinderat damit verbracht, die unqualifizierten Angriffe der anderen Fraktionen abzuwehren. Er ersucht die Mitglieder der FPÖ- und Teile der ÖVP-Fraktion dringend, das Vokabel Magdalen im Zusammenhang mit der SPÖ-Fraktion aus ihrem Standardrepertoire zu streichen, andernfalls könnte es ab und zu zu argen Konflikten kommen, da die SPÖ-Fraktion sich das nicht mehr gefallen lassen wird. In dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6.4. war als Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Löberbauer folgendes zu lesen: "Als drittes dürfe er (Gemeinderat Dr. Löberbauer) feststellen, daß der Schaden für die Stadt nicht, wie geschildert, gering sei, sondern daß durchaus begründet zu befürchten sei, daß dieser S 307 Mio. betragen wird. Viertens sei zu sagen, daß der Gemeinderat aus seiner Sicht ganz einfach hinters Licht geführt und geschickt desinformiert worden sei." Das waren die Anschuldigungen, die hier permanent gefallen sind. Die SPÖ-Fraktion wird sich das nicht mehr gefallen lassen. Er hofft, daß jetzt, nachdem viele Stunden über Magdalen diskutiert wurde, dieses Wort im Zusammenhang mit einem Debakel, mit einem Skandal nicht mehr zu hören sein wird.

Gemeinderat Samnitz möchte nur noch ergänzen, daß der ehemalige Stadtrat Ing. Amtmann Heinrich damals gemeinsam mit einem Herrn Kronig aufgetreten ist, den Stadtrat Ladstätter auch ganz gut kennt, und im Jahr 1983 gesagt hat, die sozialistischen Betriebsräte sind die Betriebsschließer in Magdalen und Magdalen ist ein Schlachtopfer für die VOEST und darf nicht gesperrt werden.

spiel eine große Rolle. Er kann der Wortmeldung von Stadtrat Pacher bezüglich des Brunnen drei insofern zustimmen, als dieser sicherlich für die Stadt Villach in weiterer Folge sehr wertvoll sein wird, aber nicht nur, um den Silbersee mit Frischwasser zu versorgen, sondern auch für Betriebe, die man hoffentlich auf dem ehemaligen Gelände der Zellstoff-Villach wieder ansiedeln können wird. Er ist der Meinung, daß es auch im Sinne von Stadtrat Pacher als Wirtschaftstreibender ist, wenn die Stadt Villach nicht nur den Silbersee alleine betreibt. Er weiß, wovon er spricht, da er diesen Brunnen 14 Jahre lang steuerungsmäßig betreut hat. Betreffend das Werksbad Magdalen wäre folgendes zu sagen. Das Werksbad Magdalen soll gleich behandelt werden wie der Forstsee. Als der Forstsee privatisiert werden sollte, gab es einen Aufschrei von allen Parteien durch das ganze Land. In Magdalen soll nun ein Seegrundstück, das sich im öffentlichen Besitz befindet, privat verkauft werden. Den Käufer will er gar nicht nennen. Das ehemalige Gefolgschaftshaus ist sicherlich sehr wichtig, da es seit der Schließung der Zellstoff-Villach keine Veranstaltungsräume für die Vereine mehr gibt. Es gibt auch eine Stockschießbahn und Kegelbahnen. Der Radweg zum Silbersee soll fortgeführt werden. Eine Ortsumfahrung soll gebaut werden. Er kann schon verstehen, daß diese Problematik für Stadtrat Pacher nicht so entscheidend ist. Dieser wohnt sechs Kilometer von Magdalen entfernt. Er würde ihn jedoch trotzdem um Unterstützung ersuchen.

Stadtrat Ing. Klamt erklärt zu der Wortmeldung von Gemeinderat Pfeiler, daß er sich vielleicht manchmal ein bißchen stärker ausdrückt, daß er deswegen aber noch lange nicht aus der Fassung gerät. Stadtrat Pacher hätte sehr schnell verstanden, was er gemeint hat, wenn er mit ihm gesprochen hätte. Er greift eben manchmal zu Beispielen. Es ist ihm zumindest gelungen, mit dem Bei-

spielte eine gewisse Aufmerksamkeit zu erregen und die Mitglieder des Gemeinderates zum Zuhören zu bringen. Im Sinne der Gleichheit zwischen Mann und Frau muß natürlich gesagt werden, daß es in dem Beispiel auch so hätte sein können, daß die Frau den Mann schlägt. Auch das gibt es: sich das verhandeln muß. Die Stadt Villach war auch bei Magdalen keine Schule. Es ist ein Wunschdenken der SPÖ-Fraktion, Magdalen irgendwie von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Es wird trotzdem nicht verschwinden. Alle werden etwas aus diesem Debakel lernen müssen, dazu braucht man auch den guten Willen der SPÖ-Fraktion, denn Villach wird nicht nur Radwege und Freizeiteinrichtungen brauchen, Villach wird auch irgendwann einmal wieder Arbeitsplätze brauchen. Das soll hier auch einmal deponiert werden.

Bürgermeister Manzenreiter ist der Meinung, daß es sehr interessant war, was in dieser Debatte gesagt wurde. Stadtrat Pacher hat vorgebracht, man sollte mit dem Land Kärnten möglichst friedlich verhandeln. Das hat stattgefunden. Die Kärntner Landesregierung hat einstimmig, auch mit Landeshauptmann Dr. Zernatto, beschlossen, der Stadt Villach die Freizeitanlagen zum Preis von S 4,9 Mio., Schätzgutachten des Landes Kärnten, zu übergeben. Anschließend hat sich der Landeshauptmann dem Landtagsabgeordneten Wurmitzer gegenübergesehen, der ein besonderes Verhältnis zur Stadt Villach hat. Die ÖVP-Fraktion wird aufgefordert, mit dem Landtagsabgeordneten Wurmitzer zu sprechen, denn dieser hat gesagt, daß die Stadt Villach die Freizeitanlagen nur bekommt, wenn sie zugibt, daß sie bei Magdalen schuld war. Auch müßten mehr als S 13 Mio. gezahlt werden. Man hat plötzlich junktimiert, darum hat die Begehung in Villach stattfinden müssen. Es in ein Junktim hergestellt worden zwischen einem Schuldeinbekenntnis bei Magdalen und den Freizeitanlagen. Manche, er nicht, würden das fast als Erpressung

bezeichnen. Die Stadt Villach hat nicht mehr mitgespielt, als davon die Rede war, daß man zugeben hätte müssen, daß man die größere Schuld an Magdalen hat. In diesem Fall hätte man den Sportplatz, das Bad, das Gemeinschaftshaus, den Raum für die Senioren usw. bekommen. Da hört sich das Verhandeln auf. Die Stadt Villach war sich bei Magdalen keiner Schuld bewußt und hat jetzt auch Recht bekommen. Die Stadt Villach läßt da keine Zusammenhänge herstellen. Der Radweg zum Silbersee wäre dieses Jahr schon fertig. Man hätte zumindest mit der ernsthaften Auseinandersetzung bezüglich der Ortsdurchfahrt und der Umfahrung von Magdalen begonnen, wie es versprochen war. All diese Projekte sind derzeit blockiert. Nur, weil der Landtagsabgeordnete Wurmitzer einmal gesagt hat, daß die Stadt Villach an Magdalen Schuld ist, sieht das niemand ein. Nun wurde vom Landeshauptmann über die Landesregierung der Regreßverzicht bestätigt. Die Stadt Villach trifft also in diesem Zusammenhang keine Schuld.

Zum Wasser gibt es folgendes zu bemerken. Es gibt, was die Notwasserversorgung der Stadt Villach mit diesen Quellen betrifft, einen bestehenden Vertrag und der Werksreferent verlangt, daß die Stadt Villach über den Vertrag verhandelt. Mit Dr. Ambrozy als neuem Wirtschaftsreferenten hat ein Gespräch über die Zukunft des Areals in Magdalen stattgefunden. Es soll eine gemeinsame Betriebsgesellschaft zwischen Land, Stadt und Banken zur betrieblichen Nutzung dieses Areals geschaffen werden. Die Quellen werden im öffentlichen Besitz bleiben. Wenn es notwendig ist, werden sie für ein zukünftiges Werk und wenn es nicht notwendig ist, für die Stadt Villach genutzt werden. Wenn es für das Trinkwasser notwendig ist, dann werden sie für das Trinkwasser genutzt. Auch hier ist die Stadt Villach längst am Ball und hat die Dinge unter Dach und Fach gebracht. Es gibt bisher beste Untersuchungsergebnisse,

was die Trinkwasserqualität des Silbersees betrifft. Es soll daher nicht davon gesprochen werden, daß man dort dringend eine Trinkwasserzuführung benötigt, damit der See als Badensee bleiben kann.

Er möchte auch die Frage von Gemeinderat Mag. Burian beantworten. Der Gemeinderat hat den diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Für die Bearbeitung dieser Angelegenheit ist Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher zuständig. Es sind Gespräche geführt worden. Es hat vor wenigen Tagen wieder ein Gespräch mit der Kelag und dem Regierungsmitglied Dr. Ambrozy gegeben, bei dem auch er anwesend war. Es gibt seitens der Stadt Villach ernsthafte Verhandlungen. Am 4. August wird Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher dem Gemeinderat einen abschließenden Bericht vorlegen. Es haben sich neue Wege aufgetan. Es ist noch die Frage zu klären, daß ein Biomasseheizwerk nicht kostendeckend ist und daher der Fehlbetrag, der relativ hoch ist, in irgendeiner Form aufgebracht werden muß. Auch diesbezüglich hat es bereits mehrere Gespräche gegeben.

Zur Kenntnis genommen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher unterbricht die Sitzung für einige Minuten, und zwar so lange, bis Landesamtsdirektor Dr. Sladko zur Angelobung eingetroffen ist.

Die Sitzung wird von 15.45 bis 15.55 Uhr unterbrochen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Pkt. 2.) Nachwahl in den Stadtsenat

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt in Vertretung des Landeshauptmannes Dr. Christof Zernatto Landesamtsdirektor Dr. Reinhard Sladko.

folg. G Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 18.6.1993.

Er bittet alle Anwesenden, sich von den Sitzen zu erheben und die beiden designierten Stadtsenatsmitglieder, nach vorne zu kommen. MD Dr. Kathollnig wird die Gelöbnisformel sprechen.

Die FPÖ-Fraktion verläßt während der Angelobung den Sitzungssaal.

MD Dr. Kathollnig spricht die Gelöbnisformel vor.

Stadtrat Pfeiler und Stadtrat Haslinger leisten als neue Mitglieder des Stadtsenates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 6 des Villacher Stadtrechtes.

ner, der die Sanierung der Wohnhäuser in dieser Stadt vorangetrieben hat Bürgermeister Manzenreiter gratuliert den beiden gewählten Stadtsenatsmitgliedern. Er dankt dem Landesamtsdirektor für die Angelobung.

Bürgermeister Manzenreiter begleitet Landesamtsdirektor Dr. Sladko aus dem Sitzungssaal.

Bürgermeister Manzenreiter beglückwünscht die beiden neuen Mitglieder des Stadtsenates und bittet sie, Platz zu nehmen und ihre Geschäfte aufzunehmen. Er wünscht ihnen für Ihre Arbeit viel Glück und Erfolg im Interesse der Stadt Villach. Stadtrat Matthias Smoliner und Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar waren viele Jahre als Gemeinderäte, Ersatzgemeinderäte und Mitglieder des Stadtsenates in dieser Stadt tätig. Er möchte daher in einigen kurzen Worten die Tätigkeit der beiden erwähnen. Stadtrat Matthias Smoliner kam 1979 in den Gemeinderat der Stadt Villach. Im März 1987 wurde er als Stadtrat angelobt und hat das Personalwesen und in späterer Folge die Wohnungsaufgaben übernommen. Er war in den ersten Jahren erfolgreich als Umweltschutzreferent tätig. In seinem Bereich als Stadtrat für Personalwesen gibt es einige Meilensteine. So sind die Neuerarbeitung der Nebengebührenordnung, die Objektivierung der Personalauslese, die neuen Beförderungsrichtlinien, die Pragmatisierungs-Richtlinien, die Neuerstellung der Reinigungspläne und die Abschaffung der Amtstitel in seine Zeit gefallen. Als Umweltschutzreferent hatte er ebenfalls schwere Aufgaben zu erfüllen. Auch die Neuordnung der Wohnungsvergabe mit den Objektivierungsrichtlinien ist in seine Zeit gefallen. In seiner Amtszeit sind auch die Maßnahmen getätigt worden, die dazu geführt haben, daß die letzten Substandardwohnungen in dieser Stadt beseitigt werden können, nämlich die Absiedelung der Mieter von Seebach 4, der berühmten Kaserne. Er ist auch je-

ner, der die Sanierung der Wohnhäuser in dieser Stadt vorangetrieben hat. Er wünscht Stadtrat Smoliner für die Zukunft alles Gute. Er wünscht ihm vor allem, daß er in der kommenden Zeit mit weniger Streß auch mit seiner Krankheit besser zurande kommen wird, als das bisher der Fall war. Er spricht Stadtrat Smoliner seinen herzlichen Dank namens der Stadt Villach und auch in seinem persönlichen Namen für alle Leistungen, die dieser im Interesse dieser Stadt getätigt hat, aus.

Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar war vom 30. November 1990 bis zum heutigen Tag Stadtrat für Soziales und Sport. In seiner Zeit hat er die Erweiterung des Pensionistenwohnheimes der Volkshilfe, den weiteren Ausbau des Hauses des Feierabends, die Umstellung der Aktion "Essen auf Rädern" und die Eröffnung des Sozialzentrums vorangetrieben. Auch die Absicherung der Aktion Tagesmütter mit 1.1.1993 fällt in seinen Aufgabenbereich. Im Sport hat es zahlreiche Klimafragen gegeben, die durch ihn und seine Mitarbeiter geklärt worden sind. An Großveranstaltungen war die Wasserschi-WM, die Eishockey-B-WM, der Leichtathletik-Europa-Cup, die Vorbereitung des Rollstuhl-Tennis-World-Cup und die Vorbereitung des Kletter-Welt-Cups 1994 in der Villacher Stadthalle besonders erwähnenswert. Im Kindergartenbereich sind der Ausbau der Kindergärten Maria Gail, Magdalen und Pestalozzi, sowie die Planung für den Neubau des Kindergartens und Hortes in der Unteren Fellach in seine Zeit gefallen. Er dankt auch Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar namens der Stadt Villach und in seinem persönlichen Namen für dessen Leistungen, die er im Interesse der Bürger dieser Stadt erbracht hat.

Stadtrat Smoliner möchte sich für die anerkennenden Worte bedanken. Er möchte sich heute aber auch bei jenen Menschen bedanken, die die Zusammenarbeit

gesucht haben und damit ein positives Wirken in Villach ermöglicht haben. Er möchte sich bei jenen Menschen bedanken, die in diesem Haus für ein sachliches Arbeitsklima Sorge getragen haben. Und er möchte sich vor allem bei jenen bedanken, die durch ihre Fairness, durch ihre Toleranz, durch ihre Sachlichkeit und durch ihr soziales Gewissen viele Erfolge in dieser Stadt ermöglicht haben. Es waren das jene Menschen, die den systematischen Niedergang und die systematische Abwertung der Politik in dieser Stadt durch ihre solide politische Handwerkskunst verhindert haben. Er möchte abschließend, das kommt aus ganzem Herzen, allen für das künftige Wirken in dieser Stadt, aber auch allen persönlich, für die Zukunft viel Erfolg wünschen. Danke für die Zusammenarbeit.

Stadtrat Ing. Truppe meldet sich zur Geschäftsordnung und stellt eingangs fest, daß man sicherlich zu jedem Tagesordnungspunkt zur Geschäftsordnung sprechen kann. Die ÖVP-Fraktion ist als sichtbares Zeichen im Saal geblieben, um zu dokumentieren, daß sie an einer Sachpolitik interessiert ist und daß sie auch bereit ist, konstruktiv für die Bürger dieser Stadt zu arbeiten. Es sind zwei Kollegen neu in den Stadtsenat gewählt worden. Es ist auch für die ÖVP-Fraktion von erheblicher Bedeutung, wie sich die beiden neuen Stadträte das Arbeiten für die Bürger dieser Stadt vorstellen. Die Wahl in die neue Funktion im Stadtsenat bedeutet, mit ganzer Kraft zum Wohle der Villacher Bevölkerung tätig zu sein. Stadträte haben Funktionen, die stets im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, die vom Bürger mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Besonders auf der kommunalen Ebene kann Politik mehr als anderswo unmittelbar von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Stadträte sind im Schaufenster demokratischen Handelns, ein Schaufenster der Effizienz unseres demokratischen Systems. Es ist notwendig, daß sich auch

die beiden neuen Stadträte voll den politischen Aufgaben in Villach widmen sollen. Deshalb erwartet er erstens eine Antwort auf die Frage, ob die beiden Kollegen bereit sind, den Beruf aufzugeben, sich karenzieren zu lassen und voll für die politische Arbeit zur Verfügung zu stehen. Zum zweiten gibt es derzeit eine unrühmliche Diskussion in der Frage der Frühpensionen von Politikern. Es wird jetzt wieder einmal aufgezeigt, daß der Gesetzgeber Fehler gemacht hat. Die ÖVP-Fraktion hat im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit bereits vor Jahren, und zwar im Jahr 1987 und im Jahr 1989, einen Vorstoß unternommen, das Pensionsalter für die Mitglieder des Stadtsenates auf Vollendung des 65. Lebensjahres, verbunden mit einer mindestnotwendigen Funktionsdauer von mindestens 15 Jahren, anzuheben. Damals hat die sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag niedergestimmt, mit dabei war auch Stadtrat Haslinger. Er möchte auch von den beiden neuen Stadträten wissen, wie sie heute dazu stehen. Die ÖVP-Fraktion will diese Frage verschärfen und heute einen Dringlichkeitsantrag einbringen, wonach der Ruhebezug für Politiker aus dem Kärntner Bezügegesetz herausgenommen und eine Möglichkeit für eine Eigenvorsorge geschaffen wird. Das sind Vorstellungen der ÖVP-Fraktion. Er erwartet von seinen Kollegen, daß sie das auch, so, wie es die Linie der ÖVP-Fraktion ist, wie sie es vorlebt, in Anspruch nehmen.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß nun der Tagesordnungspunkt 2.) Nachwahl in den Stadtsenat behandelt wird. Stadtrat Ing. Truppe hat das Wort zur Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 2.) erhalten. Nur während seiner Rede war es nicht möglich.

Gemeinderat Major Skedl führt aus, daß man in der Politik niemals nie sagen soll. Er hat hier einen Teil der Kleinen Zeitung, einen Ausschnitt vom 23. Novem-

ber 1990. Er zitiert wörtlich: "Das, was sich in der Sektion Magdalen-St. Ulrich abspielte, war innerparteiliche Demokratie im besten Sinne des Wortes. Fast zwei Drittel der 230 SP-Mitglieder drängten sich in den Saal und erlebten die Niederlage des haushohen Favoriten Dieter Haslinger. Der Gewerkschaftler Dietmar Samnitz erreichte mit 179 Punkten zehn mehr als der Vizebürgermeister." Dazu weiter dann: "Der Bürgermeister Manzenreiter betonte, daß das Vorwahlergebnis bei der Nominierung der Stadträte sicher berücksichtigt wird." Wie sicher, sieht man heute. Die Mitglieder der SPÖ-Fraktion haben damit für Stadtrat Haslinger zumindest ermöglicht, daß er in zwei Jahren dem Koschat-Bund beitreten kann. Damit ist nicht der Chor in Klagenfurt, sondern der Kreis um Dr. Koschat gemeint, der mehrere Pensionen bezieht. Und wenn man schon bei Koschat ist: der Kärntner Liederfürst Koschat hat das berühmte Lied geschrieben "Verlassen, verlassen". Bei der Entscheidung war die SPÖ-Fraktion verlassen.

Stadtrat Pfeiler möchte den sachlichen ersten Teil der Rede von Stadtrat Ing. Truppe erwidern und gleichfalls als neuer Fraktionsobmann der sozialdemokratischen Partei in diesem Gemeindeparlament allen Kräften, natürlich auch ihm, wie es auch bereits in der Vergangenheit möglich war, die Hände reichen und allen, die Interesse an einer Koalition der Vernunft, einer Koalition der Vernünftigen haben, um gemeinsam für diese Stadt zu wirken. Im Mittelpunkt der Arbeit soll Villach bleiben. Bei jeder auch noch so großen politischen Konfrontation muß für ihn der kleinste gemeinsame Nenner Villach heißen. Wenn sich alle auf diese Formel einigen können, so werden alle hier im Haus bei ihm und auch letztlich bei seiner Fraktion einen Partner finden. Die Wortmeldung von Gemeinderat Major Skedl, den er ob seines großen Humorismus schätzt, paßt jetzt nicht richtig dazu. Man sollte doch

etwas ernsthafter mit den Dingen umgehen. Es ist ungeschriebenes Gesetz und durch das Stadtrecht gedeckt: wenn eine Partei als Stadtrat nominiert, bleibt dieser Partei überlassen. Die SPÖ-Fraktion hat sich nicht eingemischt, als die anderen Fraktionen ihre Stadträte nominiert haben, diese sollen sich nun auch nicht einmischen, wenn die SPÖ-Fraktion für den Stadtsenat nominiert. Man sollte die Menschen nicht nach der Vergangenheit beurteilen. Man sollte als Grundlage keine Vorurteile und keine Vorverurteilungen nehmen, sondern die Arbeit abwarten. Wenn alle Geduld haben, kann man durchaus in einem Jahr in einer ziemlich klaren Sprache, wenn es gelingt, eine Stilverbesserung herbeizuführen, über diese Arbeit diskutieren. Es scheint bei manchen Kollegen in der FPÖ-Fraktion einige Verwirrung zu herrschen, weil sie sich so um die SPÖ-Fraktion kümmern. Viele waren vor zwei Jahren noch Mitglieder der SPÖ-Fraktion und konnten noch mitreden. Jetzt gehören sie nicht mehr dazu, jetzt bestimmen andere, wer in den Stadtsenat einzieht. Zur Karenzierung gibt es in wenigen Worten folgendes festzustellen: Das Villacher Stadtrecht, die gesetzlichen Bestimmungen, sehen in Villach keine hauptamtlichen Stadträte vor. Hier wäre sicherlich eine Reparatur vonnöten, die jedoch in erster Linie nicht von der SPÖ-Fraktion abhängt. Die SPÖ-Fraktion ist in dieser Frage gesprächsbereit. Er persönlich hat für sich eine Lösung gefunden, eine ähnliche, wie sie Stadtrat Ing. Truppe gewählt hat. Es ist jedoch eine Lösung, wie sie beispielsweise Stadtrat Ing. Klamt nicht gewählt hat, da er auch noch nebenbei beruflich tätig ist. Was immer er dort auch tut, sei dahingestellt, aber er hat zwei Einkommen. Das gleiche gilt im Stadtsenat auch für Stadtrat Pacher, der hier vordergründig so tut, als hätte er keinen Beruf. Wenn man sich jedoch ansieht, wie er lebt, muß er sicherlich noch ein Einkommen haben. Das ist nicht verboten, aber es muß jedem das Recht zustehen, sein politisches Verhältnis

selbst zu regeln. Er hat nun klargestellt, worum es der SPÖ-Fraktion geht. Bei der Diskussion muß gewährleistet sein, daß auch Arbeitnehmer, auch Beamte, die Möglichkeit haben, eine politische Funktion auszuüben. Das muß gewährleistet sein, dann kann man über alles reden. Es ist in diesem Haus ständig ein Pharisäertum zu bemerken. Jeder möchte beim anderen sparen, solange er nicht selbst betroffen ist. Die Regelung, die hier vorgeschlagen wird, soll erst nach dieser Politikergeneration wirksam werden. Das bedeutet, daß sich jeder vorher noch die Rechte sichert, die er hätte. Er fordert alle Kritiker auf, daß diese heute hier eine schriftliche Verzichtserklärung ablegen sollen, in der sie im Krankheitsfalle auf eine Pension verzichten. Wenn sie das tun, dann können sie mit gutem Recht Ratschläge erteilen. Man sollte versuchen, dieses Hick-Hack zu beenden und gemeinsam für Villach arbeiten. In diesem Sinne hofft er, daß man diese kleine Krise überwinden und zu einer gemeinsamen Linie im Interesse dieser Stadt finden wird.

Gemeinderat Spitzer fehlt einfach der Glaube, wenn ein neu gewählter Stadtrat hinausgeht und von Zusammenarbeit spricht und im gleichen Atemzug manche Mandatäre beschuldigt. Er ist nicht Fraktionsmitglied der ÖVP-Fraktion, aber eines muß gesagt werden: Stadtrat Pacher hat einen Betrieb und lebt nicht von öffentlichen Geldern vom Bund oder den Ländern. Stadtrat Pfeiler spricht so schön mit Engelsstimme von Zusammenarbeit. Das glauben vermutlich nicht einmal mehr die Leute der SPÖ-Fraktion. Was Stadtrat Pfeiler in letzter Zeit betrieben hat - unterschwellig, unter die Gürtellinie - ist fürchterlich. In Bund oder Land sollte ein Gesetz geschaffen werden, wonach nebenberufliche Politiker ihren Privatberuf aufgeben und sich nur mehr der Politik widmen sollen. Es wird immer böses Blut geben, wenn der eine nebenbei Sekretär bei der

Gewerkschaft ist, einer ist in der Kammer beschäftigt, der andere ist Lehrer, usw. Der Gemeinderat sollte die Diskussion über dieses Thema beenden, da er dafür nicht zuständig ist. Es muß ein Gesetz geschaffen werden, nach dem sich alle halten. Dann kann man die Herumrauferei beenden und endlich für die Bevölkerung arbeiten. Die dreckige Parteipolitik muß beendet werden.

Frau Gemeinderätin Steinkellner gratuliert der SPÖ-Fraktion und besonders Stadtrat Pfeiler zu seiner Antrittsrede. Sie war großartig - bezeichnend für den Stil und das Niveau, das dieser hier einbringt. Stadtrat Pfeiler hat in seiner Antrittsrede das Wort Pharisäertum verwendet. Für eine Antrittsrede war das einmalig. Bezüglich der Karenzierung hat Stadtrat Pfeiler davon gesprochen, daß er ungefähr dasselbe anstrebt, wie Stadtrat Ing. Truppe. Er hat "ungefähr" gesagt, aber nicht, was er wirklich anstrebt. Das bleibt weiter im Raum stehen. Man wird sehen, wie das weiter läuft. Aus welchen Motiven immer Stadtrat Haslinger nunmehr wieder einen Stadtsenats-sitz einnimmt, kann man eigentlich nur vermuten. Sein politischer Abstieg vom Ex-Vizebürgermeister zum kleinen Gemeinderat wurde in der Öffentlichkeit ob seiner an und für sich politischen Erfolglosigkeit kaum registriert. Parteiintern ging im Stadtteil Magdalen ein neuer politischer Stern auf. In den letzten zweieinhalb Jahren im Gemeinderat nie in Erscheinung getreten, sitzt nun der Ex-Vizebürgermeister und Unternehmensreferent wieder auf der Regierungsbank. Für die totale Fehleinschätzung bei der Umstellung von Stadtgas auf Erdgas tragen Stadtrat Haslinger und Bürgermeister Manzenreiter die volle Verantwortung. Auf die ebenfalls komplette Fehleinschätzung auf Beamtenebene, sowohl im kaufmännischen, vor allem aber im technischen Bereich, möchte sie nicht näher eingehen - hier besteht Handlungsbedarf von seiten der Verwaltung.

Alle, die hier sehenden Auges schweigen, aus welchen Gründen immer, seien sie privater Natur oder seien sie anderer Abhängigkeit, sind aufgerufen, entscheidend einzugreifen. Herr Neo-Stadtrat Haslinger hat bereits vor Jahren erfolglos das Personalreferat geführt. Weder beim Personal noch bei der Personalvertretung gibt es eine Akzeptanz für den neuen Referenten. Ein Landesbeamter soll die Verantwortung für rund 900 Gemeindebedienstete übernehmen. In der Causa Haslinger tut sich für sie eine krasse Parallele auf. Der Vergleich Haslinger-Unterrieder drängt sich einfach auf. Daß die SPÖ-Fraktion nichts dazulernt und mit knapp 50 % Wähleranteil 100 % Macht in Villach ausübt, hat Stadtrat Ladstätter am eigenen Leib verspüren müssen. Ihm wurde das Unternehmensreferat mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion entzogen, vor allem deshalb, weil er Stadtrat Haslinger schonungslos aufgezeigt hat. Sie hofft es nicht, aber sie stellt es trotzdem in den Raum: Wenn Stadtrat Haslinger als Belohnung für seine politische Erfolglosigkeit vom Bürgermeister nochmals in den Stadtsenat geholt wurde, nur mit dem einen Zweck, die nicht einmal mehr zwei Jahre dauernde Zeit für seine Politpension abzusetzen, so wird die FPÖ-Fraktion jede Gelegenheit wahrnehmen, diese Ungeheuerlichkeit aufzuzeigen, zumal die Stadt Villach heute mit dem nunmehrigen Pensionisten Stadtrat Smoliner eine weitere Belastung für die Stadtkasse auf Kosten der Steuerzahler zu tragen hat. Stadtrat Haslinger ist aufgefordert, klare Verhältnisse zu schaffen, wie es andere Senatsmitglieder gemacht haben. Sie steht nicht an, hier die klare Entscheidung eines Stadtrat Ladstätter und eines Stadtrat Ing. Truppe einzufordern. Diese beiden Senatsmitglieder haben sich als Beamte karenzieren lassen und widmen sich am Papier zwar nebenberuflich, aber de facto hauptberuflich der Politik.

nehmer. Gemeinderat Samnitz führt aus, daß Stadtrat Ing. Truppe erwähnt hat, daß Stadträte im Schaufenster stehen. Er hat bei einigen Stadträten, obwohl sie für diesen Beruf komplett freigestellt sind, oft das Gefühl, daß sie sich wie Schaufensterpuppen nicht bewegen. Zu Gemeinderat Spitzer ist zu sagen, daß er vor einer Vorgangsweise warnt, wonach man schonungslos verlangt, daß jeder, der eine politische Laufbahn einschlägt, ob es jetzt ein Stadtrat ist oder ein Abgeordneter, sich automatisch aus seinem Beruf entfernen und sich karenzieren lassen muß. Es ist vielleicht in einigen Bereichen möglich, in anderen jedoch sicher nicht, daß man sich so einfach karenzieren lassen kann und daß man, wenn man zurückkommt, wieder seinen Posten bekommt. Das wäre beispielsweise in dem Bereich, in dem er beschäftigt ist, nicht denkbar. Er würde davor warnen, daß man diesen radikalen Weg geht. Man sollte sich schon alles ansehen, denn sonst kann es passieren, daß in einigen Jahren nur mehr jene Leute Politik machen, die es sich leisten können. Das werden Unternehmer sein und diejenigen, die unter Umständen von Lobbies finanziert werden.

Gemeinderat Dr. Löberbauer ist der Meinung, daß er zu dem Thema der haupt- und nebenberuflichen Stadträte und zur Frage der Vereinbarkeit mit einem Beruf einmal einen relativ großen persönlichen Beitrag in der gelebten Praxis beigetragen hat. Die Diskussion, wie sie jetzt geführt wird, empfindet er als einfach schrecklich. Im Prinzip steht fest, daß die Fragestellung über haupt- oder nebenberuflich bis zum heutigen Tag eigentlich noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Positiv formuliert ist er der Meinung, daß es auf längere Sicht sinnvoll wäre, vielleicht geht es schon schneller, wenn die Vertreter in der städtischen Regierung einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren würden. Dazu gehören Beamte, Unter-

nehmer, privatwirtschaftlich Beschäftigte, Bauern, freie Berufe usw. Den derzeitigen Stadtsenat auf diese Zusammensetzung zu durchleuchten, bringt nichts. Der derzeitige Stadtsenat ist teilweise nur ein Ausfluß des nichtgelösten Gesamtproblems. Auf längere Sicht sollte man sich schon einmal die Frage stellen, wie man es in den Griff bekommt, daß wieder ein breiteres Spektrum der Bevölkerung in der städtischen Regierung mitarbeitet. Es ist einfach nicht sinnvoll, wenn es sich auf die Frage reduziert, wie es nun in der Öffentlichkeit bereits der Fall war: Wer ist bereit, auf seinen Beruf zu verzichten? Es sollte nicht das einzige oder ein entscheidendes Kriterium sein, wer bereit ist, auf seinen Beruf zu verzichten und für die Stadt in der Stadtregierung zu arbeiten, sondern man sollte darüber sprechen, welche Privilegien damit verbunden sind, ob es Pensionsansprüche geben muß und ob es Abfertigungsansprüche geben muß. Man sollte auch über die Höhe der Entschädigungen, die für in diesem Gremium engagierte Personen geleistet werden, sprechen. Das wäre eine sinnvolle Diskussion. Nicht auf einen Anwesenden bezogen, sondern generell muß gesagt werden, daß, wenn die Position eingenommen wird, daß nur der Karenzierte der Gute ist, es im Volk auch eine andere Stimme gäbe, die davon spricht, daß vielleicht ein guter Nebenberuflicher besser ist, als ein schlechter Hauptberuflicher. Das war jetzt nicht verletzend gemeint, sondern man sollte dieses Thema in Zukunft einheitlich und gesamtheitlich diskutieren. Wenn man dann eine gemeinsame Plattform finden würde, wäre das für diese Stadt nur sinnvoll.

Gemeinderat Mag. Burian ist der Meinung, daß über den Standpunkt der VIG-Fraktion in dieser Frage keine Unklarheit herrschen kann, da die VIG-Fraktion ihren Standpunkt mehrmals öffentlich kundgegeben hat. Das geschah auch einmal mit einer Aktion mit Puppen auf dem

Hauptplatz. Die Mitglieder der VIG-Fraktion sind scharfe Kritiker der derzeitigen Bezügeregelung für die Stadtse-natsmitglieder und auch der derzeitigen Pensionsregelung. Heute wird noch der Rechnungsabschluß besprochen werden, in dem für neun Personen Bezüge von ca. S 10 Mio. enthalten sind. Wenn diese neun Personen nebenberuflich beschäftigt sind, dann sind das eindeutig zu hohe Bezüge. Dasselbe gilt für die Pensionsregelung. Irgendwie kommt es ihm eigenartig vor, wenn diejenigen, die im Landtag die Mehrheit haben und die eigentlich ohne Probleme klare Regelungen schaffen können, hier so großartig mit Steinen herumwerfen. Das ist etwas doppelbödig. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Die VIG-Fraktion ist natürlich auch der Meinung, daß hier eine grundlegende Reform mit einer Reduzierung der Gehälter vonnöten ist. Solange aber die gesetzliche Regelung so ist, kann man niemandem zum Vorwurf machen, daß er sie in Anspruch nimmt. Das Diskussionsniveau des Gemeinderates in dieser Frage ist eigentlich nicht akzeptabel. Er möchte den beiden Stadträten zu ihrer Wahl gratulieren. Es ist eine Angelegenheit der SPÖ-Fraktion, und nicht der ÖVP-Fraktion, wer zum Stadtrat der SPÖ-Fraktion nominiert wird. Das hat mit 50 % der Stimmen und 100 % gar nichts zu tun, denn die Stadträte stehen ihnen nach dem Gesetz zu. Er möchte beiden gratulieren und hoffen, daß sie für die Stadt Villach Positives leisten.

Stadtrat Ing. Klamt wartet nun schon seit zwei Jahren auf den Angriff bezüglich Doppelverdiener. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet Stadtrat Pfeiler bei seiner Antrittsrede damit kommt. Für ihn ergibt sich nun die Gelegenheit, verschiedene Gedanken an den Mann zu bringen. Es können sich wenige hier in die Lage eines Arbeitnehmers aus der Privatwirtschaft hineinversetzen. Es geht beispielsweise ein privater Arbeitnehmer zu seinem

Chef und teilt diesem mit, daß er einen politischen Erfolg erzielt hat und in die Politik gehen möchte. Er möchte sich karenzieren lassen. Den Ausdruck "karenzieren lassen" gibt es in der Privatwirtschaft in diesem Sinne überhaupt nicht. Der Chef wird, wenn die Fraktion paßt, vielleicht gratulieren. Wenn die Fraktion nicht paßt, wird er ihm nicht einmal gratulieren, aber im Prinzip kann der Arbeitnehmer nur kündigen. Damit soll erklärt werden, daß eigentlich Politik heute von Beamten gemacht wird und daß die Politiker, die die Beamten kontrollieren sollen, zum Großteil auch Beamte sind. Als Vertreter der Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft möchte er heute einmal sagen, daß diese Gruppe in Bezug auf Politik unterprivilegiert ist. Was ihn persönlich betrifft ist zu sagen, daß er eine Lösung mit seinem Arbeitgeber gefunden hat. Es handelt sich hier um einen Vertrag zwischen zwei Partnern. Diesen Vertrag muß er einhalten und den muß der Arbeitgeber einhalten. Der große Unterschied, der jetzt einmal herausgearbeitet werden soll, ist der, daß man bei einem Beamten bei der Karenzierung und bei dem, was er bekommt, von Steuergeldern sprechen muß. Wenn heute ein Privatunternehmer in die Politik geht, sind es prinzipiell keine Steuergelder und wenn jemand mit seinem Arbeitgeber eine Lösung trifft, so sind es auch keine Steuergelder. Die Ausnahme bilden gewisse Förderungen. Das Prinzip ist jedoch so. Irgendwann kann es möglich sein, daß er sich aus der Politik zurückziehen und sagen wird: "und war es keine Offenbarung, so war es Erfahrung". Er war es immer gewohnt, für sich selbst zu sorgen. In diesem Sinn ist er ein Risiko eingegangen. Er steht zu dem Risiko. Er hat einen Wählerauftrag. Es gibt auch nur eine Maßzahl für Politiker, und als solcher versteht er sich, und das ist der nächste Wahlgang an der Urne. Da wird es sich zeigen, ob das, was er macht, in Ordnung ist oder nicht. Wenn es nicht so ist, dann wird er selbst die Lösung für sein weiteres Leben finden müs-

sen. Die Gruppe der Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft ist hier nicht vertreten. Er versteht sich als ein Vertreter dieser Gruppe. Deswegen ist er auch da.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß hier eine sehr akademische Diskussion geführt wird. Entscheidend ist, wie die Mitglieder des Stadtsenates vom Bürger beurteilt werden. Der Bürger ist mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden. Auch er ist als Bürger mit der derzeitigen Regelung nicht zufrieden. Die ÖVP-Fraktion will keineswegs in die Rechte der SPÖ-Fraktion eingreifen, wenn es darum geht, Stadtsenatsmitglieder nachzubersetzen. Das ist ihr alleiniges Recht. Das ist auch richtig so, denn die Mitglieder der Fraktion und die Fraktion an sich müssen sich der nächsten Wahl stellen. Bei der Frage der Pensionsregelung gibt es sehrwohl Aspekte, die die anderen Fraktionen im Gemeinderat betreffen. Wenn es nämlich darum geht, Politiker insgesamt zu beurteilen, dann werden auch die anderen mitbeurteilt. Die ÖVP-Fraktion hat schon vor einiger Zeit auf den Mund des Bürgers geschaut und hat sehrwohl zur Kenntnis genommen, daß es nicht die Zustimmung der Bürger findet, daß einem ohnehin für seine Funktion bezahlten Stadtrat nebenbei arbeitslose Einkommen, für die die Öffentlichkeit aufkommen soll, bezahlt werden. Es gibt sehrwohl eine sehr große Akzeptanz und es liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung, daß gute Leute in die Politik gehen und für diese gute Arbeit, die sie dort leisten sollten, auch gut bezahlt werden. Nur daß es daneben das Doppelverdienertum, eine ausgesprochene Ungleichbehandlung bei den Pensionen, bei den Anwartschaften usw. gibt, das findet nicht die Zustimmung der Bevölkerung. Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen, wie es Stadtrat Pfeiler auch getan hat, daß alles rechtens ist. Es ist derzeit alles rechtens. Es ist also derzeit auch rechtens, daß Dr. Koschat in Pension geht und dort seine Pen-

sion bezieht. Es ist auch rechtens, daß Landesrat Rauscher in Pension geht und seine Pension bezieht. Es wäre auch rechtens, wenn Stadtrat Ing. Truppe und Stadtrat Ladstätter neben ihrer Arbeit als Stadtsenatsmitglied, die sie voll ausfüllt, wofür sie auch bezahlt werden, ein arbeitsloses Einkommen beziehen. Sie könnten das sehrwohl in Anspruch nehmen. Diese beiden haben sich vor Jahren freiwillig dazu bereit erklärt und haben diesen Schritt gesetzt. Sie haben sich nicht darauf berufen, daß es rechtens ist, sondern haben aus dem natürlichen Empfinden in der Verantwortung der Bevölkerung gegenüber so gehandelt. Die Mehrheit der SPÖ-Fraktion ist nicht bereit, dies anzuerkennen. Das ist ein Schritt, der Anerkennung verdient. Man muß daher nicht lange darüber diskutieren. Es hat die ÖVP-Fraktion heute nicht versucht, hineinzuregieren, wenn es darum geht, Stadtsenatsmitglieder der SPÖ-Fraktion nachzubersetzen, sondern es ist die schlichte Frage gewesen, wie diese zu der Frage der Ungerechtigkeit stehen. Diese Frage steht nach wie vor im Raum. Stadtrat Haslinger hat damals schon, als die ÖVP-Fraktion einen Antrag gegen diese Ungerechtigkeit eingebracht hat, dagegen gestimmt. Die ÖVP-Fraktion würde es interessieren, wie seine Position heute zu sehen ist. Man wird das noch feststellen können. Es gibt einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion, über den heute noch zu beschließen sein wird, denn es ist dringlich, daß hier Klarheit hergestellt wird. Man sollte diese Dinge nicht wieder auf die lange Bank schieben. Aus diesem Grund gibt es auch heute seitens der ÖVP-Fraktion diese offenen Fragen. Sie erwartet sich klare Antworten auf diese Fragen.

Gemeinderat Zussner ist der Meinung, daß Kärnten einen Dr. Koschat und Villach einen neuen Cap bekommen hat. Im Jahr 1968 hat Stadtrat Pfeiler, damals als "Juso" Pfeiler titulierte, viel versprochen und gemeint, daß es eine Frechheit ist, wieviel die Stadträte

verdienen. Das Doppelverdienertum müsse abgeschafft werden. Wenn er einmal Stadtrat wäre, würde er auf all das verzichten. Er hat dieses Versprechen nicht eingehalten. Bei der Karenzierung ist Handlungsbedarf gegeben. Auch in den Bereichen Kindergarten- und Hortplätze sind dringende Maßnahmen notwendig. Sein Protest richtet sich nicht gegen die Person Pfeiler, sondern gegen das System, mit dem Manzenreiter und Co. weitere Pfründe sichern. Es ist festzustellen, daß ein Rückfall zur Stunde Null begonnen hat. Die Referatsaufteilung ist ein gutes Beispiel dafür. Die arbeitsintensiven und die wenig publikumswirksamen Referate bekommt die FPÖ-Fraktion und die machtausübenden Referate erhält die SPÖ-Fraktion. Hier ist tatsächlich wieder festzustellen, daß ein Kniefall vor der Parteibuchpolitik gemacht wird. Mit Verwunderung muß er jetzt feststellen, daß heute auf der Regierungsbank ein neues Senatsmitglied sitzt, Stadtrat Pfeiler, der von Beginn dieser Gemeinderatsperiode an in unqualifizierten Verbalattacken gegen die FPÖ-Fraktion vorgegangen ist. Stadtrat Pfeiler hat gemeint, daß er nichts vergißt, was Stadtrat Ing. Klamt einmal gesagt hat. Es darf daran erinnert werden, daß Stadtrat Pfeiler vor einem Jahr Stadtrat Smoliner vertreten hat. Bei der Frage der außer- und überplanmäßigen Ausgaben meldete sich Gemeinderat Pfeiler zu Wort und sprach von Quasi-Umbuchungen. Dies trug ihm nicht nur von seiner eigenen Fraktion ein mitleidiges Lächeln ein, sondern auch von den Fachbeamten, besonders von den Vertretern der Finanzdirektion. Bei seiner eigenen Fraktionsbank blieb dies natürlich unbemerkt, woher sollten sie dies auch wissen. Keine Fachkompetenz aber einen guten Magen muß man bei der SPÖ-Fraktion haben, denn Stadtrat Pfeiler war zuständig für das Vergiften des politischen Klimas und er war der Schmutzkübelausleerer über den Stadträten der FPÖ-Fraktion. Stadtrat Pfeiler sitzt heute jedoch selbst auf der Senatsbank und kann kein Erfolgsrezept vorlegen. Man ist

in dieser Stadt, in der die SPÖ-Fraktion seit 40 Jahren agiert, weit gekommen. Mit einer Minderheit, knapp 50 %, werden 100 % Macht ausgeübt. Die Pfeiler-Nominierung ist wieder ein Gipfel der SPÖ-Inkompetenz und der Ideen- und Ratlosigkeit des Noch-Bürgermeisters Manzenreiter.

Gemeinderat Mag. Raup wollte sich eigentlich zu den unerquicklichen Wortmeldungen der FPÖ- und ÖVP-Fraktion gar nicht melden, da er andere Vorstellungen davon hat, was Stadträte zu leisten haben. Es geht in erster Linie um Leistung und Qualität und in zweiter Linie erst darum, was in der Tasche ist. Es gibt Stadträte, die offiziell verkündet haben, daß sie eine Lösung mit ihrem Dienstgeber gefunden und verhältnismäßig viel Freizeit haben. Wenn man jedoch in ihr Referat schaut und sieht, wieviel sie weitergebracht haben, bleibt eigentlich verhältnismäßig wenig über. Er wünscht sich nicht Zeiten des alten Roms zurück, in denen die Latifundien-Besitzer, die nach Rom fahren konnten, um dort das Imperium zu verwalten, während inzwischen die Sklaven die Latifundien verwaltet und dafür gesorgt haben, daß ständig genügend in der Kasse war, Politik gemacht haben. Wenn man in diese Zeiten zurückfällt, in denen nur mehr derjenige, der einen florierenden und funktionierenden Betrieb zu Hause hat oder der genügend von seinem Erbonkel aus Amerika oder ein Bärenthal besitzt, um über die Runden zu kommen, Politik machen darf, dann sieht er für die Zukunft schwarz. Es tun sich Abgründe auf, wenn Stadtrat Ing. Klamt behauptet, daß nur die Produzierenden etwas wert wären und daß ein Beamter, der Steuergeld bekommt, quasi keine Arbeitsleistung für den Staat erbringt und gewissermaßen als Parasit irgendwo mitläuft. Wenn das so ist, dann tun sich in den Gedanken von Stadtrat Ing. Klamt Abgründe auf, nämlich in Richtung auf eine Zweiteilung der Gesellschaft. Er hofft, daß das nicht so gemeint war, sonst müßte er sich ins

Mittelalter rückversetzt finden. Hier sollten andere Kriterien zum Tragen kommen. Die freie Zeit für die Politik soll eine wichtige Rolle spielen. Das ist keine Frage. Der Fraktionsobmann der SPÖ-Fraktion hat eine saubere Lösung gefunden. Wenn es jedoch darum geht, die bestqualifizierten Leute für die Stadtregierung zu finden, so ist dies heute auch nicht mehr so einfach, denn gute Leute, wenn sie etwa 40 oder 50 Jahre alt sind, verdienen in diesem Alter auch schon recht ordentlich. Man muß diese Leute aus der Privatwirtschaft in die Politik holen und ihnen sagen, daß sie sich nun, wie Stadtrat Ing. Truppe gemeint hat, in die Auslage stellen müssen und daß jeder das, was er von ihnen hält, täglich an ihnen abladen darf. Das tun viele Menschen nicht mehr und sie verzichten darauf, weiterhin in der Politik tätig zu sein. Das ist schade. Wir alle brauchen Menschen, die in der Politik mitdenken und mit-tun. Die besten sollen für diese Stadt tätig sein. Manches an dieser sogenannten Finanzdebatte ist berechtigt, denn es müssen ordentliche Lösungen gefunden werden, es muß die Frage der Pensionen usw. geregelt werden. Der Fraktions-obmann der SPÖ-Fraktion hat bereits ausgeführt, daß seine Fraktion in vielen Fragen gesprächsbereit ist. Wenn man nun jedoch davon spricht, daß nur mehr derjenige in der Politik etwas zu reden haben soll, der von vornherein das Berufspolitikertum anstrebt oder vom berufsjugendlichen Politiker bis zum Pensionistenobmann die Politik berufsmäßig betreibt, so fürchtet er sich davor. Jene Leute, die einmal im Beruf gestanden sind, können wesentliches in die Politik miteinbringen. Er wehrt sich auch gegen eine Politik der Zentralsekretäre oder Sekretäre in anderen Vereinigungen, die von der Wiege bis zu Bahre nur Politik betreiben. Es ist wesentlich, daß die Politik für alle offen sein muß, daß sie durchschaubar sein muß und daß derjeni-

ge, der sie betreibt, auch nicht von jedem "angepinkelt" werden kann. Das ist nicht das, was man den Bürgern vorleben sollte. Clubobmann der freiheitlichen Partei weiß er, welche Arbeit auf jeden einzelnen Clubobmann zukommt. Er fordert den Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß es traurig war, was sich in der letzten Stunde abgespielt hat. Der Mann, der zweieinhalb Jahre lang auftragsgemäß das politische Klima im Gemeinderat vergiftet hat, ist nun designierter Stadtrat. Stadtrat Pfeiler nimmt sofort bei seiner Antrittsrede auch wieder den großen Hammer und spricht vom Pharisäertum. Es stimmt ihn etwas traurig, wenn Stadtrat Pfeiler im gleichen Atemzug über die Medien um 100 Tage Schonfrist bittet und im Gemeinderat die Zusammenarbeit anbietet. Man wird sehen, ob das, was Stadtrat Pfeiler heute abgegeben hat, daß es um den kleinsten Nenner geht - um Villach und die Villacher Bürger - nicht nur ein Lippenbekenntnis war. Da beim Tagesordnungspunkt 2.) eine Abstimmung im Gemeinderat und im Plenum nicht möglich war, ist die FPÖ-Fraktion bei der Angelobung ausgezogen um zu dokumentieren, daß sie mit den beiden neuen Stadträten nicht unbedingt zufrieden ist, wenngleich der FPÖ-Fraktion natürlich klar ist, daß, und das möchte er hier eindeutig festhalten, es eine reine Entscheidung der SPÖ-Fraktion ist. Bei der heftigen Debatte, die jetzt geführt wurde, hätte er zumindest eine Wortmeldung erwartet - das wäre die Wortmeldung von Stadtrat Haslinger gewesen. Die freiheitliche Partei wird die Sache Haslinger genau im Auge behalten. Im Jahr 1990 hat der damalige Vizebürgermeister Haslinger über die Medien verkündet, er würde sich gerne karenzieren lassen, aber der Dienstgeber erlaubt das nicht. Das ist ein Weg, der vielleicht damals noch gegriffen hat, aber heute nicht mehr greift. Nun eine grundsätzliche Feststellung zur Arbeit in Villach, zur Arbeit für die Villacher Bevölkerung, zur Arbeit in den Gremien, zur Arbeit im Stadtsenat und im Gemeinderat. Die

jetzigen Zeiten fordern in der Politik Leute, die sich, er übertreibt vielleicht etwas, rund um die Uhr der Politik widmen. Als Clubobmann der freiheitlichen Partei weiß er, welche Arbeit auf jeden einzelnen Clubobmann zukommt. Er fordert daher nicht heute, sondern zumindest in der nächsten Gemeinderatssitzung eine klare Antwort von Stadtrat Haslinger, ob er sich karenzieren läßt oder nicht. Die Aussage von Stadtrat Pfeiler hat er so verstanden, daß er sich als nunmehriger Clubobmann der SPÖ-Fraktion voll karenzieren hat lassen. Er persönlich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Entscheidung über eine Karenzierung nicht von heute auf morgen getroffen werden kann, denn es gibt doch den einen oder anderen Schritt zu machen und es sind sicherlich da und dort Hürden zu überwinden. Deshalb fordert er seitens der FPÖ-Fraktion eine klare Antwort von Stadtrat Haslinger am 4. August dieses Jahres.

Stadtrat Pfeiler weiß, daß diese Diskussion für die Damen und Herren der Presse und vor allem für die Bürger der Stadt und für die Beamten, die hier zuhören, keine erquickliche ist, aber man muß sie führen, um hier ein für alle Male die Positionen zu klären, auch wenn es unangenehm ist. Die Mitglieder der FPÖ-Fraktion sprechen drei Sätze mit Engelszungen und den Rest mit dem Holzhammer. Die FPÖ-Fraktion hat weder ihm noch Stadtrat Haslinger heute eine Chance gegeben, denn bei der Angelobung ist sie ausgezogen, bevor noch ein Wort fallen konnte. Das ist das liberale Klima, von dem die FPÖ-Fraktion spricht. Wie in den vergangenen Jahren wurde wieder versucht, den so oft strapazierten Begriff der Klimavergiftung der SPÖ-Fraktion in die Schuhe zu schieben. Im vergangenen Monat wurde gerichtlich attestiert, wer der Klimavergifter im Gemeinderat ist. Gottes Mühlen und die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen langsam aber sicher. Die SPÖ-Fraktion glaubt an die Rechtsstaatlichkeit, im Gegensatz zu anderen

politischen Gruppierungen in diesem Lande. Das Gericht hat attestiert, daß alle Vorwürfe, die die FPÖ-Fraktion hier permanent seit zwei Jahren gegen die SPÖ-Fraktion und gegen den Bürgermeister dieser Stadt erhebt, nicht nur unberechtigt sind, sondern auch ehrenrührig. Im FPÖ-Pressedienst wurde behauptet, Bürgermeister Manzenreiter sei Hauptdrahtzieher des Magdalen-Skandals und -Debakels. Über richterliche Anordnung mußte die FPÖ Kärnten diese Vorwürfe als unberechtigt erklären und mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehen. Dies wurde von der FPÖ-Fraktion im Mitteilungsblatt der Stadt Villach geschalten. Der Stadtparteivorsitzende der FPÖ-Fraktion Rumpold hat behauptet, Bürgermeister Manzenreiter hätte vor dem Magdalen-Untersuchungsausschuß des Kärntner Landtages gelogen. Herr Rumpold muß über richterliche Anordnung diese Vorwürfe für unberechtigt erklären und mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehen. Dies wurde von der FPÖ-Fraktion geschalten und ist nachlesbar. Der Stadtparteiobmann der FPÖ-Fraktion Rumpold wirft Bürgermeister Manzenreiter und der Villacher SPÖ die Anwendung von STASI-Methoden vor. So eine Diktion hat man von seiten der SPÖ-Fraktion in diesem Haus noch nicht erlebt. Herr Rumpold muß über richterliche Anordnung diese unberechtigten Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen und widerrufen. In der FPÖ-Gemeindepostille "Neues Villach" war die Überschrift "Abhörskandal - was wußte Manzenreiter" zu lesen. Es wurde Bespitzelung nach Art marxistischer Diktaturen vorgeworfen. Parteiobmann Rumpold als Herausgeber der Zeitung muß diese unberechtigten Vorwürfe auf richterliche Anweisung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehen und widerrufen. Das war das Standardrepertoire der FPÖ-Fraktion in den letzten zwei Jahren. An der FPÖ-Fraktion und nur an der FPÖ-Fraktion wird es liegen, das hier tonnenweise zerschlagene Porzellan zu kitten und für eine neue Vertrauensbasis in diesem Gemeinderat zu sorgen.

Leuten, die heute eine Fraktion übernommen haben, ihren
Einstieg kaputt. Frau Gemeinderätin Schaumberger führt aus,
daß Stadtrat Pacher früher gemeint hat, er befände sich in
einer akademischen Diskussion. Man sollte die Akademiker
nicht verunglimpfen, denn das, was heute geschieht, ist in
keinstem Sinn eine akademische Diskussion. Schön langsam
ist ihr klar geworden, warum es in den anderen Fraktionen
so große Aufregung ob der Bestellung der SPÖ-Fraktion
gibt. Das alles soll als Ablenkungsmanöver dienen. Der
Gemeinderat hat heute einen Rechnungsabschluß zu beschlie-
ßen, der neben enormen Leistungen einen Schuldenabbau
bringt und noch einen Überschuß. Es darf in dieser Stadt
nichts Gutes sein. Es wird die Chance versäumt, heute an-
gesichts dieses Rechnungsabschlusses sagen zu können, daß
alle daran beteiligt waren. Keiner würde heute nachprüfen,
wieviele andere mitgewirkt haben oder nicht. Es geht in
dem Ablenkungsmanöver gar nicht so sehr darum, ob der
Stadtrat noch einen Beruf hat oder nicht mehr, sondern man
will eigentlich in das vorige Jahrhundert zurück, in dem
nur reiche Bürger Politik machen durften. Dann könnte fol-
gendes passieren: Nur Millionäre können so einfach dafür
eintreten, daß es zu Urlaubskürzungen kommt. Nur Millionä-
re können so einfach meinen, man könnte auf das Karenzjahr
verzichten. Und nur Millionäre können von zwei oder drei
Gratiskrankentagen sprechen. Es darf nicht zur Rückver-
teilung der politischen Macht an jene kommen, die schon
wirtschaftliche Macht ausüben, denn sonst würde das Haben
wieder täglich über das Sein triumphieren. Man sollte mit
allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür eintreten, daß
auch weiterhin in allen Gremien eine Chancengleichheit al-
ler Berufe möglich ist.

Bürgermeister Manzenreiter ist der Meinung,
daß jeder all das, was jetzt stattgefunden hat, selbst
beurteilen soll. Es wurde der Versuch gestartet, zwei

Leuten, die heute eine Funktion übernommen haben, ihren Einstieg kaputtzumachen. Sie werden noch länger eine Chance haben zu arbeiten und sie werden den Beweis antreten, daß dieses Schauspiel heute ungerechtfertigt war. Er ist auch der Meinung, daß es ein Ablenkungsmanöver war, um die Erfolge, die hier im Haus gelungen sind, anhand der Jahresrechnung für das Jahr 1992 erkennbar, in den Schlagzeilen zu verdrängen. Das ist zur Kenntnis zu nehmen, nur sollte man wissen, daß es so eingeschätzt wird. Zu den Pensionen: Es haben sich inzwischen alle Parteien im Kärntner Landtag dazu bekannt, daß die Politikerpensionen für die Nachkommenden abgeschafft werden sollen. Er fordert alle auf, die hier sitzen und die Stadtrat Smoliner heute kritisiert haben, weil er krankheitshalber in Pension geht, eine Verzichtserklärung zu unterschreiben und beim Magistratsdirektor zu hinterlegen, in der sie erklären, daß sie in dem Fall, daß ihnen morgen etwas passiert, wenn sie krank werden, keine Pension von der Stadt Villach beanspruchen. Dann sind die Wortmeldungen wirklich ernstzunehmen. Beim Rednerpult alles Mögliche von den anderen zu verlangen, alles andere zu kritisieren, aber in dem Fall, daß man selber krank wird, das alles auch in Anspruch zu nehmen, was derzeit rechtlich abgesichert ist, ist ein starkes Stück. Zur Frage der Karenzierung und anderer Freistellungen, Freizeitangebot für Unternehmer und vielem anderen mehr: Die Stadt Villach hat einschließlich dem Bürgermeister neun Stadtsenatsmitglieder, die nach dem Villacher Stadtrecht ihre Funktionen nebenberuflich ausüben. Der Bürgermeister der Stadt Villach ist vom Recht her nebenberuflich auszuführen. Es haben sich zu 100 % in den Dienst der Sache gestellt: der Bürgermeister, die erste Vizebürgermeisterin, beide der SPÖ-Fraktion angehörig, der Fraktionsobmann Pfeiler, der Fraktionsobmann Ladstätter und der Fraktionsobmann Ing. Truppe. Bei allen anderen wird ebenfalls die entsprechende Zeit, dafür kann

er bei den SPÖ-Mitgliedern garantieren, zur Verfügung zu stehen haben, auch der Kollege Haslinger wird einen Karenzierungsantrag stellen, die für die Funktion notwendig ist. Stadtrat Haslinger wird am 4. August die Antwort auf seine Karenzierung dem Gemeinderat gerne geben, er wird sie aber viel früher dem Villacher Wähler geben, denn dem ist er verantwortlich und nicht Stadtrat Ladstätter als Fraktionsobmann. Stadtrat Haslinger wird sie dem Gemeinderat, dafür wird er sorgen, am 4. August geben, wenn Stadtrat Ing. Klamt auch seine Bedingungen, unter denen er Politik betreibt, bekanntgibt. Es muß eine Gleichhaltung geben. Auch Stadtrat Pacher muß dann bekanntgeben, unter welchen Bedingungen er seine Funktion ausübt. Wieviel sind sie freigestellt, wieviel bekommen sie weniger Gehalt, usw.? Entweder machen es alle, oder es macht niemand. Der Bürgermeister, die erste Vizebürgermeisterin und die drei Fraktionsobmänner sind zu 100 % karenziert, alle anderen haben eine Teillösung. Ihm geht es jetzt nicht so sehr um das Einkommen und darum, ob Stadtrat Pacher etwas dazuverdient oder nicht, sondern es geht ausschließlich darum, wieviel Zeit für die Funktion zur Verfügung steht. Es besteht für ihn hier, im Gegensatz zu Gemeinderat Spitzer, kein Unterschied zwischen Beamten, Privatangestellten oder Unternehmern. Die Zeit muß zur Verfügung gestellt werden. Wenn ein Lehrer heute auch aus Steuergeldern bezahlt wird, so hat er doch ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis und er bringt etwas dafür ein. Stadtrat Ing. Klamt bringt ebenfalls eine Arbeit ein. Stadtrat Pacher behauptet zwar, daß er in seinem Betrieb nicht arbeitet, er wird jedoch dort ebenfalls etwas einbringen, denn wenn er im Betrieb nicht arbeiten würde, hätte er ein arbeitsloses Einkommen. Das ist zwar eine Sicht der Dinge, die manchem nicht paßt, aber es ist so. Man muß das auch einmal erwähnen. Zur Hauptberuflichkeit insgesamt: Er könnte es nicht verantworten, derzeit dem Gemeinderat zu empfehlen, und das wäre

möglich, einen Beschluß zu fassen, wonach alle Stadtse-
natsmitglieder hauptberuflich sein mögen. Es wäre möglich,
wenn alle gemeinsam beschließen, das zu tun. Das würde zu
einer eklatanten Verteuerung der Arbeit des Gemeinderates
und des Stadtsenates führen. Das ist dem Villacher Bürger
nicht zumutbar. Er schlägt vor, ab 1997, das ist der
früheste Zeitpunkt, gemeinsam an das Land Kärnten heranzu-
treten, um die Hauptberuflichkeit der Stadträte in Villach
mit einer gleichzeitigen Verringerung der Stadtsenatsmit-
glieder einzuführen. Das kann man jederzeit tun. Dieser
Vorschlag kann bereits in der nächsten Gemeinderatssitzung
beschlossen werden, wenn die Fraktionen damit einverstan-
den sind.

Zu dem Zwischenruf von Stadtrat Pacher ist
zu bemerken, daß die ÖVP-Fraktion den Antrag eingebracht
hat, als es in Kärnten eine SPÖ-Mehrheit gegeben hat. Dann
hat es eine ÖVP-FPÖ-Koalition gegeben und von dem Antrag
hat man nichts mehr gehört, denn dann hätten sie ihn
selber beschließen und verwirklichen müssen. So geht es
nicht. Das ist es, was Stadtrat Pfeiler heute ein bißchen
auf die Palme gebracht hat, und zurecht auf die Palme ge-
bracht hat. Solange man den anderen ärgern kann, will man
alles. Wenn man selber die Verantwortung trägt, weiß man
nichts mehr davon. Es hat über zwei Jahre lang eine ÖVP-
FPÖ-Koalition im Land gegeben und da war der Antrag von
der Bildfläche verschwunden. Noch vor der letzten Gemein-
deratswahl hätte die Stadt Villach hauptberufliche Stadt-
räte haben können. Es ist immer noch so im Landtag, daß
es eine ÖVP-FPÖ-Mehrheit gibt. Warum gibt es denn keinen
Initiativantrag der beiden Parteien im Kärntner Landtag,
das Villacher Stadtrecht zu ändern? Man will es in Villach
verlangen und anderswo verhindern. In Amerika ist die
Situation anders. Dort hätte Stadtrat Pacher, wenn er in
die Politik geht, seine Firma einer Treuhandgesellschaft

übergeben müssen. Das ist auch eine Lösung, die dort den Arbeitnehmer und den Unternehmer, wenn sie aus der Politik gehen, gleichstellt. Bei uns verlangt man nur, daß der Arbeitnehmer auf alles verzichten soll. Der Unternehmer kann weitermachen wie bisher. Es kann ihm niemand sagen, daß Stadtrat Pacher nicht die Zeit hat, die er braucht, denn er steht nicht wie Stadtrat Pfeiler, Stadtrat Ladstätter, Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher, Bürgermeister Manzenreiter und Stadtrat Ing. Truppe 100%ig der Politik zur Verfügung. Er ist gerne dazu bereit, diesen Beweis anzutreten.

Zur Kenntnis genommen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz. Verbände und Körperschaften

folgt

Pkt. 3.) Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse

folgt 7

Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom
Bürgermeister Manzenreiter berichtet im
Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom
18.6.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

auf Grund eines Wahlvorschlages der vorschlagsberechtigten
Fraktion der SPÖ die in der Beilage dargestellten Nach-
wahlen in verschiedene Ausschüsse des Gemeinderates zu ge-
nehmigen.

Pkt. 3a) Entsendung in verschiedene
Verbände und Körperschaften

Blg. 8

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 21.6.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

folgende Nachwahl in die genannten Organe vorzunehmen:

1.) KFA

Vorstand: Dienstgebervertreter Stadtrat Dieter Haslinger anstelle von Stadtrat Matthias Smoliner

Überwachungsausschuß: Ersatzmitglied Gemeinderat Ludwig Oitzinger anstelle von Gemeinderat Theodor Maier

2.) Schadensfeststellungskommission

Stadtrat Richard Pfeiler anstelle von Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar

3.) Verein Villacher Kunsteisbahn

Stadtrat Richard Pfeiler anstelle von Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz. „an der Konjunkturlende“ bezeichnet werden wenn das Rechnungswerk heute diskutiert wird. dann zu einem Zeitpunkt Pkt. 4.) Rechnungsabschluß der der dazwischen verläuft haben: In der Hoheitsverwaltung 1992

folg. 9

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher konnte vor genau einem Jahr dem Gemeinderat die Jahresrechnung der Stadt Villach 1991 mit einem äußerst positiven Ergebnis präsentieren und meinte damals, dieses positive Ergebnis sei nicht wiederholbar. Heute wird sie den Antrag stellen, die Jahresrechnung 1992 zur Kenntnis zu nehmen, die erste, für die sie als Finanzreferentin auch schon bei der Budgeterstellung verantwortlich war. Es ist eine "Jahrhundert"-Jahresrechnung, die zeigt, daß alle Bedingungen optimal waren und geregelt wurden, um zu einem solchen Ergebnis zu kommen. Daß wir heute 105 erwirtschaftete Millionen Schilling zur Kenntnis nehmen und in die Villacher Wirtschaft investieren können, ist Ergebnis vieler Faktoren und Verdienst vieler Beteiligten. Durch steigendes Wirtschaftswachstum und steigende Steuerkraft der Unternehmen, aber auch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entstanden unvorhergesehen hohe Einnahmen. Durch eine relativ stabile Wirtschaftssituation in Villach entstanden keine größeren Einnahmenentfälle. Durch ständige finanzielle Mitverantwortung des Bürgermeisters und der Kollegen im Stadtsenat konnten die Ausgaben in Grenzen gehalten werden. Durch leistungsfähige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gelingt es in Villach, rasch steigende Aufgabengebiete durch weitere Qualifizierung und effiziente Arbeit, aber nicht immer durch Personalausweitung zu bewältigen.

Die Jahresrechnung 1992 muß aber auch als "Jahresrechnung an der Konjunkturwende" bezeichnet werden - wenn das Rechnungswerk heute diskutiert wird, dann zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Umstände doch deutlich geändert haben: In einer bedrohlich kurzen Zeitdifferenz folgt den raschen Wachstumsjahren in wenigen Monaten eine Phase der Quasi-Stagnation und steigender Arbeitslosenrate. Diese stieg vom Mai 1992 im Bezirk Villach bis zum Mai 1993 von 5,5 auf 6,6 %. Neue, gesetzlich vorgesehene Aufgaben werden auf die Gemeinden abgewälzt, ohne ihnen die notwendigen Finanzmittel zu gewähren. Hier wären die Wohnungspolitik, Flüchtlingsfragen, Sozial- und Kindergartenpolitik, neue Schulgesetze und die Abfallwirtschaft zu erwähnen. Die Steuerreform 1994 dürfte wesentliche Erleichterungen bei der Lohn- und Einkommensbesteuerung ergeben, begrüßenswert ist dies vor allem bei Niedrigeinkommen, aber auch für die Wirtschaft durch den erhöhten Investitionsfreibetrag und den Entfall der Gewerbesteuer. Nach heutigem Stand der Verhandlungen gehen diese Steuererleichterungen deutlich zu Lasten der Gemeinden und sie möchte von hier aus entschieden dagegen auftreten, daß eine finanzielle Aushöhlung der Gemeinden in die Wege geleitet wird. Während einerseits heute mehr denn je die Bürgernähe und die Bedeutung der Kommunen im politischen System betont wird, ist es andererseits offenbar einen ernsten Versuch wert, bei der kleinsten Einheit den Sparhebel als erstes anzusetzen. Die vorgesehene Erhöhung der Lohnsummensteuer deckt keinesfalls den Entgang der Gewerbesteuer, außerdem verlieren die Gemeinden auch bei der Senkung der Lohnsteuer mit.

Das Jahr 1992 war auch ein Jahr, in dem in Villach wirtschaftspolitische Weichen gestellt wurden: Erstmals wurden Fachleute beauftragt, ein Villacher Wirtschaftskonzept zu erstellen, das sowohl viele Aussagen zur

Infrastruktur dieser Stadt im gesamten südösterreichischen - oberitalienischen - slowenischen Raum tätigte, aber auch Basis für die neuen Richtlinien der Wirtschaftsförderung war. Sie erinnert an erste Maßnahmen, die im Konzept verankert, aber auch sofort umgesetzt wurden, wie Schwerpunkt-Förderungen anstelle des Gießkannenprinzips, Beratungstätigkeit für Villacher Unternehmungen in Form einer Ansprechstelle in der Stadt, Bewerbung der Stadt als Standort für Fachhochschulen, Grundstücksbevorratung - allein im Jahr 1992 gab man S 35 Mio. für den Ankauf von Betriebsgrundstücken und Grundstücken für den sozialen Wohnbau aus.

Aber auch längerfristige Weichenstellungen wurden getroffen, um den niedrigen Forschungs- und Entwicklungsanteil im Zentralraum Kärnten anzuheben, aber auch Fragen der Abfallwirtschaft zu lösen, wie Bauschuttdeponie, Vorarbeiten für eine neue Mülldeponie.

Einige kritisch vermerkte Tatsachen im Villacher Wirtschaftskonzept sollten durchaus auch als Chance für die Zukunft gewertet werden: So wird festgestellt, daß in Villach die Rate der Industriebeschäftigten im Vergleich zu dienstleistungsorientierten Arbeitsplätzen relativ gering ist. Wenn man weiß, daß in Deutschland binnen kurzem der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt von 35 bis 40 % auf 30 bis 35 % schrumpfen wird und daß international die Quote der Industriebeschäftigten nach der Rezession wesentlich niedriger sein wird, könnte Villach so manches an schmerzlicher Umstrukturierung erspart bleiben.

Sie möchte auf zwei Bereiche der vorliegenden Jahresrechnung etwas genauer eingehen.

tigen. muß sein. Zum Personalanteil wäre folgendes festzustellen: Wie schon in den vergangenen Jahren konnte der Anteil der Personalkosten am Ordentlichen Haushalt auch 1992 leicht gesenkt werden - zugunsten des Sachaufwandes, das heißt des Arbeitsbudgets, vor allem aber des Ermessensaufwandes. Mit nur 27,63 % Personalkostenanteil liegt die Stadt Villach an der Spitze österreichischer Städte. Dieser niedrige Anteil ist möglich, obwohl in den letzten Jahren personalpolitisch durchaus den Notwendigkeiten und gesellschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen wurde. Als Beispiel werden die Kindergärtner und Kindergärtnerinnen mit 11 Neuzugängen im Jahr 1992 genannt.

An dieser Stelle möchte sie dem scheidenden Personalreferenten Stadtrat Smoliner ihre Anerkennung für seine Leistungen in der städtischen Personalpolitik aussprechen. Die Stadt Villach hat sich auch durch sein Zutun den Ruf erworben, großzügige, aber leistungsfordernde, sparsame, aber sozial bedachte Dienstgeberin zu sein, sonst ließe sich das enorme Leistungsvolumen der Magistratsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen bei diesem niedrigen Personalanteil nicht erklären. Der Klarheit halber möchte sie feststellen, daß der Personalkosten-Prozentanteil, den das Kontrollamt angibt, von dem der Finanzverwaltung insofern abweicht, als die reinen Personalkosten der Stadt, das heißt ohne Refundierungen der Verbände, angenommen wurden.

Einzelne Personalentscheidungen waren im vergangenen Jahr immer wieder Anlaß für zum Teil heftige politische Auseinandersetzungen, auch in diesem höchsten Gremium der Stadt Villach. Um Zukunftsfragen gut zu bewäl-

tigen, muß man in der Lage sein, sich zuerst mit der Vergangenheit zu beschäftigen, daher möchte sie heute an Hand von zwei Beispielen die damaligen Diskussionen aus heutiger Sicht beleuchten. Erstes Beispiel: Wir bekamen eine neue Mitarbeiterin im Kulturamt, die für bildende Kunst, aber auch für die neu geschaffenen Referatsbereiche Frauen und Jugend verantwortlich ist. Die Jugendlichen sind jene Gruppe der Bevölkerung, die am wenigsten von sich aus den Kontakt zur Politik braucht und sucht, umgekehrt jedoch zu den wichtigsten Gesprächspartnern gehören sollte - sind Jugendliche doch sensibel und engagiert, die Fragen der Zukunft betreffend, und sind sie doch Hauptbetroffene der Entscheidungen, die heute fallen. "Wozu brauchen wir eine Theaterwissenschaftlerin mehr" und ähnlich waren die zahlreichen Argumente gegen die Bestellung der neuen Mitarbeiterin. Ein Kopf, ein Dienstposten mehr, was kann das an strategischer Arbeit für die Stadt bedeuten, wenn gleichzeitig vom Bürgermeister und vom politischen Referenten klare Zielvorgaben kommen und Projekte mitentwickelt und mitgetragen werden? - Villacher Jugendforum mit 300 Jugendlichen zu aktuellen Themen; - Jugendschiene im Kino; - Chancen für Villacher Jugendbands, aufzutreten; - Jugendgroßveranstaltungen, wie die Jugendakademie des Ministeriums und Jugendkongreß der Katholischen Jugend. Dies neben vielen laufenden Einrichtungen, wie Jugendseite im Mitteilungsblatt, Jugendempfang des Bürgermeisters, und vieles andere.

Wenn wir uns hüten vor Kleinkariertheit und wenn wir die nächsten Jahre und Jahrzehnte aktiv planen wollen, dürfen wir nicht den Fehler machen, alle Köpfe über einen Kamm zu scheren. Die Jugendarbeit der Stadt Villach darf nicht Opfer von einem Gedankengut werden, das in jeder Suppe ein Haar findet!

zu besagen. Als zweites der Bereich des Baureferates: Neben dem Baureferenten wurden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieses Bereiches im Jahr 1992 in regelmäßigen Abständen, die in etwa den Abständen der Gemeinderats-sitzungen entsprachen, Opfer heftigster Attacken von Mandataren. Vieles an Organisationsreform ist eingeleitet, vor allem auch in Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister, Finanzreferat und Baureferat wurden neue Modelle des Bau-managements und des Controlling erarbeitet und umgesetzt bzw. sind weitere im Entstehen. Aber: Hat fairerweise ei-ner der Herren, die diverse Attacken im Baubereich ritten, einmal nachgedacht darüber, wie es möglich ist, daß 1992 mit 15 Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau ein Investiti-onsvolumen von S 263 Mio. umgesetzt werden konnte?

Als Finanzreferentin in dieser Stadt erhebt sie nicht nur an das Baureferat den Anspruch, den verein-barten finanziellen Rahmen einzuhalten. Sie verlangt auch von allen anderen, von allen Vertretern und Vertreterinnen hier im Gemeinderat, sich der Folgen einer Entscheidung bewußt zu sein - nicht nur der Folgekosten einer Baumaß-nahme, sondern auch der personellen Möglichkeiten für de-ren Umsetzung.

Ein weiters Kapitel des vorliegenden Rech-nungswerkes ist der Schuldenstand der Stadt Villach. Es scheint verlockend zu sein, in wirtschaftlich guten Zeiten die angenehmen Dinge auszuweiten und der laufenden unan-genehmen Konfliktaustragung durch mehr Geld auszuweichen. Ihre Vorgänger als Finanzreferenten, Bürgermeister Manzen-reiter sowie Stadtrat Haslinger, aber auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Finanzdirektion unter Finanzdi-rektor Stampfer, haben bereits vor Jahren in Villach einen anderen Weg beschritten: Nicht den Weg, die jährliche Au-tomatik der Neuverschuldung in Prozentpunkten des Budgets

zu messen, sondern im Gegenteil: Schuldenabbau, Stärkung der Eigenmittelfinanzierung bis zu 80 % der Investitionen im Jahr 1992 heißt das Ziel, Nutzen der starken Wirtschaftsjahre, um mit Hilfe beispielhafter mittelfristiger Finanzplanung auch für schwierigere Zeiten gerüstet zu sein, und gerade jetzt, wenn die Wirtschaft Impulse braucht, diese setzen zu können.

Schuldenabbau in Hochzinszeiten bringt nicht nur den Vorteil, zu Niedrigzinsperioden wieder billigere Kredite aufnehmen zu können, sondern vor allem auf Dauer eine Budgetentlastung bei Annuitätenzahlungen. Darlehen sind für die Stadt Villach ausschließlich ein Finanzierungsinstrument für langfristige Investitionsvorhaben, die auch noch wirksam sind bis zum Tilgungsende und danach.

Sie möchte heute nicht auf theoretische Details wie Pro-Kopf-Verschuldung eingehen, aber ihrer großen Sorge darüber Ausdruck verleihen, daß in Österreich die Schere zwischen privatem Einkommen und Konsum erschreckend auseinander zu gehen scheint. Der österreichische Privathaushalt ist heute im Schnitt bereits mit S 415.000,-- verschuldet. Hier sind dringende Maßnahmen der Bundespolitik, aber auch der Banken gefragt! Die Schuldenschere der Stadt Villach konnte demgegenüber umgedreht werden: Betrug der Schuldenstand vor fünf Jahren noch 138 % des Ordentlichen Haushaltes, so sind es 1992 nur mehr 63 %!

Alle diese finanziellen Überlegungen ermöglichen es ihr als Finanzreferentin heute, den Mitgliedern des Gemeinderates die wohl sensationellste Jahresrechnung vorzulegen und gleichzeitig vorausszuschicken, daß die Stadt Villach finanziell auf die kommenden Turbulenzen

bestmöglich vorbereitet ist und man weiterhin folgendes beweisen wird: Es ist möglich, durch gute Planung und konsequente politische Entscheidungen sparsam mit dem Geld der Bürger umzugehen und trotzdem eine Stadt mit hoher Lebensqualität und vielen Serviceeinrichtungen aufzubauen und zu erhalten. Während andere ständig die Redewendung strapazieren müssen, "für den kleinen Mann" da zu sein, beweist die Stadt Villach lieber, daß sie für den kleinen Mann, die kleine Frau und für Kinder und Jugendliche arbeitet.

Die Finanzreferentin bedankt sich nochmals bei allen Beteiligten für das Zustandekommen des sensationellen Jahresergebnisses 1992 und bei ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Erstellung der Jahresrechnung; Sie möchte mit dem Satz schließen, der die Stadt Villach vermutlich in den nächsten Wochen und Monaten öfter begleiten wird: Zum Glück gibt's Villach!

Gemeinderat Mag. Werner Raup verläßt um 17.30 Uhr die Sitzung. An seiner Stelle nimmt Gemeinderat Wolfgang Bertel an der Sitzung teil.

Bürgermeister Manzenreiter dankt der Finanzreferentin für diese Rede und für den Bericht über das Jahr 1992. Das Jahr 1992 war das erste Budget- und Rechnungsjahr, das die Finanzreferentin voll zu verantworten gehabt hat. Er möchte persönlich als Bürgermeister dafür danken, daß sie, obwohl neu in dieser Funktion, in diesem guten Wirtschaftsjahr nicht der Versuchung erlegen ist, Probleme mit Geld zu lösen, daß sie Lösungen gesucht hat, die substantiell waren, daß sie nicht den bequemen Weg gegangen ist, sondern den Weg, den die Stadt Villach braucht und der der Stadt Villach gut tut. S 105 Mio. Überschuß in einem Jahr, in dem man schon sehr früh erkannt hat, daß

es ein gutes Jahr wird, und trotzdem bei einem Sparkurs zu bleiben, bedeutet viel politische Stärke. Dafür möchte er der Finanzreferentin persönlich und auch im Namen des Gemeinderates sehr herzlich danken und ihr zu dieser Jahresrechnung gratulieren.

Bürgermeister Manzenreiter eröffnet die Generaldebatte.

Gemeinderat Spitzer (VLT) stellt fest, daß von den 41 Tagesordnungspunkten, die heute auf der Tagesordnung stehen, sicherlich der Rechnungsabschluß 1992 der wichtigste und aussagekräftigste Punkt und zugleich ein Spiegelbild der Finanzgebarung ist. Auf den ersten Blick ist es nicht unerfreulich, wenn man einen Überschuß erzielen kann. Andererseits fragt er sich, wo die Budgetwahrheit bleibt, wenn man auf der einen Seite Millionen Schilling Abgänge hat und auf der anderen Seite Millionen Schilling Überschüsse erzielt. Hat man hier mit ungenauen Zahlen budgetiert? Sehr verwundert war er über die Tatsache, daß man sechs Wochen vor der Gemeinderatssitzung mit dem Jahresabschluß in die Öffentlichkeit geht, ohne daß vorher in den Ausschüssen darüber gesprochen wurde. Den Kontrollbericht bekam er drei Tage vor der Gemeinderatssitzung auf eigene Kosten zur Verfügung gestellt. Auch hier zeigt sich wieder einmal, daß man versucht, demokratisch gewählte kleine Fraktionen auszuschalten. Das heißt, es muß jede Kopie bezahlt werden. Die Großparteien haben Millionen Steuergelder zur Verfügung, um diesem neuen Landesgesetz nachzukommen, was bei den kleinen Fraktionen nicht der Fall ist. Es ist bereits schon so weit, daß man aus der eigenen Tasche das Informationsmaterial für den Bürger bezahlen muß.

Sicht jedoch Hier sind einige Kritikpunkte: Die Kostenexplosion beim Feuerwehrzentrum war Gegenstand vieler heftiger Diskussionen in mehreren Gemeinderatssitzungen des letzten und dieses Jahres. Der Baureferent war bis heute noch nicht in der Lage, eine endgültige Kostenaufstellung dieses überdimensionalen Zentrums zu liefern. Wenn man im Kontrollamtsbericht Einsparungen von rund S 4 Mio. ausweist und dies damit begründet, daß die Einsparung mit dem verzögerten Baufortschritt zusammenhängt, findet er das nicht richtig.

Die Verbände kosten der Stadt Villach und somit den Villacher Steuerzahlern Millionenbeträge, die zwischen S 11 und 15 Mio. angesiedelt sind. Er meint damit die Abwasserverbände Faakersee und Ossiachersee. In allen Fällen ist die Stadt Villach jener Vertragspartner, der die höchste finanzielle Belastung trägt und die meiste Arbeit einbringt. Die angesprochenen Referenten und selbstverständlich die Frau Finanzreferentin sind aufgefordert, die geltenden Verträge und Beschlüsse ehestmöglich zu überdenken, damit zum Wohle der Stadt Villach ein gerechter Ausgleich hergestellt wird.

Der Personalaufwand beträgt laut Rechnungsabschluß 1992 S 352.903.000,-- gegenüber S 328.707.000,-- im Jahr 1991. Das ist eine Erhöhung um S 24.195.415,-- oder 7,4 %. Eine weitere Vermehrung der Dienstposten für die Zukunft wird bald nicht mehr finanzierbar sein, besonders in einer Zeit, in der überall der Gürtel enger geschnallt werden muß. Mit der Vermehrung der Posten meint er in erster Linie nicht Kindergarten, Altersheim usw., sondern die hohen Gehaltsempfänger. Der Personalaufwand ist in der von der Finanzreferentin vorgelegten graphischen Darstellung mit 27,6 % und der sonstige Aufwand mit 72,4 % schön gezeichnet. Die Budgetwahrheit ist aus seiner

Sicht jedoch anders zu sehen. Die von der Stadt Villach zu leistenden Pensionszahlungen, und diese kann man nicht wegleugnen, sind nicht enthalten. Bei Berücksichtigung der Pensionszahlungen müßte der Personalaufwand bei entsprechender Budgetwahrheit mit weit über 30 % ausgewiesen sein.

Parkscheinautomaten wurden mit einem Errichtungsaufwand von insgesamt S 8.616.297,-- aufgestellt. Durch die Gebührenerhöhung per 1.1.1992 wurden S 2.410.733,-- eingenommen. Weiters wurden durch die Strafen, die der Wachdienst eintreibt, weitere S 2.915.000,-- eingespielt. Das heißt im Klartext, die Strafen wurden per 1.1.1992 um 100 % erhöht und aus diesem Grund waren die hohen Einnahmen zu verzeichnen.

Ein weiterer Punkt sind die Kindergärten. Der Personalaufwand betrug 1992 S 39.946.727,--. Das ist eine Steigerung gegenüber 1991 um S 5.709.000,-- oder 16,7 %. Das heißt, die Stadt Villach leistet pro Kind einen Zuschuß von S 30.870,--. Der Personalkostenanteil ist mit S 39.946.000,-- naturgemäß hoch. Diese Erhöhung ergibt sich durch die Senkung der Gruppenhöchstzahlen. Daß dadurch höhere Kosten entstehen, dürfte dem Land egal sein. Die Zuschüsse durch das Land sind viel zu gering. Seit Jahren wird auf die geringen Zuschüsse hingewiesen. Er hofft, daß die Mehrheitsfraktion im Land nach den großartigen Reden auch Taten setzen wird und den Gemeinden wirksame Hilfe zukommen läßt.

Ein weiterer Punkt ist das Sportstadion Lind. Im Sportstadion Lind ist zu bemerken, daß die Vergütung der Rasenziegel ungerechtfertigt war, bei der Bezahlung des Gutachtens über den Sanierungszustand der gesamte Wasserverbrauch der Firma hätte abgezogen werden müssen

und die Pönale falsch verrechnet wurde. Weiters wurde die angestrebte Drittelteilung der Kosten bisher nicht erreicht.

Pkt. 7.): Für die Sanierung der Gasleitung Hauptplatz war die Kostenschätzung für die Außensanierung mit S 500.000,-- festgelegt worden. Die endgültige Oberflächeninstandsetzung ist bis dato noch offen. Warum? Im überaus sensiblen Bereich hätte die Auswechslung der vorhandenen Leitungen zur Hebung der Sicherheit und zur Vermeidung der späteren Aufgrabungen sowie zur Senkung von Folgekosten beigetragen.

Pkt. 8.) Hundesteuer: Die Stadt nimmt ca. S 900.000,-- an Hundesteuer ein. Er konnte nicht feststellen, was mit diesen Einnahmen geschieht. Vor zwei Jahren hat er zur Antwort bekommen, daß damit der Park gereinigt wird. Trotzdem muß man einen Hürdenlauf machen, wenn man durch den Park geht. Er hatte schon vor zwei Jahren den Vorschlag gemacht, mit diesen Einnahmen in den öffentlichen Sandkisten periodisch den Sand auszuwechseln. Er ist der Meinung, man soll nach dem Verursacherprinzip vorgehen, das heißt, daß durch Koteintragung von Hunden und Katzen die Sandkisten verunreinigt werden und dadurch Erkrankungen der Kinder die Folge sein könnten. Hier wäre die Hundesteuer gerechtfertigt. Was wird eigentlich mit der Hundesteuer gemacht? Man lacht darüber, aber in Klagenfurt hat der jetzige Gesundheitsminister Dr. Außerwinkler festgestellt, daß bis zu 7 % der Kinder durch Koteintragung in die Sandkisten erkranken. Wir lächeln darüber, aber 7 % für eine Bevölkerungszahl wie in Klagenfurt ist seiner Meinung nach sehr hoch.

~~schönen Lebens~~ Pkt. 9.) Subventionen: Wenn man die Subventionen im Sport, Kultur und sonstiges ansieht und den Betrag von S 50.000,-- für den Zivilschutz damit vergleicht, so ist dieser Betrag nur eine Alibihandlung und ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es ist sehr wichtig, daß in dieser Stadt für Sport und Kultur Subventionen getätigt werden, nur ist er der Meinung, auch der Zivilschutz hat in dieser Stadt einen Stellenwert und ist ein wichtiger Bestandteil unserer hochtechnisierten Zeit. Schauen wir über unsere Grenzen und wir müssen erkennen, wie wichtig eine Aufklärung der Bevölkerung wäre. Daher ist es unbedingt notwendig, eine Aufstockung der Subvention zu überdenken, damit eine bessere Aufklärung erreicht werden könnte.

Pkt. 10.) Transferzahlungen: Hier sind einige Fakten darüber, mit welchen finanzellen Belastungen die Stadt konfrontiert wird. Es ist die Pflicht der Allgemeinheit, unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen. Aber den größten Brocken erfordert der Betriebsabgang der Krankenanstalten. Er erfordert von der Stadt einen Zuschuß von S 32.500.000,--.

Pkt. 11.): Auch bei der Landesumlage ist ein ständiges Steigen zu bemerken. Für das abgelaufene Jahr beträgt die Landesumlage über S 40 Mio., obwohl die Stadt als Bezirksverwaltungsbehörde nicht unwesentliche Kosten auf sich nehmen muß. Er erwartet sich eine Abschaffung oder zumindest eine wirksame Reduzierung der Landesumlage durch den Landtag, eine Landesumlage, die im Rechnungsjahr wiederum über S 40 Mio. dem Steuerzahler abverlangt.

Pkt. 12.) Altersheim: Wir können stolz auf unser Altersheim sein. Es ist sehr wichtig, daß unsere betagten Mitbürger ein Heim vorfinden, das ihnen einen

schönen Lebensabend beschert. Aber leider müssen immer wieder Zuschüsse aus den allgemeinen Steuermitteln getätigt werden. Der Betrieb des Hauses erfordert Ausgaben von S 9.714.984,--, gegenüber stehen Einnahmen von S 5.715.453,--, ein Abgang von S 3.999.530,--. Hier wäre ein Staffeltarif einzuführen, analog dem bei Essen auf Rädern, damit bei Besserverdienenden der Zuschuß reduziert werden könnte.

Pkt. 13.) Gesamtschuldenstand: Der Gesamtschuldenstand der Stadt Villach per 1.1.1992 betrug S 903.362.607,--. Per 31.12.1992 vermindert sich der Schuldenstand um S 71.918.901,-- oder 8,0 %. Das ist positiv zu bemerken. Dieser Schuldenabbau war nur möglich, da es in Villach eine florierende Wirtschaft gibt und die Steuermoral der Bevölkerung hoch ist. Dafür recht herzlichen Dank. Die Verantwortlichen sollen keinen Jubelschrei von sich geben, sondern haben die Pflicht und Schuldigkeit, mit den Steuergeldern behutsamst umzugehen.

Er wird der Jahresrechnung 1992 mit Ausnahme der Punkte

- a) Ausgaben für die Ausschußobmänner mit dem zusätzlichem Aufwand von rund S 1 Mio. im Jahr und
- b) Kosten der mobilen Autotelefone für Senatsmitglieder, da die Aufschlüsselung der Folgekosten nicht ersichtlich ist,

seine Zustimmung geben.

Abschließend möchte er der Finanzdirektion, dem Kontrollamt und der Finanzreferentin, sowie den Beamten und Angestellten dieses Hauses für die geleistete Arbeit seinen Dank aussprechen.

wobei er denkt, daß es auch viele Schwachstellen der Personalpolitik gibt. Gemeinderat Mag. Burian (VIG) möchte seine Meinung zum Rechnungsabschluß in wenigen Worten zusammenfassen, und zwar: Erfolgreich weitergewurschtelt, gleichzeitig einige Lippenbekenntnisse und ein paar Schritte zurück. Er möchte diese Diagnose nun anhand von ein paar Punkten ganz kurz erläutern. Das Wort "erfolgreich" war auch vorhanden. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat von einem Jahrhundertabschluß gesprochen. Er kann bestätigen und findet es auch richtig, daß erfolgreich gewirtschaftet wurde. Erfolgreich, wenn gegenüber dem Vorjahr, dem Rechnungsabschluß von 1991, um S 110 Mio. mehr an Einnahmen und Ausgaben vorhanden sind. Das ist sicherlich erfolgreich. Erfolgreich findet er auch den Schuldenstand. Dieser ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Das sind sehr ermutigende Erfolge, denn er kann sich noch an die Zeit erinnern, in der der Schuldenstand der Stadt weit über das Budget hinausgegangen ist. Jetzt ist er weit unter dem Budget. Das ist sehr erfolgreich, wobei der Wahrheit wegen noch dazu zu sagen ist, daß gleichzeitig die Rücklagen etwas gesunken sind. Der Rücklagenstand ist von 1991 auf 1992 um S 85 Mio. gesunken. In den letzten zwei Jahren ist der Rücklagenstand um S 100 Mio. gesunken. Er findet im Prinzip die Politik, die Rücklagen anzugreifen, richtig, jedoch nur bis zu einem gewissen Ausmaß. Wenn man die Erfolge erwähnt, muß auch dazugesagt werden, daß in den letzten zwei Jahren S 100 Mio. an Rücklagen weg sind. Es ist richtig die Rücklagen anzugreifen und nicht neue Darlehen aufzunehmen. Der dritte erfolgreiche Punkt ist die Personalpolitik. Er ist der Meinung, daß Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher recht hat, wenn sie sagt, daß sich die Personalpolitik österreichweit sehen lassen kann, was den Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget betrifft. Es ist insgesamt der Anteil der Personalkosten gesenkt worden,

wobei er denkt, daß es auch viele Schwachstellen der Personalpolitik gibt. Eine Schwachstelle ist beispielsweise der öffentliche Verkehr, der für die Stadt Villach bei der Personalpolitik überhaupt wegfällt. Da kann man natürlich leicht einen günstigen Prozentsatz erreichen. Auch ein Energiebeauftragter fehlt im Rechnungsabschluß der Stadt Villach. Es fehlt ein Biologe, es fehlt ein Chemiker usw. Mit Juristen kann man die Probleme nicht lösen und auch mit Bautechnikern nicht. Es gibt einige Schwachstellen in der Personalpolitik, insgesamt ist sie jedoch erfolgreich. Soviel zum Punkt "erfolgreich". Es gibt noch andere Dinge, die erfolgreich sind, die er aber nicht gesondert anführen möchte.

Der zweite Punkt war "erfolgreich weitergewurschtelt". Was ist mit weiterwurschteln gemeint? Er meint damit, das ist keine Beleidigung, sondern er möchte es einfach konstatieren, daß die brennenden Probleme, vor denen wir stehen, durch den Rechnungsabschluß nicht ernsthaft behandelt worden sind. Es sind dies vor allem Umweltprobleme und Sozialprobleme - man denke nur an die Zwei-Drittel-Gesellschaft und die Arbeitslosigkeit. Natürlich hat die Stadt nicht uneingeschränkte Möglichkeiten. Den Rahmen stellt sicher die Bundespolitik und die Landespolitik, und dieser Rahmen ist nicht sehr tauglich. Aber auch die Stadt hätte die Möglichkeit, viel mehr Akzente zu setzen. Er möchte auf die Sozialpolitik kurz eingehen. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat die hohe Arbeitslosigkeit erwähnt. Es gibt jetzt, die letzten Daten sind vom Mai 1993, 2.500 Arbeitslose im Raum Villach. Gleichzeitig spricht Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher von einem Jahrhundertbudget. In dem Jahr des Jahrhundertbudgets ist die Arbeitslosenrate um 20 % gestiegen. Die Arbeitslosenrate liegt derzeit bei 6 %. Es gab vor einem Jahr noch 2.000 Arbeitslose im Raum Villach, jetzt

2.500. Das ist eine Steigerungsrate um 20 %. Wäre es da nicht klüger gewesen, weitere Akzente zu setzen? Es wurde beispielsweise ein ziemlicher Anteil des außerordentlichen Budgets, der veranschlagt war, nicht ausgegeben. Es stellt sich die Frage, ob das in einer Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit eine richtige Entscheidung ist. Weiters ist zur Sozialpolitik zu sagen, daß die Sozialpolitik der Stadt Villach im wesentlichen ohne eigene Akzente ist. Es wird im wesentlichen nur das vollzogen, was von seiten des Landes vorgeschrieben wird. Man muß sich nur die Ausgaben bezüglich Sozialhilfe ansehen. Im wesentlichen wird nur das gemacht, was das Land will. In diesem Rechnungsabschluß fehlt auch die Errichtung der Sozialstation, die an und für sich sehr positiv ist, nur ist sie ungünstig gelegen. Aber auch hier ist die Sozialstation so organisiert, daß im wesentlichen das Land bestimmen kann, was darin geschieht, und die Stadt Villach nur die Gebäude zur Verfügung stellt. Es gibt in der Stadt Villach kein Sozialprojekt zur Anstellung von Arbeitslosen. Im Rechnungsabschluß war zu lesen, daß es einen Rückgang bei der "Aktion 8000" gegeben hat. Auch hier könnte man andere Akzente setzen. Daher kann man sagen, daß man sich erfolgreich weitergewurschtelt hat, aber nicht erfolgreich neue Wege gegangen ist. Soviel zur Sozialpolitik.

Nun folgt ein kleiner Exkurs zur Umweltpolitik. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat von der Steuerreform des Finanzministers gesprochen. Er hält die Aussagen der Finanzreferentin für sehr wichtig. Es kommt hier eher eine bedenkliche Zeit auf die Gemeinden zu. Mit der Abschaffung der Gewerbesteuer wird es schwieriger werden, die Ertragsanteile in der gleichen Höhe zu halten. So, wie es derzeit aussieht, werden sie geringer. Die Lohnsummensteuer kann die Gewerbesteuer nicht ersetzen. Er findet es richtig, daß man sich diesbezüglich zu

Wort meldet, daß der Städtebund aktiv wird und daß man versucht, eine Änderung zu erreichen. Einige Punkte der Steuerreform hat die Finanzreferentin nicht erwähnt, die jedoch grundlegende Fragen sind. Mit der Steuerreform hat die Österreichische Bundesregierung in der Umweltpolitik versagt. Die Suppe hat natürlich die Bevölkerung und die Gemeinde auszulöffeln. Denn die Kosten der Umweltpolitik, was Müll anbetrifft, was Energiefragen anbetrifft, haben häufig die Gemeinden zu tragen. Das heißt, die Aufgaben der Gemeinden bezüglich Reparatur der Umwelt wachsen, gleichzeitig aber sinken die Ertragsanteile und die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden. Hier würde er sich einen Aufschrei, ein Steigen auf die Barrikaden auch von seiten der Finanzreferentin erwarten, um eine Änderung der Steuerreform zu erreichen. Die Steuerreform ist noch in mehrerer Hinsicht negativ. Es geht nicht darum, die Arbeit verstärkt zu besteuern. Die Lohnsummensteuer wird um 50 % erhöht. Eine Erhöhung der Lohnsummensteuer bedeutet gleichzeitig eine erhöhte Besteuerung der Arbeit. Es geht darum, die Arbeit steuerlich zu entlasten und die Rohstoffnutzung zu besteuern. Mit dieser Steuerreform hat die Bundesregierung versagt. Auch die Parteienvertreter von ÖVP und SPÖ haben versagt. Diesbezüglich erwartet er eine Stellungnahme von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher. Unter diesen Rahmenbedingungen kann man natürlich schwer Umweltakzente setzen. Nun zu der Energiepolitik in Villach. Im Rechnungsabschluß kommt die Energiepolitik kaum vor, außer im Bezug auf fossile Energieträger, was das Gaswerk betrifft. Es gibt kaum Alternativen. Es ist bedenklich, wenn im Rechnungsabschluß keine Akzente bezüglich einer modernen Energiepolitik gesetzt werden. Die Energiepolitik muß so ausgerichtet werden, daß 100 % erneuerbare Energien das Ziel sind. In dieser Hinsicht hat man sich daher erfolgreich weitergewurschtelt - weitergewurschtelt auf dem Pfad der fossilen Energieträger.

Es wurden in einem Jahrhundertbudget keine neuen Wege gegangen, es wurden keine neuen Akzente gesetzt. Er könnte sich in dieser Richtung einiges vorstellen. Er kann sich vorstellen, das gesamte Rathaus mit Sonnenkollektoren zu bedecken, er kann sich vorstellen, daß jede Schule in Villach ihr Warmwasser mit Sonnenkollektoren erzeugt. "1.000 Kilowatt Sonnenstrom von Villachs Dächern" war vor einigen Jahren schon eine Forderung der Villacher Grünen. Es gibt dazu nichts außer Lippenbekenntnisse - in der Stadt und auch auf Bundesebene. Finanzminister Lacina hat davon gesprochen, daß er nun mit den Umweltafgaben ernst machen will. Das Ergebnis ist das Gegenteil. Villach ist dem Klimabündnis beigetreten. In der Politik sieht das gegenteilig aus. Was heute in einer geheimen Sitzung mit den Punkten 17.) und 26.) beschlossen werden soll, ist ein Schritt zurück in der Energiepolitik. Das war es auch, was mit dem Schritt zurück gemeint war. Wenn nun die totale Offensive für das Gas von seiten des Stadtgases und von seiten der Kelag gefordert wird, so ist das ein Schritt zurück, und zwar in doppelter Hinsicht - erstens, weil ein fossiler Energieträger gefördert wird und zweitens, weil die Fernwärme mit dem Gas niederkonkurriert wird. Die Stadt selbst und auch die Kelag konkurrieren die Fernwärme nieder. Wenn wichtige Bundesbauten und wichtige Bundes-schulen, der Wirtschaftshof und verschiedenste Gebäude nicht an die Fernwärme angeschlossen, sondern mit Gas betrieben werden, dann fragt sich, ob längerfristig die Fernwärme in Villach noch existieren kann. Das bedeutet, daß mit der Gasoffensive, die beschlossen werden soll, die Fernwärme konkurriert wird. Dazu kommt noch, daß die Stadt selbst ein ökonomisches Interesse daran hat, eine CO₂-Steuer zu verhindern, denn die CO₂-Steuer trifft dann auch die Stadt über das Erdgas. Das Erdgas wird mit einer CO₂-Steuer besteuert werden. In Europa gibt es Schweden, Finnland, Schweiz, die EFTA-Länder und sogar das EG-Land

Dänemark, das seit zwei Jahren eine CO₂-Steuer hat. Wenn das Erdgas forciert wird, hintertreibt man die dringend notwendige CO₂-Steuer, weil die Stadt Villach dann ein ökonomisches Interesse daran hat, daß sie nicht kommt. Sogar mit den heutigen Beschlüssen zeigt sich das Versagen in der Energiepolitik und der Schritt zurück.

Zu der Verkehrspolitik hat er schon sehr oft gesprochen. Es sind ein paar positive Schritte gesetzt worden. Die Verkehrsberuhigung in der Innenstadt, die Parkraumbewirtschaftung, ist sicherlich ein gewichtiger positiver Schritt der letzten Zeit. In diesem Rechnungsabschluß ist beispielsweise die Unterführung Richtung Lind, ein paar Punkte der Erweiterung der Fußgängerzone, die Gestaltung der Italienerstraße mit dem Radweg usw. enthalten. Es gibt einige positive Punkte in Richtung Verkehrsberuhigung. Trotzdem - die entscheidenden Probleme bezüglich Verkehr wurden nicht gelöst. In Wirklichkeit ist es so, daß der motorisierte Individualverkehr in Villach ständig im Steigen ist. Stadtrat Ing. Truppe sagt zwar bezüglich öffentlicher Verkehr, daß ein Verkehrsverbund kommen wird, aber das ist nicht das entscheidende. Stadtrat Ing. Truppe müßte, wenn man das Budget ansieht, gemeinsam mit der VIG-Fraktion auf die Barrikaden steigen und eine Verdreifachung, eine Verzehnfachung des Budgets verlangen. Diesbezüglich ist auch die Steuerreform wichtig. Es ist wichtig, daß in der Steuerreform auch die Gemeinden die Möglichkeit bekommen, den Nahverkehr zu finanzieren. Es handelt sich nicht nur darum, das, was unattraktiv ist, und der öffentliche Verkehr ist in Villach unattraktiv, einfach zu verbinden. Der Verkehrsverbund ist richtig und wichtig, aber er ist allein nicht ausreichend. Man muß dafür sorgen, daß die Intervalle verbessert werden, daß neue Linien geschaffen werden - das wird Kosten verursachen. Es handelt sich nicht darum, daß man davon

spricht, daß beides gleichwertig sein muß. Es handelt sich darum, daß der Referent bezüglich öffentlichem Verkehr auf die Barrikaden steigen muß. Anders wird es nicht gehen. Zu den Radwegen. Es ist vermutlich bekannt, daß am 2. Juli in Villach eine Raddemonstration stattfinden wird, da viele Gruppen, viele Vereine, viele Organisationen der Meinung sind, daß hier zu wenig getan wird. Wenn man sich diesen und die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre ansieht, so ist zu bemerken, daß in Villach Radwege ganz minimal gebaut werden. Es sind eigentlich nur die Radwege, die von seiten des Bundes und des Landes vorgeschlagen werden. Welche Radwege sind das? Das ist der Radweg von Zwischenbergen herein und das ist der Radweg zum Silbersee hinaus. Das sind zwei Radwege, die die Stadt Villach gar nicht allein finanziert. Trotzdem werden S 4 Mio. nicht ausgegeben. Wenn er S 9 Mio. für Radwege zur Verfügung hätte und es wird einem Projekt nicht zugestimmt, dann hätte er zehn andere Projekte in der Schublade, bei denen er in Radwege investieren könnte. Wenn Stadtrat Ing. Truppe in einem Amtsvortrag von einer Brücke über die Drau als langfristigen Projekt spricht, so scheint es so zu sein, daß man die Brücke über die Drau für Radfahrer und Fußgänger nicht erleben wird, solange er Stadtrat ist. Soviel zum Thema Verkehr. Auch hier kann man nicht von einem Jahrhundertentwurf sprechen. Man kann nur davon sprechen, daß man sich finanziell erfolgreich fortgewurschtelt hat.

Zur Frage des Mülls. Im Rechnungsabschluß wurden mit der Altstofftrennung einige erfolgreiche Maßnahmen gesetzt. Es sind in dem Budget die Kosten für die Container mit etwas mehr als S 3 Mio. enthalten. Es sind auch die Kosten für die Standplätze der Container enthalten. Es ist eine sicherlich sehr sinnvolle und positive Maßnahme. Es ist aber etwas, das heute für jede moderne Gemeinde selbstverständlich ist. Es ist eindeutig

übertrieben, wenn man ein Jubelblatt aussendet, in dem zu lesen ist, daß Villach österreichweit führend ist. Er ließe sich eher einreden, daß Villach kärntenweit führend ist. Unter den letzten in Österreich führend zu sein, ist jedoch auch keine besondere Leistung. In einem Jahr wird es laut Gesetz verpflichtend sein, eine flächendeckende Biomüllsammlung durchzuführen. Der zuständige Stadtrat hat keine Maßnahmen getroffen, damit das möglich wird. In einem Jahr wird das Gesetz in Villach nicht erfüllt werden. Das ist jetzt schon absehbar. Für die Sammlung von Biomüll ist die Stadt Villach kompetenzmäßig zuständig. Der zuständige Stadtrat schickt Informationsblätter aus - Villach österreichweit führend - während es in Österreich viele Gemeinden gibt, in denen bereits die flächendeckende Biomüllsammlung durchgeführt wird - in der Steiermark, in Oberösterreich, in Vorarlberg, in Niederösterreich usw. Auch hier wird im wesentlichen, das, was selbstverständlich ist, getan und keine wirklich weiterführenden Akzente gesetzt. Das einzige, worin man in diesem Rechnungsabschluß positive Akzente gesetzt hat, war die Kulturpolitik. Dort ist man vorangekommen, für eine so positive Berichterstattung ist das jedoch auch nicht ausreichend. Es ist positiv, daß mit den Musikveranstaltungen Erfolge und sogar Mehreinnahmen erzielt wurden. Dasselbe gilt für die Theatervorstellungen - die Besucherzahl ist gestiegen usw. Das ist für das Klima und sogar für die wirtschaftliche Situation der Stadt wichtig. Eine so offene Kulturpolitik ist wichtig für ein offenes und innovatives Wirtschaftsklima. Trotzdem ist das Kulturbudget der Stadt Villach noch sehr schwach. Es gibt vom Rechnungsabschluß 1991 zum Rechnungsabschluß 1992 eine Steigerung von 1,5 % auf 1,6 %. Es gibt noch immer andere Gemeinden, die das doppelte und dreifache von diesem Kulturbudget-Prozentsatz haben. Das ist der positivste Bereich, trotzdem ist auch hier nicht

alles zufriedenstellend, vor allem was den Bereich der Bibliotheken betrifft. Insgesamt ist der Rechnungsabschluß natürlich schon erfolgreich, im wesentlichen wurde jedoch erfolgreich auf den alten Bahnen weitergegangen.

Stadtrat Ing. Truppe (ÖVP) stellt fest, daß mit dem Rechnungsabschluß Bilanz gezogen wird, inwieweit man die Grenzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten, über- oder unterschritten hat, wobei es aber nicht nur von den eigenen Möglichkeiten, sondern auch von den allgemeinen Möglichkeiten, von der Konjunkturlage und auch davon abhängt, wie Land und Bund wirtschaften, da auch die Ertragsanteile wesentlicher Bestandteil des Budgets sind. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, die auch unsere Region beeinflussen, wird bei den Ertragsanteilen des Bundes, bei denen diesmal erfreulicherweise Mehreinnahmen von S 56 Mio. gegenüber der Jahresrechnung 1991 zu verzeichnen sind, in Zukunft im Vorjahresvergleich aber mit einem Minus zu rechnen sein. Der im Jahr 1992 erwirtschaftete Überschuß von S 105 Mio. ist natürlich eine erfreuliche Dimension, die für wirtschaftlich schwierige Perioden Bewegungsspielräume für die Umsetzung des mittelfristigen Investitionsprogrammes einräumt. Daß dies in dieser Größenordnung gelingen konnte, ist auf eine tüchtige erfolgreiche Unternehmerschaft, aber auch auf die pünktlichen Steuerleistungen der Bürger dieser Stadt zurückzuführen. Der Rechnungsabschluß ist nicht nur ein Gebilde von Zahlen, wie weit es den verantwortlichen Mandataren gelungen ist, den Wünschen der Bürger zu entsprechen. Hinter diesen Zahlen steht eine positive Wirtschaftsentwicklung und das Ergebnis der Steuerleistungen, die im vermehrten Ausmaß eingegangen sind. Die Jubelmeldung der Finanzreferentin über die erwirtschafteten S 105 Mio. muß er jedoch relativieren. Durch die unnotwendige Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer auf

500 % findet sich der im Jahr 1992 von der ÖVP-Fraktion schon getätigte Vorwurf des Raubzuges gegen die Steuerzahler dieser Stadt nunmehr bestätigt. Als Begründung hat die Finanzreferentin für die Erhöhung bzw. Ausschöpfung des vollen Rahmens angeführt, daß damit Ausfälle aufgrund der geänderten Getränkesteuer ausgeglichen werden sollen. Dieser Aussage kann er mit dem Vergleich des Voranschlages der vorhergehenden Jahresrechnung nicht folgen. Durch Berechnungen des Finanzministeriums ist damals festgestellt worden, daß sich die Einnahmen durch die Halbierung des Getränkesteuersatzes für alkoholfreie Getränke österreichweit um S 800 Mio. verringern werden. In der Gemeinderats-sitzung am 14.2. hat Gemeinderat Dr. Ertl bereits darauf hingewiesen, und es bestätigt sich heute, daß sein Hinweis richtig war, daß der Gesetzgeber bei der Beschlußfassung der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Vorsorge getroffen hat, daß die Gemeinden trotzdem keine Einnahmen verlieren. Damit ist die Diskussion, ob ein Getränk in einer Gemeinde verbraucht wird oder nicht, ausgeschlossen. Die Getränkesteuer ist von einer Verbrauchssteuer in eine Verkehrssteuer umgewandelt worden, das bedeutet, die Stadt Villach hat gegen besseres Wissen der Finanzreferentin aus diesem Titel Mehreinnahmen in der Höhe von S 1,1 Mio. gegenüber dem Voranschlag erzielen können. Die Alkoholsteuer wurde aufgelassen und in eine Produzentensteuer umgewandelt. Früher ist die Alkoholsteuer mit 10 % eingehoben worden, ohne daß ein Anteil Getränkesteuer dazugekommen ist. Jetzt wird die Getränkesteuer von der Produzentensteuer, also Steuer von der Steuer, eingehoben. Aus diesem Grunde hat die ÖVP-Fraktion auch im Jahre 1992 dem neuen Hebesatz der Grundsteuer nicht zugestimmt, deren Erhöhung durch den unnotwendigen Raubzug S 10,5 Mio. Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag bewirkt. Wenn die Finanzreferentin auch heuer wieder die Pro-Kopf-Verschuldung mit S 6.383,-- angegeben hat, also um einige hundert

weniger als im vergangenen Jahr, und die überwälzbaren Schulden nicht mit einkalkuliert, so vergißt sie dabei die gesamte Verschuldung zu erwähnen und hilft dadurch vielleicht auch ungewollt jenen in Bund und Land, die der Meinung sind, die Gemeinden würden in Geld schwimmen, einen Finanzausgleich nicht mit einer besseren Dotierung zugunsten der Gemeinden zu erstellen. Sie hilft auch, nicht auf die Landesumlage zu verzichten und die rund S 40 Mio. zu übernehmen, die unserer Statutarstadt zur Erledigung von Aufgaben als Bezirksverwaltungsbehörde erwachsen. Ein Wort zu den Unternehmungen. Das gute Abschneiden der städtischen Unternehmungen ist nicht so sehr auf die unternehmerische Tätigkeit, sondern auf die wirksame Reform des Referenten, Stadtrat Pacher, hinsichtlich der vorher immer den Unternehmungen belasteten Pensionszahlungen zurückzuführen. Der dadurch entstandene Kapitalabfluß von den Unternehmungen wurde rückwirkend mit 1.1.1992 gestoppt. Die Pensionszahlungen werden nunmehr von der Hoheitsverwaltung getätigt. Die Diskussion um das Kino wird auch schon länger geführt. Vielleicht ist Villach die einzige Stadt, nicht nur vielleicht, sondern sie ist es auch, im Zentralraum Kärnten, die sich noch ein öffentliches Kinocenter leistet. Die Privatisierung bei den Unternehmungen, und er denkt auch an das Gaswerk, ist ohne Zweifel anzustreben, aber sicherlich nicht um jeden Preis. Man erkennt, daß der Unternehmensreferent mit weniger Dirigismus und mehr privatwirtschaftlichem Denken an die städtischen Betriebe herangeht, weil er weiß, daß sich der Erfolg nicht nur durch Bürokratie, sondern durch gewinnorientiertes Handeln abzeichnet. Beim Personal hat es eine gute Entwicklung gegeben. Die Verwaltungs- und Personalkosten sind in einem Maß zurückgegangen, wie man sich das vielleicht gar nicht vorgestellt hat. Auf ein ausgewogenes Personalkonzept mit qualitativen und quantitativen Anforderungen wurde hier weitestgehend Rücksicht genommen. Die Ressourcen

wurden genützt, die Kollegenschaft hat die Herausforderung angenommen und so ist es gelungen, die Personalkosten nicht nur zu stabilisieren, sondern diese auch geringfügig zu senken. Wenn Gemeinderat Mag. Burian wieder den öffentlichen Verkehr zum Steckenpferd gemacht hat, so freut es ihn, daß er in ihm einen Mitkämpfer findet, was die notwendigen Budgetmaßnahmen betrifft. Gemeinderat Mag. Burian hat jedoch sicher verschlafen, wenn er meint, der öffentliche Verkehr wird nicht bearbeitet. Vor eineinhalb Jahren wurde ein ganzheitliches Verkehrskonzept vergeben. Die Ergebnisse werden noch dieses Jahr vorliegen. Auf Grund dieser Ergebnisse werden dann Maßnahmen zu treffen sein. Wenn Gemeinderat Mag. Burian meint, wenn man den Radweg Silbersee nicht fertigstellen kann, dann gäbe es keine weiteren Projekte in der Tasche, so muß er ihm widersprechen. Es wird nun beispielsweise mit dem Radweg im Bereich des Draukais begonnen. Er hätte so viele Projekte in der Tasche, daß man mit dem Budget, das zur Verfügung steht, bei weitem nicht das Auslangen findet und diese daher auf Jahre hinausschieben muß. Neben Verkehrs- und Umweltfragen liegt natürlich das Wohnproblem im Spitzenfeld der kommunalen Themen, die die Menschen bewegen. Ein besonderer Schwerpunkt für die Investitionen muß trotz des beschlossenen Sonderwohnbauprogrammes auch weiterhin der Wohnbau sein. Alle Studien zeigen einen enormen Fehlbestand an Wohnungen, der sich zum Jahr 2000 verdoppeln wird. Die Wohnbauleistung muß daher durch Mobilisierung aller Finanzreserven der Stadt, aber auch bei den Wohnbaugenossenschaften durch Übertragung von Genossenschaftswohnungen in das Eigentum massiv ausgeweitet werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor allem bei der Beschaffung von geeigneten Grundstücken ist ebenfalls erforderlich. Die schwierigste Rezessionsphase seit Jahrzehnten beschert jetzt die österreichische Wirtschaft und fordert alle enorm heraus. Im

Berichtsjahr konnte man noch ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % verzeichnen. Es ist daher in wirtschaftlich schwierigen Perioden, wie sie sich jetzt abzeichnen, eine rasche Umsetzung von öffentlichen Investitionen notwendig, denn alles, was die Wirtschaft schwächt, wird zum Nachteil der gesamten Gesellschaft. Man wird, wenn es notwendig wird, für die Verwirklichung wichtiger Investitionsprojekte auch Mittel auf dem Kapitalmarkt aufnehmen müssen. Er kann sich beispielsweise nicht damit anfreunden, daß für Tiefbaumaßnahmen nicht jene Mittel zur Verfügung stehen, die benötigt werden. Er denkt an die notwendigen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, an die notwendigen Sanierungsmaßnahmen auf den Straßen, und er denkt an die notwendigen Verkehrslösungen, die umzusetzen sind. Er hat dies nur deshalb angeführt, da er damit ankündigen will, daß er bei den nächsten Budgetberatungen für derartige Maßnahmen enorm kämpfen wird. Man wird im nächsten Jahr auch verstärkt Mittel für den öffentlichen Verkehr bzw. für Alternativen zum Individualverkehr benötigen. Allein für den Verkehrsverbund, der jetzt nicht mit 1.1.1994, sondern mit 29.5.1994, zum Zeitpunkt der neuen Fahrplanabstimmung, in Kärnten eingeführt wird, wird die Stadt S 4,5 Mio. einzusetzen haben. Damit will er nur aufzeigen, daß es neue Schwerpunkte in der Frage der Finanzierung von Investitionen geben wird. Er muß aber trotzdem zur Jahresrechnung feststellen, daß das Ergebnis erfreulich ist. Das Ergebnis konnte aber nur erreicht werden, da die Villacherinnen und Villacher entsprechend Steuerleistungen erbracht haben. Er möchte den Villacherinnen und Villachern für ihre Steuerleistung herzlich danken. Die ÖVP-Fraktion wird dieser Jahresrechnung die Zustimmung geben.

Stadtrat Ladstätter(FPÖ) führt aus, daß seine Vorredner schon vieles gesagt haben. Es hat ihn ganz besonders gefreut, daß Stadtrat Ing. Truppe, dessen Frak-

tion und der Werksreferenten sich mit der Privatisierung des Gaswerkes anfreunden könnten, denn er ist der Meinung, daß dies ein Schritt wäre, mit dem man noch zum richtigen Zeitpunkt Fehler beheben könnte, bevor es dafür zu spät ist. Er hat bereits mehrmals ausgeführt, daß in diesem Bereich auf technischem wie auf kaufmännischem Gebiet viele Fehler gemacht wurden. Grundsätzlich ist festzustellen, daß offensichtlich nach wie vor die Budgetierung durch die Finanzreferentin in keiner Weise mit der Realität übereinstimmt. Es wird hier von Mehreinnahmen von rund S 112 Mio. gesprochen. Dies betrifft jedoch lediglich die zu geringe Auslastung des außerordentlichen Budgets. Die als Ertragsanteile verzeichneten Mehreinnahmen von S 96 Mio., sind keinesfalls der Stadt Villach zuzurechnen, sondern ausschließlich durch den guten Abgabenerfolg des Bundes begründet. Gewisse Umstände kann sich die Stadt Villach nicht auf ihre Fahnen heften. Der Soll-Abschluß mit einem sogenannten Gesamtergebnis von rund S 105 Mio. beinhaltet mit S 65 Mio. die Zuführung der Kapitalsrücklage zur Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes. Besonders beim außerordentlichen Haushalt ist massivste Kritik angebracht, da der Ausnutzungsgrad des außerordentlichen Budgets lediglich 56 % beträgt, was den Tiefstpunkt der letzten Jahre darstellt. Es wäre nunmehr an der Zeit, die Budgetierung an die Realität heranzuführen, da die freiheitliche Partei sonst nicht mehr bereit ist, derartig überzogene Budgets mitzutragen. Dies betrifft vor allem die Aufnahme eines Betrages von rund S 71 Mio. in das Budget 1992 für die Kläranlage, wobei durchaus abzusehen war, daß es im Jahr 1992 keinerlei bauliche Maßnahmen bei diesem Bauvorhaben geben wird. Wie bereits allgemein bekannt, wird durch die Steuerreform II die Gewerbesteuer ersatzlos gestrichen werden. Für die Gemeinden und auch für Villach bedeutet das einen enormen Einnahmenausfall. Diesbezüglich hat die FPÖ-Fraktion bereits 1991/92 ein-

dringlich Maßnahmen eingefordert, um diesem Einnahmenentfall entgegenzusteuern. Die Erhöhung der Lohnsummensteuer um einen Prozentpunkt wird diesen Einnahmenausfall keineswegs kompensieren können, sondern bestenfalls mildern. Die Budgeterstellung für das Jahr 1994 wird daher auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Mit der heutigen Sitzung wird auch eine weitere Haftung in der Höhe von S 8,5 Mio. beschlossen werden. Dadurch erhöht sich der Gesamtstand an Haftungen für die Stadt Villach auf rund S 350 Mio. Das sind pro Kopf der Bevölkerung aufgerechnet S 6.374,--. Die Relation Vermögen zu Schulden muß selbstverständlich auch die Haftungen beinhalten und es ergibt sich hier ein völlig anderes Bild, als es die Finanzreferentin in dieser Jahresrechnung gezeichnet hat. In diesem Zusammenhang ergibt sich von seiten der FPÖ-Fraktion eine heftige Kritik gegenüber der Verrechnung der Verbände. Beim Abwasserband Faakersee werden beispielsweise seit Jahren ausschließlich durch die Stadt Villach die EDV-mäßigen Abrechnungen getätigt und die Gemeinde Finkenstein hat keinen müden Schilling für die geleisteten Arbeiten erbracht. Diesbezüglich gibt es zwischen der Stadt Villach und der Gemeinde Finkenstein keine schriftliche Vereinbarung und wurde eine solche heftig bei der letzten Kontrollausschußsitzung durch die FPÖ-Fraktion urgiert.

Wie bereits erwähnt, war im Budget ein Betrag in der Höhe von S 470 Mio. für den außerordentlichen Haushalt enthalten. Der Rechnungsabschluß weist jedoch lediglich eine Summe von S 263 Mio. aus. Somit wurde ein Betrag in der Höhe von S 207 Mio. nicht verwendet. Hier erscheint es jedoch unumgänglich, das außerordentliche Budget zu überdenken und, wie bereits eingangs erwähnt, an die Realität heranzuführen. Es erscheint auch die jeweilige Rechtfertigung der Finanzreferentin nicht schlüssig zu sein, daß die Dienststellen ihre Wünsche nur bekanntzuge-

ben haben und dann werden sie sofort ins Budget aufgenommen. Die Aufgabe einer Finanzreferentin müßte es sein, diese Wünsche auf ihre Realität hin zu hinterfragen. Sie müssen begründet werden. Das bedeutet, daß die Finanzreferentin die Aufgabe hat, die Wünsche der FPÖ-Fraktion zu prüfen. Für das Jahr 1992 wurde vom Baureferenten gefordert, daß man einen Baubericht für das Jahr 1992 bekommen soll. Trotz Urgenz der FPÖ-Fraktion ist dies nicht der Fall gewesen. Folglich war auch eine vergleichende Kontrolle zwischen beschlossenen, budgetierten und tatsächlichen Bauvorhaben nicht möglich. Aus welchem Grund Vizebürgermeister Binter dies nicht zeitgerecht gemacht hat, entzieht sich seiner Kenntnis. In diesem Zusammenhang möchte er festhalten, daß nach massiver Kritik der FPÖ-Fraktion endlich das neue Projektmanagement Kostenüberschreitungen in einem ungeheuren Ausmaß wie beim Feuerwehrzentrum zukünftig hintanhalten soll. An dieser Stelle möchte er den beiden Gemeinderäten Dr. Kurt Assmann und Ing. Siegfried Andronik für ihre unermüdliche Arbeit über eineinhalb Jahre hindurch recht herzlich danken. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß dieses Projektmanagement zum Durchbruch gekommen ist. Das Kontrollamt schreibt in seinem Prüfbericht über den Rechnungsabschluß in seiner Schlußbemerkung, daß der Rechnungsabschluß in der vorgelegten Form den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und es festgestellt wird, daß sich aus der Prüfung kein Grund zur Beanstandung ergibt. Dem muß heftigst entgegengehalten werden, daß sogar das Kontrollamt das außerordentliche Budget einheitlich als überzogenes Budget betrachtet, außerdem Kritik an der Gebarung gegenüber den Verbänden übt und wörtlich feststellt, daß auf Grund der aufgezeigten Fakten die derzeit geltenden Beschlüsse bei den Verbänden überwacht werden müßten. Die Budgeterstellung 1992 vermißt daher nach Meinung der FPÖ-Fraktion sowohl Budgetklarheit, als auch Budgetwahrheit und kann vor allem beim außerordentlichen Budget, wie bereits erwähnt, so nicht hingenom-

men werden. Die freiheitliche Partei wird daher die Budgeterstellung für das Jahr 1994 nur dann mittragen, wenn nicht derartig überzogene Budgetansätze wie für 1992 eingebaut werden. Das bedeutet, daß die freiheitliche Partei dem Rechnungsabschluß für 1992 diesmal noch die Zustimmung erteilen wird, unter der Voraussetzung, daß ihre Kritikpunkte Konsequenzen für die nächste Budgeterstellung haben werden.

Stadtrat Pfeiler (SPÖ) möchte noch zu einem seiner Vorredner etwas bemerken, und zwar zu dem Vertreter jener Partei, von der man eigentlich gewohnt ist, daß die meiste konstruktive Kritik kommt, nämlich von den Villacher Grünen. Gemeinderat Mag. Burian hat viele gute Ansätze in seiner Kritik gehabt. Es ist jedoch leider so, daß viele der Bereiche, die er aufgezeigt hat, für die Stadt ein zu schwerer Brocken sind, weil sie nicht unmittelbar in den Aufgabenbereich der Stadt fallen. Andererseits hat es ihn verwundert, daß Gemeinderat Mag. Burian es als negativ angekreidet hat, daß es der Stadt gelungen ist, für die Radwege Beteiligungen des Landes zu erreichen. Es war kein Aufdrängen des Landes, sondern das war mitunter auch eine verantwortungsvolle Finanzierung der Stadt für diese infrastrukturellen Maßnahmen. Mit dem erfolgreichen Rechnungsabschluß 1992, übrigens ist das der erste der sozialdemokratischen Finanzreferentin in voller eigener Verantwortung, ist ihr und allen jenen, die daran mitgewirkt haben, ein wirtschaftspolitisches Meisterstück gelungen. Wenn auch im dazugehörigen Kontrollamtsbericht dort und da Kleinigkeiten als verbesserungswürdig dargestellt werden, von einem überzogenen Budget, wie es Stadtrat Ladstätter gesagt hat, hat er im ganzen Kontrollamtsbericht nichts gelesen, dann stehen diese aufgezeigten Kritikpunkte in keinem Verhältnis zur Dimension des Erfolges. Dem Kontrollamt ist in diesem Zusammenhang für die umfangreiche

Arbeit und die wertvollen Anregungen zu danken. Nur wegen des gesunden wirtschaftlichen Hintergrundes, den die Villacher Kommunalpolitik bietet, war es möglich, daß das über Jahre gewachsene positive Villach-Gefühl intensiver geworden ist und die Menschen dieser Stadt psychologisch in die Lage versetzt sind, an die Zukunft ihrer Stadt und an die eigene auch mit zu glauben. Es grenzt nahezu an ein Wunder, daß dieser produktive Villacher Optimismus trotz der Destruktivität der FPÖ-Fraktion und kleiner Teile der ÖVP-Fraktion erhalten, ja sogar ausgebaut werden konnte. Um dieses Erfolgsgericht Rechnungsabschluß 1992 heute servieren zu können, waren, um im kulinarischen Sprachgebrauch zu bleiben, im wesentlichen fünf Zutaten und eine Meisterköchin notwendig: erstens der Fleiß und die Steuerleistung der Villacher Bevölkerung, zweitens eine zwar nicht ausgezeichnete, aber doch befriedigende Wirtschaftslage, drittens eine innovative, entscheidungsfreudige, mit viel Verantwortungsbewußtsein agierende, starke sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion unter der Führung des Bürgermeisters, viertens eine professionelle Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel durch die sozialdemokratische Finanzreferentin und fünftens ein gut motivierter, fleißiger und sparsamer Mitarbeiterapparat im Villacher Magistrat. In diesem Zusammenhang fallen ihm die Äußerungen des Stadtrates Ing. Klamt wieder ein, der sich tatsächlich dazu verstiegen hat zu behaupten, Beamte bekämen Steuergeld geschenkt. Es ist Steuergeld, das von den Beamten verdient wird. Das ist die richtige Formulierung. Alle wesentlichen Eckdaten beweisen dies: Sparsamster Personalaufwand - mit 27,6 % zählt Villach zu den Städten Österreichs mit dem geringsten Personalaufwand. Hervorragende Einnahmenentwicklung, obwohl das Wirtschaftswachstum deutlich unter den im Voranschlag angenommenen 2 % liegt. Ein gewaltiger Investitionsschub zur Aufrechterhaltung des guten Villacher Wirtschaftsklimas im

außerordentlichen Haushalt mit einem sensationellen Eigenmittelanteil von 81 %. Gleichzeitig konnten die Schulden weiter, und zwar um 8,7 %, abgebaut werden. Eine herzeigbare Vermögenssituation steht den sinkenden Schulden gegenüber. Und letztlich ein rekordverdächtiger Überschuß von mehr als S 100 Mio. durch eine vorsichtige Ausgabenpolitik. Er möchte nach dieser kurzen Budgetbeleuchtung einige grundsätzliche Gedanken formulieren. Hinter diesem trockenen Zahlenberg verbergen sich nämlich Bedürfnisse, Wünsche, Anforderungen und Hoffnungen der Villacherinnen und Villacher an die Stadtverwaltung. Die Beiträge und Steuerleistungen der Villacher Bevölkerung sind es nämlich, die die Stadt Villach in die Lage versetzen, bedarfsgerechte, kommunale Leistungen zu produzieren. Der Voranschlag 1992 wurde mit deutlicher sozialdemokratischer Handschrift erstellt. Neben den pragmatischen Zielsetzungen der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben, wurden vor allem die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Villach wurde 1992 ein gutes Stück reicher. Eine florierende Wirtschaft und die Wirtschaftskraft der Stadtverwaltung sorgten für einen guten Beschäftigungsstand. 1992 haben wir Villach dem Ziel, einem solidarischen Gemeinwesen näherzukommen, ein gutes Stück weitergebracht. Das soziale Netz wurde nicht nur abgesichert, sondern auch enger geknüpft. Die konsequent geplante und umgesetzte Stadtentwicklung hat Villach den Ruf einer pulsierenden, lebensbejahenden Stadt eingebracht. Ein klares Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt und der feste Wille zur Erhaltung und Wiedergewinnung einer lebenswerten Umwelt sind die Grundlagen. Mit den eingesetzten Mitteln wurden in Summe Maßnahmen gesetzt, die den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen würdigen Lebensabend garantieren, der Jugend neue Zukunftschancen eröffnen und den Frauen Mittel zur Erreichung der Gleichbehandlung in die Hand gegeben. Ein wesentlicher

Anspruch sozialdemokratischer Politik ist es, positive Rahmenbedingungen für privates Engagement zu schaffen. Villach kann mit Stolz darauf verweisen, daß vielfältigste Privatinitiativen und Vereine unersetzbare Arbeit in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Kultur und Sport leisten. Mit einer ausgewogenen Subventionspolitik, einer hohen Kooperationsbereitschaft und Serviceleistungen der Stadtverwaltung wurde hiefür ein produktives Klima geschaffen und gleichzeitig den vielen hunderten ehrenamtlich wirkenden Funktionären der Vereine Dank abgestattet. Symbol aber der fortschrittlichen städtischen Wirtschaftspolitik sind wohl die von der Finanzreferentin vorgelegten zukunftsweisenden Wirtschaftsförderungsrichtlinien. Villach erhielt damit als erste Kärntner Stadt und noch vor dem Land Kärnten eine EG-konforme Wirtschaftsförderung. Erste Erfolge konnten durch Ansiedelung von Betrieben zukunftsorientierter Branchen erreicht werden. Andere Firmen bauten ihr Engagement in Villach aus. Das generelle positive Villacher Wirtschaftsklima trug dazu ebenfalls bei. Dazu kommen noch Investitionen von mehreren hundert Millionen Schilling durch andere öffentliche Bauträger. Letztere bedeuten nicht nur Aufträge und Arbeit für die heimische Wirtschaft und die Arbeitnehmer, sondern bringen konkrete Infrastrukturverbesserungen, wie beispielsweise beim Umbau des Hauptbahnhofes, die Fußgänger Verbindung zwischen dem Bahnhof-Vorplatz und dem Stadtteil Lind. Weitere Förderungsmaßnahmen, wie die Portalförderungsaktion, die gleichzeitig auch Ausdruck eines produktiven Zusammenwirkens der Villacher Kaufmannschaft "VIP" und der Stadt bedeutet, einerseits und eine erhöhte Nahversorgerförderung andererseits sind nicht nur wichtige wirtschaftliche Impulsgeber, sondern erhöhen die Lebensqualität dieser Stadt bedeutend. Große Anerkennung findet in einer Studie des ÖIR (Österreichisches Institut für Raumplanung) die vorausschauende Bevorratung von Flächen zu Industrieansiedelungszwecken. Mit

rund 73 Hektar ist der diesbezüglich zu erwartende Flächenbedarf in Villach bis zum Jahr 2001 gedeckt. Für eine gute Politik in einem anderen wichtigen Bereich erhielt Villach drei Auszeichnungen. Der Verkehrsclub Österreichs zeichnete Villach als fußgängerfreundlichste Gemeinde aus. Im gleichen Jahr wurde Villach als fahrradfreundlichste Gemeinde auserkoren. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit stellt fest, daß Villach die Stadt mit der niedrigsten Unfallrate ist. Dies alles ist als eindrucksvolle Bestätigung für den konsequent verfolgten Weg der Verkehrsberuhigung, 30-km/h-Zonen, und der vorbildlichen Parkraumbewirtschaftung zu werten. Ein rasch wachsendes Fahrradwegenetz wertet das Fahrrad zu einem echten Verkehrsmittel und damit zu einer Alternative zum Auto auf. Die Sozialdemokraten räumen der menschengerechten Stadt klare Priorität vor der autogerechten Stadt ein. Bei künftigen Verkehrsmaßnahmen ist sowohl der Planungsreferent als auch der Umweltreferent aufgefordert, für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für verkehrsberuhigende Maßnahmen zu sorgen. Einem Überrollen der Villacher Bevölkerung durch verkehrspolitische Diktate wird sich die sozialdemokratische Fraktion entgegenstellen.

Einen hohen Stellenwert nimmt traditionellerweise die Sozialpolitik ein. Mit der Eröffnung des Sozialzentrums in St. Martin bekam das Villacher Sozialgeschehen eine neue Dimension. Gemeinsam mit dem Wohnbau schrieb sich das Sozialwesen bei den Investitionen mit einem Anteil von 27 % nieder. Ein anderes Kenndatum: 12.500 Menschen nehmen jährlich die Beratungs-, Betreuungs- und Sozialdienste dieser Stadt in Anspruch. In der Jahresrechnung 1992 wurde eine Wohnbauoffensive eingeleitet, die gemeinsam mit dem Land und den Wohnbaugenossenschaften bis 1996 den Villachern 900 neue Wohnungen beschern wird. Der nunmehr scheidende Wohnungsreferent erarbeitete sozi-

alorientierte Wohnungsvergaberichtlinien und legte so den Grundstein für die künftig transparente und objektive Wohnungsvergabe. Dafür sei ihm an dieser Stelle noch einmal gedankt. Mit gutem Grund investiert die Stadt in die eigene Zukunft, nämlich in ihre Jugend. 56,8 % der Investitionen waren dem Schulbau gewidmet. Dazu kommen noch die Ausgaben für die Sportstätten, Stadion Lind, Mehrzweckhalle und die Stadthalle. Diese Einrichtungen sind der Jugend dieser Stadt gewidmet. Flankierend dazu sorgt die Jugendreferentin der Stadt mit den erfolgreich abgehaltenen Jugendplattformen für den notwendigen Dialog. Ein qualitativ höchstwertiges Kulturprogramm hat Villach als Zentrum kultureller Begegnung und als begehrter Ort für künstlerische Produktionen und Präsentationen weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht. Während das politische Blickfeld der Villacher FPÖ-Fraktion etwa die Größe des Kaiser-Josef-Platzes hat, haben vor allem die Sozialdemokraten durch das Überwinden gedanklicher Stadtmauern dieser Stadt jenes Profil gegeben, das sie brauchen wird, um im Konzert der Städte erfolgreich bestehen zu können. Villach ist zum Treffpunkt interessanter Zeitgenossen geworden. Auszeichnungen der Stadt, wie etwa der Paracelsusring, werden von ausgewählten großen Persönlichkeiten unserer Zeit gerne angenommen. Der slowenische Sportminister, der anlässlich des Leichtathletik-Europa-Cups in Villach weilte, nannte Villach als glänzendes Beispiel für eine allfällige künftige Entwicklung seines Landes. Aufgabe dieser Stadt ist es auch, und das ist ernst gemeint, das reiche kulturelle Erbe zu hüten. Eine Eigenart der Villacher Kommunalpolitik ist es, daß griffige Umweltpolitik nahezu in allen Ressorts stattfindet, nur nicht in dem dafür zuständigen Umweltschutzreferat. Während Vizebürgermeister Binter österreichweit Spitzenergebnisse bei der Müllverringerung und Wertstofftrennung vorweisen kann, die Finanzreferentin durch gezielte Förderungsmaßnahmen

deutliche Umweltsignale setzt, während selbst Stadtrat Ing. Truppe als Planungsreferent versucht, dem Umweltgedanken planerisch gerecht zu werden, ist der für den Umweltschutz zuständige FPÖ-Stadtrat Ing. Klamt noch immer damit beschäftigt, ratlos in seinen S 500.000,-- teuren Konzepten zu blättern und sein ganzes müdes Engagement in stereotype Wahlkampfreden zu legen.

Er möchte zum Schluß kommend als neuer Obmann des SPÖ-Gemeinderatsclubs die Position seines Clubs und seine eigene noch einmal deutlich klarlegen. Er möchte das Angebot an die konstruktiven Kräfte erneuern, ihnen die Hand zu reichen. Die Sozialdemokraten sind gewillt, eine Koalition der Vernunft, wie betont, mit allen dialog- und konsensbereiten Kräften in diesem Gemeindepapament einzugehen. Daß die SPÖ-Fraktion es ernst meint, hat sie oft genug bewiesen. Wenn der SPÖ-Fraktion beispielsweise konstruktive Vorschläge unter anderem der VIG-Fraktion zugegangen sind, so ist man sehr oft zu einem Konsens und zu einem Weiterkommen gekommen. Mit geschlossener und entschiedener Ablehnung jedoch durch seine Fraktion und durch ihn haben alle jene zu rechnen, die glauben, Diffamierung, Skandalisierung, Kriminalisierung und Infragestellung des Rechtsstaates als politische Werkzeuge zu verwenden. Er möchte diese Gelegenheit auch benützen um klarzustellen, daß die SPÖ-Fraktion es nicht zulassen wird, daß in St. Magdalen Müll verbrennt wird. Hier gibt es eine klare Stellungnahme des Bürgermeisters, die schon sehr alt ist. Mit Verwunderung nimmt er jedoch den Zick-Zack-Kurs der FPÖ-Fraktion zur Kenntnis. Ihm gelang ein Protokoll einer Aufsichtsratssitzung der Kelag in den Besitz, in dem die von den Freiheitlichen in die Kelag entsandten Aufsichtsräte eindeutig verlangen, der Wirbelschichtofen in St. Magdalen sollte reaktiviert und zur Müllverbrennung und Restmüllentsorgung verwendet werden. Das ist der

berühmte Zick-Zack-Kurs, die Strategie, die Vertuschung und die Vernebelungsstrategie der FPÖ-Fraktion, die einerseits hier versucht, irgendjemandem die schlechte Absicht, Müllverbrennung zu wollen, in die Schuhe zu schieben, und auf der anderen Seite in Klagenfurt dieses Haus wieder anzündet. Aufsichtsrat Pöschl hat dezidiert im Kelag-Aufsichtsrat gesagt: "So kann dieser Kessel für Bio-Masse und die thermische Restmüllverwendung verwendet werden." Auch hier wird die SPÖ-Fraktion nicht anstehen, der Bevölkerung von Villach reinen Wein einzuschenken und zu erklären, wer hier die Interessen der Villacher Bevölkerung verrät. Er möchte zum Schluß kommend allen jenen, die zum Zustandekommen dieses guten, positiven und sensationellen Rechnungswerkes beigetragen haben, recht herzlich danken. An der Spitze steht der Besteller und Steuerzahler, der Villacher Bürger, dahinter die positive Arbeit der Kommune, die äußerst erfolgreiche wirtschaftliche Arbeit der Finanzreferentin und des Finanzreferates. Es bleibt ihm nur noch eines zu sagen. Ein neuer Slogan wird Villach in Zukunft begleiten, der da lautet "Zum Glück gibt es Villach". Das sollte eigentlich uns Villacher doch mit Stolz erfüllen. Er möchte diesen Slogan für heute erweitern: Zum Glück gibt es in Villach eine tatkräftige, verantwortungsbewußte und starke sozialdemokratische Fraktion.

Gemeinderat Mag. Dr. Koschitz nimmt ab 18.45 Uhr an der Sitzung teil. Gemeinderat Treiber verläßt die Sitzung.

Gemeinderat Ing. Andronik meldet sich zur Geschäftsordnung und fragt, ob man nicht den Tagesordnungspunkt 5.) in die Debatte mit einbauen könnte.

fortsetzen. Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß man nicht mitten in der Debatte einen eigenen Tagesordnungspunkt vortragen kann. Man hätte diese Entscheidung am Beginn treffen müssen.

Gemeinderat Dr. Assmann ist der Meinung, daß man bei den Ausführungen vom neu gebackenen Stadtrat Pfeiler zwei Punkte herausheben muß. Es wäre ganz gut, wenn Stadtrat Pfeiler zuhören würde, wenn Stadtrat Ing. Klamt sagt, daß es bedenklich ist, wenn Steuergelder von einer öffentlichen Institution und gleichzeitig Stadtratsgelder zusammenfließen. Hingegen nicht bedenklich ist es, wenn es ein Freiberufler oder ein Gewerbetreibender gleichzeitig einen Stadtratsbezug bezieht. Das wäre zum Hören. Zweitens zum Lesen. Stadtrat Pfeiler hat offensichtlich den Bericht des Kontrollamtes nicht gelesen, wenn er gemeint hat, daß er nirgendwo gelesen hat, daß ein außerordentliches Budget überzogen ist. Das ist auf Seite 13 nachzulesen. Das Kontrollamt berichtet hier, daß in erster Linie ein überzogenes Budget des außerordentlichen Haushaltes verantwortlich ist, welches die finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt nicht im erforderlichen Ausmaß berücksichtigt.

Stadtrat Ladstätter ist der Meinung, daß es schon etwas bedenklich stimmt, wenn man aus dem Mund des Clubobmannes der SPÖ-Fraktion hört, daß er aus einer Aufsichtsratssitzung der Kelag ein Protokoll hat, aus dem er ersieht, daß ein Aufsichtsrat der freiheitlichen Partei das Thema Müllverbrennung in Magdalen anspricht. Er fragt sich, welche unheimlichen Kanäle dieser Clubobmann hat, um zu solchen Aufsichtsratsentscheidungen zu kommen. Diese Sache ist aus seiner Sicht äußerst bedenklich. Dieses Spiel der sozialistischen Partei mit dem Megaskandal Magdalen wird sich wahrscheinlich noch Jahre hindurch

fortsetzen, wenn gerade die sozialistische Partei es immer wieder ist, die dieses Magdalen selbst ins Gespräch bringt. Heute ist in der Kärntner Tageszeitung zu lesen: in St. Magdalen Müllverbrennungsanlage für Kärnten. Es haben ihn heute unzählige Telefonate aus Magdalen erreicht. Es ist so, daß die Bevölkerung in Magdalen zutiefst verunsichert ist. Scheinbar hat sie in die Vertreter der SPÖ-Fraktion in diesem Stadtteil sehr wenig Vertrauen. So wird eben die FPÖ-Fraktion angerufen, denn diese ist der Garant dafür, daß es in Magdalen keine Müllverbrennungsanlage geben wird. Er erinnert nur zurück. Bei dem Bezirksparteitag der FPÖ-Fraktion am 11.7.1991, auf dem Stadtparteiobmann Gernot Rumpold - er muß den Namen wieder einmal nennen, da ihn alle so gern hören - mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde, hat die FPÖ-Fraktion die Resolution beschlossen, daß es in Magdalen keine Müllverbrennungsanlage geben wird. Die SPÖ-Fraktion hat diesen Zeitpunkt auch wieder einmal verschlafen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Denn eineinhalb Monate später hat dann auch Bürgermeister Manzenreiter mit dieser Inserateschaltung verkündet, daß es in Magdalen keine Müllverbrennung geben wird. Deshalb ist es aus seiner Sicht unverantwortlich, wenn hier mit Geheimpapieren aus dem Kelag-Aufsichtsrat Kommunalpolitik gemacht wird.

Gemeinderat Dr. Ertl hat sich auf die heutige Jahresrechnung schon sehr gefreut, denn es wurde das bestätigt, was er am 14.2.1992 bereits gesagt hat, und zwar in etwa inhaltsmäßig, daß die Erhöhung der Grundsteuer von 420 auf 500 % für die Gemeinde Villach ein großes Plus an Einnahmen bringen wird, und daß die Getränkesteuerreform für Villach ebenfalls ein Plus bringen wird. Es wurde ihm damals, er zitiert wörtlich aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14.2.1992, unter Tagesordnungspunkt 5.) gesagt: Diese Getränkesteuerreform

wird mehr Einnahmen für die Gastronomie bringen und Mindereinnahmen für die Stadt ergeben. Es freut ihn, daß er Recht gehabt hat. Es wird übersehen, daß eigentlich die Wirtschaft, und gerade die Gastronomie, es notwendig hat, nicht zu hoch besteuert zu werden in dem Sinn, daß das Eigenkapital verloren geht, sondern daß man gesunde Betriebe haben will. Wenn er sich an einen Artikel zurück-erinnert, der gestern in der Zeitung gestanden ist, daß es ein Gastronomiesterben geben wird, ist er glücklich und stolz darauf, daß es der ÖVP auf Bundesebene gelungen ist, das Getränkesteuergesetz zu ändern und daß es Betriebe gibt, die weniger Steuern bzw. eine Entlastung erzielt haben und andererseits aber auch die öffentliche Hand, die Stadt Villach, nichts verloren hat. Wenn er diesen Gedanken weiterdenkt, ist er der Meinung, daß es auch nicht dazu kommen wird, daß das Auflassen der Gewerbesteuer für die öffentliche Hand ein Minus bringen wird. Es werden entsprechend andere Einnahmen erschlossen werden, sodaß im Saldo die öffentliche Hand weiterhin die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, finanzieren wird können. Andererseits werden in den Betrieben, in denen Gewinne erzielt werden und die von der Gewerbesteuer entlastet werden, Gelder in die Wirtschaft zum Aufbau, zur Überwindung der Konjunkturschwäche verwendet werden können. Konkret zu den Zahlen. Die Lohnsummensteuer bringt ein Ergebnis von rund S 83,5 Mio.. Es wird die Lohnsummensteuer nicht um einen Prozentpunkt, sondern um 50 % erhöht, von 2 % auf 3 % vom Hebesatz. Das sind 50 %. Das heißt, wenn man von den rund S 84 Mio. 50 % nimmt, sind das S 42 Mio. Die Gewerbesteuer laut Jahresrechnung 1992 bringt ein Ergebnis von S 52 Mio. Es ist jetzt scheinbar eine Unterdeckung von S 10 Mio. gegeben. Aber was passiert denn in den Betrieben, die von der Gewerbesteuer entlastet werden? Das Geld versickert oder verschwindet nicht, sondern das Geld wird im Rahmen der Steuerveranlagung der Einkommenssteuer,

der Körperschaftssteuer unterzogen. An diesen Steuern ist die Stadt genauso beteiligt, und daher wird durch höhere Gewinne in der Wirtschaft auch der Anteil der Ertragsanteile der Stadt steigen. Das bedeutet, daß die Abschaffung der Gewerbesteuer für die Stadt Villach, das wagt er zu behaupten, keinen wesentlichen Minderertrag bedeuten wird. Er würde sogar sagen, es geht sich pari-pari aus. Es fällt ihm leicht, Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher zur Jahresrechnung 1992 zu gratulieren. Es ist erfreulich, daß, gepaart mit dem Fleiß der Villacher Wirtschaft und einer verantwortlichen Finanzreferentin, heute so ein Jahresabschluß 1992 beschlossen werden kann. Der kleine Wermutstropfen. Wenn das Kontrollamt oder die Rechnungs-direktion kritisiert, daß die Budgetierung für das Jahr 1992 im Zusammenhang mit der Lohnsummensteuer und mit den Ertragsanteilen zu vorsichtig gewesen ist, so ist er der Meinung, daß man immer Kritik anbringen kann. In Summe ist jedoch zu sagen, daß man stolz darauf sein kann, Villacher zu sein, in Villach arbeiten zu können und mit Freude die Steuern für die Stadtgemeinde abzuliefern.

Frau Gemeinderätin Rettl möchte nur einen Punkt aus dem Budget herausgreifen, und zwar die Subventionen. Sie hat sich das aus dem Bericht der Stadt Villach vom Jahr 1991 herausgeschrieben. Es gab im Jahr 1991 in Villach 505 Vereine. Es gibt nun etwa 550 und wenn man die Sparvereine, religiöse Gruppen, politische und Elternvereine abzieht, sind es noch immer etwa 350 Vereine. Die Gesamtsubventionen im Jahr 1992 belaufen sich auf über S 30 Mio. Sie möchte ein paar Dinge zu bedenken geben. Es wird im Gießkannensystem gefördert. Jeder Verein, der ansucht, bekommt irgendetwas, ob er etwas leistet oder nicht. Sie hat diesbezüglich folgenden Gedankengang: Wenn sie Tennis spielen will, muß sie ihren Mitgliedsbeitrag zahlen, muß sie sich ihren Schläger selber kaufen und

ihre Bälle auch - sie spielt allerdings nicht mehr. Sie hat ein paar Fragen zu diesem Thema, die jedoch nicht als Kritik aufgefaßt werden sollten, sonst ist in der Zeitung vielleicht zu lesen, daß sie sportfeindlich ist. Das stimmt keinesfalls. Zu der Meisterschaftsfeier des VSV steht am 21. März 1993 in der Kleinen Zeitung: "Die Stadt hatte bekanntlich schon am Vortag mit der Übernahme der Eisstunden (S 2,3 Mio.) für die letzten drei Jahre ihr Füllhorn ausgeschüttet. Bürgermeister Manzenreiter legte nach der Ehrenmedaillenverleihung nochmals S 50.000,-- in die Spielerkasse." Für den Urlaub in Florida. Sie hat sich die Förderung des EC VSV und des Vereines der Villacher Stadthalle angesehen. Es geht daraus nicht hervor, wieviel der VSV und wieviel die Stadthalle an Jahressubvention bekommt. Da heißt es im Jahre 1991, also Saison 1991/92, in der Subventionsliste 1991: S 969.500,--, 65%iger Abgang der Stadthalle. Und im Subventionsbericht 1992 steht wieder: 65%iger Abgang der Stadthalle plus Jahressubvention. Es ist eindeutig 65%iger Abgang und nicht "des Abganges" zu lesen. Das hat sie erschreckt. 35 % werden selbst - oder vom Land - bezahlt und 65 % zahlt die Stadt. Was von diesen Beträgen ist nun Jahresförderung für den EC VSV?

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß gar nichts davon Jahresförderung für den EC VSV ist.

Frau Gemeinderätin Rettl erklärt, daß bei der Rechnung 1991 unter diesem Titel zu lesen ist: Betriebsabgang für EC VSV plus Jahressubvention. Es wird immer alles, Verein Villacher Stadthalle und VSV, in einer Summe angeführt. Im Voranschlag 1993 sind unter der gleichen Voranschlagsstelle S 1.150.000,-- unter dem Titel Betriebsabgang Jahressubvention EC VSV enthalten. Sie bittet um eine Erklärung. Warum hat man, wenn S 2,3 Mio. für die letzten drei Jahre nicht bezahlt wurden, nicht vor drei

Jahren schon so eine Regelung getroffen? Der VSV leistet großartiges. Wann wird das in das Budget aufgenommen? Im jetzigen Budget sind anscheinend auch Abgänge enthalten, die bereits gedeckt werden, die S 2,3 Mio. wurden jedoch vom EC VSV nie bezahlt. Warum bemerkt man das erst jetzt, wenn der EC VSV wieder Meister geworden ist, und warum verspricht man ihnen das jetzt? Warum nimmt man das nicht vorher ins Budget auf? Das ist wieder eine komplette Verfälschung der Subventionen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte ganz kurz auf die einzelnen Redner und Rednerinnen in Einzelfragen eingehen. Es würde sehr lange dauern, auf die einzelnen Fragen, die teilweise wahrscheinlich auch nicht wirklich Fragen waren, sondern einfach hier gesagt werden mußten, einzugehen. Im Anschluß möchte sie aus ihrer Sicht ein paar, fünf sind es genau, Prinzipien, die hier offensichtlich bei Budgets und Jahresrechnungen gelten, da sie immer wiederkehren, festhalten. Gemeinderat Spitzer hat sich darüber gewundert, daß der Rechnungsabschluß schon vor längerer Zeit der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, noch bevor er in den zuständigen Gremien beraten bzw. behandelt wurde. Es ist einfach so, daß der Rechnungsabschluß ein Rechenwerk ist, das weder der Gemeinderat noch ein anderes Gremium dieser Stadt vorzubereiten oder darüber zu befinden hat. Es wird darüber auch nicht abestimmt. Es war eigentlich nicht notwendig, ein Abstimmungsverhalten in irgendeiner Form kundzutun. Der Rechnungsabschluß ist so, wie er ausgefallen ist, zur Kenntnis zu nehmen. Daher ist sie der Meinung, daß die Villacher Bürger, die am Zustandekommen einer solchen Bilanz der Stadt Villach mitbeteiligt sind, auch das Recht haben, diese Bilanz zur Kenntnis zu bekommen.

hat. betreffen Zu Gemeinderat Mag. Burian. Ein Punkt hat sie sehr verwundert, nämlich der, daß der Erfolg dieser Jahresrechnung in erster Linie auf den Zuwachs der Jahresrechnung von 1991 auf 1992 bezogen war. Es waren nämlich nicht S 110 Mio., sondern S 56 Mio. Zuwachs von Jahresrechnung zu Jahresrechnung. Sie ist die letzte, die, auch in Zukunft, die Steigerung von Budget zu Budget und die Steigerung von Jahresrechnung zu Jahresrechnung als das erste Erfolgskriterium hinstellen würde. Die Zeiten des Wachstumsphanatismus sind eindeutig vorbei. Es hat sie gewundert, daß ausgerechnet ein grüner Mandatar an die erste Stelle des Erfolgs den Riesenzuwachs von Rechnung zu Rechnung stellt. Die S 105 Mio. Erwirtschaftung beziehen sich auf das Verhältnis Budget zu Jahresrechnung. Auch das wurde heute schon mehrmals verwechselt. Das hat überhaupt nichts mit dem außerordentlichen Haushalt und mit nicht durchgeführten Maßnahmen im außerordentlichen Haushalt zu tun, sondern es ist ausschließlich ein Betrag, der aus dem laufenden Budget, dem ordentlichen Budget, erwirtschaftet wurde und dem außerordentlichen Haushalt als Bedeckung dienen kann. Sie stimmt aber mit Gemeinderat Mag. Burian insofern überein, als die neue Steuerreform auch aus ihrer Sicht als Sozialdemokratin einen Haken hat, da man nämlich in Zeiten, in denen man alles tun muß, um die Beschäftigung in dieser Stadt und auch bundesweit zu stimulieren, Investitionen tätigen muß, die ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvoll sein müssen. Besonders in diesen Zeiten, in denen es um Beschäftigung geht, findet sie es einen Kompromiß an die ÖVP, offensichtlich einen notwendigen Kompromiß, aber doch schade, daß ausgerechnet die Beschäftigung in Form der Lohnsummensteuer in Zukunft stärker besteuert werden soll. Sie findet das bedenklich, was die Beschäftigungswirkung betrifft. Es ist jedoch abzuwarten, ob es auch negative Folgen hat. Sie hofft es nicht. Die Arbeitslosenzahlen, die Gemeinderat Mag. Burian genannt

hat, betreffen den Bezirk Villach, nicht die Stadt. Es gibt immer noch das Problem, daß es keine detaillierten Aufschlüsselungen bezüglich Stadt und Landgemeinden gibt. Das bedeutet, daß in der Stadt Villach diese Zahlen nicht hundertprozentig richtig sind.

Zu Stadtrat Ing. Truppe und Gemeinderat Dr. Ertl gemeinsam folgendes zur Grundsteuer. Es ist richtig, das ist von ihr gesagt worden und es war damals auch für alle Gemeinden verbindlich so vorgesehen, daß die Stadt Villach den Hebesatz der Grundsteuer aus mehreren Gründen anheben muß. Es wurde heute in der Diskussion vergessen, wahrscheinlich mit gutem Grund vergessen, daß damals ein Schreiben des Landes Kärnten vorgelegen ist, wonach jene Gemeinden, die auf ihre Möglichkeiten im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen freiwillig verzichten, dadurch freiwillig Mindereinnahmen auf sich nehmen und daß diese Gemeinden auch auf Finanzzuweisungen verzichten werden müssen. Das war damals ein wesentliches Argument für die Stadt Villach, den Hebesatz ebenfalls anzuheben. Im übrigen wurde dies durch alle anderen Gemeinden auch getan. Der Vergleich der Getränkesteuer und der Grundsteuer von 1991 auf 1992 stimmt aus dem einfachen Grund nicht, daß im Jahr 1991 durch die Außerortsverkäufe und die Verpackungen wesentliche Mindereinnahmen bei der Getränkesteuer gegeben waren. Das bedeutet, daß die Steigerung auf das Jahr 1992 keine wirkliche war in dem Maß, wie sie in Zukunft sein wird. Ohne diese einmaligen Mindereinnahmen gab es auch schon in diesem Jahr keine Steigerung bei der Getränkesteuer. Einen Punkt, den Stadtrat Ing. Truppe angesprochen hat, hat sie mit großem Vergnügen zur Kenntnis genommen, und zwar die Pensionsregelungen bei den Unternehmungen. Er hat Stadtrat Pacher dazu gratuliert, daß ihm diese Regelung gelungen ist. Sie möchte die Gratulation noch einmal erneuern. Sie möchte Stadtrat Pacher deshalb

gratulieren, da es ihm offensichtlich gelungen ist, die Lorbeeren für etwas einzufahren, wovon er erst erfahren haben kann, als es schon völlig fertig am Tisch und schon besprochen und vereinbart war. Diese neue Regelung geschah auf Grund gesetzlicher Neuerungen. Es war jedoch ebenso die Bereitschaft von ihr als Finanzreferentin vorhanden, auf diese Neuregelungen einzugehen, die den Unternehmungen wirklich eine bessere Situation ermöglichen.

Stadtrat Ladstätter hat in seinen Ausführungen bezweifelt, daß diese S 105 Mio. erwirtschaftet wurden und hat behauptet, daß sie sich diese Erwirtschaftung auf die Fahnen hefte. Es gibt offensichtlich immer noch die Verwechslung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt, obwohl man meinen könnte, daß sich die Mandatäre auf einen allgemeinen Redebeitrag gut vorbereiten. Die Erwirtschaftung der S 105 Mio. im ordentlichen Haushalt hat überhaupt nichts damit zu tun, wie stark der außerordentliche Haushalt des betreffenden Budgetjahres umgesetzt wurde oder nicht. Die Budgetierung an die Realität heranzuführen war eine Forderung des Stadtrat Ladstätter, die sie jetzt gerne und wirklich deutlich aufgreifen möchte in Richtung aller Stadtsenatskollegen. Sie bittet alle, sich an der eigenen Nase zu nehmen. Nicht sie als Finanzreferentin beantragt die einzelnen Budgetposten, sondern diese Anträge kommen von den einzelnen Referaten. Sie freut sich schon auf die kommenden Budgetverhandlungen, wenn offensichtlich heute die Bereitschaft so groß, keine überhöhten Forderungen zu stellen, und sie hofft, daß man dazu bereit sein wird, sich da und dort auf das realisierbare herunterkürzen zu lassen. Es dürfte zu sehr angenehmen Budgetverhandlungen kommen und sie wird alle beteiligten Kollegen im Herbst an die heutige Diskussion gerne erinnern. Was den Vorschlag betrifft, zur Kennziffer Vermögen zu Schulden auch die Haftungen dazuzunehmen, kann

sie nur ganz klar eines sagen: Ihr Ziel als Finanzreferentin muß es sein und wird es sein, daß eine Haftung nie zu einer Schuld wird. Eine Haftung wird nicht beschlossen und angenommen mit dem Ziel, sie einer Schuld gleichzustellen, sondern man hat alles finanzpolitisch mögliche und alles notwendige zu tun, damit eine Haftung nicht in Form einer Schuld ausartet. Deshalb würde sie eine Vorwegnahme, indem man Haftungen gleich Schulden setzt, deutlich und strikt ablehnen.

Stadtrat Pfeiler hat vieles an positiven Maßnahmen aufgezeigt, die sie nicht auflisten wollte. Es war jedoch sicherlich gut, noch einmal dem Gemeinderat in Erinnerung zu rufen, was in diesem Jahr 1992 nicht nur umgesetzt wurde, sondern auch, was an Auszeichnungen und Würdigungen von auswärts verliehen wurde.

Nun noch kurz zu den fünf Prinzipien, die sich offensichtlich bei jeder Budget- und auch Jahresrechnungsdiskussion durchziehen. Erstens: Für viele hier im Gemeinderat kann nicht sein, was nicht sein darf. Das bedeutet, ein positives Ergebnis, das in dem Fall S 105 Mio. betragen hat, kann nicht sein und muß deshalb mit allen möglichen Versuchen verschleiert werden. Es wird versucht, dieses Ergebnis anhand von unsachlichen Korrekturen in Frage zu stellen, da es nicht sein darf. Zweitens: Durch Wiederholung, indem man glaubt, bei jeder Sitzung wieder dieselben Themen zur Sprache zu bringen, könnte vielleicht doch etwas Wirklichkeit werden. Sie möchte nicht über Kleinigkeiten reden, aber eine Zweckbindung der Hundesteuer wird es, wenn es nach ihr geht, wahrscheinlich auch in fünf Jahren nicht geben, obwohl Gemeinderat Spitzer wacker dafür kämpft und es ihm natürlich zusteht, auch weiterhin dafür zu kämpfen. Zweckbindung von Steuern und Steuereinnahmen ist nämlich etwas sehr gefährliches und umgekehrt

etwas, das den Gemeinderat in der politischen Willensbildung und in den Ausgaben, die er politisch zu stellen hat, sehr einengen kann. Drittens: Wenn etwas Neues eingeführt wird, vor allem von der SPÖ-Fraktion, dann ist die erste Aussage nicht: "Gut, daß es etwas Neues gibt" oder "Gut, daß es jetzt gemacht wird", sondern es heißt dann sehr oft: "Warum gibt es das nicht immer schon?" oder "Warum gibt es nicht viel mehr?" So geschehen auch am Beispiel der Bibliotheken. Es wurde erstmals in der Stadt Villach für Schulbibliotheken einiges getan. Es wurden im Literaturbereich kulturell viele Dinge neu eingeführt und nun kommt man auf die Idee, warum es das nicht immer schon gegeben hat oder warum man nicht zehnmal soviel tun könnte. Dasselbe gilt für den Versuch, der seit zwei Jahren unternommen wird, die Jahresrechnung und die Budgets graphisch darzustellen. Es war als Erleichterung für die einzelnen Mandatare gedacht, um sich einen Überblick zu verschaffen. Es ist heute mehrfach der Vorwurf oder die Kritik gekommen, warum das nicht anders dargestellt ist, warum die Aussage zwischen dieser Grafik und der anderen nicht anders getätigt wird. Es ist dies ein Service, das sie auch beibehalten wird. Sie möchte darauf hinweisen, daß es manchmal vielleicht leichter und sinnvoller wäre, wenn sich der einzelne die Daten selbst herausuchen müßte. Dann würden solche Vorwürfe nicht so schnell kommen, da es mehr Arbeit bedeuten würde. Viertens: Dort, wo das Finanzreferat Beiträge anderer Körperschaften erreichen konnte, wird dies kritisiert, indem man sagt: Nur Radwege werden gebaut, wenn das Land und der Bund sich beteiligen. Aus ihrer Sicht ist es sehr positiv, wenn es gelingt, besonders für Radwegprojekte, die überregionale Bedeutung haben, Beiträge zu erlangen. Diesen Weg sollte man auch weitergehen. Man wird viele Dinge in Zukunft nur umsetzen können, wenn man die Beteiligung von Land und Bund erlangt. Umgekehrt - wenn die Stadt Villach keine Beiträge

für eine Maßnahme in Villach bekommt, dann ist es wahrscheinlich die Schuld der Finanzreferentin, da sie nicht früh genug und geschickt genug verhandelt hat. Fünftes und letztes Prinzip: Wenn etwas seitens der Stadt zusätzlich zu den gesetzlichen Verpflichtungen als Gemeinde getan wird, dann wird gefragt: "Warum muß das sein?" oder es werden Alternativvorschläge zu dem einmaligen Ankauf eines Kunstwerkes gebracht, die inzwischen wahrscheinlich schon an zwei Händen aufzuzählen sind. Wenn etwas nicht getan wird, das auch nicht der Verpflichtung der Stadt Villach entspricht, dann werden Vorschläge gebracht, wonach die Stadt alle Kräfte beispielsweise in den sozialen Wohnbau stecken soll, der eindeutig immer schon Aufgabe des Bundes und jetzt auch der Länder ist. Man sollte den Weg weitergehen, primär allen Verpflichtungen hundertprozentig nachzukommen und dort, wo es sozialpolitisch, vor allem jedoch wirtschaftspolitisch oder kulturell darüberhinaus für notwendig gehalten wird, sollten Akzente gesetzt werden, man darf sich jedoch nicht treiben lassen. Abschließend freut sie sich auf die Budgeterstellung 1994, denn es war heute in allen Redebeiträgen die Einsicht gegeben, daß die Einnahmen im kommenden Jahr ganz sicher nicht mehr in der Raschheit steigen werden, sondern daß sie eher sinken werden. Sie setzt dieses Verständnis aller Referenten heute schon voraus und daß keiner der Referenten mit überhöhten Budgetansätzen und großen Erwartungen kommen wird, damit alle gemeinsam auch im nächsten Jahr dann ein Rechnungswerk vorlegen können, das realisierbar war und bei dem man vielleicht nicht mehr in der Form die Kritik des Kontrollamtes schriftlich haben wird, daß die Budgeterwartungen und die Möglichkeiten der Umsetzung auseinandergeklafft sind. Danke trotzdem an alle, die dem Rechnungswerk auch positiv ihre Anerkennung und Zustimmung ausgedrückt haben.

Bürgermeister Manzenreiter schlägt vor, die Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 4.) und 5.) gemeinsam durchzuführen. Das entspricht auch dem Antrag.

Die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4.) wird nach der Diskussion zu Tagesordnungspunkt 5.) durchgeführt.

Pkt. 5.) Bericht des Kontrollausschusses
zum Rechnungsabschluß der Hoheits-
verwaltung 1992

Blg. 10

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Schreibens des Kontrollausschusses vom 18.6.1993.

Gemeinderat Ing. Andronik möchte aus freiheitlicher Sicht zum Prüfbericht des Kontrollamtes einiges festhalten. Wenn Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher vorhin die S 105 Mio. so hoch gelobt hat, so hält die FPÖ-Fraktion ihre Kritik trotzdem noch aufrecht. Man kann nicht von einer Erwirtschaftung sprechen, denn hier hat man nicht erwirtschaftet, sondern es ist eine Folge der ungenauen Budgetierung. Wenn er nun den Kontrollamtsbericht zum Rechnungsabschluß genauer unter die Lupe nimmt, so gibt es einige Punkte, die das Kontrollamt angezogen hat, und zwar beispielsweise beim Wirtschaftshof/Fuhrpark. Hier schreibt das Kontrollamt, daß Mindereinnahmen von S 5,1 Mio. auf zwei Unterabschnitten, insgesamt S 7,067 Mio., aufgetaucht sind. Dieselbe Begründung wurde bereits in den letzten drei Jahren angegeben: "und sind nach Ansicht des Kontrollamtes auf nachhaltige Mängel bei der Ermittlung der Voranschlagsansätze durch den Wirt-

schaftshof zurückzuführen". Weitere Gründe liegen in einer geringen Anzahl an produktiven Stunden. Dann schreibt das Kontrollamt weiter: "Ohne EDV-Einsatz ist aber eine Erfassung dieser notwendigen Unterlagen nicht im wünschenswerten Ausmaß möglich". Das heißt, man arbeitet dort anscheinend wirklich noch wie anno dazumal. "Neustrukturierungen sind durchzuführen" hat dazu als ersten Schritt eine internationale Betriebsberaterfirma, die mit der Untersuchung der Betriebsorganisation betraut ist, als Stellungnahme abgegeben. Soweit es ihm bekannt ist, hat man hochkarätige Leute aus der Privatwirtschaft im Wirtschaftshof eingesetzt, jedoch ohne Erfolg, wie man jetzt feststellen kann. Man muß feststellen, daß die Personalauswahl falsch war. Diese Personen sind mit Sonderverträgen eingestellt worden. Zum Wirtschaftshof ist weiters folgendes festzustellen: Es gab auch einen Prüfauftrag. Der Prüfbericht des letzten Jahres zeigt eindeutige Behördenmißstände und Unterlassungen durch die Betriebsführung auf. Dafür sind in jedem Fall der Baureferent und der Bürgermeister verantwortlich.

Zum Neubau Feuerwehrezentrum kommt das Kontrollamt zur Ansicht, daß eingespart wurde, und zwar auf Grund des verzögerten Baufortschrittes. Das ist ein Witz. Man spricht von Einsparungen - doch es gibt Kostenüberschreitungen in Millionenhöhe.

Zu der Abwasserbeseitigung muß den Mitgliedern des Gemeinderates folgendes mitgeteilt werden: Die Stadt hat in beiden Verbänden Vertreter sitzen, die die entsprechenden Beschlüsse fassen. So wird der Gemeinderat auch heute wieder für die beiden Verbände in Summe S 2,25 Mio. an überplanmäßigen Ausgaben beschließen. Somit ergibt sich für 1992 gegenüber 1991, wenn man die S 11,9 Mio. hinzurechnet, eine Summe von S 14,2 Mio. zu

S 7,9 Mio. aus 1991, was eine Steigerung von 79,7 % nur bei den Stützungen bedeutet. Der Villacher Bürger der Altgemeinde stützt daher die eingemeindeten Gebiete. Der Bürgermeister und der Baureferent sind aufgefordert, dafür zu sorgen, daß im gesamten Stadtgebiet dieselben Bedingungen herrschen. Weiters teilt er dem Gemeinderat mit, daß alleine aus dem Abwasserverband Faakersee noch Darlehensrückstände von S 22,5 Mio. offen sind. Dieser Betrag hat sich seit 1980 angesammelt. Die Verbände sind pleite und können nur aufrechterhalten werden, indem sie teure Kredite aufnehmen. Der Amtvorgänger von Gemeinderat Treiber, Gemeinderat a.D. Napokoj, hat immer in der Fraktion darauf hingewiesen, daß es in den Verbänden nicht fünf vor zwölf ist, sondern bereits fünf nach zwölf. Das möchte er hier deponieren. Aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Abwasserverbandes Faakersee ist zu entnehmen, daß bei einem Gesamtaufwand von S 18 Mio. der Jahresverlust 1992 einen Betrag von S 5,9 Mio. erreicht hat. Wenn man das Jahr 1991 noch dazunimmt, so sind es S 13 Mio. negativ. Das Kontrollamt führt aus, daß die derzeit geltenden Beschlüsse überdacht werden müssen. In Wirklich ist es, wie gesagt, fünf nach zwölf. Nur die Haftungen für diese beiden Verbände machen S 342 Mio. aus, somit eine Pro-Kopf-Be- lastung für den Villacher Bürger, denn diese S 342 Mio. müssen zurückgezahlt werden, von zusätzlichen S 6.200,--. Aufgefallen ist ihm weiters im Verband, daß die Stadt schon seit 1986 offene Forderungen von S 5,6 Mio. hat. Unterlagen darüber liegen im Verband nicht auf, obwohl die Verbandsobmänner immer der Mehrheitspartei angehört haben. Wann wird Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher diese Angelegenheit bereinigen? Oder glaubt sie, dieses Geld je- mals wieder zurückzubekommen?

~~Wirtschaftlich~~ Zum außerordentlichen Haushalt ist festzustellen, daß bei einem Budget von S 334,9 Mio. noch immer über- und außerplanmäßige Ausgaben von S 135,6 Mio. angefallen sind, was zusammen den Betrag von S 470,6 Mio. ergab. Tatsächlich ausgegeben wurden jedoch nur S 262,1 Mio. und stellt daher das Kontrollamt fest, daß der Ausnützungsgrad nur 56 % beträgt. Das heißt, 44 % konnten nicht entsprechend verwendet werden, da die Budgeterstellung weit an der Wirklichkeit vorbeigeht. Hier zeigt Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher nicht die Kompetenz, mit der man sie dem Villacher Wähler verkauft hat. "Fachleute ins Rathaus" lautete damals die Devise der SPÖ-Fraktion. Die Budgetzahlen sprechen jedoch eine andere Sprache. Als Steuerfrau auf dem Villacher Boot ist sie daher aufgefordert, dem zweiten Offizier, der heute anscheinend krank ist, genau auf die Finger zu sehen. Er ist es, der wohl am meisten beansprucht, seine Backen füllt, jedoch nicht in der Lage ist, das Futter entsprechend umzusetzen. Die FPÖ-Fraktion wird sich die nächste Budgeterstellung daher genau ansehen und ihre Zustimmung von den Hamsterbacken des Baureferenten abhängig machen.

Bürgermeister Manzenreiter möchte zur Frage "erwirtschaftet" etwas bemerken. Die Jahresrechnung, jetzt ganz simpel, hat auf der einen Seite alle Einnahmen und unter dem Strich gibt es eine Summe. Weiters gibt es alle Ausgaben und da gibt es auch unter dem Strich etwas. Die Differenz ist der Überschuß, der erwirtschaftet worden sein muß, denn sonst wäre nichts da. Das ist simpel und einfach die Darstellung. Das, was Gemeinderat Ing. Andronik meint, ist, daß traditionell in Villach, dazu bekennt er sich, auch wenn der Kontrollamtsdirektor das manchmal kritisiert, bei den Einnahmen vorsichtig budgetiert wird. Im vergangenen Jahr ist auch vorsichtig budgetiert worden, es hat auf Grund von Bundessteuern usw. und einer guten

wirtschaftlichen Entwicklung plötzlich bei den Einnahmen viel mehr gegeben. Das Verdienst der Finanzreferentin, obwohl sie damals neu in dem Geschäft war, war, daß sie nicht, obwohl soviel mehr hereingekommen ist, sich leichtfertig populistisch dazu entschlossen hat, mehr Geld hinauszuerwerfen. Das ist der erwirtschaftete Überschuß.

Zu den Kanalgebühren. Besonders das von Gemeinderat Ing. Andronik kritisierte System sichert, daß jeder Villacher bei den Kanalgebühren gleichbehandelt wird - ob er in der Fellach, in Maria Gail, in Villach oder in Landskron wohnt. Die Tatsache, daß die Landskroner aufgeklärt wurden, indem man ihnen mitgeteilt hat, daß sie, wenn sie von Villach weggehen, im Jahr pro Einheit S 3.000,-- mehr an Kanalgebühren zahlen würden, da sie alles selber aufbringen müßten, hat zu einem Stimmungsumschwung in Landskron geführt. Die FPÖ-Fraktion hat bei den Trennungsbestrebungen auch relativ gut mitgemischt. Zu den Verbänden: Es ist das kein spezifisches Villacher Problem und auch kein Problem dieser Verbände, denn es gibt einen zumutbaren Betrag, der der Bevölkerung auferlegt werden kann. Dieser Betrag ist vom Land Kärnten festgesetzt worden. Die SPÖ-Fraktion ist der Meinung, daß die FPÖ-Fraktion wieder einmal will, daß die Stadt Villach einen Schaden erleidet, da in dem Fall das Land Kärnten festgestellt hat, daß dieser zumutbare Betrag nicht überschritten werden kann. Daher wird das Land Kärnten den Unterschiedsbetrag bezahlen müssen. Wenn die FPÖ-Fraktion jedoch will, daß die Stadt Villach das zahlt, dann sollte sie das deutlicher darstellen.

zu Pkt. 4.)

Pkt. 6.1 Tätigkeitsbericht

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Rechnungsabschluß 1992 gemäß § 72 (1) des Villacher Stadtrechtes festzustellen.

Gemeinderat Spitzer schließt die Punkte

- Ausgaben für die Ausschußobmänner mit dem zusätzlichen Aufwand von rund S 1 Mio. im Jahr und
 - Kosten der mobilen Autotelefone für Senatsmitglieder, da die Aufschlüsselung der Folgekosten nicht ersichtlich ist,
- von seiner Zustimmung aus.

zu Pkt. 5.)

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Rechnungsabschluß der Stadt Villach in der vorliegenden Form gemeinsam mit dem Bericht des Kontrollamtes zur Kenntnis zu nehmen.

maßgeschneidert Pkt. 6.) Tätigkeitsbericht der EDV-Anlage erstellt des Kontrollamtes für den nächsten

Blg. 11 Gemeinderat Dr. Löberbauer berichtet im Sinne des Schreibens des Kontrollausschusses vom 18.6.1993.

Er möchte allen Mitarbeitern des Kontrollamtes für ihre geleistete Arbeit im Jahr 1992 recht herzlich danken.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß der Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes sehr umfangreich ist. Ein wesentlicher Bereich war das Gas- und Wasserwerk - Organisation und Personal, dem er im Kontrollausschuß nicht seine Zustimmung gegeben hat, da er nicht den Intentionen entspricht, die man eigentlich vorhatte. Bis heute liegen noch keine Abrechnungen der Quelle Urlaken vor. Das Kontrollamt schreibt, daß es im Lager keine tragfähige Lagerbuchhaltung, keine laufende Rechnungslegung, fehlerhafte Mischpreisberechnungen, keine laufende Inventur, keine Kontinuität, da die Eröffnungszeile fehlt, gibt. Als Resümee wird schließlich festgestellt, daß ID zugesagt hat, um eine Verbesserung des Lagerprogrammes bemüht zu sein. Bei der Verbrauchsabrechnung hat es Mängel gegeben. Ein Mitarbeiter hat eine halbe Million Schilling veruntreut, die wieder zurückgezahlt worden sind. Auch hier muß gesagt werden, daß die Aufsichtspflicht vollkommen versagt hat. Bei der Finanzbuchhaltung ist festzustellen, daß Sachbearbeiter von der Plakatierung zusätzlich eingesetzt werden mußten, da die Finanzbuchhaltung überfordert war. Das Personal wurde nicht effizient eingesetzt. Beim Mahnwesen ist eine EDV-Unterstützung nicht im wünschenswerten Maße gegeben. Bezüglich der Organisation der EDV-Anlage spricht man im seinerzeitigen Rohbericht des Kontrollamtes von einer

maßgeschneiderten Lösung. In Wirklichkeit ist die EDV-Anlage veraltet, was bedeutet, daß innerhalb der nächsten Jahre die Anpassung an die allgemeine Verwaltung durchgeführt werden muß. Von einer maßgeschneiderten Lösung kann daher nicht gesprochen werden. Zu der Sicherheit des EDV-Systems ist festzuhalten, daß für eine Zentraleinheit ein abschließbarer Raum unabdingbar ist. Es sind die Türen offen, sämtliche PCs haben keine Zugangssicherheit gegen Viren. Das wurde vom Kontrollamt festgestellt. Des weiteren kann jeder PC mit den darauf vorhandenen Datenbeständen von jedem benutzt werden. Zugriffseinschränkungen gibt es nicht. Ein Notfallplan bei Ausfällen der EDV-Anlage ist nicht vorhanden. Natürlich hat man auf Grund des Kontrollamtsberichtes jetzt auch Maßnahmen dagegen ergriffen. Zur Quelle Mölttschach stellt das Kontrollamt fest: Das Quellwasser dieser Quelle entspricht derzeit den Bestimmungen der Trinkwassernitratverordnung und der Trinkwasserpestizidverordnung. Eine Entschädigung der Grundeigentümer, ein Bescheid aus dem Jahre 1942, ist bis dato noch nicht erfüllt. Das bedeutet, daß die Bauern dort immer noch Mais anbauen konnten, zusätzlich jedoch auch noch eine Nichtbewirtschaftungsprämie kassiert haben. Das alles wurde erst auf Grund des Antrages der FPÖ-Fraktion vom Kontrollamt festgestellt. Die Sanierung der Gasleitung auf dem Hauptplatz ist komplett fehlgeschlagen. Die Sanierung wird S 2 Mio. kosten, man ist jedoch von Kosten in der Höhe von S 500.000,-- ausgegangen. Man hat hier komplett falsch gehandelt. Dafür übernimmt der ehemalige Wasserwerksreferent die Verantwortung. Bezüglich der Gasnetzsanierung 1991 und 1992 war in der Kleinen Zeitung zu lesen, daß "die SPÖ eine Bombe platzen läßt". In Wirklichkeit war es nicht einmal ein Verdauungsgeräusch von Stadtrat Smoliner, denn die S 15 Mio. werden eingehalten, das ist auch im letzten Unternehmensausschuß dargelegt worden. Man kann daran erkennen, daß in diesem Kontrollamtsbericht bereits einiges

festgestellt wurde. Man kommt jedoch nicht weiter, da Unterlagen immer noch nicht vorhanden sind. Des weiteren hat das Kontrollamt den Verein Volkshäuser durchgecheckt. Ein Statut fehlt bis dato immer noch. Bei den Sportplätzen und der Generalsanierung des Stadions Lind sind eklatante Baumängel festgestellt worden. Verantwortlich ist der Baureferent. Bei der Finanzierung des Bauvorhabens ist die angestrebte Drittelteilung beim Land nicht erreicht worden. In ähnlicher Art und Weise geht es weiter. Die FPÖ-Fraktion wird den Tätigkeitsbericht mit Ausnahme des Punktes 5.), Gaswerk Organisation und Personal, und des Punktes betreffend die Baumaßnahmen beim Stadion Lind zur Kenntnis nehmen.

Stadtrat Ladstätter ist es ein Bedürfnis, sich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden, da er in den letzten eineinhalb Jahren als zuständiger Stadtrat in mehreren Fällen durch das Kontrollamt nicht gut bedient worden ist. Das Kontrollamt der Stadt Villach ist aus seiner Sicht einseitig orientiert, obwohl er sich dazu bekennt, daß Macht Kontrolle braucht. Kontrolle kann jedoch nicht so ausarten, daß man im vorausgaloppierenden Gehorsam dem politischen Referenten alles Mögliche in die Schuhe schiebt, daß sich Beamte des Kontrollamtes mit Bediensteten des Gas- und Wasserwerkes zur Baustelle begeben und in Gesprächen alles versuchen, um den Beamten (es besteht hier ein großer Handlungsbedarf, da auf kaufmännischem und technischem Gebiet Fehler gemacht werden) reinzuwaschen und den politischen Referenten anzupatzen. Das ist konkret in zwei Fällen geschehen. In einem seitenlangen Bericht war zu lesen: Der Referent war informiert. Das hat nicht der Wahrheit entsprochen. Bei der Budgetsitzung im vorigen Jahr wurde von ihm die Aussage getroffen, daß er jetzt auch wisse, warum der damalige SPÖ-Clubobmann mit einem Bediensteten des Kontrollamtes sich durch die heiligen

Hallen spazierend unterhalten hätte. Denn plötzlich gegen Mitternacht wurde behauptet, daß die Sanierung S 20 Mio. verschlungen hätte. Das ist nicht richtig und wurde entkräftet. Aus seiner Sicht betreibt das Kontrollamt der Stadt Villach Sterndeuterei, was von ihm auch bereits bei einer Pressekonferenz am 5. Dezember 1992 festgestellt wurde. Des weiteren fragt er sich, wer das Kontrollamt kontrolliert. Wer gibt diesen Herren die Möglichkeit, uneingeschränkt und unkontrolliert zu wirtschaften? Das Kontrollamt hat beispielsweise festgehalten, daß ein Unterabschnitt 7700 eine im Budget nicht vorgesehene Rücklagenzuführung in der Höhe von S 1.902.000,-- erfüllt. Das Kontrollamt ist der Auffassung, das müßte im Gemeinderat beschlossen werden. Das Kontrollamt vergißt aber dabei, daß bei der Gemeinderatssitzung zum Budget auch die erläuternden Bemerkungen beschlossen werden, und daß diese Angelegenheit sehrwohl in Ordnung ist. Das Kontrollamt der Stadt Villach kann auch als Hellseher bezeichnet werden. Folgendes gibt Grund zur Kritik: Auf Grund einer Stellungnahme von IA/BA vom 15.12.1992 hat die Stadt Villach die Entsorgungskosten für die Beseitigung eines nicht genehmigten Chemielagers in der Höhe von S 222.386,62 angewiesen. Nun wird der Ausdruck der Hellseherei begründet: Wie hätte diese Dienststelle wissen müssen, daß irgendwann einmal ein Chemielager, ein Chemieunfall entsorgt werden muß? Das weiß kein Mensch. Es geht aber noch weiter. Die Herren, die kontrollieren, nehmen es scheinbar selbst nicht besonders ernst, denn es ist ihm ein Aktenvermerk vom 11.6. zugekommen, worin darauf Bezug genommen wird, daß zwei Gemeinderäte der FPÖ-Fraktion, die sich auf die Jahresrechnung vorbereitet haben, das Kontrollamt um Auskunft ersucht haben. Was ist geschehen? Man wollte im Kontrollamt anrufen, dieses war jedoch nicht besetzt. Folglich wurden Mandatare der FPÖ-Fraktion in ihrer politischen Arbeit gehindert. Das sind Fakten. Noch etwas wäre

vorzubringen, zweieinhalb Jahre haben er und auch seine Fraktionskollegen hierzu geschwiegen: Bei jeder Sitzung, ob es eine Ausschußsitzung ist, ob es der Stadtsenat ist, überall sind die Vertreter des Kontrollamtes anwesend. Wie soll man kontrollieren, wenn man bei allen Entscheidungsfindungen von der ersten Minute an mit eingebunden ist? Die Bediensteten des Kontrollamtes sitzen in den Ausschüssen wie stumme Büber, um hinterher dann zu kritisieren. So sieht es in dieser Stadt aus. Hier kann man nicht die Schuld beim Obmann des Kontrollausschusses suchen, sondern hier liegen klare Systemfehler vor.

Gemeinderat Samnitz stellt fest, daß Stadtrat Ladstätter nun wieder weit in den Kübel hineingegriffen hat, denn wie jedes Jahr greift er die Beamten des Magistrates Villach an und bewirft sie mit Schmutz. Jene Personen, die das ganze Jahr über anständige, ordentliche und saubere Arbeit für diese Stadt leisten, werden mit Schmutz beworfen, ohne daß diese sich wehren können. Es ist vielleicht in Ordnung, wenn Stadtrat Ladstätter politische Vertreter einer anderen Partei bewirft, er soll jedoch das Theater beenden und die Beamten in Ruhe lassen.

Gemeinderat Sobe erinnert daran, daß das Kontrollamt nicht dazu da ist, die FPÖ-Fraktion zu bedienen. Das Kontrollamt hat eine andere Aufgabe, als auf die Einschüchterungspolitik, die Stadtrat Ladstätter seitens seiner Partei betreibt, hin die Agenden auszuführen. Man muß auch darauf verweisen, daß beinahe alle der 17 Aufträge, und das ist relativ viel, von der FPÖ-Fraktion erteilt worden sind. Es wäre der FPÖ-Fraktion recht, wenn einige der Anträge, auf die hin eine Prüfung stattgefunden hat, wieder verschwinden würden, damit man sie nicht mehr dem Gemeinderat berichten kann, da sich natürlich nichts von dem herausgestellt hat, was die FPÖ-Fraktion gedacht

hat. Man denke hier nur an die sogenannte Telefonaffäre, bei der der Obmann des Kontrollausschusses schon sehr lange verhindert, daß dem Gemeinderat ein Bericht vorgelegt werden kann. Die Behinderung geschieht durch Abwesenheit des Obmannes, durch gewisse Manipulationen und ähnliches. In diesem Zusammenhang ist auch die Aussage von Stadtrat Ladstätter verständlich. Da Stadtrat Ladstätter die Unternehmungen, in diesem Fall das Gas- und Wasserwerk, angezogen hat, wäre hiezu folgendes zu bemerken: Zum ersten handelt es sich um einen Teilschlußbericht, der noch nicht abgeschlossen ist. Darüber müssen noch Gespräche geführt werden. Zum zweiten darf daran erinnert werden, daß Stadtrat Ladstätter als zuständiger Referent für die Vergabe verantwortlich war. Stadtrat Ladstätter hat zu diesem Punkt der Kontrolle bis dato noch nie Stellung genommen, sondern war entweder verhindert oder aus anderen Gründen nicht anwesend. Das kann in den Protokollen nachgelesen werden. Auf Grund dessen kann auch der Bericht noch nicht abgeschlossen werden. Man wird sich sicher auch noch mit den Dingen beschäftigen, die zur Zeit von Stadtrat Ladstätter geschehen sind. Dieser greift unqualifiziert Personen an, die ihre Arbeit tun. Seitens der SPÖ-Fraktion ist festzuhalten, daß es auch recht und billig ist, wenn ein Mitglied ihrer Partei kritisiert wird und das Kontrollamt reagiert. Wird jedoch an der FPÖ-Fraktion etwas beanstandet, das dieser Partei nicht gefällt, dann werden die Mitarbeiter des Kontrollamtes angegriffen und es wird behauptet, daß diese ihre Arbeit nicht richtig gemacht haben. Er persönlich ist der Meinung, daß die Mitarbeiter des Kontrollamtes gut arbeiten.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
kann einen Satz, den Stadtrat Ladstätter angeführt hat, teilen: Macht braucht Kontrolle. Macht braucht sogar genaue Kontrolle, braucht begleitende Kontrolle, braucht

Kontrolle während der Umsetzung der Maßnahmen und braucht Kontrolle im nachhinein. Man muß sich nach dem heutigen Statement jedoch fragen, wie Stadtrat Ladstätter diese Kontrolle auf die FPÖ-Fraktion bezogen versteht, wenn er im ersten Satz gemeint hat, er wäre in den letzten zweieinhalb Jahren vom Kontrollamt schlecht bedient worden. Wie die Kontrolle seiner Arbeit auszusehen hat, können sich nun vermutlich alle vorstellen. Kontrollieren bedeutet in dem Fall: Bedienen durch die zuständigen kontrollierenden Beamten. Jetzt, da die FPÖ-Fraktion die zweitstärkste Fraktion im Villacher Gemeinderat ist, wird es plötzlich unangenehm, kontrolliert zu werden, und gibt es plötzlich zwei Arten von Kontrollberichten. Die eine Art sind die Kontrollamtsberichte, in denen die FPÖ-Fraktion betreffende Dinge festgestellt werden. Da wird massive Einschüchterung, wie heute gehabt, begangen. Die andere Art ist jene, bei denen andere betroffen sind. Da wird x-mal derselbe Kontrollamtsbericht, obwohl schon sämtliche Maßnahmen korrigierend getätigt wurden, wieder im Gemeinderat vorgetragen. Kontrolle ist besonders in der Politik sehr wichtig. Sie ist aber wichtig durch ein unabhängiges Kontrollamt, begleitend und mit Folgewirkungen im Sinne der Sache. Sie würde sich aber weigern und hält es für politisch brisant und bedenklich, wenn sich die FPÖ-Fraktion zu Oberkontrolloren aufspielt, die selbst als Politiker die Kontrollore stellt.

Stadtrat Haslinger stellt fest, daß die Wortmeldung für Stadtrat Ladstätter als ehemaliger Mitarbeiter des Hauses bezeichnend ist. Das Niveau, das er durchblicken hat lassen, entspricht seiner Mentalität. Er möchte als heute bestellter Stadtrat für das Personalwesen die Vorwürfe von Stadtrat Ladstätter auf das energischste zurückweisen. Es sind hier blanke Einschüchterungsversuche der Mitarbeiter des Kontrollamtes getätigt worden. Wenn

man die Tätigkeit von Stadtrat Ladstätter betrachtet, so ist er offensichtlich darauf aus, in allen Bereichen, in denen er tätig ist, gute Arbeit zunichte zu machen. In diesem Zusammenhang kann man auf seine Tätigkeit im Gas- und Wasserwerk verweisen, wo es ihm innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, ein gutes Team, ein gutes Unternehmen, madig zu machen und die Mitarbeiter zur Verzweiflung zu bringen. Dasselbe hört man jetzt aus den Bereichen, in denen er wiederum tätig ist. Es ist offenbar so, daß die Mitarbeiter nur mehr habt-acht stehen und keine gute Arbeit für diese Stadt leisten dürfen, da es Stadtrat Ladstätter nicht paßt. So kann man mit Bediensteten des Hauses nicht umgehen, mit Bediensteten, die für die Stadt Villach und für ihre Bevölkerung großartige Arbeit leisten, die überall anerkannt wird. Nur weil sie nicht Diener eines Mannes sind, der sie gern als Untertan sehen möchte, werden sie hier verunglimpft. Er bittet die Mitarbeiter des Rathauses, sich nicht einschüchtern zu lassen, und ihre Arbeit zum Wohle der Stadt, zum Wohle der Bevölkerung dieser Stadt, wie bisher fortzusetzen.

Gemeinderat Ing. Andronik stellt fest, daß Gemeinderat Sobe sich die Unterlagen nicht angesehen hat. Von den 17 Punkten wurden drei von der FPÖ-Fraktion gestellt. Die restlichen 14 hat das Kontrollamt von sich aus durchgeführt. Es ist daher nicht die Mehrheit der Anträge von der FPÖ-Fraktion gekommen. Wenn Gemeinderat Sobe nun anschneidet, daß die Abhöraffaire noch nicht abgeschlossen ist, so muß dazu folgendes festgestellt werden: Es muß jeder Termin mit dem Bürgermeister abgesprochen werden. Das geschieht folgendermaßen: Man geht in das Büro des Bürgermeisters und fragt Frau Lambrecht nach einem Termin. Diese erklärt, daß sie erst nachsehen müsse, ob der Bürgermeister anwesend sei. Dann erklärt sie, daß er nicht zu sprechen ist und verspricht, einen anzurufen. Man gibt

drei Termine ab, einen oder zwei Tage später wird man angerufen und es wird mitgeteilt, daß der Termin in Ordnung sein könnte. Dann geht man ins Kontrollamt und teilt dort mit, daß der Termin fixiert ist. Anschließend bekommt man wieder einen Anruf, in dem mitgeteilt wird, daß der Termin nicht in Ordnung ist, da der Bürgermeister nicht da ist. Er hat bisher erst eine einzige Sitzung nicht mit dem Bürgermeister abgesprochen. Bei 90 % der Sitzungen ist der Bürgermeister nicht anwesend, aber der Termin muß mit ihm vereinbart werden. Der Bürgermeister ist der Verhinderer, sodaß diese Dinge nicht funktionieren.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß die Sitzungen trotzdem stattgefunden haben. Weiters muß festgestellt werden, daß, wenn sich Gemeinderat Ing. Andronik rechtzeitig in seinem Büro meldet und vorbringt, daß er gerne etwas mit ihm besprechen möchte, es noch immer möglich war. Gemeinderat Ing. Andronik kommt jedoch irgendwann einmal ins Büro und stellt fest, daß er nun zum Bürgermeister hinein möchte. Das ist bei seiner Auslastung an Terminen nicht möglich. Stadtrat Ladstätter hat vorgebracht, das Kontrollamt habe die Arbeit der Gemeinderäte behindert. Es ist richtig, daß an einem Feiertag, das ist der Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr, das Kontrollamt einmal nicht besetzt war. Das Kontrollamt ist nicht verpflichtet, von heute auf morgen Terminarbeiten durchzuführen. Es ist auch korrekt, daß so etwas einmal möglich ist. Am 11.6., als Gemeinderat Dr. Assmann dort war, war das Kontrollamt auf Urlaub. Am 9.6. ist Gemeinderat Ing. Andronik jedoch vom Kontrollamtsdirektor darüber informiert worden, daß ihm, als dem für die Fraktion und als Obmann zuständigen Gemeinderat, die Unterlagen für die Kontrollausschußsitzung rechtzeitig übermittelt werden. Diese Bedienung ist etwas Neues. Der Kontrollamtsdirektor geht weiter, als es sonst üblich ist, da einem Gemeinderat

die Unterlagen übermittelt werden. Am 9.6. sind diese Unterlagen für die Sitzung weitergegeben worden. Daß man nun den Mitarbeitern des Kontrollamtes vorwirft, daß sie die Arbeit der Gemeinderäte behindern, weil sie an einem Fenstertag vier Stunden Urlaub gehabt haben und vielleicht gemeinsam etwas unternehmen wollten, ist sehr weit hergeholt.

Gemeinderat Ing. Andronik möchte berichtigen, daß er am 7.6. im Kontrollamt war und die Einladungen ausgegeben hat. An diesem Tag hat ihm der Kontrollamtsdirektor mitgeteilt, daß ihm die Unterlagen noch nicht übergeben werden können, da dies mit der Magistratsdirektion noch nicht abgeklärt ist.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß er nichts anderes behauptet hat, als daß Gemeinderat Ing. Andronik die Unterlagen am 9.6. übermittelt bekommen hat. Am 11.6. waren die Herren auf Urlaub, die FPÖ-Fraktion hat die Unterlagen jedoch bereits am 9.6. erhalten. Die Behinderung kann nicht stattgefunden haben, weil die Unterlagen am 9.6. zugeschickt worden sind und erst am 11.6. keiner da war. Er bittet, bei der Kontrolle nicht mit zweierlei Maß zu messen. Wenn die einen kontrolliert werden, ist es eine Behinderung und eine schlechte Bedienung, geschieht das jedoch bei den anderen, ist die Kontrolle immer korrekt.

Der Gemeinderat beschließt, Kohl-Wircher
übernimmt den Vorsitz.

e i n s t i m m i g ,

den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes in der vorliegen-
den Form zur Kenntnis zu nehmen.

Die FPÖ-Fraktion schließt die Punkte be-
treffend Gas- und Wasserwerk - Organisation und Personal
und Baumaßnahmen beim Stadion Lind von ihrer zustimmenden
Kenntnisnahme aus.

nicht prüfen. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz. Die Minorität beantwortet das ebenfalls unter der Ägide des Bürgermeisters. Pkt. 7.) Geschäftsverteilung - Änderung

Blg. 12

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 4.6.1993.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß, wie es dem Amtsvortrag zu entnehmen ist, heute die neue Geschäftsverteilung mit Mehrheit beschlossen wird. Dazu ist aus der Sicht der FPÖ-Fraktion folgendes zu sagen: Ein ehemaliger Spitzenfunktionär wird trotz Wahlschlappe in der eigenen Basis wieder aus dem Ausgedinge hervorgeholt, um als Privilegienritter noch seine fehlende Pensionszeit auf Steuerkosten in Villach abzusitzen. Bürgermeister Manzenreiter soll den Mut aufbringen, diese Person wieder mit den Agenden des Unternehmensreferates zu betrauen, damit diese die Mißstände, die sie hinterlassen hat, wieder in Ordnung bringen kann. Er möchte in Erinnerung rufen, daß das Gasnetz und die Sanierung trotz S 30 Mio.-Investition noch nicht abgeschlossen sind. Für die dilettantische Vorbereitung, technisch und finanziell, trägt der ehemalige Unternehmens- und Finanzreferent die Verantwortung, ebenfalls für die zum Himmel schreiende Hauptplatzsanierung.

Die Baumaßnahmen bei der Quelle Urlaken sind seit 1985 im Gang und bis heute noch nicht ordentlich abgerechnet. Es sollen hier, man weiß es noch nicht, Über- oder Unterzahlungen in Millionenhöhe bei der Abrechnung auftauchen. Diese Auskunft hat er von einem Beamten der Stadt Villach erhalten. Das Kontrollamt kann diese Angelegenheit aus Mangel an prüffähigen Unterlagen derzeit

nicht prüfen. Verantwortlich für dieses Desaster ist der ehemalige Werksreferent. Die Misere Feuerwehrrzentrum ist ebenfalls unter der Ära Haslinger entstanden. Erst durch die heftige Kritik der FPÖ-Fraktion ist das Projekt geändert und neu überdacht worden. Bei den Verträgen mit der Fernwärme hat ebenfalls der ehemalige Finanz- und Unternehmensreferent entgegen den Pflichten eines ordentlichen Kaufmannes zum Nachteil des Gaswerkes gehandelt. Die Folgen aus diesen Fehlleistungen hat er selbst im vorletzten Unternehmensausschuß erkannt. Die Kelag beharrt auf der Einhaltung dieser Verträge. Er verweist auf den heutigen Tagesordnungspunkt 26.). Wenn der Bürgermeister (für alle Villacher) von den Qualitäten seines alten Hasen überzeugt ist, so ist es seine Pflicht, den besten Mann wieder dorthin zu setzen, wo er kläglich versagt hat, nämlich in das Unternehmensreferat. Der Entwicklungshilfe und Kontrolle durch die SPÖ-Fraktion kann sich Stadtrat Haslinger sicher sein. Die SPÖ-Fraktion wird, wie im Vorjahr, mit weniger als 50 % der Stimmen 100 % Macht ausüben, ohne Parteiengespräche über Referate zu führen. Die FPÖ-Fraktion wird der Geschäftsverteilung aus zwei Gründen nicht die Zustimmung geben. Erstens, weil der alte Hase der SPÖ-Fraktion anscheinend nur die Zeit bis zu seiner Pensionierung hier absitzen wird, die Referatszuteilung spricht jedenfalls dafür. Zweitens, weil die Qualifikation von Stadtrat Pfeiler in keiner Weise jener der Referatsanforderung entspricht. Aus der Sicht der FPÖ-Fraktion bringt Stadtrat Pfeiler die Qualifikation eines Anschwärzers, das hat er heute mehrmals bewiesen, und Sägers mit. Den besten Beweis hat man heute gesehen. Er hat sich durch jahrelange Arbeit als Holzknecht Manzenreiters verdient gemacht. An seinen Händen klebt Sägekettenöl von Schlägerungsarbeiten im Genossenwald.

bis zu diesem Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß der Gemeinderat nun eine große Rede von Stadtrat Haslinger miterleben konnte. Es ist vermutlich seine zweite Jungferrede gewesen. Vom Inhalt her kann er dieser Rede beipflichten. Sie hat ihm deshalb gefallen, weil es die Bediensteten des Hauses nicht notwendig haben, sich unqualifizierten Angriffen auszusetzen. In der vorhin gestellten Frage herrscht jedoch das große Schweigen. Die ÖVP-Fraktion hat heute doch erwartet, Auskunft darüber zu bekommen, wie Stadtrat Haslinger in Zukunft seine Finanzen regeln wird.

Bürgermeister Manzenreiter hinterfragt, ob es sich um die privaten Finanzen und nicht darum handelt, was Stadtrat Haslinger für die Stadt leisten kann.

Stadtrat Ing. Truppe wollte eigentlich wissen, da es bereits in der letzten Periode eine Anfrage gegeben hat, wie sich Stadtrat Haslinger in dieser Sache verhalten wird. Die Antwort wurde nicht gegeben, daher kann die ÖVP-Fraktion der Geschäftsverteilung die Zustimmung nur mit der Einschränkung geben, daß sie sich bezüglich des Referates von Stadtrat Haslinger der Stimme enthalten wird. Der Geschäftsverteilung betreffend das Referat von Stadtrat Pfeiler stimmt die ÖVP-Fraktion selbstverständlich zu.

Stadtrat Haslinger wird einen entsprechenden Antrag an seine Dienstbehörde, das Amt der Kärntner Landesregierung, stellen. Er wird bei diesem Antrag die Bestimmungen des Kärntner Dienstrechtsgesetzes beachten. Er wird jenen Prozentsatz beantragen, der in vergleichbaren Städten üblich ist, damit er seine Tätigkeit hier voll ausüben kann. Es ist heute ein Datum genannt worden, und zwar die nächste Gemeinderatssitzung am 4.8.1993. Er wird

bis zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung des Amtes der Kärntner Landesregierung dem Gemeinderat dann zur Kenntnis bringen, wenn es gleichzeitig zu einer Offenlegung der Situation von Stadtrat Ing. Klamt kommt und wenn es gleichzeitig zu einer Offenlegung der Verhältnisse von Stadtrat Pacher kommt, der glaubt, sich als Selbständiger aus dieser Verantwortung schleichen zu können. Das wird er seinen Kollegen Stadtrat Pacher und Stadtrat Ing. Klamt ganz sicher nicht ersparen.

Gemeinderat Samnitz geht diese scheinheilige Diskussion schön langsam unter die Haut. Er versteht Stadtrat Haslinger vollkommen, wenn dieser meint, daß es bei einer Offenlegung der Verhältnisse seinerseits auch zu einer Offenlegung bei Stadtrat Ing. Klamt und Stadtrat Pacher kommen muß. Stadtrat Ing. Truppe tut so, als hätte er freiwillig verzichtet. Es hat ihn jedoch Stadtrat Pacher soweit getrieben. Die Freistellung von Stadtrat Ing. Truppe als Landesbediensteter kostet der Stadt Villach zusätzliches Geld, denn vor einigen Monaten hat er erklärt, mit seinen Spesen nicht auszukommen.

Gemeinderat Zussner hört wohl die Worte von Stadtrat Haslinger, allein ihm fehlt der Glaube dazu. Stadtrat Haslinger hat früher erklärt, für das Personal in dieser Stadt zuständig zu sein und nicht zu verstehen, wenn die Mitarbeiter des Magistrates geprügelt werden. Tatsache ist, daß im Bereich der Stadt Villach Personal ohne optimale und ohne gewisse Anstellungserfordernisse eingestellt wird. Ein konkreter Fall hat sich in letzter Zeit im Bau- und Wirtschaftshof abgespielt. Die zuständigen Abteilungsleiter haben einen Anlaßfall genommen, um einen Mitarbeiter des Magistrates von seiner Dienststelle zu entfernen. Weiters hat bei der gestrigen Dekretverleihung im Stadtkino ein Mitarbeiter der Stadt Villach sich

die Frechheit herausgenommen, vertrauliche Mitteilungen aus dem Personalausschuß vor etwa 120 Personen bekanntzugeben. Er ersucht den Magistratsdirektor, er hat ihm bereits ein Schreiben zukommen lassen, rasch einzugreifen und diesen Mann zur Verantwortung zu ziehen. Stadtrat Haslinger ist in Zukunft auch für die Wohnungen zuständig. Bei 2.700 Wohnungssuchenden heftet sich die SPÖ-Fraktion auf die Fahnen, daß sie das Objektivierungsmodell durchgezogen hat. Tatsache ist, daß ein Antrag der FPÖ-Fraktion vorgelegen ist. Die SPÖ-Fraktion hat ihn nur ein bißchen umgeändert. Bis heute ist noch nichts geschehen. Des weiteren sind ständig Delogierungen an der Tagesordnung, was er nicht versteht. Es müßte einmal tatsächlich hart durchgegriffen werden. Die SPÖ-Fraktion behindert auch die Arbeit der FPÖ-Fraktion in den Ausschüssen. Er hofft, daß Stadtrat Haslinger das in seinen Referaten nicht auch tun wird. Heute wurde bereits davon gesprochen, daß die Kosten für die Photokopien selbst zu tragen sind. Er bittet Stadtrat Haslinger, auch der FPÖ-Fraktion in Zukunft die Amtsvorträge zeitgerecht zukommen zu lassen, damit sich deren Mitglieder ordentlich vorbereiten können.

Gemeinderat Spitzer bittet nochmals, endlich das Hick-Hack zu beenden. Die Gemeinderäte haben laut Gelöbnis die Pflicht, für die Stadt und ihre Bevölkerung zu arbeiten. Solange es von Bund oder Land diesbezüglich keine anderen Gesetze gibt, muß dieses Geplänkel aufhören. Die Karenzierung ist eine moralische Frage. Es ist auch ein moralischer Grund, wenn jemand sich die Karenzierung auf die Fahnen heftet und damit in die Zeitung geht. Es gibt Gesetze, die diese Freistellungen regeln. Seit fünf Stunden diskutiert der Gemeinderat nun schon über fünf Tagesordnungspunkte und 41 sind noch am Programm. Das Hick-Hack und die Parteipolitik muß endlich beendet werden.

Gemeinderat Mag. Haider ist auch der Meinung, daß man diese Diskussion beenden sollte, möchte jedoch zu diesem Tagesordnungspunkt noch etwas bemerken. Grundsätzlich ist festzustellen, daß es eine Art von Schmarotzertum ist, wenn man für etwas bezahlt bekommt, wofür man nicht arbeitet. Das ist seine grundsätzliche Einstellung. Er möchte nur die beiden Beispiele staatlich und privat angestellt einmal hervorheben. Wenn nun davon gesprochen wird, daß Stadtrat Ing. Klamt seine Verhältnisse nicht offenlegen muß, da er privat angestellt ist, so sieht er das nicht ein. Wenn Stadtrat Haslinger als Stadtrat arbeitet und dafür bezahlt bekommt und zusätzlich ein Gehalt von der Bezirkshauptmannschaft bezieht, so ist das für den Steuerzahler interessant, da Stadtrat Haslinger für eine Tätigkeit bezahlt bekommt, die er nicht ausübt. Da dabei Kosten anfallen, die gesamtgesellschaftlich zu tragen sind, findet er es ungerecht. Dies betrifft jedoch Stadtrat Ing. Klamt ebenfalls. Wenn dieser auf Grund eines Vertrages von der Firma Siemens Bezüge erhält, so ist es ebenfalls gesamtgesellschaftlich von Bedeutung, wenn er diese Bezüge erhält, obwohl er keine Leistung dafür erbringt. Die Kosten hat letztenendes auch die Gesellschaft zu tragen. Insofern ist die Offenlegung für beide berechtigt. Einen Unterschied gibt es natürlich schon zwischen einem Beamten und einem Privatangestellten - es ist für einen Beamten leichter, sich karenzieren zu lassen oder eine ähnliche Lösung zu finden. Daher sind in der Politik auch weniger Personen aus der Privatwirtschaft vorhanden. Das ist ein Problem für das man noch keine Lösung gefunden hat. Eine vernünftige Lösung wäre jedoch wichtig, damit auch die Privatangestellten in der Politik repräsentiert sind, denn die Struktur der Bevölkerung sollte auch in der Politik vorhanden sein.

hier ausüben. Stadtrat Pacher stellt fest, daß er dazu aufgefordert wurde, in der nächsten Gemeinderatssitzung seine Verhältnisse offenzulegen. Er kann dies auch heute schon tun. Er betreibt seit 20 Jahren selbständig ein Bäckereiunternehmen, hat vor 20 Jahren mit zwei Mitarbeitern begonnen und beschäftigt jetzt im Durchschnitt 25 Leute. Er übt derzeit im Betrieb als Kapitalgeber und als nach wie vor Verantwortlicher Kontrollfunktionen aus. Er trägt auch noch immer die Verantwortung in diesem Unternehmen, er ist für sämtliche arbeitsrechtlichen, lebensmittelrechtlichen usw. Aufgaben zuständig. Er übt diese Kontrollfunktion aus und hat alle anderen geschäftlichen Tätigkeiten einem Geschäftsführer übergeben, der für ihn zeichnet und dort seine Tätigkeit erbringt und der ihn aber natürlich auch einiges an Geld kostet. Er fragt sich, ob auch Bürgermeister Manzenreiter oder Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher sich wie Mahatma Gandhi seinerzeit all der irdischen Güter entledigt, mit einem weißen Tuch und mit einem Nagelbrett auftaucht und in Zukunft dann Politik betreibt. Er ist der Meinung, daß dies in keiner Weise von irgendjemandem gefordert oder gewünscht wird. Es gibt nichts, was sonst noch von ihm offenzulegen wäre. Er hat zum Schaden der Stadt eine Tätigkeit aufgegeben, da ihn der Bürgermeister dazu gezwungen hat. Er war über sechs Jahre lang als Geschäftsführer der Seilbahn-Liftgesellschaft Villacher Alpe unbezahlt dort tätig. Nachdem er ausgeschieden ist, mußte eine neue Geschäftsführung bestellt werden, die für die Stadt Villach, die Mitgesellschafterin ist, pro Jahr Kosten in der Höhe von S 180.000,-- verursacht. Wenn das die Art und Weise ist, wie man es sich vorstellt, dann gratuliert er den Zuständigen hier in diesem Hause. Er hat überhaupt nichts zu verbergen. Es ist auch niemand im Saal, der einen Groschen Geld ausgibt, weil er in der Politik ist. Es bezahlen jedoch alle mit, damit Stadtrat Haslinger seine Tätigkeit

hier ausüben kann. Er zahlt auch nicht dafür mit, daß beispielsweise Stadtrat Ing. Klamt politisch tätig ist. Kame zu ihm im Betrieb ein Mitarbeiter und würde mitteilen, daß er politisch tätig werden möchte, dann ist es im Einvernehmen mit ihm als Betriebsinhaber festzulegen, wieviel der Mitarbeiter nach wie vor bezahlt bekommt und wieviel freie Zeit ihm zur Verfügung gestellt wird. Dieser Mitarbeiter wird von ihm bezahlt, es muß keiner der Gemeinderäte einen Groschen dafür ausgeben. Er ist dafür, daß die Dinge offen und klar ausgesprochen werden. Die Vermischung dieser Dinge ist an den Haaren herbeigezogen und zeugt nur vom Inhalt der Gedanken, die hier vorherrschen. Das spürt man bei der Pensionsregelung. Es wird heute noch ein Antrag gestellt werden. Man wird dann tatsächlich feststellen, wie man über die Probleme denkt, die hier zur Diskussion stehen. Diese Dinge lassen sich leider miteinander nicht vermischen. Was er offenzulegen hatte, hat er offengelegt.

Stadtrat Ing. Klamt hat angenommen, bei seiner ersten Wortmeldung alles mitgeteilt zu haben. Es scheint jedoch diesbezüglich weiterhin Probleme zu geben. Stadtrat Pacher hat klar ausgeführt, daß es für einen Privatangestellten keine Karenzierung für politische Tätigkeit gibt. Er selbst hat eine Lösung mit einem Vertragspartner gefunden. Die Vereinbarung muß der Arbeitgeber und er selbst einhalten. Dies fällt sogar unter den Datenschutz. Es ist sehr schwierig, das zu erklären, da sehr viele Beamte im Gemeinderat sitzen. Wenn ein Beamter in die Politik geht, kann er einen Antrag einbringen. Bürgermeister Manzenreiter ist Lokführer und ist pragmatisiert. Wenn er aus der Politik aus irgendeinem Grund ausscheidet, dann wird Stadtrat Ing. Klamt sich zwar nicht in dessen Zug setzen, wenn er das erste Mal wieder fährt, aber Bürgermeister Manzenreiter kann wieder fahren. Ein Privat-

angestellter kann nur kündigen. Er selbst hätte ebenfalls nur kündigen und in die Politik gehen können. Vor zwei Jahren hat er vielleicht auch noch anders darüber gedacht, aber heute ist es für ihn persönlich wichtig, im Gemeinderat die Wahrheit sagen zu können. Die Beamten haben die Möglichkeit, in ein soziales Netz zu springen - diese Möglichkeit hat er nicht. Die meisten Beamten waren, wenn sie in die Politik kommen, ohnehin bereits 20 Jahr politisch tätig - sie haben beispielsweise bei den ÖBB in der Lehrwerkstätte begonnen. Ein Privatangestellter muß sich für den Fall, daß er aus der Politik ausscheidet, selbst ein soziales Netz schaffen. Dasselbe gilt auch für einen Unternehmer. Das ist etwas, das man schön langsam begreifen muß. Vielleicht sind viele Probleme in diesem Gesellschaftssystem dadurch entstanden, daß es Beamte in der Verwaltung gibt und daß es wieder Beamte sind, die diese Beamten kontrollieren. Er vertritt die Arbeitnehmerschaft, die aus der Privatwirtschaft kommt. Die Leute hätten viel einzubringen, wenn es hier eine gewisse andere Struktur gäbe. Mehr hat er zu diesem Thema nicht zu sagen. Er hat für sich eine Lösung gefunden. Er hat eine Vereinbarung, die er einhält und übt auch diese politische Tätigkeit gerne aus. Der Wähler wird dann die Entscheidung treffen. Die meisten der Gemeinderäte verstehen die Problematik nicht, da sie seit jungen Jahren immer abgesichert waren - das war bei ihm nie der Fall. Er war auch immer verpflichtet, für seine Entscheidungen selbst einzutreten und die Konsequenzen zu tragen.

Stadtrat Pfeiler hat diese leidige Geschichte heute zum Beginn schon ausführlich diskutiert. Es war das Ziel, bei dieser Gemeinderatssitzung für Aufsehen zu sorgen und Stadtrat Haslinger und ihm diese heutige Angelobung zu vermiesen. Es ist das einzige Ziel der anderen Fraktionen, Schmutzwäsche zu waschen. Es geht ihnen nicht

um eine seriöse Lösung, wie Stadtrat Ing. Klamt ausgeführt hat. Stadtrat Ing. Klamt hat keine Lösung, denn er weiß, daß dieser 75 % seines Einkommens von der Siemens bezahlt bekommt. Stadtrat Ing. Klamt kassiert 75 % des Einkommens dafür, daß er eigentlich de facto dort nichts tut und bei der Gemeinde auch nicht. Er möchte noch einmal etwas wiederholen. Wenn jemand in diesem Gemeinderat es ernsthaft meint, bei der transparenten Politikerentlohnung und bei einer vernünftigen Pensionsregelung mitzuwirken, wird er in den Sozialdemokraten einen korrekten und seriösen Partner finden. Wenn sich jedoch die Diskussion darauf zuspitzt, den sozialdemokratischen Kandidaten etwas vorzuwerfen und alles andere unter den Tisch zu kehren, obwohl die anderen das gleiche kassieren, dann wird sich die SPÖ-Fraktion wehren. Es ist dort und da Transparenz gefragt. Man muß sich auch zur Wehr setzen können, denn das, was von seiten der FPÖ-Fraktion bezüglich seiner Person an Unsinn und an ungerechtfertigten Vorwürfen gekommen ist, war schließlich auch nicht so ohne. Er möchte dazu ohnehin nichts sagen und es über sich ergehen lassen, denn es scheint im Gemeinderat ein normaler Zustand zu sein, daß man beschimpft wird, bevor man überhaupt etwas getan hat. Die sozialdemokratische Partei muß die Chance haben, sich zur Wehr zu setzen und die Dinge richtigzustellen. Er wiederholt nochmals, daß die SPÖ-Fraktion für jede Lösung bereit ist, die mehr Transparenz und klare Lösungen bringt. Die SPÖ-Fraktion wird sich jedoch wehren, wenn hier mit doppeltem Maß gemessen wird und wenn hier ein Klassenkampf entsteht, indem man behauptet, daß Beamte ohnehin nichts wert sind und in der Politik nichts verloren haben und daß andere Personen, die das gleiche machen und kassieren, unter den Datenschutz fallen. Das ist die Diskussion, um die es sich heute den ganzen Tag schon handelt. Vielleicht kann man diese Diskussion endlich beenden. Alle sollen ihre Situationen offenlegen - er hat es unmißverständlich in

der Presse getan. Der Gemeinderat sollte endlich über die Dinge diskutieren, die Villach etwas bringen, denn diese Diskussion bringt niemandem etwas.

Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß es die Leute verstehen würden, wenn er ihnen erklärt, wie er seine Tätigkeit ausübt. Bei dieser Diskussion handelt es sich jedoch um das Image des Politikers an und für sich. Man muß etwas zurückgehen in die Zeit, in der die Sozialisten jene Bürger Villachs waren, die nicht viel Geld hatten - sie kamen beispielsweise aus dem Arbeiterstand. Diese Personen haben sich langsam, um in der Gesellschaft mitreden zu können, verschiedene Privilegien geschaffen. Das ist eigentlich das heutige Problem. Vor etwa 15 oder 20 Jahren hat er in Diskussionen mit Sozialisten immer wieder darauf hingewiesen, daß es ihnen irgendwann einmal auf den Kopf fallen wird, wenn es beispielsweise drei Altbürgermeister gibt, von denen jeder eine Pension bezieht. Die Bürger verstehen, daß ein Politiker ein ordentliches Salär bekommen muß, weil sie auch sehen, was er arbeitet. Sie verstehen jedoch nicht, daß der Politiker, wenn er aus der Politik ausscheidet, zusätzlich zu der Pension, die er beispielsweise von der Bahn erhält - und die er sich erarbeitet hat - noch eine oder zwei weitere Pensionen erhält. Das ist es, Dr. Jörg Haider sagt es immer, was die Altparteien in diesen Jahren aufgebaut haben. Und nun greift ein Großteil dieser Herren ihn an, einen, der vor zweieinhalb Jahren in die Politik gegangen ist und wirklich eine saubere Lösung gefunden hat. Er will auch deshalb nicht kündigen, weil er in der Politik die Wahrheit sagen möchte. Wenn er gekündigt hätte, wäre er ohne Absicherung in die Politik gegangen. Die meisten Mitglieder der Altparteien sind abgesichert. Er wäre heute einer, der sich mit allen Fraktionen gutstellen müßte, nur damit er keine schlechte Pressemeldung hat. Das ist sein Verständnis von der

Politik. Er regelt sich das selbst. Er kann heute Stadtrat Pfeiler sagen was er will. Wenn ihm das alles irgendwann zuviel sein sollte, wenn er es nicht mehr aushält und er gehen muß, dann sichert er sich selbst ab. Er hat nun ein bißchen Nachhilfeunterricht gegeben. Dieses Verständnis müssen viele erst aufbauen.

Frau Gemeinderätin Rettl ärgert es maßlos, daß es hier einen Stadtrat gibt, der den Unterschied zwischen einem Staatsbeamten und einem in der Privatwirtschaft Beschäftigten nicht begreift. Sie versteht nicht, warum er Stadtrat wird, wenn er das nicht begreift. Wenn sie nicht mit ihrem Arbeitgeber verheiratet wäre, könnte sie gar nicht in die Politik gehen oder sie müßte sich einen Halbtagsjob suchen. Sie hat in ihrer Firma nur mehr einen Halbtagsjob, weil sie sehr viel unterwegs ist. Das wäre auch anderswo der Fall. Sie kann aus ihrer Firma nicht soviel Geld herausnehmen und sich ein gewaltiges Gehalt zahlen, wenn sie nicht anwesend ist. So ist es auch bei Stadtrat Pacher, dem unterstellt wurde, er hätte einen aufwendigen Lebenswandel. Daraus wird geschlossen, daß er sehr viel verdient. Er hat einen Betrieb, für den er haftet, für den er die Sorgen hat, den er aufgebaut hat - das mußten die anderen nicht. Für seine Tätigkeit als Stadtrat mußte er einen Betriebsleiter aufnehmen, den er bezahlen muß - aber nicht vom Geld der Gemeinderäte und nicht vom Steuergeld, sondern aus den Erträgen seiner Firma, die er erwirtschaftet. Das wird wahrscheinlich ein Beamter nie begreifen. Wenn man in der Privatwirtschaft ausscheidet, dann bekommt man nichts, dann hängt man in der Luft. Dann kann man mit seinem Gehalt eine private Pension einzahlen, denn die Volkspension, die irgendwann einmal ins Haus steht, wird zum Leben nicht genügen. Aber es darf niemand kritisieren, daß sich jemand aus einem privaten Betrieb, den er besitzt, den er aufgebaut hat, ein Auto kauft, daß

er Golf spielt, daß er Tennis spielt oder sonst irgendetwas. Das geht niemanden etwas an. Die Voraussetzungen sind hier anders, als dann, wenn man aus öffentlichen Geldern ein Zusatzgehalt und irgendwann einmal eine Pension aus einer Tätigkeit bezieht, die man nicht ausgeübt hat.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß heute zwei Stadtsenatsmitglieder der SPÖ-Fraktion angelobt worden sind. Das ist von anderen Parteien zum Gegenstand einer Privilegien-, Pensions-, Bezugs- und Zeitaufwandsdebatte für den öffentlichen Teil der Politik gemacht worden. Jetzt hat die Partei, die die beiden angelobt hat, vorgebracht, daß sie dies auch zum Thema machen wird, wenn es die anderen zum Thema machen. Er ist sehr begeistert darüber, wie heute, wenn vergleichbares geschieht, plötzlich die Dinge unterschiedlich beurteilt werden. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher wurde in ihren privaten Verhältnissen zum Thema einer Skandalisierung gemacht und viele haben dabei mitgespielt. Man erinnere sich nur an die Wortmeldungen betreffend die 62%ige Beteiligung. Die SPÖ-Fraktion hat schließlich die Gesetzeslage überprüft. Plötzlich sind die Maßstäbe, die für Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher von der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion angewendet worden sind, auch für Stadtrat Pacher angewendet worden. Nun spricht man von einem Schaden für die Stadt. Die SPÖ-Fraktion hat das bei Stadtrat Pacher nicht aktualisiert. Das ist von einer anderen Seite gekommen. Die SPÖ-Fraktion hat dann nur ein bißchen genauer nachgelesen und gesehen, wie die Dinge liegen. Es ist gesetzlich nicht möglich, daß Stadtrat Pacher diese Funktion ausübt. Beide Dinge sind betrachtet worden. Es wurde aufgezeigt, man ist bei Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher damit ausgerutscht und dann ist es zu der Ablöse

bei der Liftgesellschaft gekommen. Stadtrat Pacher hat sich selber abgelöst. Es ist der Maßstab für zwei Leute angewendet worden und jetzt bedauert man das plötzlich. Das hat gesagt, er übt Kontrollfunktionen aus. Er arbeitet also auch. Zur zweiten Frage. Es handelt sich heute nicht darum, was jeder arbeitet und wieviel jeder verdient. Stadtrat Pacher soll verdienen, soviel er will - das ist ihm völlig egal. Die Frage wurde von Stadtrat Ing. Truppe gestellt. Jeder Stadtrat steht in der Auslage und der Bürger fragt, wieviel Zeit der Stadtrat für die Politik zur Verfügung hat. Diese Frage hat Stadtrat Ing. Truppe an Stadtrat Pfeiler und an Stadtrat Haslinger gerichtet. Stadtrat Pfeiler läßt sich zu 100 % freistellen, weil er Fraktionsobmann ist, und Stadtrat Haslinger läßt sich zu dem Teil karenzieren, wie es für die Arbeit notwendig ist. Das ist eine klare Regelung, wie sie Stadtrat Ing. Klamt, wie man weiß, in einem geringeren Ausmaß hat und wie auch Stadtrat Pacher in seiner Firma, wenn er auch nur kontrolliert, etwas tun wird müssen. Nun hat die befragte Seite die Frage zurückgegeben. Es wird wieder gleichbehandelt und auf einmal ist eine Aufregung da. Das öffentliche Interesse ist für einen Unternehmer, für einen Privatangestellten und für einen Beamten gleich anzuwenden - das Interesse, wieviel Zeit man für die Politik zur Verfügung hat. Anderswo geht man sogar noch viel weiter und sagt: "Was kann er an Einfluß in der Politik ausüben, was sein eigenes Geschäft betrifft?" Da muß eine Treuhänderschaft her. Es wird jährlich in Amerika überprüft, wie sich die Einkommensverhältnisse, die Bilanzen usw. verändern, damit man alles nachweisen kann. Das öffentliche Interesse ist für den Privatangestellten, der eine politische Funktion hat, für den privaten Unternehmer und für den Beamten berechtigt. Wieviel kann er einbringen? Was kann er dort tun? Darüber wurde heute gesprochen. Jetzt ist bekannt: Stadtrat Haslinger kann soviel Zeit

aufwenden, Stadtrat Pfeiler soviel, Stadtrat Ing. Klamt hat nicht bekanntgegeben, zu wieviel Prozent er bei der Firma Siemens freigestellt ist und Stadtrat Pacher hat gesagt, er übt Kontrollfunktionen aus. Er arbeitet also auch, nur in geringerem Maße - dafür hat er einen Geschäftsführer. Nun gibt es soviel Aufregung, weil jetzt plötzlich die Erstbefragten auch von den anderen wissen wollten, wieviel Zeit sie in die Politik einbringen? Am Anfang hat es sich um die Zeit gehandelt. Die erste Wortmeldung von Stadtrat Ing. Truppe war: "Ein Politiker steht in der Auslage. Wieviel Zeit kann er für seinen Job verwenden?" Er ist der Meinung, daß es auch andere Dinge gibt, die ebenso von Interesse sind. Wenn jemand Politik betreibt, hat er Einfluß. Wie sieht es dann im Zusammenhang mit Unternehmen, mit verschiedenem anderen, Aufsichtsräten usw. aus? Das ist öffentliches Interesse. Die einen sind in keiner feinen Art gefragt worden und die anderen haben dann zurückgefragt.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Der § 1 der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Villach über die Geschäftsverteilung vom 5.4.1991 in der Fassung der Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.2., 26.6. und 7.7.1992 wird geändert wie folgt:

§ 1

Die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt werden nach ihrem sachlichen Zusammenhang unter Zugrundelegung der Geschäftseinteilung des Magistrates Villach auf den Bürgermeister, die Vizebürgermeister und die Stadträte wie folgt aufgeteilt:

Stadtrat Franz Pacher:

Bürgermeister Helmut Manzenreiter:

Die Angelegenheiten der Magistratsdirektion, ausgenommen die Angelegenheiten des Personalwesens - MD/P; von der Abteilung IB die Angelegenheiten des Rechtsamtes - IB/R und die Angelegenheiten des Standesamtes - IB/St; alle Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich einem anderen Mitglied des Stadtsenates zugeteilt sind.

Erster Vizebürgermeister Mag. Monika Kohl-Kircher:

Angelegenheiten der Geschäftsgruppe III - Finanzverwaltung; Angelegenheiten des Museums und Archivs - IB/M, Kultur - IB/K, Angelegenheiten der Schulen - IB/Sch, Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung; Frauen- und Jugendangelegenheiten. Ausschuß für Finanzen und Wirtschaftsförderung.

Zweiter Vizebürgermeister Hans Peter Binter:

Angelegenheiten der Geschäftsgruppe II - Bauverwaltung, ausgenommen alle Angelegenheiten der Planung - IIA. Bau- und Feuerpolizei von IC; B/E, B/G und B/W.

Stadtrat Walter Ladstätter:

Angelegenheiten des Tourismus - IA/F.

Stadtrat Franz Pacher: gemäß § 11 Abs. 3 des Villacher Stadtrichtes mit Ablauf des Tages in Kraft, so dass alle an Städtische Unternehmungen einschließlich des städtischen Betriebes der Friedhofsverwaltung - U/BF, U/GW, U/K und U/P, Kongreßhaus und städtische Bäder Egg, Drobollach und Ossiacher See (Heiligengestade), Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft von IA.

Stadtrat Richard Pfeiler:

Angelegenheiten des Sozialamtes - IC/S, des Jugendamtes - IC/J, des Kindergartenwesens - IC/KG, des Gesundheitswesens - IC/G; des Marktamtes und der Lebensmittelpolizei - IC/M, des Veterinärarnates - IC/V; Sportangelegenheiten - IB/K.

Stadtrat Dieter Haslinger:

Angelegenheiten des Personalwesens - MD/P, Wohnungsangelegenheiten - IIC/L; von der Abteilung IA die Angelegenheiten des Gewerbeamtes - IA/G, der Betriebsanlagen - IA/BA, des Strafamtes - IA/Str.

Stadtrat Ing. Gerd Klamt:

Angelegenheiten des Umweltschutzes - IA/N, technischer Umweltschutz - II/B, Sachverständigendienst - IIB/S; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei - IA/N.

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe:

Stadtentwicklung und Stadtplanung - IIA, Ortsplanung - IIA/O, Verkehrsplanung - IIA/V.

Diese Verordnung tritt gemäß § 13 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes mit Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Amtstafel angeschlagen worden ist.

Die ÖVP-Fraktion schließt die Geschäftsverteilung betreffend Stadtrat Haslinger von ihrer Zustimmung aus.

Gemeinderat Spitzer (VLT) ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

der Vorsitz

Pkt. 8.) Kaufmännischer Gesangsverein Villach - Verleihung des Villacher Stadtwappens

folg. 13

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 28.4.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Dem Kaufmännischen Gesangsverein Villach, vertreten durch Herrn Obmann Wilhelm Klembas, Burgstraße 12, 9523 Landskron, wird die Berechtigung zur Führung des Stadtwappens gemäß § 15, Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes verliehen.
- 2.) Das Stadtwappen darf nur in der heraldisch richtigen Form verwendet werden und es ist die Einbindung des Stadtwappens in das Vereinssymbol mit dem Leiter des Museums der Stadt Villach abzustimmen.
- 3.) Die für die Verleihung der Berechtigung zu entrichtende Verwaltungsabgabe wird gemäß § 4, Abs. 1 des Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetzes erlassen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderat Mag. Werner Raup nimmt ab 20.30 Uhr wieder an der Sitzung teil. Gemeinderat Christian Luser verläßt die Sitzung. An seiner Stelle nimmt Gemeinderat Wolfgang Bertel an der Sitzung teil.

Pkt. 9.) Selbständiger Antrag der Gemeinderatsfraktion Villacher Grüne -
Zweckwidmung Parkgebühren und
Strafgelder

Bzlg. 14 Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanzdirektion vom 24.5.1993.

Gemeinderat Mag. Haider informiert, daß der Antrag der VIG-Fraktion ein bißchen anders gelautet hat. Die VIG-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Der motorisierte Individualverkehr verursacht gesamtgesellschaftliche Kosten, die bei weitem das übersteigen, was an Einnahmen aus diesem Verkehr durch die Steuern hereinkommt. Insofern hat die VIG-Fraktion den Antrag gestellt, das, was aus der Parkraumbewirtschaftung an Einnahmen erwirtschaftet wird, nur für die großen Drei des Umweltverbundes zu verwenden - das ist das Gehen, das Radfahren und der öffentliche Verkehr. Es ist dem nicht so zugestimmt worden, weil man den Antrag so formuliert hat, daß dieses Geld auch für den öffentlichen Verkehr usw. verwendet werden kann. Die VIG-Fraktion findet es schade, daß es nicht auf diese drei - gehen, radfahren und öffentlicher Verkehr - eingeschränkt wurde, sie wird dem Antrag jedoch trotzdem zustimmen.

Gemeinderat Mag. Burian erklärt, daß die
VIG-Fraktion auch beantragt hat, die Ausgleichsabgabe mit-
zuberücksichtigen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
stellt fest, daß die Ausgleichsabgabe nicht enthalten ist.
Der Antrag wurde rechtlich sehr eingehend geprüft. Sie hat
die Unterlagen jetzt nicht im Detail mit, ist jedoch der
Meinung, daß der Vorschlag, die Einnahmen nur für Radfah-
rer, Fußgänger und öffentliche Personennahverkehrsmaßnah-
men zu widmen, rechtlich nicht möglich ist. Deshalb wurde
die Antragstellung so gewählt.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Punkt 1.9 des Voranschlags-Beschlusses dahingehend
zu erweitern, daß die Einnahmen bzw. der Überschuß des
UA 6123 - Parkzonenbewirtschaftung - zweckgebunden neben
den bisherigen Verwendungszielen auch zur Förderung des
Radfahrer-, des Fußgänger- und des öffentlichen Personen-
nahverkehrs verwendet werden können.

Pkt. 10.) Wasserverband Ossiacher See (WVO)
- Verlängerung der anteiligen
Haftungsübernahme eines Konto-
korrentkredites der Sparkasse
Feldkirchen

blg. 15

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanzdirektion
vom 26.5.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

für den vom Wasserverband Ossiacher See von der Sparkasse
Feldkirchen aufgenommenen Kontokorrentkredit in der Höhe
von S 30 Millionen, die Verlängerung der Haftungsübernahme
als Bürge und Zahler gemäß § 1357 des Allgemeinen Bürger-
lichen Gesetzbuches des Anteiles der Stadt von 28,30 %,
das sind S 8.490.000,--, um weitere 5 Jahre zu be-
schließen.

Pkt. 11.) Kulturpreisverleihung 1993

an Michael Martin Kofler

17-18
Fol. 16

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher

berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Kultur vom 4.6.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Kulturpreis der Stadt Villach 1993, in der Höhe von S 50.000,--, an Herrn Michael Martin Kofler zu verleihen.

Pkt. 12.) Überplanmäßige Ausgaben

folg. 17-19

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne der drei Amtsvorträge der Finanz- und
Vermögensverwaltung vom 9.4., 14.5. und 14.6.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 4.281.000,-
zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beigeschlossener
Aufstellung gegeben ist.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 6.733.000,-
zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beigeschlossener
Aufstellung gegeben ist.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 2.450.000,- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Pkt. 13.) Außerplanmäßige Ausgaben

Blg. 20-22 Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne der drei Amtsvorträge der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 9.4., 18.5. und 15.6.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 240.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beigeschlossener Aufstellung gegeben ist.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 3.805.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beigeschlossener Aufstellung gegeben ist.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 506.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

gen und Herren Pkt. 14.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion hätten, den Magistrats-Gemeinderatsfraktion - Sicherheitsüberprüfung des gesamten Magistratsbereiches

folg. 23

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Baudirektion vom 6.5.1993.

Gemeinderat Ing. Andronik stellt fest, daß der Vizebürgermeister im Amtsvortrag berichtet, daß bereits seit 4.12.1992 eine Arbeitsgruppe innerhalb der Baudirektion besteht. Es stellt sich die Frage, warum erst seit 4.12.1992 diese Arbeitsgruppe installiert wurde. Der Vizebürgermeister weiß bereits seit 30.9.1992, daß es im Magistrat schwere Sicherheitsmängel gibt, denn der Vizebürgermeister war bei der Kontrollausschußsitzung, in der er das Schreiben der Kriminalpolizei Villach verlesen hat, anwesend. Das heißt, Vizebürgermeister Binter hat trotz Kenntnis dieser Tatsache zwei Monate weitergeschlafen. Einerseits installiert er nur auf Antrag der FPÖ-Fraktion hin Arbeitsgruppen, andererseits freut man sich im Magistrat, daß der Polizeidirektor in einem bestellten Schreiben an den Magistratsdirektor nur von Unzulänglichkeiten, wie sie im täglichen Leben auftauchen, berichtet, und zwar schreibt der Polizeidirektor in Klammer: "offene Türen, müheloses Öffnen des Telefonverteilers". Es stellt sich für ihn die Frage, warum überhaupt hochkarätige Arbeitsgruppen installiert werden, wenn ohnehin alles in Ordnung ist. Im Bauausschuß teilte der Referent mit, daß zum Teil Ergebnisse vorliegen, auch im Amtsvortrag kommt das zutage, und daß er, wenn alles abgeschlossen ist, die Ergebnisse bekanntgebenn wird. Tatsache ist, daß es im Magistrat Sicherheitsmängel gibt. Tatsache ist, daß der Antrag der FPÖ-Fraktion zurecht gestellt wurde, aber heute aus parteipolitischen Gründen abgelehnt wird. Wenn die Da-

men und Herren der Mehrheitsfraktion, wirklich die Absicht hätten, den Magistratsbereich ordentlich durchzuchecken, so müßte ein Spezialist von außen beigezogen werden. Er verweist nur auf die Problematik beim Wirtschaftshof, wo man mit sogenannten eigenen Spezialisten des Rathauses kläglich gescheitert ist, denn jetzt muß eine Firma von außen den gesamten Bereich durchchecken.

Gemeinderat Dr. Assmann informiert, daß sich die Sicherheitsüberprüfung des Magistratsbereiches nicht ausschließlich auf den Brandschutz, auf die EDV-Anlage oder auf die Telefonanlage beschränken soll. Der Antrag der FPÖ-Fraktion war ein umfassender Antrag und auf sämtliche Sicherheitskriterien des Magistrates bezogen. Es beginnt damit, daß nach 17.00 Uhr, wenn die Büros nicht mehr besetzt sind und die Putzfrauen aufsperrern können, die Türen offenstehen, jeder Zutritt zu einer EDV-Anlage hat, jeder Zutritt zum Telefon hat, jeder Zutritt zu den Akten hat. Das ist nur eines von vielen Beispielen. Es ist erfreulicherweise gelungen, daß der Baudirektor zumindest mit dem Brandschutz begonnen hat und daß die EDV ebenfalls überprüft wird. Die Telefonanlage weist noch immer einige, wieviel weiß er nicht, analoge Apparate auf, die nicht abhörsicher sind und die natürlich ausgetauscht werden müssen. Aber das ist nur ein Aspekt von vielen. Die FPÖ-Fraktion hat einen gesamten Sicherheitscheck gefordert. Da nun einzelne Arbeitsgruppen angebracht wurden, erscheint es doch notwendig, daß man den gesamten Bereich des Magistrates, beginnend vom Portier bis hin zum Blitzschutz, einmal durchcheckt.

Gemeinderat Sobe führt dazu an, daß Gemeinderat Ing. Andronik auch mit Schuld ist, da dieser das Schreiben von Dr. Komposch erst am 24.3.1993, nachdem er es ungefähr sechs Monate gehabt hat, der Magistratsdirek-

tion bzw. dem Bürgermeister übermittelt hat. Daraufhin wurde innerhalb einer Woche reagiert. Am 31.3.1993 stellte der Magistratsdirektor an die zuständige Polizeidirektion eine Anfrage, wie es sich wirklich mit den Sicherheitsmängeln verhält. Er möchte aus diesem Schreiben zitieren: "Die von Dr. Komposch an das Mitglied des Gemeinderates Ing. Siegfried Andronik geäußerten Bemerkungen decken sich jedoch keinesfalls mit denen der Bundespolizeidirektion Villach und dürften wohl im Privatinteresse gelegen sein." Er weiß nicht, worauf sich Gemeinderat Ing. Andronik in seiner Wortmeldung bezieht, wenn der Polizeidirektor als zuständiges Organ dem Magistratsdirektor bzw. dem Bürgermeister bekanntgibt, daß dieses erste Schreiben, das selbständig eingeholt wurde, auch ohne Zustimmung des Kontrollausschusses, also beinahe als Privatmann Ing. Andronik, nicht richtig ist. Er darf nochmals darauf verweisen, daß, wie man schon eingangs im Amtsvortrag erkennt, eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden ist. Diese Arbeitsgruppe kann, sollte sie nicht ausreichende Möglichkeiten haben, auch Sachverständige beiziehen. Aus diesen Gründen ist eine generelle Untersuchung durch Privatfirmen nicht erforderlich.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Der Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, den gesamten Magistratsbereich von einem Spezialisten einem Sicherheitscheck zu unterziehen und die Ergebnisse über den Kontrollausschuß dem Gemeinderat vorzulegen, wird abgelehnt.

Pkt. 15.) Wohnhaus Dr. Karl-Renner-Str. 2,
VE 129 - Sanierung

folg. 24

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 6.4. 1993.

Gemeinderat Zussner ist grundsätzlich dafür, daß die Sanierung des Wohnhauses Dr. Karl-Renner-Straße raschest über die Bühne geht. Er möchte jedoch einflechten, daß in der Stadt Villach mehrere Gebäude sanierungsbedürftig sind und er der Meinung ist, daß besonders in einer Zeit, in der eine Wohnungsnot herrscht, eine Untersuchung durchgeführt werden sollte, wieviele Wohnungen noch zu sanieren sind. Er denkt hier beispielsweise an die Schule Rennstein, die in einem arg sanierungsbedürftigen Zustand ist. Er kann sich vorstellen, daß, wenn die geeigneten Mittel freigemacht werden, auch dort Wohnungen oder Unterkünfte bereitgestellt werden könnten.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Die Bedeckung der Ausgaben für die Sanierung des Wohnhauses Dr. Karl-Renner-Straße 2 erfolgt durch die Darlehensaufnahme von S 1,500.000,-- netto und wird durch die Finanzverwaltung vorgenommen, sowie durch die Freigabe des Betrages von S 1,800.000,-- netto auf der VAST. 5/8460/010100.3.

Problem aufgeworfen (Pkt. 16.) Änderung der Abfuhrgebühr für die
entsprechenden Absetzcontainerabfuhr ab 1.5.1993

folg. 25

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Entsorgung vom 4.5.1993.

Gemeinderat Mag. Haider führt aus, daß es
sich seines Wissens dabei um Bauschutt handelt. Ihn würde
interessieren, wie die Bauschutttrennung, die unbedingt
notwendig ist, vorgenommen wird, wo sie vorgenommen wird,
wer sie vornimmt und wie es kontrolliert wird.

Stadtrat Pacher erklärt, daß das, was so
simpel als neue Gebührenfestlegung vorgebracht wird, in
Wirklichkeit weit mehr ist. Es wird hier scheinbar der
Eindruck erweckt, es handle sich sogar um eine Verbilli-
gung der Abfuhrgebühr. Tatsache ist, daß es jetzt nicht
mehr eine Gebühr ist, sondern eigentlich geht es nur
darum, daß ausschließlich die Kosten der Verbringung hier
abgerechnet werden. Diese Absetzcontainer werden seit kur-
zem auf der städtischen Mülldeponie nicht mehr angenommen,
sondern sie werden in die neue Bauschutt- und Wiederauf-
bereitungsdeponie in die Untere Fellach geführt. Von dort
kommen dann Rechnungen, die sehr beachtlich sind. Er weiß,
daß die Stadt Villach unmittelbar darauf keinen Einfluß
hat. Es sind Bundesgesetze dafür verantwortlich, daß es
jetzt zu einer massiven Verteuerung bei der Abfuhr dieser
Müllcontainer kommt. Er weist nur darauf hin, daß es sich
hier ausschließlich nur mehr um die Verbringung des Mülls
handelt - die Kosten der Verbringung, der Zurverfügung-
stellung dieser Container - und in keiner Weise mehr auch
um die Verbringung des Mülls. In dem Zusammenhang hat
er eine Frage an den Bürgermeister. Ist diese Maßnahme
nur deshalb erfolgt, damit es zu einer Verlängerung der
Mülldeponie Müllnern kommen kann? Es wird sozusagen des

Problem aufgeschoben. Es ist bis heute noch zu keiner entsprechenden Neuregelung für eine neue Deponie gekommen. Faktum ist, daß es nun sehrwohl eine neue Deponie gibt, nämlich eine Bauschuttdeponie mit Wiederverwertung, und daß nun ein Teil des ursprünglichen Mülls dort landet. Er sieht darin schon auch ein Versäumnis der kommunalen Politik, da speziell die hohen Kosten, die hier anfallen, dadurch entstehen, daß es bisher nicht gelungen ist, eine entsprechende neue Deponie aufzumachen und nun künstlich versucht wird, die bestehende Deponie zu verlängern.

Bürgermeister Manzenreiter möchte auf die Frage von Stadtrat Pacher antworten. Es besteht hier der von ihm hergestellte Zusammenhang nicht. Es ist gesetzlich bereits vorgeschrieben, Bauschutt zu sortieren und zu recyceln. Klagenfurt macht das schon seit drei Jahren - auch deshalb, weil dort eine entsprechende Anlage und Bauschuttdeponie vorhanden war. Es war bis vor kurzem in Villach keine Bauschuttdeponie vorhanden. Jetzt gibt es eine in der ehemaligen Löscher-Grube. Es war vor kurzem auch der Geschäftsführer bei ihm. Jetzt muß, auch aus Umweltgründen, dort die Trennung stattfinden. Es ist auch ein Vorteil, wenn weniger auf die Deponie kommt - das will man auch bei allen Sortierungsmaßnahmen, die bereits beim Hausmüll vorhanden sind, erreichen. Tatsache ist, daß man heute Bauschutt nicht mehr unsortiert auf eine normale Deponie führt. Das entspricht auch den gesetzlichen Richtlinien. Es ist erst jetzt eine Bauschuttdeponie und eine Sortieranlage, die im August noch mit einer ganz modernen Anlage ausgestattet wird, errichtet worden.

Gemeinderat Sobe möchte darauf hinweisen, daß sich vom Beschluß des Gemeinderates vom 29.11.1991 zum jetzt zu fassenden Beschluß auf Grund einer Kostenrechnung

beispielsweise die Kosten für einen 6-m3-Container um S 160,-- verringern. Auch bei den anderen drei Positionen ist das der Fall.

Gemeinderat Mag. Haider fragt, wer die Trennung durchführt.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß die Trennung auf dieser Anlage durchgeführt wird. Auf diesem Gelände wird im August zusätzlich eine ganz moderne Anlage um S 7,5 Mio. installiert. Diejenigen, die dort die Geschäfte ausführen, waren vor ein paar Tagen bei ihm und haben sich erkundigt, ob die Stadt Villach bei der derzeitigen Haltung, nämlich zu trennen und dann zu recyceln, auch bleiben wird, weil sich sonst die Investition von S 7,5 Mio. nicht lohnt. Er hat dort vorgebracht, daß es der heutigen Situation entspricht, zu trennen und zu recyceln. Die Stadt Villach wird bei dem Beschluß des Abfallbeseitigungsverbandes, in dem er nur eine von 26 Stimmen hat, Bauschutt zu trennen und zu recyceln, bleiben. Das geschieht in Klagenfurt seit drei Jahren. Die Stadt Villach hat leider relativ lang gebraucht. In Klagenfurt gibt es auch eine moderne Anlage. Der eine Teil kommt dann als Rest auf die Deponie und der andere kommt auf eine Bauschuttdeponie. Das, was recycelfähig ist, wird der Wiederverwertung zugeführt. Eine ähnliche, ganz moderne Anlage wird jetzt in Villach in der Löscher-Grube gebaut. Er ist der Meinung, daß es einfach mehr als zeitgemäß ist, obwohl es hohe Kosten verursacht. Fachleute gehen davon aus, daß es in Zukunft bald so teuer sein wird, ein Haus abzureißen, wie ein neues zu bauen. Das wird nicht ganz stimmen, aber es ist tatsächlich relativ teuer.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

zu der bestehenden Abfuhrgebühr eine weitere Abfuhrgebühr für die Absetzcontainerabfuhr ohne Beseitigungskosten ab 1.5.1993 zu genehmigen:

- a) für die Entleerung eines 6 m3 Absetzcontainers
ohne Abdeckung innerhalb des Stadtgebietes
S 910,-- incl. 10 % MWSt.
- b) für die Entleerung eines 7 m3 Absetzcontainers
mit Deckel innerhalb des Stadtgebietes
S 970,-- incl. 10 % MWSt.
- c) für die Entleerung eines 6 m3 Absetzcontainers
ohne Abdeckung außerhalb des Stadtgebietes von Villach
S 1.060,-- incl. 10 % MWSt.
- d) für die Entleerung eines 7 m3 Absetzcontainers
mit Deckel außerhalb des Stadtgebietes von Villach
S 1.120,-- incl. 10 % MWSt.

Die mit Beschluß des Gemeinderates vom 29.11.1991 festgesetzte Standgebühr in der Höhe von S 20,-- excl. 10 % MWSt. pro Tag (gerechnet ab dem 15. Tag) bleibt unverändert.

Pkt. 17.) Umstellung auf Erdgas - Erdgas-
Bürgerseitsliefervertrag mit der Kelag.

die Villacher Stadtverwaltung 25 bis 30 % weniger Miete-
kosten als vor Wird nach Pkt. 40.) behandelt. Der Antrag
von der Stadt nicht noch einmal 25 bis 30 % zu senken

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Pkt. 18.) Grundstückszusammenlegung für
den Bereich "Rathauszubau"

folg. 26

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 3.6.1993.

Stadtrat Ing. Klamt erklärt, daß die FPÖ-
Fraktion diesem Antrag zustimmen wird. Das geschieht nur,
da in diesem Fall durch die Zusammenlegung noch keine
Kosten entstehen. Es ist aber klar, daß das hier die
Vorbereitung des Rathauszubaues ist. Es wird ca. S 40 Mio.
kosten, vielleicht wird es auch teurer, nach den Erfahrun-
gen, die man in der letzten Zeit gemacht hat. Die Finan-
zierung erfolgt über Leasing. Die Entscheidung wird in der
nächsten Gemeinderatssitzung fallen. Er sieht dies auch im
Zusammenhang mit der Verwaltungsanalyse, die der Gemein-
derat heute noch besprechen wird. Aus gesicherter Quelle
weiß man, daß man 25 bis 30 % bei der Verwaltung einsparen
kann, ohne daß die Effizienz sinkt. Er ist der Meinung,
daß der Bürger auch nicht unbedingt Verständnis dafür
hat, wenn die Tintenburgen erweitert werden. Wenn man
den Bereich aus städtebaulicher Sicht ansieht, kann man
feststellen, daß es nicht ein Muß ist, diese Baulücke zu
schließen. Das Projekt bekommt noch eine andere Dimension,
wenn der Bürger sehen muß, daß das Rathaus erweitert wird
und ein paar Meter weiter das Parkhotel zerfällt.

Hkt. 19.) Grüberweck für die Errichtung
Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß
die Villacher Stadtverwaltung 25 bis 30 % weniger Mitar-
beiter als vergleichbare Städte hat. Man kann vermutlich
von dem Stand nicht noch einmal 25 bis 30 % einsparen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die im beiliegenden Teilungsvorschlag ausgewiesenen Teilflächen aus Gst. .237 EZ 117 mit 5 m², aus Gst. .236 EZ 8 mit 12 m², aus Gst. .697/2 EZ 425 mit 28 m² sollen mit dem Stammgrundstück .238/1 EZ 118 (338 m² - 47 m² = 291 m²) zusammengelegt und die Teilfläche aus Gst. 1078/23 EZ 2019 Stadt Villach, Öffentliches Gut, mit 135 m², welche für das öffentliche Gut entbehrlich ist, nach Erfüllung aller rechtlichen Voraussetzungen gemäß § 9 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen und dem Stammgrundstück .238/1 EZ 118, KG Villach, Eigentümer Stadt Villach, Rathaus (IIC/L), kostenlos zugeschrieben werden.
- 2.) Das Restgrundstück von .238/1 EZ 118 mit 47 m² soll dem ebenfalls im Eigentum der Stadt Villach, Rathaus (IIC/L), stehenden Grundstück .237 EZ 117, KG Villach, angeschlossen werden.

5. Die Bezahlpkt. 19.) Grunderwerb für die Errichtung
zu Lasten der VASL. des Drauradweges R 1 im Abschnitt
KW-Villach bis zum Lutschibach

folg. 27 Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 16.3.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Für den Ausbau des Drau-Radweges R 1 wird aus dem Grundstück Nr. 192/1, KG Wollanig, in EZ 283, eine Teilfläche von ca. 1.900 m² gemäß der Darstellung im angeschlossenen Lageplan M 1:1000 eingelöst.
- 2.) Für die lastenfreie Abtretung der gegenständlichen Teilfläche und deren Zuschreibung in das öffentliche Gut wird ein m²-Preis von S 17,-- bezahlt.
- 3.) Der Gesamtkaufpreis wird innerhalb eines Monats nach erfolgter Endvermessung ausbezahlt, sofern der Bauausschußbeschluß zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegt. Ist dies nicht der Fall, wird der Gesamtkaufpreis innerhalb von 14 Tagen nach erfolgter Beschlußfassung ausbezahlt.
- 4.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt durch das städtische Vermessungsamt. Die Grundübertragung wird mit Anmeldebogen durchgeführt.
- 5.) Die mit der grundücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren trägt die Stadt Villach.

6.) Die Bezahlung der Grundabtretungsentschädigung erfolgt zu Lasten der VAST. 5/6120/001000.8.

7.) Nach Erfüllung aller rechtlichen Voraussetzungen wird die Teilfläche von ca. 1.900 m² der EZ 225, öffentliches Gut der Stadt Villach, zugeschrieben.

Pkt. 20.) Draupromenade - Dr. Kurt Weinstich - Grunderwerb aus dem öffentlichen Gut sowie dem Liegenschaftsbesitz der Stadt Villach

Mag. 28 Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 26.3.1993.

Gemeinderat Mag. Burian verwundert es, daß der Gemeinderat den Grundverkauf erst jetzt beschließt, obwohl der Bau schon abgeschlossen und asphaltiert ist. Der Gemeinderat wird vor vollendete Tatsachen gestellt. Es handelt sich hier zwar nur um eine Kleinigkeit, das Prinzip ist aber falsch. Weiters ergibt sich durch diesen Verkauf eine geringfügige Verschlechterung für den Fußgänger und Radfahrer, was aber verkraftbar ist. Es ärgert ihn trotzdem, daß der Gemeinderat den Verkauf erst im nachhinein beschließt.

Gemeinderat Sobe informiert, daß es mit der Realisierung der im Amtsvortrag beschriebenen Maßnahmen zu einer vernünftigen Verkehrslösung für ein neues Geschäftshaus und auch durch neue Parkmöglichkeiten kommt.

für das öffentliche Gut entbehrlich sind, gemäß § 9 Abs. 2 des : Der Gemeinderat beschließt: Gemarkungsstraße
abgelassen und dem Gst. 187/7 KG Villach in EZ 1959
Dr. Kurt Weinstich einstimmig :

- 1.) Herr Dr. Kurt Weinstich erwirbt die für das öffentliche Gut entbehrliche Teilfläche von ca. 260 m² aus Gst.Nr. 1076/1 KG Villach sowie ca. 22 m² aus dem Gst. 1076/4 KG Villach, beide in EZ 2019; weiters die Teilfläche von ca. 17 m² aus dem Gst. 487/3 KG Villach in EZ 573 gemäß der Darstellung im beige-schlossenen Lageplan M 1:250 vom 18.1.1993 zu einem m²-Preis von S 1.000,--.
- 2.) Im Zusammenhang mit der Änderung der Verkehrssituation hat Herr Dr. Kurt Weinstich auf seine Kosten die Errichtung einer ca. 65 m langen, in einer Breite von 2,50 m asphaltierten Geh- und Radwegverbindung zwischen der Draupromenade und der Westtangente gemäß dem oben angeführten Lageplan herzustellen.
- 3.) Der Gesamtkaufpreis ist innerhalb von 30 Tagen nach grundbücherlicher Durchführung des gegenständlichen Grundgeschäftes an die Stadt Villach zu überweisen.
- 4.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt auf Kosten des Herrn Dr. Kurt Weinstich. Die Grundübertragung wird mit Anmeldebogen durchgeführt.
- 5.) Nach Erfüllung aller rechtlichen Voraussetzungen wird die im Lageplan M 1:250 "grün" dargestellte Teilfläche von 260 m² aus dem Gst. 1076/1 KG Villach, sowie die "violett" dargestellte Teilfläche von ca. 22 m² aus dem Gst. 1076/4 KG Villach, beide in EZ 2019, welche

für das öffentliche Gut entbehrlich sind, gemäß § 9 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen und dem Gst. 487/7 KG Villach in EZ 1060 Dr. Kurt Weinstich zugeschrieben.

6.) Die Teilfläche von ca. 17 m² aus dem Gst. 487/3 KG Villach in EZ 573 Stadt Villach - Liegenschaftsverwaltung wird ebenfalls der EZ 1060 Dr. Kurt Weinstich zugeschrieben.

7.) Schließlich wird das verbleibende Grundstück 487/3 KG Villach derzeit in EZ 573 im Ausmaß von ca. 569 m² (Grünland an der Straße) dem öffentlichen Gut der Stadt Villach EZ 2019 KG Villach zugeschrieben.

5.) Nach Erfüll. Pkt. 21.) Vassacher Weg Gst. 575/3, KG
die im Lageplan M 1:1000 Villach - Dipl.-Ing. Dr. Mein-
hard Putz und Ing. Richard Putz
- Grunderwerb aus dem öffentli-
chen Gut der Stadt Villach

folg. 29

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 19.5.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Herren Dipl.-Ing. Meinhard Putz und Ing. Richard Putz, Unterer Heidenweg 30, 9500 Villach erwerben die für das öffentliche Gut entbehrliche Teilfläche von ca. 60 m² aus dem Gst. 575/3, KG Villach, in EZ 2019 gemäß der Darstellung im beigeschlossenen Lageplan M 1:1000 vom 5.5.1993 zu einem m²-Preis von S 900,--; dies ergibt somit einen Gesamtablösebetrag von S 54.000,--.
- 2.) Der Gesamtkaufpreis ist innerhalb von 30 Tagen nach grundbücherlicher Durchführung des gegenständlichen Grundgeschäftes an die Stadt Villach zu überweisen.
- 3.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes wird auf Kosten der Antragsteller von der Dienststelle Vermessung durchgeführt.
- 4.) Die mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren übernehmen die Herren Dipl.-Ing. Meinhard und Ing. Richard Putz.

5.) Nach Erfüllung aller rechtlichen Voraussetzungen wird die im Lageplan M 1:1000 "gelb" dargestellte Teilfläche von 60 m² aus dem Gst. 575/3, KG Villach in EZ 2019, welche für das öffentliche Gut entbehrlich ist, gemäß § 9 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen und dem Gst. 576/14, KG Villach, in EZ 887, Dr. Meinhard Putz und Mitbesitzer, 9500 Villach, Unterer Heidenweg 30, zugeschrieben.

Pkt. 22.) Tiroler Straße - ARAL Austria
Stellungsnahme der VerkehrsgesmbH - Grunderwerb aus dem öffentlichen Gut der Stadt Villach

folg. 30

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 6.5.1993.

Gemeinderat Mag. Burian führt aus, daß er seit einem Jahrzehnt einen Radweg an beiden Seiten der Tirolerstraße im Kopf hat. Vielleicht muß er bei der Geschwindigkeit, mit der man in Villach Radwege baut, noch ein Jahrzehnt warten. Seiner Meinung nach ist, wenn man diese Grundfläche verkauft, nicht mehr genügend Platz für einen Radweg vorhanden. Die Situation in der Tirolerstraße ist für die Radfahrer unerträglich. Man kann nicht ein Grundstück aus dem öffentlichen Gut verkaufen, wenn man es für einen Radweg braucht. Er hat mit dem Verkehrsplaner gesprochen. Im Amtsvortrag wurde angeführt, daß die Verkehrsplanung dem Verkauf zugestimmt hat. Der derzeitige Verkehrsplaner hat ihm mitgeteilt, daß er seine Zustimmung nicht gegeben hat. Gibt es eine Planung für den Radweg und kann das Grundstück trotz dieser Radwegplanung verkauft werden? Darauf möchte er eine klare Antwort haben.

Gemeinderat Sobe kann die Antwort nicht geben.

Gemeinderat Mag. Burian meldet sich zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen. Die Begründung dafür ist, daß es nicht möglich ist, ein Grundstück, das man für einen Radweg braucht, zu verkaufen. Es muß eine genauere Prüfung erfolgen.

Gemeinderat Sobe stellt fest, daß gemäß der Stellungnahme der Verkehrsplanung vom 9. April 1993 der Abverkauf dieses ca. 2,8 m breiten Grundstreifens möglich ist. Die Verkehrsplanung hat sich daher, wie aus dem Amtsvortrag ersichtlich ist, mit diesem Verkauf befaßt.

Gemeinderat Mag. Burian führt aus, daß der derzeitige Verkehrsplaner ihm mitgeteilt hat, daß er damit nicht beschäftigt worden ist und auch seine Zustimmung nicht gegeben hat.

BD Dipl.-Ing. Pühringer erklärt, daß es sich um eine Fläche handelt, die gesamt außerhalb der Straßenbreite liegt und sich nur über eine kurze Länge erstreckt. Die Verkehrsplanung war mit dieser Frage befaßt und hat eine positive Stellungnahme abgegeben.

Gemeinderat Mag. Burian hat sich die Planunterlagen angesehen, hat sich das in der Natur angesehen - er kennt die Situation vollkommen. Er fährt jeden Tag vorbei.

Gemeinderat Sobe stellt fest, daß es sich nach den Erklärungen des Baudirektors um eine Grundstücks- teilfläche handelt, die die ARAL Austria GesmbH bis dato benützt. Das Grundstück befindet sich außerhalb des Gehweges bzw. der Straße.

Gemeinderat Mag. Burian hat nichts dagegen, wenn die Tirolerstraße um zwei Meter verschmälert wird und dort der Radweg gebaut wird.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß es dafür noch keine Planung gibt.

der Geh- Radweg Gemeinderat Mag. Burian ist der Meinung, daß ein Radweg in der Tirolerstraße geplant sein müßte. In der Wildnis, in einem Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet - da werden Radwege geplant, in der Tirolerstraße jedoch nicht. Er stellt nochmals den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß man diesem Antrag sicher zustimmen kann. Die Straße hat dort eine Breite von 13 Metern. Es ist für einen künftigen Radweg sicherlich genug Raum vorhanden, sodaß dieses Grundstück entbehrlich ist.

Gemeinderat Mag. Burian hat die Straße abgemessen - sie hat dort acht Meter Breite. Die Aussage von Stadtrat Ing. Truppe war falsch. Er stellt nochmals den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß es nicht unbedingt notwendig ist, diesen Tagesordnungspunkt heute zu beschließen, da das Grundstück ohnehin von der ARAL Austria GesmbH genutzt wird. Es ist in der Tirolerstraße auch zu berücksichtigen, daß nach dem neuen Konzept, auch seinen Intentionen entsprechend, für die Stadthalle nie ein Riesenparkplatz für 20 Veranstaltungen im Jahr asphaltiert werden soll und daß es sich dort immer um Straßenparken handeln wird. Das bedeutet, daß in der Tirolerstraße von der Firma Oetker bis in die Stadt das Straßenparken, der Gehweg und der Radweg unter einen Hut gebracht werden müssen. Das berechtigt aus seiner Sicht auch die Anfrage von Gemeinderat Mag. Burian, da er der Meinung ist, daß man den Radweg und vielleicht auch den Gehweg etwas weiter hineinverlegen kann. Es muß dort immer das Straßenparken möglich sein und anschließend kann erst

der Geh- Radweg geplant werden. Man kann sich diese Parkplatzchance die gesamte Tirolerstraße entlang auch nicht entgehen lassen.

PKB. 23. - Gaswerk zu nicht - mit Jahnstr.

Gemeinderat Ing. Andronik erklärt, daß in der zweiten Gemeinderatssitzung nach der Gemeinderatswahl bereits ein Radweg beschlossen worden ist. Der Radweg verläuft entlang der Werthenaustraße, hinten entlang des Grundstückes der Stadthalle, das dazugekauft wurde und wo sich derzeit der Parkplatz befindet, entlang der Stadthalle, entlang des Geländes der Entsorgungsbetriebe und dann in die Scholzstraße. Das wurde im Jahre 1991 beschlossen.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß dies der Verlauf des rechtsseitigen Radweges ist. Die Tankstelle befindet sich auf der linken Seite. Er bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, damit man ihn noch einmal prüfen kann. Da die ARAL-Tankstelle das Grundstück ohnehin nutzen kann, wird man die Planung des Radweges abwarten und dann sehen, ob man das Grundstück veräußern kann.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Tagesordnungspunkt 22.) zurückzustellen.

Bürgermeister Manzenreiter schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 23.) und 24.) gemeinsam zu beraten.

Pkt. 23.) Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Unternehmungen 1992

Pkt. 24.) Bericht des Kontrollausschusses zur Jahresrechnung der Unternehmungen 1992

Beleg. 31/32 Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Wirtschaftsverwaltung vom 1.6.1993.

Er informiert, daß ein Großteil des zahlenmäßigen Betriebsergebnisses deshalb besonders gut ist, weil es eine Änderung bei der Auszahlung der Pensionen gegeben hat. Da die Auszahlung der Pensionen nun über die Hoheitsverwaltung läuft, entsteht ein gänzlich anderer Eindruck. Die Finanzreferentin hat vorhin festgestellt, daß seine Freunde unbegründet sei, da er diese Maßnahme erst zu einem Zeitpunkt bemerkt hat, als alles schon beschlossen war. Er würde ihr nur auch wünschen, daß sie zumindest später noch merkt, was mitunter vorher beschlossen und ausgehandelt worden ist. Er nimmt bei allen seinen Entscheidungen zur Kenntnis, daß etwas nur geschieht, wenn es der SPÖ-Fraktion paßt. Damit muß man sich abfinden. Das heißt aber noch lange nicht, daß man sich nicht trotzdem darüber freut, wenn etwas in dieser Form über die Bühne geht. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher war sicher noch Kommunardin, als er bereits auf den Umstand hingewiesen hat, daß es nicht der Praxis in der Privatwirtschaft entspricht, wenn die Pensionen für die Unternehmungen von diesen selbst erbracht werden. Daher nimmt er die Bemerkung der Finanzreferentin sehr gelassen hin.

kauf, da es Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Schreibens des Kontrollausschusses vom 18.6.1993. Villach in den nächsten Jahren in das Kino noch einzubringen.

Frau Gemeinderätin Rettl stellt fest, daß das Betriebsergebnis des Kinos in diesem Jahr sicher nicht gut war - es war nämlich negativ. Warum, das wurde erläutert, das ist auch klar. Trotzdem muß sie darauf bestehen, daß man sich Gedanken über die Privatisierung des Kinos macht. Soviel sie weiß, laufen schon seit Monaten Verhandlungen der Finanzreferentin mit diversen Bewerbern. In der ersten Ausschußsitzung am 25. Februar hat ihr Mag. Palaschke zugesagt, daß in der nächsten Ausschußsitzung ein Bericht über den momentanen Verhandlungsstand vorgelegt wird. Das ist nicht geschehen. Es unterliegt anscheinend strengster Geheimhaltung. Auch der Ausschuß wird darüber nicht informiert. Es ist äußerst unmodern, wenn eine Stadt noch ein Kino in Besitz hat. Die Kinos in ganz Österreich werden von privaten Betreibern geführt. Daß das Vorteile hat, sieht man beispielsweise im Wulfenia-Kino in Klagenfurt. Das Wulfenia-Kino ist ein Premieren-Kino und Villach bekommt die Filme frühestens zwei Wochen nach der Premiere. Das bedeutet, daß es oft fünf bis sechs Wochen dauert, bis die guten Filme nach Villach kommen - bis dahin war die Jugend schon lange in Klagenfurt. Es gibt noch ein Kriterium, das der Stadt Villach viel Geld kosten wird. Die Anlage scheint schon ein bißchen altlich zu sein. Sie ist aus dem Jahr 1984, ist zwar erst neun Jahre alt, aber die Tonqualität im Kino ist äußerst mangelhaft. Sie ärgert sich jedesmal, wenn sie hinget und die Hälfte nicht versteht, da es kracht und rauscht. Sie bittet nun die Finanzreferentin, doch eine Aussage darüber zu tätigen, was sie über die Privatisierung denkt, wie der Verhandlungsstand ist, ob man darüber schon sprechen kann. Sie ist der Meinung, daß bei einer Verpachtung - wenn schon nicht Ver-

kauf, da es sich um ein fixes Gebäude handelt - die Einnahmen größer sein würden als das, was die Stadt Villach in den nächsten Jahren in das Kino noch hineinstecken muß.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher derzeit in seinem Auftrag Verkaufsverhandlungen führt, über die aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht berichtet werden kann. Der zuständige Referent, Stadtrat Pacher, wird entscheiden, wann er den Ausschuß darüber informiert. Das erste Gespräch wird zwischen der Finanzreferentin, ihm und Stadtrat Pacher stattfinden. Dieser wird entscheiden, wann informiert wird.

Stadtrat Pacher kann nur sagen, daß es derzeit, da die Verhandlungen noch laufend sind, nichts zu berichten gibt. Es wird selbstverständlich der Ausschuß vom Ergebnis dieser Verhandlungen entsprechend informiert werden.

zu Pkt. 23.)

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die Jahresrechnung der Unternehmungen gemäß § 73 Abs. 4 des Villacher Stadtrechtes festzustellen.

zu Pkt. 24.) Gemeinderat hat ein Volumen von 7.500 m³. Weiter
nach die S 101. Der Gemeinderat beschließt
21.842 m³. Das bedeutet, daß dort eine Menge an Wasser
verbraucht gegeben ein stimmig,
dies Jahresrechnung der Unternehmungen in der vorliegenden
Form gemeinsam mit dem Bericht des Kontrollamtes zur
Kenntnis zu nehmen.

Pkt. 25.) Wasserverbrauch Bau-, Wohn- und
Siedlungsgenossenschaft "Heimat",
Objekt Muldensiedlung

Blg. 33 Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Dienststelle Kaufmännische Dienste vom
10.5.1993.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß im
vorliegenden Amtsvortrag der Dienststellenleiter und auch
der Abteilungsvorstand folgendes geschrieben haben: "Es
wäre denkbar, vom Wasserverbrauch 1991 auszugehen, da
bereits 1991 ein Mehrverbrauch von 12.772 m³ bzw. 32,6 %
gegenüber dem Vorjahr gegeben war." Dieser Verbrauch hätte
der Heimat bei sorgfältiger Kontrolle auffallen müssen.
In diesem Falle wäre die Behebung des Lecks frühzeitig
erfolgt und eine neuerliche Erhöhung des Wasserverbrauches
vermeidbar gewesen. Wenn S 101.212,-- als Förderung der
Heimat beschlossen werden, so ist das nichts anderes als
eine Unterstützung der Schlampigkeit dieser Baugenossen-
schaft. Er hat eine Schätzung durchgeführt. Der Sitzungs-

saal des Gemeinderates hat ein Volumen von 2.500 m³. Wenn man die S 101.000,-- durch S 5,-- dividiert, erhält man 20.242 m³. Das bedeutet, daß dort eine Menge an Wasser verlorenggegangen ist, die der zehnfachen Größe dieses Raumes entspricht. Das ist den Herrschaften der Baugenossenschaft nicht aufgefallen. Die FPÖ-Fraktion ist nicht bereit, diese Schlampigkeit zu unterstützen.

Frau Gemeinderätin Rettl erklärt, daß im Unternehmensausschuß sehr lange über diesen Fall diskutiert wurde. Was sie stört, ist, daß man auf die soziale Situation der Bewohner dort hinweist. Es hat mit den Bewohnern nichts zu tun. Die Bewohner müssen den Wasserverbrauch trotzdem zahlen und werden das nicht einsehen. Wenn die Stadt Villach jetzt für die Schlamperei einer Wohnbaugenossenschaft aufkommen muß, dann wird überhaupt kein Mensch in dieser Stadt Verständnis dafür haben. Es ist eindeutig festgestellt, daß es eine Schlamperei ist und daß man es hätte früher bemerken müssen, da schon vor einem Jahr 32 % mehr Wasserverbrauch festgestellt wurden. Die Heimat hat ihrer Meinung nach genug Rücklagen. Man kann die Zinsen dazu verwenden, das zu bezahlen.

Gemeinderat Spitzer hat im Unternehmensausschuß ebenfalls nicht seine Zustimmung gegeben, da der Referent festgestellt hat, daß es ein Versäumnis der Baugenossenschaft war. Es kann schließlich nicht so sein, daß jemand, der von dem großen Wasserverlust weiß, nicht in der Lage ist, dies zu melden, damit die Leitung kontrolliert und repariert wird. Im Antrag ist zu lesen, daß der Verursacher die Heimat war. Er ist der Meinung, daß nicht die Bewohner der Muldensiedlung und auch nicht der Bürger der Stadt Villach dafür aufkommen müssen, sondern jene, die von diesem Mißstand gewußt und ihn nicht behoben haben. Er wird diesem Antrag nicht seine Zustimmung geben.

obliegt auch jedem anderen Wasserverbraucher. Das Wohnungsgesetz zu kontrollieren. Gemeinderat Ing. Woschitz führt aus, daß der Gemeinderat heute einen Brandrede von Gemeinderat Zussner gehört hat, wonach im Wohnungsausschuß Delogierungen an der Tagesordnung seien. Wenn man im Mietrechtsgesetz nachsieht, dann weiß man auch, wie schwer oder wie leicht eine Delogierung vorzunehmen ist. Es ist ein Antrag um Delogierung ein Schuß vor den Bug wenn jemand die Miete nicht zahlt und nicht mehr. Man sieht nun aber auch, wie mit zweierlei Maß gemessen wird. Einerseits wird es kritisiert, wenn man jemandem nur eine Delogierung androht, weil er die Miete nicht zahlt. Andererseits will man von den Leuten S 100.000,-- abzwiegen, nur weil man nicht genau weiß, wo das Leck war. Ein Drittel Mehrverbrauch, merken viele daheim wahrscheinlich auch nicht. Es war nicht genau feststellbar, wo das Leck war. Man kann nicht die sozial bedürftigen Mieter der Wohnanlage in den Auen dafür verantwortlich machen. Frau Gemeinderätin Rettl hat von den Rücklagen gesprochen.

Frau Gemeinderätin Rettl erklärt, daß sie von den Rücklagenzinsen gesprochen hat.

Gemeinderat Ing. Woschitz stellt fest, daß Frau Gemeinderätin Rettl auch eine Mietwohnung hat. Was würde sie sagen, wenn das Geld, das sie eingezahlt hat, von der Wohnbaugesellschaft verbraucht werden würde. So ist das mit den Rücklagen auch. Zur Beruhigung kann man nur sagen, daß viele Millionn Schilling an Rücklagen in das Sonderwohnbauprogramm in Villach fließen.

Stadtrat Pacher ersucht, daß es zu einer einstimmigen Beschlußfassung kommen sollte. Die Formulierung, die hier gewählt wurde, wonach es Aufgabe der Heimat gewesen wäre, die Kontrolle vorzunehmen, stimmt. Es

obliegt auch jedem anderen Wasserbezieher, das Leitungsnetz zu kontrollieren. Er hat sich jedoch trotzdem dieser Sache sehr genau angenommen. Er kennt die Muldensiedlung als eine Siedlung, in der Menschen wohnen, die nicht über entsprechende finanzielle Güter verfügen. Er hat festgestellt, daß dort sehrwohl eine Sondersituation vorliegt. Es sind die Häuser der Muldensiedlung nicht, wie sonst üblich, mit einem einzelnen Wasserzähler versehen, bei dem es relativ leicht ist, ein Leck festzustellen, da es nur in einem sehr lokalen Bereich sein kann, sondern dort sind in etwa 90 Wasserbezieher angeschlossen. Jetzt hat man also festgestellt, daß dort ein übermäßiger Wasserverbrauch besteht. Der Sommer war damals sehr trocken und man ist davon ausgegangen, daß es sich um einen übermäßigen Wasserverbrauch handelt, da sich der Verbrauch nicht lokalisieren ließ. In der Folge, nachdem der Verbrauch trotzdem gestiegen ist, hat man dann die Stelle gesucht und gefunden. Er ist daher der Meinung, daß es durchaus berechtigt ist, in dieser Situation einen entsprechenden Abschlag zu geben, und daß die Mieter in der Muldensiedlung nicht zur Kasse gebeten werden sollten, da sie unmittelbar kein Verschulden trifft. So etwas kann nicht aus den Rücklagen, sondern es muß aus den Betriebskosten beglichen werden. Das sollte hier nicht der Fall sein.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der VLT-Fraktion):

Dem Antrag der "Heimat" auf Ermäßigung der Jahreswasserabrechnung 1992 wird nur mit Rücksicht auf die soziale Bedürftigkeit der Mieter insoweit entsprochen, als für die Wasserabrechnung 1992 der "Heimat", Objekt Muldensiedlung,

Der Villacher Pkt. 28.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Ge-
vor kurzem mit Gemein- meinderatsfraktion - Einrichtung
der mit Markbeschlüssen eines ärztlichen Bereitschafts-
nicht auch nach Villach dienstes
ganz bekannt gegeben wurde. Der Antrag wurde als ein
aufgegriffen. Wird zurückgestellt.

Pkt. 29.) Marktordnung der Stadt Villach -
Regelung des Fahrzeugverkehrs
auf Märkten - Änderung

Beleg 34

Stadtrat Pfeiler berichtet im Sinne des
Amtsvortrages des Marktamtes vom 20.4.1993.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz.

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt
fest, daß die FPÖ-Fraktion diesem Amtsvortrag nicht ihre
Zustimmung geben wird. Wenn der Markt, wie es von der
FPÖ-Fraktion seit nunmehr genau zwei Jahren gefordert
wird, dorthin gekommen wäre, wo er hingehört, nämlich auf
den Kaiser-Josef-Platz, gäbe es dieses Ansinnen überhaupt
nicht. Sie empfindet diese Maßnahme als eine Schikane den
Autobesitzern der Innenstadt gegenüber, die ohnedies nicht
wissen, wo sie ihren Wagen abstellen sollen. Wenn wirklich
ab und zu einmal ein Fahrzeug an Markttagen am Burgplatz
steht, so kann es den Marktbetrieb nicht behindern, denn
die paar Stände, die den Villacher Grünmarkt heute nur
mehr ausmachen, haben immer noch Platz in Hülle und Fülle.

Der Villacher Markt ist leider kein Markt mehr. Sie war vor kurzem mit Gemeinderat Zellot in Klagenfurt und hat dort mit Marktbeschickern gesprochen und gefragt, ob sie nicht auch nach Villach kommen würden und hier ihre Ware zum Verkauf anbieten möchten. Als Antwort bekam sie in ein mitleidiges Lächeln und die Aussage, daß der Markt in Villach kein richtiger Markt sei und auch viele Villacher aus diesem Grund nach Klagenfurt auf den Markt kämen. Es gibt daher von der FPÖ-Fraktion keine Zustimmung für diese brutale Methode des Abschleppens, die in keiner Weise notwendig und gerechtfertigt ist.

Frau Gemeinderätin Schaumberger würde bitten, wenn man schon zu Anträgen Stellung nimmt, daß man sie vorher durchliest. Es geht in diesem Fall nicht um den Kaiser-Josef-Platz oder den Burgplatz, sondern es geht in diesem Fall um alle Marktplätze und damit auch um den Dreikönigsmarkt und um den Lorenzmarkt. Wenn also dort, wo die Stände aufgestellt werden, irgendwo ein Auto steht und damit das Marktgeschehen behindert, sollte abgeschleppt werden. Es ist sehr schade, wie Frau Gemeinderätin Steinkellner immer wieder diesen Platz, den Kaiser-Josef-Platz, mit Negativwerbung ausstattet. Sie gibt zu bedenken, was Frau Gemeinderätin Steinkellner diesem Platz damit angetan hat. Frau Gemeinderätin Steinkellner wollte und will noch immer die SPÖ-Fraktion damit treffen und trifft eigentlich alle Wirtschaftstreibenden. Sie bittet Frau Gemeinderätin Steinkellner, bei ihrer Kollegin, Frau Gemeinderätin Rettl, ein bißchen zu lernen, die es sehr fabelhaft versteht, mit allen anderen Geschäftsunternehmern in dem Gebiet für die Freihausgasse immer wieder im positiven Sinne Werbung zu machen. Sie hat sich letztlich erst wieder sehr dafür bedankt, daß die Galerie jetzt "Galerie in der Freihausgasse" heißen wird. Frau Gemeinderätin Steinkellner sollte die Verantwortung für den Kai-

ser-Josef-Platz, den sie jetzt lange genug totgeredet hat, alleine übernehmen. Sie möchte noch zum Markt das eine oder das andere sagen, weil er einerseits totgeredet wird und andererseits der Referent, Bürgermeister Manzenreiter, doch sehr viel erreicht hat. Der Bürgermeister und sie haben Märkte besichtigt. Frau Vizebürgermeisterin Dkfm. Feldgrill-Zankel hat ihnen in Graz alle Märkte gezeigt hat. Von der Landwirtschaftskammer aus waren sie am Bozner Markt und auf einigen anderen italienischen Märkten. Der Bürgermeister und sie haben Gespräche mit der Landwirtschaftskammer geführt, um auch in Villach mehr Gemüsebauern zu motivieren, Gemüse anzubauen und zu verkaufen. Sehr lange hat es die alte VP-Bauernpartei verstanden, keine Gartenbaufachschule zuzulassen. Die SPÖ-Fraktion hat es nun gegen argen Widerstand auch der freiheitlichen Partei im Lande geschafft, daß es ab Herbst eine Gartenbaufachschule geben wird und damit auch eine Grundlage, um den Villacher Markt mit mehr Gartenbaubetrieben zu beleben. Der Bürgermeister und sie haben auch Gespräche mit den Biobauern geführt, sie haben Gespräche mit Herrn Löschenkohl und Herrn Lastin geführt. Es sind Gespräche mit dem Raiffeisenverband geführt worden, der im Herbst eine Folientunnelaktion starten wird. Man sieht - einige reden, nur wenige handeln. Der Bürgermeister und die SPÖ-Fraktion haben gehandelt. Sie lädt dazu ein, nun endlich die Bauern und das Marktgeschehen in Ruhe zu lassen oder dafür zu arbeiten.

Gemeinderat Dr. Ertl ist der Meinung, daß es möglich gewesen wäre, sich die Fahrt nach Graz zu ersparen, um sich die Ratschläge von Frau Vizebürgermeisterin Dkfm. Feldgrill-Zankel einzuholen. Stadtrat Pacher hat als Marktreferent sehrwohl Vorschläge gebracht, wie man das Marktgeschehen in Villach beleben könnte. Er gibt Frau Gemeinderätin Schaumberger insofern recht, als man die

eigene Stadt nicht schlecht machen sollte. Man soll nicht einzelne Gebiete, die Probleme haben, schlecht machen. Man soll arbeiten und dafür sorgen, daß das in Ordnung kommt. Von seiten der SPÖ-Fraktion hat man nur immer Verhinderung feststellen müssen. Was nun gesagt wurde, freut ihn. Er hofft, daß es durchgesetzt und realisiert werden kann. So, wie das Gebiet derzeit aussieht, würde er als Unternehmer dort sicher keinen Betrieb eröffnen. Das liegt jedoch in der Verantwortung der SPÖ-Fraktion.

Frau Gemeinderätin Steinkellner möchte auf die - sie möchte nicht sagen unqualifizierten - aber doch sehr eigenartigen Argumente von Frau Gemeinderätin Schaumberger gar nicht eingehen. Es freut sie trotzdem, daß diese sich nun in Sachen Marktplatz und Kaiser-Josef-Platz doch ein bißchen bewegt hat. Wie ihr Vorredner bereits ausgeführt hat, hätte sich Frau Gemeinderätin Schaumberger gar nicht so weit bewegen müssen. Es hätte genügt, schon früher nach Klagenfurt zu fahren und sich den Markt dort anzusehen. Es freut sie, daß nun etwas getan wird, und sie ist stolz darauf, daß Frau Gemeinderätin Schaumberger sich bewegt, denn ohne den Antrag, den die FPÖ-Fraktion vor zwei Jahren eingebracht hat, hätte Frau Gemeinderätin Schaumberger sich bis heute noch nicht bewegt.

Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß es der Vorteil der FPÖ-Fraktion ist, Zusammenhänge zu erkennen und die Überleitung vom Abschleppen von Fahrzeugen auf Märkten zu dem Antrag zu schaffen, den sie vor zwei Jahren eingebracht hat. Frau Gemeinderätin Schaumberger hat gemeint, die FPÖ-Fraktion hätte den Amtsvortrag nicht gelesen und hat dann auch von etwas anderem gesprochen. Die Geschäftsverteilung wurde heute bereits behandelt. Es hat einmal einen Marktreferenten gegeben, der zumindest eine Veranstaltung im Casino durchgeführt hat. Bei

dieser Veranstaltung war auch er anwesend. Es ist ihm so vorgekommen, als wolle Frau Gemeinderätin Schaumberger die Bauern vom Negativen überzeugen, also von der Nichtverlegung. Wenn die FPÖ-Fraktion noch zwei Mal die Chance gehabt hätte, mit diesen Bauern zu sprechen, dann hätten sie der Verlegung des Marktes auf den Kaiser-Josef-Platz zugestimmt. Wenn man die Gegend dort kennt, ist es logisch, daß man, wenn man eine Fußgängerzone schafft, auch irgendwo Parkplätze braucht - das wäre der Burgplatz gewesen. Man hätte einfach mit einer Verordnung den Markt auf den Kaiser-Josef-Platz verlegt. Die SPÖ-Fraktion spricht in diesem Zusammenhang immer von einer Zwangsbeglückung, es gibt jedoch dort auch Bewohner und Konsumenten, die man fragen muß. Ein Großteil der dort ansässigen Bevölkerung wünscht sich eigentlich diesen Markt am Kaiser-Josef-Platz. Damit hätte man das Problem mit dem Abschleppen, das nun angerissen wird, in Villach nicht, da man am Burgplatz entsprechende Parkplätze hätte. Nach Stadtrat Pacher hat Bürgermeister Manzenreiter das Markreferat übernommen. Dieser hat es ein Jahr lang festgearbeitet und nun hat er es Stadtrat Pfeiler übergeben. Es sieht so aus, als wäre der Bürgermeister mit der Problematik auch nicht zurande gekommen.

Gemeinderat Mag. Raup möchte von der leidigen Diskussion der Plätze weg- und zum Markt zurückkommen. Haben wir die Bauern, die uns genügend Gemüse und Grünzeug anbieten können, das der Konsument sich wünscht? Er weiß, daß nur zwei Gemüsebauern regelmäßig am Villacher Markt anbieten, daß Herr Terzieff oder andere, vor allem Bulgaren und andere Gemüsebauern, die in Villach und der Umgebung tätig waren, inzwischen ihre Arbeit längst eingestellt haben und daß es in Villach einen gewissen Mangel und ein eintöniges Angebot gibt. Er ist der Meinung, daß Frau Gemeinderätin Schaumberger vollkommen Recht hat, wenn

sie erklärt, daß zuerst einmal das Angebot vorhanden sein müsse. Man kann ihnen nicht einen Platz anbieten, wenn schließlich nur 15 oder 20 Produkte regelmäßig von allen angeboten werden. Es hat die Fleischerei in der Gasse daneben genau dasselbe wie der Bauer. Da stimmt irgendetwas nicht. Darum fahren auch viele zu anderen Märkten. Dort bekommen sie wahrscheinlich im April Basilikum, was in Villach um diese Zeit nicht möglich ist. Wenn am Markt Palmkätzchen verkauft werden, wenn jeder seine Palmkätzchen inzwischen selber schneiden kann, wird das nicht attraktiv sein. Man muß etwas für die Produktpalette und das Umfeld um Villach tun. Welche Gemüsebauern rund um Villach bauen Gemüse an und wollen und können es hier am Markt verkaufen? Man wird erkennen, daß es hier einen großen Mangel gibt. Das ist die Ursache dafür, daß der Villacher Markt nur in eine bestimmte Richtung ausgerichtet ist. Das muß geändert werden, die Produktpalette muß vervielfältigt werden. Man muß wieder Gemüsebauern im Umfeld von Villach haben, dann wird auch das funktionieren.

Stadtrat Pfeiler möchte die Situation am Kaiser-Josef-Platz, soweit er es beurteilen kann und er die Diskussion kennt, kurz beleuchten. Es ist eigenartig, daß ausgerechnet jene, die ständig der freien Marktwirtschaft das Wort reden und gegen die Einmischung öffentlicher und staatlicher Stellen in die private Wirtschaft sind, in dieser konkreten Frage dem staatlichen Dirigismus das Wort reden. Alle Vorschläge, die bis jetzt präsentiert wurden, waren darauf ausgerichtet, daß man die wenigen Bauern, die noch da sind, auch noch zwingt, daß sie dorthin müssen, wohin sie nicht wollen, damit diese auch noch wegbleiben. Das war die einzige Alternative, die man bis jetzt gehört hat. Die Sozialdemokraten wollen weiterarbeiten und wollen nicht nur nörgeln und etwas vermiesen. Dieser Amtsvortrag hat unmittelbar überhaupt

nichts mit dem Kaiser-Josef-Platz zu tun, weil er nur eine Änderung des Marktrechtes darstellt. Wo immer der Markt in Villach ist - wenn jemand durch ein abgestelltes Fahrzeug diesen Markt behindert, besteht das Recht, das Fahrzeug abzuschleppen. Das ist eine sinnvolle Maßnahme, der man nur zustimmen kann. Er versteht die Diskussion und die Aufregung nicht. Er ersucht um Zustimmung zu diesem Amtsvortrag.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Dem § 29 der Marktordnung der Stadt Villach vom 23.11.1979 i.d.g.F., welcher den Fahrzeugverkehr auf Märkten regelt, ist folgender Absatz (5) hinzuzufügen:

- (5) Wird durch einen Gegenstand auf Marktflächen, insbesondere durch ein geparktes Fahrzeug, der Marktbetrieb erheblich beeinträchtigt, so kann das Marktaufsichtsorgan die kostenpflichtige Entfernung des Gegenstandes veranlassen.

Pkt. 30.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Durchführung einer Verwaltungsanalyse

folg. 35

Gemeinderat Samnitz meldet sich zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag, nur die Antragstellung zu verlesen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

beim Tagesordnungspunkt 30.) das verkürzte Verfahren anzuwenden und nur die Antragstellung zu verlesen.

Stadtrat Haslinger berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 27.4.1993.

Gemeinderat Zellot führt aus, daß sich die Frage stellt, warum man keine Verwaltungsanalyse durchführen soll. Viele Geschäftsstücke, und das zeigt die Praxis, landen in den Mühlen der Bürokratie. Das jüngste Beispiel: Am Freitag gab ein gewissenhafter Schriftführer einer Genossenschaft ein Schriftstück an die Stadt Villach ab. Der zuständige Beamte antwortete in einem Gespräch, bei dem er dabei war, er habe das Schriftstück noch nicht erhalten. Das ist ein praxisbezogenes Beispiel. Heute hat sich wieder gezeigt, daß auch der Bürgermeister dafür ist. Der Erlagschein über S 3,-- und die Anhäufung von mehreren Schriftstücken zeigt, daß solche Dinge in Zukunft

durch eine Verwaltungsanalyse, was den Schriftverkehr in dieser Stadt betrifft, vermieden werden können. Man könnte dann wirklich mit vollem Stolz sagen: "Villach führt". Dieser Gedanke verknüpft sich auch mit einem geplanten Rathausumbau. Man sollte darüber nachdenken, wieviel fehlt und wieviel man noch braucht. Er möchte damit nur kundtun, daß es sich nicht um einen politischen Krieg handelt, sondern es handelt sich hier nur um einen Krieg gegen den Bürokratismus, der in verschiedenen Situationen entsteht. Es handelt sich hier um nichts anderes, als um die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit in diesem Rathaus. Der Antrag der FPÖ-Fraktion ist nichts schlechtes, da er jedoch von der FPÖ-Fraktion gestellt wurde, wird er natürlich abgelehnt. Er findet das sehr schlecht, da sich dieser Amtsvortrag gegen den Willen und das Wohl der Villacher Bevölkerung richtet.

Gemeinderat Spitzer hat selbst in diesem Haus in Frühjahr einige Dinge erlebt - er hat das bereits bei der letzten Gemeinderatssitzung vorgebracht. Es kann nicht sein, daß es in der Baupolizei einen Bediensteten gibt, der versucht, die Anliegen der Villacher Bevölkerung so zu verzögern, daß ein Schaden von S 300.000,-- entsteht. Man hat diesem Herrn den Akt dann abgenommen und einem anderen übergeben. Plötzlich war dieser Akt innerhalb einer Woche erledigt. Dieser betreffende Mann hat auch noch die Präpotenz besessen, daß er seinen Nebenberuf als Fahrlehrer dazu verwendet hat, außer Dienst zu einer Baustelle zu fahren und dort den Bau einzustellen. Solche Dinge müssen unterbunden werden. Deswegen ist auch er der Meinung, daß man einmal überprüfen soll, ob jemand die Fähigkeiten besitzt, in dieser Sparte seinen Dienst zu versehen. Wenn dies nicht der Fall ist, sollte man ihn auf einen Posten versetzen, auf dem er nicht mehr einem Villacher Bürger in dieser Form einen Schaden anrichten kann.

kann er sich vorstellen, wieviel Leute dabei vollkommen unnötig beschäftigt sind. Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß es wirklich schade ist, daß dieser Amtsvortrag nicht vorgelesen werden konnte. Aus dem Amtsvortrag würde man erkennen, daß eine Verwaltungsanalyse in Villach angebracht ist. Man benötigt immerhin fünf Seiten, um einen relativ kurzen Amtsvortrag abzulehnen. Eine Verwaltungsanalyse wäre der richtige Weg. In der Privatwirtschaft muß man diesen Weg gehen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Jeder, der sich mit derartigen Analysen auskennt, weiß, daß man problemlos, das hat er heute schon einmal gesagt, 25 bis 30 % einsparen kann. Das heißt nicht unbedingt, daß man deswegen weniger Arbeitsplätze hat. Es gibt jedoch Schwachstellen in einer Verwaltung und durch Umstrukturierung kann man die Effizienz steigern. Die Optimierung einer Aufbau- und Ablauforganisation ist eine Notwendigkeit. Man spricht heute von einer Verflachung der Hierarchiestufen, damit die Leute an den Posten mehr Verantwortung bekommen. Man umschreibt das mit einem englischen Wort - Job-Enrichment, zum Unterschied zu Job-Enlargement. Der Mensch, der im Magistrat arbeitet und eine monotone Arbeit durchführt, kann bei einer solchen Verwaltungsanalyse auch positiv abschneiden, weil dadurch seine Arbeit vielleicht bereichert wird. In diesem Amtsvortrag wird auch auf die Systemfehler Bezug genommen. Systemfehler gibt es wirklich. Man muß ein paar Beispiele anführen. Bei einer Bauverhandlung sagt beispielsweise ein Beamter, daß man diesen Baum abschneiden kann - man muß aber wieder einen neuen Baum pflanzen. Das wird dann im Protokoll festgehalten. Dann kommt der nächste Beamte vom Stadtgartenamt, sieht das, macht eine Anzeige. Dann wird wieder ein Amt eingeschaltet, es wird eine Strafanzeige gemacht. Wenn man sich anschließend die Vorgänge durchsieht, muß man erkennen, daß man mit einer Strafanzeige nicht durchkommt und muß das Verfahren einstellen. Wenn jemand nur ein bißchen von Arbeit versteht,

kann er sich vorstellen, wieviel Leute dabei vollkommen unnötig beschäftigt waren. Es gibt in Villach keinen Energiebeauftragten. Das ist heute auch schon angesprochen worden. Wenn man die Verwaltung effizienter gestaltet, kann man vielleicht einen installieren, ohne daß Kosten verursacht werden. Auch die Einstellung eines Koordinators für den Umweltbereich, der die Entsorgung, die Öffentlichkeitsarbeit usw. koordiniert, wäre beispielsweise möglich. Man könnte diese Reihe endlos fortsetzen. Die FPÖ-Fraktion hat einen Antrag auf Objektivierung der Wohnungsvergabe eingebracht. Ex-Stadtrat Smoliner hat ihn in der Presse sehr gut verkauft. Das Objektivierungsverfahren wurde jedoch noch nicht eingeführt, obwohl die EDV-Systeme dafür vorhanden sind, da man nicht in der Lage ist, die Daten einzugeben. Das alles sind Dinge, die man ganz einfach durchleuchten muß. Ein normaldenkender Mensch weiß eben, daß solche Dinge ein Gebot der Stunde sind. Vor dem Bürgermeisteramt befand sich ein Schaukasten über die Franzosenzeit. Damals gab es beispielsweise ebenfalls eine Verwaltungsanalyse. Als die Franzosen in der napoleonischen Zeit Villach verwalteten, wunderten sich die Bürger der Umgebung plötzlich, da Akte in einem Tag erledigt wurden. Als die Franzosen abzogen, ist man wieder zum österreichischen System zurückgekehrt. Das war jetzt ein Spaß am Rande. Das bedeutet jedoch, daß man derartige Reparaturen der Systeme von Zeit zu Zeit vornehmen muß. Natürlich gibt es für eine sozialistische Mehrheit in einer Stadt wie Villach ein Problem. Über 30 oder 40 Jahre lang haben sich die Sozialisten eine Infrastruktur unter den Beamten aufgebaut. Es gibt ein riesiges Bürgermeisteramt, es gibt ein riesiges Veranstaltungsamt. Nun könnte plötzlich jemand von außen kommen, der mitteilt, daß man hier wegrationalisieren könnte. Das ist das einzige, was einer derartigen Verwaltungsanalyse entgegensteht.

Stadt Villach Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hinterfragt, ob Stadtrat Ing. Klamt mit seinen Vergleich der Franzosenzeit nicht etwa indirekt vorgeschlagen hat, man sollte sich wieder von den Franzosen besetzen lassen, damit die Verwaltung wieder ordentlich funktioniert?

Gemeinderat Mag. Burian stellt fest, daß es eigentlich keinen vernünftigen Grund gibt, eine solche Verwaltungsanalyse nicht durchzuführen. Etwas derartiges ist seiner Meinung nach bereits seit Jahren notwendig. Für einen modernen Betrieb, und als solcher sollte sich auch der Magistrat verstehen, sollte das selbstverständlich sein. Das sollte man nicht als persönlichen Angriff gegen irgendeinen Beamten sehen. Auch die Beamtenschaft sollte eigentlich für so eine Analyse sein. Es kann eigentlich nur jemand dagegen sein, der der Meinung ist, es gäbe irgendetwas zu verbergen.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß man natürlich jedes Jahr oder jedes Vierteljahr oder jedes Monat eine derartige Untersuchung durchführen kann. Tatsache ist, daß in seiner Amtszeit vor etwa drei Jahren vom kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum mit einem deutschen Verwaltungsfachmann die Villacher Verwaltung studiert wurde und es ein umfangreiches Papier zur Organisation des Rathauses gibt. Man ist nun in vielen Bereichen dabei, diese Dinge umzusetzen. Es gibt genauso ein privates Institut, das derzeit den Wirtschaftshof und Teile der anderen Bereiche mituntersucht. Es hat jedoch keinen Sinn, laufend neue Konzepte zu entwickeln, wenn die alten noch nicht verwirklicht sind. Es ergibt keinen Sinn, wenn man alle zwei, drei Jahre, nur weil es gut klingt, eine neue Verwaltungsreform oder Untersuchungen durchführt. Es gibt ein paar Eckdaten. Das eine ist die Zahl der Beschäftigten beim Magistrat der Stadt Villach. Dabei hält die

Stadt Villach mit jeder anderen Stadt jeden Vergleich im positiven aus. Betreffend den Prozentsatz der Kosten für die Mitarbeiter hält die Stadt Villach jeden Vergleich in Österreich mit jeder anderen Stadt im positiven aus. Man ist in diesem Bereich bereits vor drei oder vier Jahren tätig geworden. Es gibt seitenlange Papiere, die immer wieder verfolgt werden, soweit das möglich ist. Er hält nichts davon, laufend neue Konzepte zu entwickeln.

Stadtrat Ladstätter erklärt, daß es aus der Sicht der FPÖ-Fraktion unverständlich ist, warum die Mehrheitspartei diesem Antrag nicht folgen kann. Stadtrat Ing. Klamt hat bereits anschaulich dargestellt, warum eine Verwaltungsanalyse notwendig wäre. Es gibt auch Widersprüche in der Richtung, daß man jetzt den Wirtschaftshof organisatorisch untersucht. Es ist vermutlich so, daß man den Wirtschaftshof nun deshalb untersucht, weil dort hochbezahlte Akademiker über Jahre hindurch versagt haben. Sie haben so versagt, daß teilweise die Belegschaft des Wirtschaftshofes die Tätigkeit dieser Leute fast belächelt hat. Wenn hochdotierte Leute eine Stunde hindurch mit einem Papier hinaufgehen um damit nach einer Stunde wieder herunterzukommen, ohne effizient zu sein, ist das natürlich traurig. Wenn interne Umstrukturierungen nicht greifen, geht man nun den Weg der Organisationsuntersuchung und holt sich ein Institut von außen, um dann vielleicht das zu glauben, was festgestellt wird. Sicherlich ist derjenige, der die Kontrolle von außen durchführt, nicht angreifbar für die Leute, denen von innen nichts gelungen ist. Zur Verwaltungsanalyse des Magistrates Villach, zur Hoheitsverwaltung und den anderen Verwaltungsapparaten sei festzustellen, daß anerkannte Fachleute sagen, daß man hier in vielen Bereichen einsparen kann. Vor allem müßte es personelle Umschichtungen geben. Er denkt dabei vor allem an die sensible Materie im Wasserwerk. Da nunmehr

überall darüber gesprochen wird, wird es auch in Villach an der Zeit sein, hier effizient zu arbeiten, und zwar so zu arbeiten, daß man das Wasserwerk so umstrukturiert, daß man sicher sein kann, daß die Weichenstellungen richtig sind. Er fordert von dieser Stelle aus, daß das Wasserwerk einen Fachmann des Siedlungswasserbaues bekommt, denn derzeit liegen vor allem im Wasserwerk einige Sachen im argen. Über das Pumpwerk Urlaken wurde bereits gesprochen. Er ist nunmehr seit einem Jahr nicht mehr Unternehmensreferent. Seinerzeit wurde schon der Auftrag gegeben, das Pumpwerk Urlaken abzurechnen, was bis heute noch nicht geschehen ist. Hier kann man weder dem seinerzeitigen politischen Referenten einen Vorwurf machen, noch dem heutigen politischen Referenten, denn es ist sicherlich nicht seine Aufgabe, das Pumpwerk abzurechnen. Das kann nur Aufgabe jenes Mannes sein, der auf Verwaltungsebene die Verantwortung trägt. Das ist Aufgabe des Dienststellenleiters oder jener Leute, die mit dieser Sache spezifisch betraut sind. Aus der Sicht der FPÖ-Fraktion bleibt die Forderung nach einer Verwaltungsanalyse. Es wird in anderen Städten sehr gut praktiziert. Man ist sehr erfolgreich. Im Magistrat Villach müßte es in gewissen Fällen sicherlich personelle Umstrukturierungen geben.

Stadtrat Pacher erklärt, daß die ÖVP-Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben wird. Er möchte das wie folgt begründen. An und für sich sind Überprüfungen, die auch die Effizienz der Verwaltung betreffen, natürlich sinnvoll. In der städtischen Verwaltung wurde, vermutlich ausgelöst durch den vor nicht allzu langer Zeit gefaßten Beschluß, eine Reform und Änderungen nicht nur in der Geschäftsverteilung, sondern auch in der Aufgabenzuteilung und der Verwaltung durchzuführen, diese Herausforderung von den Mitarbeitern dieses Hauses eigentlich sehr aktiv aufgenommen. Es ist nicht allzu lange her,

daß der Rechnungshof die Stadt Villach kritisiert hat, was Effizienz, Kosten, Personalauslastung usw. anbelangt. Er ist der Meinung, daß die Mitarbeiter dieses Hauses diese Kritik einerseits und die daraus resultierende Herausforderung andererseits sehr emotional und engagiert aufgenommen haben. Die Zahlen im Budget beweisen es. Die Stadt Villach hat im ordentlichen Haushalt wie auch im außerordentlichen Haushalt ein Budget von einer Höhe, wie man sie vorher nicht kannte, und trotzdem ist es gelungen, die Personalkosten ständig zu senken. Er ist der Meinung, daß das sehr wesentlich vom Engagement der Mitarbeiter getragen wird. Überhaupt werden an eine Verwaltung im privaten Bereich und an eine öffentliche Verwaltung ganz unterschiedliche Anforderungen gestellt. Auch für die städtischen Unternehmen und die städtische Verwaltung sind unterschiedliche Anforderungskriterien vorhanden. Wenn man in der Privatwirtschaft eine derartige Verwaltungsanalyse durchführt, dann geht es darum, Kosten und Nutzen abzuwägen. Was mehr kostet als es nutzt, wird abgeschafft. Wer in der Politik tätig ist, weiß sehrwohl, daß man in einer öffentlichen Verwaltung nicht alle Dinge abschaffen kann, die zuviel kosten und wenig bringen, weil es oft darum geht, dem Bürger das Gefühl zu geben, daß er hier zu Hause ist, daß seine Wünsche, seine Vorstellungen Berücksichtigung finden. Wenn er im privaten Unternehmen einen Brief bekommt, bei dem er nur von außen das Gefühl hat, daß er vollkommen unwichtig ist, wird er im privaten Unternehmen weggeworfen. Er kann also dort entscheiden, wem er antwortet und wie er ihm antwortet. Der Bürger der Stadt Villach hat, wenn er sich an die öffentliche Verwaltung wendet, das Recht, daß seine Wünsche, seine Anfragen, behandelt werden. Es herrschen daher gänzlich andere Voraussetzungen als in einem Privatunternehmen. Er ist daher der Meinung, daß die Hauptmaßnahme, die hier im Haus bereits gesetzt wurde, die Einrichtung einer Schulungseinrichtung für die

Mitarbeiter war. Die Stadt Villach besitzt derzeit in St. Martin im ehemaligen Gewerkschaftsheim eine entsprechende Schulungseinrichtung. Man sollte abwarten, bis diese Schulungseinrichtung von den Mitarbeitern entsprechend genutzt werden konnte. Bis jetzt wurde diese Einrichtung sehr stark in Anspruch genommen. Es besteht unter den Mitarbeitern eine sehr große Bereitschaft, neue Wege zu gehen und auch neue Mechanismen, neue Techniken in Anspruch zu nehmen. Von einigen wurde behauptet, es gäbe Ängste, daß etwas aufgedeckt werden könnte. Man sollte nicht von dieser Annahme ausgehen. Man sollte den Mitarbeitern zum derzeitigen Zeitpunkt ein Signal geben, daß sie auf dem richtigen Weg sind, und zu einem weitaus späteren Zeitpunkt, wenn überhaupt, eine derartige Überlegung anstreben. Das ist der Grund, warum die ÖVP-Fraktion derzeit diesem Antrag auf Ablehnung die Zustimmung gibt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte nur ganz kurz die Ausführungen des Stadtrat Pacher insofern unterstreichen, als sie der Meinung ist, daß, wenn einmal das Rahmengerüst in Form einer groben Verwaltungsanalyse steht, es eher hinausgeworfenes Geld wäre, noch einmal für den Riesenbetrieb Stadt Villach eine allgemeine Analyse zu machen, aus der erst wieder in Form von vielen Arbeitsgruppen mit Hilfe Externer die Konsequenzen in jahrelanger Arbeit herausgefiltert werden müßten und vielleicht sehr lange auf sich warten ließen. Sie hält die Vorgangsweise, wie sie jetzt gewählt wurde, nämlich in Detailbereichen ganz gezielt nicht nur Analyse zu betreiben, sondern mit externen Beratern gleichzeitig auch nach Formen der Umsetzung und Umstrukturierung zu suchen, die dann sofort in der Praxis Niederschlag finden, für wesentlich effizienter und ist deshalb auch der Meinung, daß der vorliegende Amtsvortrag richtig ist.

Abrechnung des Stadtrat Haslinger stellt fest, daß es jedem vernünftigen Menschen hier im Hause und auch den politischen Mandataren, bekannt und geläufig sein müßte, daß eine öffentliche Verwaltung gewissen organisationsrechtlichen Bestimmungen, die vom Gesetz vorgegeben sind, unterliegt. Gegen diese gesetzlichen Bestimmungen ist es nicht möglich, irgendetwas in der vertikalen oder in der horizontalen Gliederung zu verändern, sondern hat sich die Verwaltung an die ihr vorgegebenen Rahmenbedingungen zu halten. Trotzdem wird seit dem Jahre 1988, und hier zeigt sich, daß die FPÖ-Fraktion wieder einmal hinten nachschwimmt, wie in vielen anderen Bereichen, die Stadtverwaltung bemüht, effizienzsteigernd zu wirken. Nicht in der Form, daß sie durch eigene Leute untersuchen läßt, wo Schwachstellen in der Verwaltung vorhanden sind, sondern daß mit Hilfe externer Berater, die österreichweit, das kommunalpolitische Dokumentationszentrum, und bedeutend und anerkannt in der Bundesrepublik Deutschland, das Institut der kommunalen Gemeinschaftsstelle, sind, herangezogen worden sind, um Schwachstellen aufzudecken. Es werden aus diesen Erfahrungswerten im Gegensatz zu den Intentionen des Stadtrat Ing. Klamt, der um S 500.000,-- Untersuchungen im Schreibtisch liegen hat und nichts daraus macht, in der Verwaltung sehrwohl die Ergebnisse umgesetzt. Es ist schon erwähnt worden - der Wirtschaftshof, der derzeit untersucht wird, aber auch weil uns das Kindergartenwesen von den Kosten her doch einige Sorgen bereitet, wird auch das Kindergartenwesen einer Untersuchung unterzogen, um eine Möglichkeit herauszufiltern, eventuell kostenminimierend tätig zu werden. Er möchte nur auf eine Wortmeldung eingehen, und zwar auf die Wortmeldung von Stadtrat Ladstätter. Wie es nicht anders sein kann, hat er es offenbar auf einen österreichweit anerkannten Betriebsleiter im Bereiche des Wassers abgesehen, weil er ihm offensichtlich nicht hörig war. Wenn Stadtrat Ladstätter die

Abrechnung des Pumpwerkes Urlaken fordert, so muß man wissen, daß zu diesem Zeitpunkt der Betriebsleiter durch einen äußerst schweren Verkehrsunfall und einen persönlichen Schicksalsschlag nicht in der Lage war, das Wasserwerk zu führen, aber der Hofknecht des Stadtrat Ladstätter war damals der stellvertretende Leiter des Wasserwerkes und dieser wäre verpflichtet, die Abrechnung durchzuführen. Das ist trotzdem bis heute nicht geschehen. Die Wortmeldung von Stadtrat Ladstätter hat darüberhinaus ganz klar die Demaskierung der FPÖ-Fraktion gegenüber den Beamten des Hauses zum Ausdruck gebracht. Es geht ihnen nur darum, offenbar weitere Diffamierungen über die Beamten dieses Hauses in die Welt zu setzen, ohne irgendetwas sachliches, konkretes, aufzuzeigen. Sich auf einem billigen Aufhänger von S 3,-- stark zu machen, findet er doch eine schwache Leistung, weil überall eine Übergangsfrist anerkannt und gegeben sein muß. Es verschließt sich kein Mensch einer Überprüfung oder einer Verwaltungsanalyse - aber dann, wenn sie notwendig erscheint und wenn Schwachstellen erkannt werden. Nur mit Pauschalverdächtigungen, wie sie hier seitens der FPÖ-Fraktion ständig in den Raum gestellt werden, kann man Verwaltungsanalysen ganz sicher nicht begründen. Aus diesem Grunde stellt er nochmals den Antrag, den selbständigen Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend die Durchführung einer Verwaltungsanalyse abzulehnen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, VIG- und VLT-Fraktion),

dem Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion auf Durchführung einer externen Verwaltungsanalyse mit dem Ziel, durch entsprechende Personalumschichtungen die Effizienz der Allge-

meinen Verwaltung zu steigern und damit vorhandene Systemfehler zu vermeiden, in dieser Form nicht die Zustimmung zu erteilen.

Wichtig ist, wie § 2, 467 und für jedes Kind. Das bei der Berechnung der Haushaltszulage zu berücksichtigen ist, wie § 246.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, folgendes zu genehmigen:

Pkt. 31.) Ergänzungszulagenverordnung

folg. 36

Stadtrat Haslinger berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Personalwesens vom 14.5.1993.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgendes zu genehmigen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Villach vom, Zl. 0121 - 11/2, über die Mindestsätze für die Bemessung der Ergänzungszulage nach dem Kärntner Dienstrechtsgesetz.

Aufgrund des § 43 (1) Stadtbeamtengesetz, LGBI.Nr. 60/69 i.d.g.F., in Verbindung mit § 254 (5) Kärntner Dienstrechtsgesetz, LGBI.Nr. 35/85 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Der Mindestsatz im Sinne des § 254 (5) Kärntner Dienstrechtsgesetz beträgt:

- 1.) für den Beamten S 7.000,-- und erhöht sich für den Ehegatten, der bei der Bemessung der Haushaltszulage zu berücksichtigen ist, um S 2.967,-- und für jedes Kind, das bei der Bemessung der Haushaltszulage zu berücksichtigen ist, um S 746,--;
- 2.) für den überlebenden Ehegatten S 7.000,-- und erhöht sich für jedes Kind, für das dem überlebenden Ehegatten eine Haushaltszulage gebührt, um S 746,--;
- 3.) für eine Halbwaise bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres S 2.614,-- und nach diesem Zeitpunkt S 4.644,--
- 4.) für eine Vollwaise bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres S 3.926,-- und nach diesem Zeitpunkt S 7.000,--
- 5.) für einen früheren Ehegatten S 7.000,--;

§ 2

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1993 in Kraft.
- (2) Mit dem Wirksamkeitsbeginn dieser Verordnung tritt die Verordnung des Gemeinderates vom 26.6.1992 über die Bemessung der Ergänzungszulage außer Kraft.

werde nun als Pkt. 32.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Naherholungsgebiet Gailspitz, Prossowitscher Au und Gailfluß vom Gailspitz bis Müllnern

Blg. 37

Stadtrat Ing. Klamt berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Natur- und Umweltschutz vom 22.3.1993.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderat Mag. Haider stellt fest, daß seines Wissens Umweltstadtrat Ing. Klamt den Antrag unterschrieben hat. Es ist eigentlich beschämend, wenn ein Umweltstadtrat so etwas unterschreibt, denn dieses Gebiet von Gailspitz bis Müllnern ist ein sehr wichtiges und großes Gebiet. Es ist sehr dringlich, Gestaltungsüberlegungen zu diesem Gebiet durchzuführen. Es handelt sich hier um Biotopschutz und um Biotopentwicklung. Es handelt sich um den Rückbau der Gail. Es handelt sich um die Gestaltung von Wanderwegen und Rastplätzen. Es handelt sich um so wichtige Fragen wie Besucherstromlenkung. Es handelt sich um die Abgrenzung zum umliegenden Gebiet, vor allem zum Industriegebiet Villach-Süd. Es handelt sich um die Reaktivierung von Tümpeln im Aubereich. Es handelt sich auch um die Reaktivierung von Altgailarmen. Fragen wie Fischerei und Jagd sollen auch mit erörtert werden. Das sind wichtige Fragen für dieses Gebiet. Zurzeit wird es jedes Jahr von Schülern besucht, die dort Schutt sammeln. Er war dieses Jahr mit einer Klasse dort. Es wurde in drei Stunden ein Container vollgefüllt, in einem wunderschönen Gebiet eigentlich. Das soll einfach nicht so weitergehen. Aus diesem Grund hat er diesen Antrag gestellt. Der Antrag

wurde nun abgelehnt, da die Ausführung Kosten verursacht. Und diesen Antrag hat Stadtrat Ing. Klamt unterschrieben. Er wurde im Umweltausschuß schon einmal behandelt. Nach langen Streitereien hat man sich dazu entschlossen, das Gebiet noch einmal zu bereisen und sich mit den Umweltbeiräten alles anzusehen. Das wurde durchgeführt. Der Antrag, der schon abgelehnt war, wurde zurückgestellt, bis die Bereisung stattgefunden hat. Das ist jetzt geschehen und es wurden dabei vielerlei Dinge besprochen. Jeder hat gemerkt, daß das wirklich wichtig ist. Nun ist der Antrag plötzlich wieder da und wird abgelehnt. Man müßte die Bereisung jedoch zuerst in einem Ausschuß besprechen. Es ist zu diesem Antrag daher erstens zu bemerken, daß es nicht richtig ist, wenn Stadtrat Ing. Klamt ihn als Umweltstadtrat überhaupt unterschreibt, denn so etwas unterschreibt man nicht, wenn man für die Umwelt ist. Zweitens ist zu bemerken, daß der Antrag noch einmal zurückgestellt und im Umweltausschuß behandelt werden muß. Man kann schließlich nicht eine Bereisung durchführen, bei der sich die meisten für Maßnahmen ausgesprochen haben, und dann das Ergebnis dieser Bereisung nicht in einem Ausschuß besprechen. Dr. Fuetsch hat irgendetwas zusammengeschrieben und Stadtrat Ing. Klamt hat das einfach unterschrieben. Stadtrat Ing. Klamt muß das ganz anders machen. Er erwarte eigentlich von einem Umweltstadtrat, daß er zu dieser Problematik Stellung nimmt, daß er einen Amtsvortrag vorlegt und Dr. Fuetsch sagt, was er zu schreiben hat, auch weisungsgebunden. Diesen Amtsvortrag kann Stadtrat Ing. Klamt dann unterschreiben. Dann kann Dr. Fuetsch dazuschreiben, daß er den Amtsvortrag weisungsgebunden so formuliert hat. Dann sehen wir klar. Dann kennt man die Einstellung von Stadtrat Ing. Klamt. Er selbst würde nicht etwas unterschreiben, zu dem er letztlich gar nicht stehen kann. Vielleicht steht Stadtrat Ing. Klamt tatsächlich dazu? Das kann er sich nicht vorstellen.

Villach, weil es damit eine Absiegung der...
...
Stadtrat Ing. Klamt dankt Gemeinderat
Mag. Haider für seine leidenschaftlichen Worte, die aus
dem Herzen kommen. Man muß erklären, wie es dazu gekommen
ist. Es gibt formellrechtliche Zwänge. Er hat den Antrag
eingebracht und ist für dieses Landschaftsentwicklungskon-
zept. Der Antrag wurde mit der Mehrheit der SPÖ-Fraktion
im Umweltausschuß abgelehnt. Formalrechtlich muß er nun
die Beratung des Umweltausschusses in den Amtsvortrag
einbringen. Das ist im Stadtrecht so geregelt. Er hat den
Amtsvortrag das erste Mal mit Vorbehalt unterschrieben und
hat jetzt den Vorbehalt gestrichen, da er nach dem Stadt-
recht verpflichtet ist, ihn so einzubringen. Das bedeutet,
daß er natürlich nicht materiell hinter diesem Antrag
steht, der ganz einfach die Beratung des Umweltausschusses
und die entsprechende Abstimmung widerspiegelt. Am Beginn
seiner Tätigkeit wollte er schon ein derartiges Entwick-
lungskonzept haben. Es wurde eine Bereisung durchgeführt.
Es haben die politischen Mandatäre und auch die Umweltbei-
räte die Möglichkeit gehabt, sich ein Bild vom Süden Vil-
lachs zu machen. Es ist aber formalrechtlich so, daß die-
ser Antrag im Gemeinderat zurückgestellt wurde und jetzt
auch wieder in den Gemeinderat kommen muß. Er hofft, daß
diese Bereisung insbesondere an den sozialistischen Man-
dataren nicht spurlos vorbeigegangen ist. Er hofft auch,
daß diese sich eine Meinung gebildet haben und daß sie
gegen diesen Amtsvortrag stimmen werden. Es muß im Süden
von Villach etwas passieren. Das muß nicht unbedingt vom
Umweltreferat aus geschehen, denn im Prinzip ist das ganze
eine Frage der Stadtplanung, denn dieser Süden Villachs
muß geplant werden. Natürlich müssen die Intentionen der
Landschaftsplanung berücksichtigt werden. Der Wert gewach-
sener Natur muß auch beim Planungsreferenten einfließen.
Wenn jetzt die sozialistische Mehrheit diesen Amtsvortrag
bestätigt, dann ist das eigentlich ein Offenbarungseid für

Villach, weil es damit eine Absegnung dieser, man kann fast sagen, katastrophalen Zustände im Süden - Gailspitz, Maria Gailer Straße usw. - ist. In diesem Sinne appelliert er um entsprechendes Stimmverhalten. Er wird auf jeden Fall gegen diesen Amtsvortrag stimmen.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß er ebenfalls noch nicht weiß, wie er abstimmen soll. Er ist nun seit neun Jahre im Gemeinderat und hat es noch nie erlebt, daß ein Stadtrat einen Amtsvortrag hier einbringt, der mit seiner Unterschrift versehen ist, und dann erklärt, daß es eine Bankrotterklärung ist, wenn die Mehrheit seinem Antrag zustimmt und daß er gegen seinen eigenen Amtsvortrag stimmen wird.

Gemeinderat Mag. Haider meldet sich zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag, diesen Antrag zurückzustellen und noch eine Ausschußsitzung durchzuführen. Der Grund dafür ist, daß eine Bereisung stattgefunden hat und es nach dieser keine Besprechung mehr gegeben hat.

Bürgermeister Manzenreiter hat sich bis jetzt immer zu einem Profi auf dem Gebiet gezählt. Er ist verwirrt. Die politische Behandlung eines Antrages ist das eine und die Antragstellung durch den Referenten ist das andere. Das sind die zwei verschiedene Dinge. Der Stadtrat kann im Gemeinderat nur einen Antrag einbringen, zu dem er auch steht. Er muß seine differenzierte Meinung im Amtsvortrag darstellen. Stadtrat Ing. Klamt hat den Vorbehalt gestrichen. Von wem wurde er dazu gezwungen? Jetzt brauchen wir keine Verwaltungsanalyse, sondern eine Analyse über die Politiker und ihr Verhalten, wenn Frau Baumgartner einen Stadtrat dazu zwingen kann, daß er einen Vorbehalt streichen muß. Er gratuliert - das ist Abseilerei in Reinkultur.

Prot. 33.1 Selbständiger Antrag der FPÖ-GS-

Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß die Sachlage ganz einfach ist. Ein Referent bringt einen Antrag ein. Er bringt ihn in den Umweltausschuß, unterschreibt ihn und hat seine Meinung. Nur, weil fünf Sozialisten gegen den Antrag waren, kann er nicht plötzlich eine Gehirnwäsche machen. Er muß jedoch formellrechtlich das Ergebnis dieser Beratung weitergeben. Es war sein eigener Entschluß, diesen Vorbehalt zu streichen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß es nicht Frau Baumgartner war, sondern es war der eigene Entschluß, den Vorbehalt zu streichen. Andernfalls wird noch behauptet, daß das Büro des Bürgermeisters und Frau Baumgartner Druck auf die FPÖ-Fraktion ausüben.

Stadtrat Ing. Truppe stellt hier chaotische Verhältnisse fest, was die Maßnahmen des Referenten betrifft. Stadtrat Ing. Klamt hätte klare Linie beziehen können, so wie er es seinerzeit in der Angelegenheit der Ersatzbrücke getan hat. Stadtrat Ing. Klamt hätte seine Meinung kundtun können. Er stellt den Antrag, diesen Antrag zurückzustellen und neuerlich zu behandeln.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

den Tagesordnungspunkt 32.) zurückzustellen.

der FPÖ-Antrag Pkt. 33.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Einrichtung einer Linienbusverbindung in den Stadtteil Schütt während der Schulferien

folg. 38

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 27.4.1993.

folg. 39

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß ein Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderäte vorliegt. Dieser Zusatzantrag legt fest, daß dieser Bus probeweise, wie im Antrag, während der Schulferien 1993 von der Oberschütt nach Villach/Hauptbahnhof geführt wird. Geführt werden soll der Bus an einem Mittwoch. Die Abfahrt ist um 8.00 Uhr vorzusehen, die Rückfahrt um 13.00 Uhr. Die Bevölkerung ist nach einer Umfrage, die die SPÖ-Sektion Schütt durchgeführt hat, mit diesen Zeiten und mit der Einhebung eines Unkostenbeitrages einverstanden.

Frau Gemeinderätin Steinkellner freut es natürlich ganz besonders, daß endlich der langjährige Wunsch der Bevölkerung der Schütt nach einer Busverbindung mit der Stadt auch während der Schulferien in Erfüllung geht. Sie versteht den Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion nicht ganz, da er genau dasselbe aussagt wie der Antrag der FPÖ-Fraktion - er ist nur präzisierend. Es scheint anscheinend so zu sein, daß die SPÖ-Fraktion sich diese Sache auf ihre Fahnen heften will. Aber das macht nichts. Bisher waren die Bewohner ohne Fahrzeuge abgeschieden und benachteiligt. Der vorliegende Antrag wurde von der FPÖ-Fraktion vor über einem Jahr eingebracht und bei der Gemeinderats-sitzung am 27.11.1992 von der SPÖ-Fraktion zurückgestellt. Wenn der Antrag heute positiv beschlossen wird, so ist es eine sozial und verkehrstechnisch einfach gute Sache. Die-

ser FPÖ-Antrag hat aber wieder einmal gezeigt, wie klein-kariert und naiver Art sich die SPÖ-Fraktion so gerne mit fremden Federn schmückt, ist doch vor kurzem eine SPÖ-Broschüre erschienen, in welcher großartig angekündigt wurde, daß es nach langen Verhandlungen endlich gelungen ist, diese Busverbindung zu installieren. Abgebildet in dieser SPÖ-Postwurfsendung war irgendein ihr unbekannter lokaler SPÖ-Funktionär aus der Schütt. Also ist es eine Initiative der Sozialisten, die hier umgesetzt wird. Aber so sind Villachs Sozialisten nun einmal. Sie schmücken sich eben gerne mit fremden Federn, sei es, den Villacher Kirchturm zum Aussichtsturm zu machen, dies eine Idee von Stadtrat Ladstätter vor über zwei Jahren, oder nun die Busverbindung in die Schütt. Die FPÖ-Fraktion will ihnen jedoch diese Freude heute nicht nehmen. Die Hauptsache ist, daß die Sache positiv für die Stadt und ihre Bewohner ist. Sie möchte nun, in Anlehnung an Karl May, dem Bürgermeister ein Geschenk überreichen. Sie hat dem Häuptling der Roten Brüder eine blaue Feder als Kopfschmuck mitgebracht und möchte sie ihm gerne überreichen. Es ist fast wie Telepathie, obwohl es eigentlich zwischen dem Bürgermeister und ihr wahrscheinlich so etwas kaum geben könnte, aber der Bürgermeister hat heute schon von Indianern gesprochen und nun ist das eigentlich schon umgesetzt worden. Wenn Häuptling Manzenreiter auch noch den FPÖ-Anträgen zur Belebung des derzeit roten-toten Platzes seinen Sanctus geben könnte, so würde dieser Platz sicher wieder mit Recht Kaiser-Josef-Platz in der Bevölkerung heißen und sie würde dann dem Bürgermeister sehr gerne und mit Freude ein ganz großes Federkleid in blau schenken.

Frau Gemeinderätin Steinkellner überreicht
Bürgermeister Manzenreiter eine blaue Feder.

Der Gemeinderat beschließt
deratsfraktion Villach/Gebäude
einstimmig:

Dem selbständigen Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, in dem angeregt wird, daß während der Schulferien für den Stadtteil Schütt einmal wöchentlich ein Buslinienverkehr morgens und mittags bis zur Innenstadt einzurichten ist, wird zugestimmt.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

Bis zum Vorliegen des Konzeptes über den öffentlichen Personennahverkehr im Stadtbereich Villach wird probeweise für die Dauer der Sommerschulferien 1993 jeden Mittwoch eine Busverbindung Oberschütt - Villach/Hauptbahnhof und zurück eingerichtet. Bei der Linienführung soll die Erreichbarkeit der Einkaufszentren im Bereich Villach Süd und der Ämter (Finanzamt) gewährleistet werden.

Die Abfahrt in der Ortschaft Oberschütt ist für 8.00 Uhr vorzusehen, die Rückfahrt ab Villach/Hauptbahnhof ist für 13.00 Uhr anzusetzen. Mit der Einhebung eines Unkostenbeitrages ist die Bevölkerung einverstanden.

Pkt. 34.) Selbständiger Antrag der Gemein-
deratsfraktion Villacher Grüne -
Radweg Zwischenbergen

33lg. 40 Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 26.4.1993.

Gemeinderat Mag. Haider ist damit nicht
einverstanden. Er möchte es erklären und bittet zu so
später Stunde noch um Aufmerksamkeit. Jeder wird das
vielleicht nicht wissen und das Gebiet nicht so gut kennen
- Zwischenbergen, das ist die Straße, die zum Ossiacher
See führt. Diese Straße ist für Radfahrer sehr gefährlich.
Es gibt immerhin sehr viele Radfahrer, die sie oft
benützen und vor allem gibt es große Siedlungsgebiete in
Treffen und es wird in Töbring einiges entstehen. Es wäre
günstig, einen Radweg auf dieser Seite zu führen, damit
der Radfahrer in die Treffner Straße einbiegen kann, die
dann ins Zentrum von Villach führt. Stattdessen wurde nun
vom Land Kärnten ein Radweg auf der anderen Seite geplant,
vom Ossiacher See kommend, der dann beim Vassacher See
endet, mitten in der Landschaft. Es handelt sich also um
eine völlig unsinnige Planung. Man sieht, daß die Leute,
die sich auf Landesebene mit Radwegen beschäftigen, nicht
radfahren und daß sie das Bewußtsein haben, etwas für die
Touristen tun zu müssen, damit diese vom Ossiacher See zum
Vassacher See fahren können. Dafür gibt man noch sehr viel
Geld aus. Er hat beispielsweise in der Kleinen Zeitung
gelesen, daß man nun bei Schiefling einen Radweg durch
Landschaftsschutzgebiet um 5 24 Mio. baut. Die Politiker,
die Verkehrsplaner, die Straßenplaner nehmen das Rad als
Verkehrsmittel nicht ernst, sie sehen nur das Freizeit-
instrument, das Freizeitgerät. Doch man muß nur auf die
Straße sehen, um zu merken, was los ist. Es gibt einen
starken Radfahrboom. Die Radfahrer wissen schon gar nicht

mehr, wo sie fahren sollen. Die Fußgänger und die Radfahrer streiten sich, weil es immer mehr Radfahrer gibt, und es wird nichts getan. Nun baut man einen Radweg genau auf der falschen Seite. Es ist auch für den Tourismus günstig, wenn die Leute in die Stadt fahren können. Sie können vom Ossiacher See dann bis nach Villach fahren um einzukaufen. Er hat Untersuchungen in der Hand gehabt, wonach der Einkaufsverkehr mit dem Rad den mit dem Auto übertrifft - nicht in Villach, aber in anderen Städten schon. Auch der Tourist will in die Stadt fahren. Es ist für ihn ein Vergnügen, in eine Stadt zu fahren, wenn er verkehrssicher dorthin gelangen kann. Wenn eine Stadt einen humanen Charakter hat, wie beispielsweise in der Fußgängerzone in Villach, ist es angenehm, sich dort aufzuhalten. Es ist ein großer Vorteil, wenn man mit dem Rad von der Region Ossiacher See bis nach Villach fahren kann, das macht der Tourist viel lieber, als zum Vassacher See zu fahren. Das ist völlig klar. Daher ist er der Meinung, daß der Radweg auf der anderen Seite viel besser wäre. Er muß unbedingt gebaut werden, da er ein Radweg für die Touristen wäre und auch für den Radfahrer, der das Rad als Verkehrsmittel benützt. Es gibt in dieser Gegend schon sehr viele und es werden immer mehr werden. Daher ist er der Meinung, daß man den Antrag nicht zurückstellen sollte, sondern daß man nun ganz dringlich mit dem Land Verhandlungen führen sollte. Das Land hat Geld für Radwege. Man müßte vorbringen, daß er Radweg auf der anderen Seite gebaut werden soll.

Stadtrat Ing. Truppe informiert, daß Gemeinderat Mag. Haider diese unsinnige Planung mitgetragen hat. Gemeinderat Mag. Haider war bei der Gemeinderats-sitzung am 26.4.1991 anwesend. In dieser Sitzung ist das Radwegprojekt ostseitig beschlossen worden. Gemeinderat Mag. Haider war damals hell begeistert für die Linie auf der Ostseite. Seinen Überlegungen kann man jedoch si-

cher nähertreten, indem man jetzt untersuchen wird, ob man sich mit einem Durchstich im Bereich der Bundesstraße einen westlichen Teil ersparen kann. Das ist die Aufgabe der Verkehrsplanung, deshalb stellt er noch einmal den Antrag, diesen Punkt solange zurückzustellen, bis eine erfolgreiche Behandlung möglich ist.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der VIG-Fraktion),

den selbständigen Antrag der Villacher Grünen - Radweg Zwischenbergen (westseitig der B 94 - Ossiacher Straße) - bis zur umsetzbaren Reihung im mittelfristigen Straßenausbauprogramm zurückzustellen.

Pkt. 35.) Zeitlich unbeschränkte straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gemäß § 94 der Straßenverkehrsordnung 1960

folg. 41 Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Straßenrechtsbehörde vom 10.5.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die nachfolgend angeführten, gemäß §§ 43 und 94 d der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl.Nr. 159 i.d.g.F. im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion Villach und dem Tiefbauamt des Magistrates Villach als Straßenerhalter erlassenen straßenpolizeilichen Verordnungen zu genehmigen:

IC-Str/I/12/93

Italiener Straße - Vorplätze vor den Häusern Nr. 19 und 13 - Fußgängerzone

bringt und sich Pkt. 36.) Verkehrskonzept St. Martin und
oder nicht. Das wurde nie - Untere Fellach und -

Blg. 42

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 10.5.1993.

Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß die FPÖ-Fraktion diesen Antrag nicht mittragen wird, und zwar mit der Begründung, daß in der Methode nach Meinung der FPÖ-Fraktion Schwachstellen waren. Die Kriterien wurden nicht entsprechend gewichtet. Wenn er nun versucht das zu erklären, wird das wahrscheinlich wieder das Vorstellungsvermögen von einigen überschreiten. Es wurden nach einer entsprechenden Analyse vier Varianten festgesetzt. Variante eins war der Trend. Variante zwei war: Erschwerung Durchfahrt St. Martin durch bauliche und organisatorische Maßnahmen. Variante drei war: keine Durchfahrt für den motorisierten Individualverkehr und Variante vier war: ein Fahrverbot für den Mühlenweg. Es wurden folgende Kriterien festgelegt: Lärmbeeinträchtigung, Verkehrsfrequenz, Trennwirkung zwischen St. Martin und der Unteren Fellach, Erreichbarkeit des Stadtzentrums, Stadtentwicklung und Investitionen. Der Kernpunkt einer derartigen Methode ist natürlich die Wichtung dieser Kriterien. Da gibt es auch wieder Methoden, die man anwenden kann. Es muß festgestellt werden, was wesentlicher ist - beispielsweise die Investition oder die Lärmbeeinträchtigung, die Trennwirkung oder die Verkehrsfrequenz. Das wurde bei dieser Untersuchung unterlassen. Es wurden nur Plus und Minus vergeben. Dann ist es zu einem Maßnahmenkatalog gekommen. Obwohl die Variante eins bei dieser seiner Meinung nach nicht hundertprozentigen Kriterienwichtung am besten abgeschnitten hat, wurde dann die Variante zwei gewählt und bauliche Maßnahmen gesetzt. Bei einer Kriterienwichtung ist es sehr wesentlich, daß man auch die Kosten ins Spiel

bringt und sich entscheidet, ob die Kosten wesentlich sind oder nicht. Das wurde hier unterlassen und jetzt wurde ein Maßnahmenkatalog abgeleitet, der natürlich wieder sehr viel kosten wird und von dem man nicht weiß, ob er die Lösung für St. Martin bringen wird.

Stadtrat Ing. Truppe erklärt Stadtrat Ing. Klamt, daß es "Gewichtung" und nicht "Wichtung" heißt. Es war die Aufgabe, eine Wirksamkeitsanalyse zu erstellen. Diese Wirksamkeitsanalyse hat ein eindeutiges Ergebnis gebracht. Bei dem Vergleich der Vor- und Nachteile der Varianten haben die Varianten drei und vier mit Abstand schlechter abgeschnitten, sodaß es ganz eindeutig war. Es war auch eindeutig für die Fachleute, die im Planungsausschuß gesessen sind, daß hier die Variante zwei zu wählen ist. Da dieses Ergebnis so eindeutig ist, erspart man sich auch eine Nutzwertanalyse. Was hätte diese gebracht, außer weitere Kosten in einer Größenordnung von S 100.000,-- und mehr? Um das einzusparen, genügt für diese Entscheidung die Wirksamkeitsanalyse, die von einem Verkehrsplaner, von einem Fachmann, erstellt wurde. Es wurde mit der Bevölkerung abgesprochen. Die Bevölkerung hat die Variante zwei zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

das Verkehrskonzept St. Martin/Untere Fellach, erstellt von Dipl.-Ing. F. Kermer, Proj. Nr. 9041 vom April 1993 mit der Verkehrsanalyse, den Variantenvergleichen und dem empfohlenen Maßnahmenkatalog zu genehmigen.

Die Umsetzung und Finanzierung der empfohlenen Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten des Budgets bzw. entsprechend der Prioritätenreihung des beschlossenen Straßenbauprogrammes.

Der Gemeinderat beschließt

Pkt. 37.) Großsattel Landesstraße L 58 -
Errichtung eines Gehsteiges von
km 3,096 bis km 3,500

folg. 43

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 19.5.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

das vorliegende Projekt zu genehmigen und die in diesem Projekt ausgewiesenen Verkehrsflächen gemäß § 19 Kärntner Straßengesetz, BGBl.Nr. 33/1978 zur Gemeindestraße zu erklären.

Außerdem ermächtigt der Stadtsenat das Tiefbauamt, den erforderlichen Antrag auf Grundeinlöse gemäß § 38 Abs. 1 Kärntner Straßengesetz 1978 bei der Abteilung IC einzubringen.

Pkt. 38.) Abänderung des Flächenwidmungs-
planes - Gst.Nr. 1077/5, KG Grat-
schach (Villacher Ruderverein)

38. 44 Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Ortsplanung vom 28.4.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Das Gst. 1077/5, KG Gratschach, wird im Ausmaß von ca. 1.226 m² von derzeit Bauland-Kurgebiet, Grünland an der Straße und Grünland-Wald in Grünland-Sport-Ruderverein gemäß § 3 (2) a des Gemeindeplanungsgesetzes, LGBI.Nr. 51/82 i.d.F. 59/92, gewidmet.
- 2.) Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanabänderung ist der beiliegende Plan vom 27.4.1993, Zl.: 610/3-624 11/93, im Maßstab 1:5000.

4.) § 7: Gleich Pkt. 39.) Abänderung des Bebauungsplanes
lung die angegebene im Bereich Bahnhofstraße 1, be-
zogen auf die Bfl. .326, KG Vill-
lach (Bank Austria)

folg. 45

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Ortsplanung vom 18.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

nachstehende Verordnung zu erlassen:

Aufgrund der § 13 und 15 des Gemeindeplanungsgesetzes,
LGB1.Nr. 51/82 i.d.g.F. 59/92 wird verordnet:

1.) Zu § 3; gültig für Bfl. .326, KG Villach:

Die Traufhöhe der Hauptfassaden darf maximal 13,5 m,
gemessen von der derzeitig bestehenden Gehsteigober-
kante (+ 494,95 N.N.), betragen.

2.) Zu § 5; gültig für Bfl. .326, KG Villach:

Die Beurteilung der formalen Ausgestaltung und städte-
baulichen Festlegung der Formsprache des Baukörpers
hat durch die Ortsbildpflegekommission zu erfolgen.

3.) Zu § 6; gültig für Bfl. .326, KG Villach:

Diese Verordnung tritt gemäß § 13 Abs. 1 des Villacher
Stadtrechtes, LGB1.Nr. 2/1966 i.d.g.F., in Verbindung
mit § 15 Abs. 5 des Gemeindeplanungsgesetzes, LGB1.Nr.
51/1982 i.d.g.F. 59/1992, nach Ablauf des Tages in
Kraft, an dem sie an der Amtstafel angeschlagen worden
ist.

4.) § 7: Gleichzeitig wird in der zeichnerischen Darstellung die angegebene Geschößzahl (V) aufgehoben.

Die Mindestgröße eines Baugrundstückes beträgt:

a) bei bebauter Bauweise: 100 m²

b) bei geschlossener Bauweise: 200 m²

Für die nachfolgende Abänderung des Bebauungsplanes des Gebietes St. Martin, KG St. Martin, im Bereich der Parzelle 1667/1 und 1699, KG St. Martin, Pkt. 40.)

Abänderung des Bebauungsplanes
im Bereich der Parzelle 1667/1
und 1699, KG St. Martin

Bzlg. 46 Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Ortsplanung vom 17.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

nachstehende Verordnung zu erlassen:

Aufgrund der §§ 13 und 15 des Gemeindeplanungsgesetzes, LGBI.Nr. 51/82 i.d.g.F. 59/92 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungs- und Straßenplan für die Grundstücke 1699 und 1667/1, KG St. Martin (Begrenzung durch die rote Randlinie) wird abgeändert. Die zukünftige Bebauung darf nur nach Maßgabe des einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Bebauungsplanabänderungsentwurfes vom 16.2.1993, Zl.: 610/2-142F, II (M = 1 : 1000) erfolgen.

§ 2

Die Mindestgröße eines Baugrundstückes beträgt:

- a) bei halboffener Bauweise: 300 m²
- b) bei geschlossener Bauweise: 250 m²

Für die halboffene Bauweise gilt eine maximale Geschoßflächenzahl von 0,6; für die geschlossene Bauweise gilt eine maximale Geschoßflächenzahl von 0,7.

§ 3

Die Wohnhäuser sind im vorgegebenen Bebauungsgeviert zu errichten. Die Auflagen der Kärntner Bauordnung sowie der Kärntner Bauvorschriften bezüglich Belichtung, Besonnung und der Abstände sind einzuhalten.

Bei nicht parallel zur Straße angeordneter Garagenzufahrt muß zwischen dem Garagentor und dem Straßenrand ein Mindestabstand von 5,0 m, gemessen in der zum Garagentor normal liegenden Garagentorachse, gegeben sein.

Bei Flugdachkonstruktionen, wie z.B. Pergolen, Wetterdächer, überdeckte Zugänge usw. mit einer maximalen Höhe von 3,0 m ist ein Mindestabstand von 1,0 m vom Straßenrand einzuhalten (sofern die Verkehrssituation dies zuläßt).

§ 4

Die Geschoßanzahl wird mit 1 bis 2 Geschoße festgelegt.

§ 5

Das Ausmaß und der Verlauf der Verkehrsflächen ist in der zeichnerischen Anlage dargestellt.

§ 6

Diese Verordnung tritt gemäß § 13 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes, LGBI.Nr. 2/66 i.d.g.F. in Verbindung mit § 15 Abs. 5 des Gemeindeplanungsgesetzes, LGBI.Nr. 51/82 i.d.g.F. 59/92 nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Anschlagtafel angeschlagen worden ist.

§ 7

Gleichzeitig tritt die Verordnung des Bebauungsplanes vom 25.10.1975, Zahl: 610/2-142F, Gemeinderatsbeschuß vom 17.10.1975 betreffend die Grundstücke 1667/1 und 1699, KG St. Martin außer Kraft.

Pkt. 41.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Blg. 50/51 Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß zwei Anträge der FPÖ-Fraktion vorliegen.

Ein Antrag behandelt den Ausbau der St. Johanner Bergstraße, des Goritschacherweges, der St. Georgener Straße, der Kreuztrattenstraße und der Pogöriacher Straße und

der zweite Antrag behandelt die Vergabe der Telefonanlage des Villacher Rathauses.

Beide Anträge werden

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Blg. 52 Weiters liegt ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion bezüglich Abschaffung der Pensionen betreffend die Mitglieder des Stadtsenates vor. Es wird der Dringlichkeitsantrag gestellt, der Gemeinderat möge ein Ansuchen an die Kärntner Landesregierung mit dem Antrag auf Vorlage einer Novelle des Kärntner Bezügegesetzes (in der heute gültigen Fassung) an den Landtag mit folgendem Inhalt beschließen: "Das Kärntner Bezügegesetz soll dahingehend geändert werden, daß die derzeit geltenden Bestimmungen hinsichtlich des Ruhebezuges für den Bürgermeister, die Vizebürgermeister und die Stadträte der Stadt Villach gestrichen und Regelungen für Möglichkeiten der Eigenvorsorge aufgenommen werden." Begründung: Die von der Öffentlichkeit erwartete Zustimmung zu einer Reihe von Sparmaßnahmen, insbesondere im Bereich des Pensionsrechtes, legt

den politischen Mandataren die Verpflichtung auf, auch selbst bei ihren Politikerbezügen große Sparsamkeit an den Tag zu legen und augenscheinliche Privilegien abzubauen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig,

dem Antrag der ÖVP-Fraktion bezüglich Abschaffung der Pensionen betreffend die Mitglieder des Stadtsenates die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Bürgermeister Manzenreiter verliest noch einmal den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion. Bevor er über den Antrag abstimmen läßt, möchte er darauf aufmerksam machen, daß es ihm nicht leicht fällt, über die Frage zukünftiger Dinge mitzustimmen, da die Regelung ihn nicht mehr treffen wird. Er wird sich daher der Stimme enthalten. Es wäre im Grunde genommen unfair, wenn jene, die die Regelungen der Vergangenheit irgendwann einmal in Anspruch nehmen können, über die abstimmen, die dies in Zukunft nicht mehr tun können. Er sieht einen sehr schweren Mangel in dieser Behandlung. Es gibt im Villacher Gemeinderat ein Beispiel dafür. Bei Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher werden die Jahre der Politik nicht einmal für eine ASVG-Regelung herangezogen. Es ist seiner Meinung nach ein Fehler, wenn die Jahre der Politik für die ASVG-Pension nicht angerechnet werden. Die Eigenvorsorge ist damit ebenfalls nicht gewährleistet. Wenn alle glücklich damit sind, sollen sie das beschließen. Er wird sich der Stimme

enthalten, da er nicht zu jenen gehört, die "hinter mir die Sintflut" sagen. Das mindeste wäre, daß, wenn die Eigenvorsorge nicht zutrifft, zumindest die ASVG-Pension für diese Zeit zum Tragen käme. Diese Situation ist eher unter dem Motto "Die Ratten verlassen das sinkende Schiff" zu sehen. Er wird sich der Stimme enthalten, da er als einer, der am Ende dieser Periode die Regelung der Vergangenheit in Anspruch nehmen kann, den anderen nicht zumuten will, daß sie sechs oder zwölf Jahre im Stadtsenat nicht einmal für ihre ASVG-Pension angerechnet bekommen.

Stadtrat Pfeiler sieht die Problematik dieses Antrages genauso wie der Bürgermeister und würde meinen, daß dieser Antrag zwar vielleicht gut gemeint ist, aber sicherlich einen Schnellschuß darstellt. Wenn der Gemeinderat heute diesen Antrag beschließt, muß man sich darüber im klaren sein, mit welchen Konsequenzen man dies tut. Er hat heute schon mehrmals in der Diskussion angeboten, daß die SPÖ-Fraktion in allen Fällen gesprächsbereit ist, aber es muß eine vernünftige Lösung sein und es dürfen Menschen, die sich heute in die Politik begeben, nicht automatisch dadurch benachteiligt werden. Wie man hört, gibt es Beispiele, bei denen es keine Bevorteilung gibt und es gibt es welche, wo dies doch der Fall ist. Das bedeutet, daß, wenn man eine generelle Abschaffung der Pensionen vorsieht, man vielleicht die verschiedenen Maßnahmen zuerst und dann erst über die generelle Abschaffung diskutieren müßte. Es selbst ist in dieser Frage ebenfalls nahezu ratlos, da dieses Problem prinzipiell einer Lösung zugeführt werden muß. Er hat aber selbst Bauchweh dabei, wenn er überlegt, ob das der richtige Weg ist.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß heute bereits eine etwas längere Diskussion über Politikerbezüge und über Doppelfunktionen der Politiker stattgefunden hat.

Dieser Dringlichkeitsantrag paßt eigentlich dazu. Ihm ist selbstverständlich auch die Linie der FPÖ auf Landesebene und auf Bundesebene bekannt. Trotzdem wird sich heute die freiheitliche Gemeinderatsfraktion in dieser Angelegenheit der Stimme enthalten, da in diesem Zusammenhang sehr viele ungeklärte Fragen vorliegen. Man muß festhalten, daß es bei einer Aktion, die man übers Knie biegt, sogar zu einer Existenzgefährdung kommen kann. Er nimmt sich selbst als Beispiel. Er erhält seine Familie aus dem Geld, das er in der Politik verdient. Er möchte nicht, daß ihm einmal aus irgendeinem Grund einmal vorgehalten wird, daß dieser Punkt heute beschlossen wurde. So etwas kann man um diese Zeit nicht entscheiden. Er muß sich auch rechtlich beraten lassen. Was der Gemeinderat heute auch immer beschließt - er ist nicht das bestimmende Gremium, das endgültig über diese Frage zu entscheiden hat. Das ist der Landtag. Die Fraktionen sind aufgerufen, bei ihren Landtagsfraktionen die entsprechenden Vorschläge vorzubringen.

Bürgermeister Manzenreiter möchte zur Privilegiensituation des Stadtrat Ladstätter und vermutlich auch zu der des Stadtrat Ing. Truppe ein paar Worte sagen. Stadtrat Ladstätter wird nach der derzeitigen Regelung keinen Schilling, auch wenn er anspruchsberechtigt ist, Politikerpension sehen, da er bis zu dem Zeitpunkt als Magistratsbediensteter in einer Bezügesituation ist, daß entweder die Politikerpension oder die Pension als Beamter in Frage kommt. Man müßte einmal nachlesen, wie die Dinge liegen, denn derzeit werden Stadtrat Ladstätter und andere Beamte für etwas beschimpft, auch in der Öffentlichkeit, wovon sie nie einen Schilling sehen werden. Stadtrat Ladstätter wird nach zehn Jahren in der Situation sein, daß er nur einen der beiden Bezüge erhält. Die Regelung ist derzeit schon so und hier wird die Abschaffung gefordert. Er bittet daher die Fraktionen, sich mit dem derzeit

geltenden Gesetz unter Beratung von Dr. Tillian auseinanderzusetzen. Stadtrat Ladstätter zahlt jetzt einen Beamtenpensionsbeitrag und einen Pensionsbeitrag als Stadtrat ein - 16 % vom Brustkern wie LAbg. Prettnner immer gesagt hat. Stadtrat Ladstätter zahlt zwei Mal ein und wird nur ein Mal eine Pension bekommen. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher wird die Jahre im Stadtsenat nicht einmal für ihre ASVG-Zeit angerechnet bekommen, wenn sie irgendwann einmal einer anderen Arbeit nachgeht. Bei ihm als direkt Gewähltem wird es am Ende dieser Periode keine Probleme mehr geben. Da sind die Dinge schon geregelt. Er macht jedoch darauf aufmerksam, daß es noch viele andere gibt, bei denen derzeit ungerechte Regelungen gelten. Stadtrat Ladstätter bräuchte beispielsweise seinen Pensionsbeitrag als Politiker gar nicht einzahlen, weil er wahrscheinlich davon nichts sehen wird. Die Regelung geht davon aus, die Pension für alle abzuschaffen. Wenn jemand jedoch nicht einmal eine Absicherung für ASVG hat, eine Mindestabsicherung, dann hört sich bei ihm die Liebe und Freundschaft auf. Das mindeste, was jemand haben muß, ist, daß er sein Existenzminimum und seine Familie erhalten kann, wenn er in die Politik geht und dann das Pech hat, daß er ausscheidet. Er stellt bei all diesen Dingen fest, ob es Bezüge sind oder nicht, daß es hier zwischen drinnen und draußen immer unterschiedliche Gespräche gibt. Wenn es um Bezüge geht, wird hinter verschlossenen Türen immer darüber gesprochen, was man noch tun kann, und nach außen hin wird alles andere vertreten. Die SPÖ-Fraktion wird sich in dieser Angelegenheit nicht treiben lassen. Die Mitglieder der SPÖ-Fraktion werden mitstimmen, da sie nicht die Verhinderer einer solchen Regelung sein werden. Nur in den Bereichen, wo es an Existenzgefährdung geht, und das gibt es auch, meldet er seine Bedenken an.

Stadtrat Ing. Truppe geht es ähnlich wie Stadtrat Ladstätter. Er ist der Meinung, daß dieser Antrag kein Schnellschußantrag der ÖVP-Fraktion ist, sondern daß auch der gesamte Gemeinderat erkannt hat, daß die Frage des Privilegienabbaues dringlich ist. Der zuständige Rechts- und Verfassungsausschuß im Landtag wird sich damit zu befassen haben. Im Landtag ist die Abschaffung der Politikerpensionen bereits ein diskutiertes Thema, ein zentrales Thema. Die flankierenden Maßnahmen werden sicherlich dort ausgehandelt werden. Daher macht er sich darüber überhaupt keine Sorgen, ob der Gemeinderat diesen Antrag nun nicht verabschieden kann.

Gemeinderat Samnitz wird diesem Antrag, obwohl es ihn nie betreffen wird, da er nie einen Stadtse-natsposten anstreben wird, seine Zustimmung verweigern, da er dagegen ist, um Mitternacht - er hat früher in die Runde geschaut, 40 % haben teilweise schon geschlafen - einen Antrag mitzutragen und dann unter Umständen die gleiche Blamage zu erleben, wie man es im Landtag erlebt hat. Man hat dort auch versucht, in einer Ho-Ruck-Partie etwas zu beschließen, für das man dann in der Öffentlichkeit geprü-gelt worden ist.

Stadtrat Pfeiler stellt fest, daß auch bei jenen, die den Antrag gestellt haben, eine große Rechts-unsicherheit zu herrschen scheint. Er stellt den Antrag, diesen Antrag für Fraktionsgespräche zurückzustellen und die Entscheidung nicht um Mitternacht übers Knie zu biegen. Man sollte über den Antrag gesondert in Fraktions-gesprächen beraten und sich dann auf eine einvernehmliche Vorgangsweise einigen. Er stellt daher nochmals den Antrag, diesen dringlichen Antrag zurückzustellen.

Wünschen und Stadtrat Pacher ist der Meinung, daß hier einige Ausreden eingebracht worden sind. Er hat noch keinen konstruktiven Beitrag gehört und kein echtes Argument. Daß Dringlichkeitsanträge in der Regel um diese Zeit behandelt werden, ist eine Tatsache, da sie immer zu Ende der Sitzung behandelt werden. Er wüßte keinen Dringlichkeitsantrag, der zu Beginn der Sitzung behandelt worden wäre. Er weist darauf hin, weil das nun als Ausrede benützt wird. Faktum ist, daß diese Regelung im Landtag getroffen werden muß. Er versteht überhaupt nicht, warum man diesen Antrag nicht mitbeschließen will, nur weil es einen nicht mehr betrifft. Es gibt viele Regelungen, die der Gemeinderat beschließt und die den einzelnen nicht betreffen. Es macht sich keiner die Sorgen, die heute geäußert wurden. Es geht darum, ein Grundproblem aufzuzeigen. Die Gehaltsregelung und Pensionsregelung, die der Landtag vor kurzem eingebracht hat, war in weiten Teilen nicht in Ordnung. Auch dort waren bereits Übergangsregelungen enthalten. Es war dort auch beispielsweise die Möglichkeit des Nachkaufs von Zeiten enthalten. Es wird also sehrwohl Übergangsregelungen geben, da andernfalls sicherlich eine Ungerechtigkeit gegeben wäre. Es muß auf jeden Fall eine Regelung getroffen werden. Es ist nur die Frage, wann man ein Problem behandelt. Die ÖVP-Fraktion hat vor Jahren schon einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, da sie das Gefühl gehabt hat, daß die Regelung nicht richtig sei. Damals war man nicht einmal bereit, darüber zu diskutieren. Er verspürt heute schon eine größere Bereitschaft, eine größere Einsicht dafür. Er ist der Meinung, daß das Signal auch von der Kommune, ausgehen muß. Die Gemeinden sind in jedem Fall in Verhandlungen immer eingebunden. Es kann den Fraktionen nicht verboten werden, mit ihren Leuten beim Land zu reden und ihnen mitzuteilen, welche Regelung sie

wünschen und was ihre Sorgen sind. Es muß ein Signal ausgehen. Der Bürger ist beunruhigt - er hat das Recht, daß man darauf reagiert.

Gemeinderat Dr. Assmann ist derselben Meinung wie Stadtrat Pfeiler. Der Antrag sollte zurückgestellt werden. Er ersucht die Fraktionsführer, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung eine Einigung zu finden und diesen Tagesordnungspunkt bei der nächsten Gemeinderatsitzung als ordentlichen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß Stadtrat Pacher erklärt hat, das Volk wäre beunruhigt, der Gemeinderat sollte etwas tun und später könnte man ohnehin mit den Landtagsparteien sprechen - irgendetwas wird schon dabei herauskommen. Er persönlich ist der Meinung, daß es auch eine Bedeutung haben soll, wenn der Gemeinderat etwas beschließt. Er begrüßt daher die Zurückstellung bis zur nächsten Gemeinderatssitzung. Vielleicht gibt es eine Ergänzung, ein oder zwei Sätze, daß man zumindest eine existenzielle Gefährdung von Personen in irgendeiner Form ausschließt. Alles andere findet seine Zustimmung. Es gibt hier einen Wust von Rechtsunsicherheiten. Selbst der Kärntner Landtag hat die Reparatur eines Gesetzes wieder zurückgestellt.

Der Gemeinderat beschließt

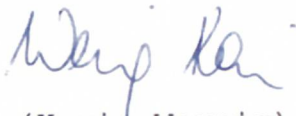
mit Mehrheit (gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion),

den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion bezüglich Abschaffung der Pensionen betreffend die Mitglieder des Stadtsenates zurückzustellen, um Verhandlungen der Fraktionen darüber zu führen.

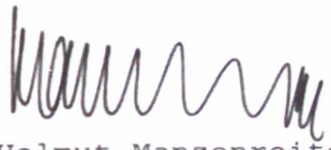
Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 0.10 Uhr

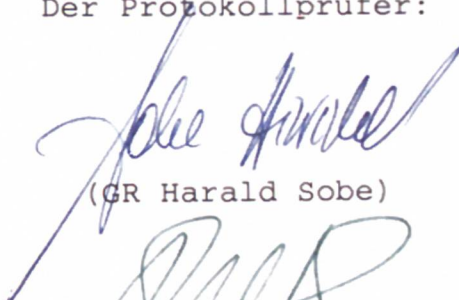
Der Protokollführer:

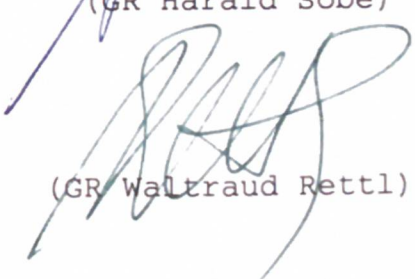

(Karin Wernig)

Der Bürgermeister:


(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:


(GR Harald Sobe)


(GR Waltraud Rettl)